Dokumentenintegrität
Dokument: Stimmen aus der Wirtschaft
Ausgabe: Deutschland
Dateiname: STIMMEN AUS DER WIRTSCHAFT - DEUTSCHLAND-AUSGABE.docx
Prüfverfahren: SHA-256
SHA-256-Prüfwert:
27DB1EC815096D2D337CAB0CDBA7E0B06F1D97EF5DB95844BD6764DD9ED68D8B

Stimmen aus der Wirtschaft

Was Unternehmen, Kammern und Verbände über Regulierung und Marktzugang sagen

Deutschland

Berücksichtigter Veröffentlichungszeitraum: 01.05.2026 bis 28.09.2026

Regulatorische Anforderungen wirken heute immer seltener isoliert.

Abhängig von Produkt, Material, Herkunft, Lieferkette, Unternehmensrolle und Zielland müssen Unternehmen gleichzeitig Anforderungen aus dem Produkt-, Chemikalien-, Verpackungs-, Zoll-, Lieferketten-, Daten-, Umwelt- und Abfallrecht sowie nationale Registrierungs- und Meldeverfahren beachten.

Genau daraus entsteht der **kumulative Effekt regulatorischer Anforderungen**.

Nicht zwingend eine einzelne Vorschrift wird zum entscheidenden Problem. Maßgeblich ist die Summe der Pflichten, die gleichzeitig oder nacheinander erfüllt werden müssen. Unternehmen benötigen zusätzliche Produkt- und Materialdaten, Lieferanteninformationen, Nachweise, Registrierungen, Prüfungen, Zertifizierungen, Meldungen und Dokumentationen. Zugleich werden bestehende Regelungen geändert, Übergangsfristen laufen aus und neue Anforderungen kommen hinzu.

Die Folgen reichen von zusätzlichem Personal- und IT-Aufwand über steigende Compliance-Kosten und fehlende Lieferantendaten bis zu längeren Prüf- und Freigabeprozessen. Hinzu kommen Anpassungen von Produkten und Lieferketten, Schwierigkeiten beim Export und Marktzugang sowie zusätzliche Anforderungen durch Kunden, Behörden und Geschäftspartner.

Dass administrative Belastungen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen überproportional treffen können, ist auf europäischer Ebene seit mehr als 20 Jahren bekannt.

Bereits 2005 beschrieb die Europäische Kommission dieses Problem in ihrer Strategie zur Vereinfachung des ordnungspolitischen Umfelds.

Im Jahr 2025 setzte sich die Europäische Kommission das Ziel, die administrativen Belastungen für Unternehmen bis 2029 um mindestens 25 Prozent und für kleine und mittlere Unternehmen um mindestens 35 Prozent zu reduzieren. Die angestrebte jährliche Entlastung beziffert die Kommission auf rund 37,5 Milliarden Euro. Die Zielsetzungen und der Stand der Maßnahmen werden unter Simplification and implementation dargestellt.

Aus unserer Sicht kommt eine Entlastung, die erst bis 2029 vollständig erreicht werden soll, für einen Teil der Unternehmen zu spät. Schon heute berichten Unternehmen und Verbände über aufgegebene Geschäftsfelder, gestrichene Produkte, zurückgestellte Investitionen, verlagerte Produktion und geschlossene Standorte. Andere Betriebe müssen zusätzliches Personal, externe Beratung und neue IT-Systeme finanzieren, um die wachsende Zahl regulatorischer Anforderungen bewältigen zu können.

Nicht jede Insolvenz, Geschäftsaufgabe oder Produktionsverlagerung ist allein auf Regulierung zurückzuführen. Wirtschaftliche Entscheidungen haben in der Regel mehrere Ursachen. Wenn Unternehmen und Verbände regulatorische Belastungen, fehlende Planbarkeit, steigende Nachweiskosten oder erschwerten Marktzugang als konkrete Faktoren benennen, müssen diese Aussagen jedoch dokumentiert und in ihrem Zusammenhang sichtbar gemacht werden.

Genau deshalb wurde **Stimmen aus der Wirtschaft** aufgebaut.

Für Deutschland wurden für den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 28. September 2026 **mehr als 1.020 belegbare öffentliche Aussagen** von Unternehmen, Kammern, Wirtschaftsverbänden, Industrieverbänden, Branchenorganisationen und weiteren Akteuren der Wirtschaft gefunden.

Die fortlaufende Erfassung wurde bei **1.020 dokumentierten Aussagen** beendet. Zu diesem Zeitpunkt lagen weiterhin zusätzliche überprüfbare Aussagen vor. Die Zahl 1.020 stellt daher keine Obergrenze dar, sondern den bewusst gewählten Abschluss der nummerierten Dokumentation. Es wurden keine Aussagen ergänzt, hochgerechnet oder künstlich erzeugt, um eine bestimmte Gesamtzahl zu erreichen.

Die Sammlung konzentriert sich insbesondere auf Aussagen zu:

CBAM, PPWR, ESPR und dem Digitalen Produktpass, EUDR, REACH, PFAS und SCIP, Cyber Resilience Act, Batterieverordnung, CSRD, CSDDD und Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, GPSR, Abfallverbringung, erweiterter Herstellerverantwortung, Zollverfahren, Lieferkettendaten, Dokumentationspflichten, Registrierungen, Zertifizierungen, Marktzugang, Exporthemmnissen und kumulativen Compliance-Kosten.

Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer wurden besonders intensiv berücksichtigt. In dieser Branche überschneiden sich Produktrecht, Chemikalienrecht, Lieferkettenanforderungen, Datenpflichten, Batterieanforderungen, Zollvorgaben und internationale Marktzugangsregeln in besonderem Maße.

Im Mittelpunkt steht keine politische Bewertung, sondern die nachprüfbare Aussage:

WER → WANN → WAS → BETRIFFT → FOLGE → ORIGINALQUELLE

Jeder Eintrag dokumentiert, wer eine Belastung oder Veränderung beschrieben hat, wann die Aussage veröffentlicht wurde, welche regulatorischen Anforderungen betroffen waren und welche konkreten Folgen für das Unternehmen oder die Branche genannt wurden.

Eine einzelne Stellungnahme beschreibt zunächst einen konkreten Fall oder die Position eines bestimmten Akteurs. In der Gesamtschau von mehr als 1.020 belegbaren Aussagen wird jedoch sichtbar, welche Probleme wiederholt auftreten, wo sich Anforderungen überschneiden und in welchen Branchen der kumulative regulatorische Effekt besonders deutlich wird.

Der kumulative Effekt wird nicht durch eine einzelne Vorschrift oder eine einzelne Stimme erkennbar. Er zeigt sich in der Summe der dokumentierten Erfahrungen aus der Wirtschaft.

Reichweite der erfassten Wirtschaftsverbände und Kammern

Die Bedeutung der Sammlung ergibt sich nicht allein aus der Zahl der Aussagen. Ein erheblicher Teil stammt von Kammern sowie von Wirtschafts-, Industrie- und Branchenverbänden, die große Teile der deutschen Wirtschaft vertreten.

Zu den erfassten Organisationen gehören unter anderem:

- Die Deutsche Industrie- und Handelskammer als Dachorganisation der 79 Industrie- und Handelskammern: mehr als drei Millionen Unternehmen. Innerhalb der IHK-Organisation wird auch eine Größenordnung von rund 3,6 Millionen Unternehmen genannt.
- Der Zentralverband des Deutschen Handwerks: 1.038.126 Handwerksbetriebe und rund 6,2 Millionen Beschäftigungsverhältnisse.
- Der Bundesverband der Deutschen Industrie: mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten.
- Der Handelsverband Deutschland: 280.000 Einzelhandelsunternehmen mit rund drei Millionen Beschäftigten.
- Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen: rund 139.000 Unternehmen mit etwa zwei Millionen Beschäftigten.
- Der VDMA: rund 3.600 Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus. Die Branche beschäftigt in Deutschland rund 1,2 Millionen Menschen.
- Der Verband der Chemischen Industrie: rund 2.300 Unternehmen mit mehr als 560.000 Beschäftigten.
- Der ZVEI: 1.100 Mitgliedsunternehmen. Die deutsche Elektro- und Digitalindustrie beschäftigte Ende 2025 rund 873.000 Menschen.
- Der Verband der Automobilindustrie: rund 620 Hersteller und Zulieferer. Die deutsche Automobilindustrie beschäftigte 2025 mehr als 730.000 Menschen.
- Der Bitkom: mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen der digitalen Wirtschaft.
- Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft: 800 Mitgliedsunternehmen.
- Der Bundesverband Medizintechnologie: mehr als 300 Unternehmen der Medizintechnikbranche.

Rechnerisch stehen allein diese ausgewählten Organisationen und Branchen für **mehr als 5,1 Millionen Unternehmenszuordnungen**.

Diese Zahl entspricht nicht der Zahl unterschiedlicher Unternehmen. Viele Betriebe sind gleichzeitig Mitglied einer Industrie- und Handelskammer und eines oder mehrerer Branchenverbände. Einige Angaben beziehen sich auf unmittelbare Mitgliedsunternehmen, andere auf die gesamte vertretene Branche. Eine überschneidungsfreie Gesamtsumme lässt sich deshalb nicht seriös ermitteln.

Eine Stellungnahme eines Verbandes oder einer Kammer bedeutet auch nicht, dass jedes angeschlossene Unternehmen die Aussage persönlich abgegeben oder ausdrücklich bestätigt hat. Die Zahlen beschreiben vielmehr die **institutionelle und wirtschaftliche Reichweite der dokumentierten Quellen**.

Die mehr als 1.020 belegbaren Aussagen stellen somit keine statistische Befragung sämtlicher dahinterstehender Unternehmen dar. In ihrer Gesamtheit dokumentieren sie jedoch ein wiederkehrendes, branchenübergreifendes Muster, das von Organisationen mit erheblicher Reichweite innerhalb der deutschen Wirtschaft beschrieben wird.

ÜBER 1000 AUSSAGEN

1.

WER: DIHK
WANN: 04.05.2026
WAS: Neue Handelsbarrieren, regulatorische Vorgaben, Zolländerungen, Exportkontrollen und Nachweispflichten machen das Auslandsgeschäft deutscher Unternehmen zunehmend komplex. CBAM, EUDR und Sorgfaltspflichten überfordern besonders mittelständische Betriebe.
BETRIFFT: Zoll / Exportkontrollen / CBAM / EUDR / Sorgfaltspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: gebundene Ressourcen, gebremste internationale Expansion, erschwerter Marktzugang
QUELLE: DIHK – Globales Geschäft unter Druck

2.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 02.06.2026
WAS: Der geplante Chips Act II sieht neben Eingriffen in Marktprozesse umfangreiche Informationspflichten entlang der automobilen Lieferkette vor.
BETRIFFT: Lieferkettendaten / Informationspflichten / Halbleiterregulierung / Automobilindustrie
FOLGE: zusätzliche Unternehmensbelastungen sowie Risiken für bestehende Lieferbeziehungen und Marktmechanismen
QUELLE: VDA – Tech Sovereignty Package

3.

WER: VDA-Mittelstandsforum / mittelständische Automobilzulieferer
WANN: 16.06.2026
WAS: 84 Prozent der befragten Unternehmen fühlen sich stark oder sehr stark durch bürokratische Anforderungen belastet; immer mehr Vorschriften und Auflagen treffen gleichzeitig auf Transformations-, Finanzierungs- und Kostenprobleme.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / kumulative Bürokratie / Vorschriften / Auflagen
FOLGE: gebundene Kapazitäten sowie zusätzliche Kosten und Energieaufwand
QUELLE: VDA – Automobiler Mittelstand unter großem Druck

4.

WER: DIHK
WANN: 29.06.2026
WAS: Unternehmen berichten beim CBAM über zusätzlichen Dokumentationsaufwand, komplexe Nachweisketten, steigende Kosten und fehlende Planungssicherheit; zugleich fehlt eine tragfähige Exportlösung.
BETRIFFT: CBAM / Zertifizierung / Nachweisketten / Export / Mittelstand
FOLGE: Wettbewerbsnachteile, mögliche Verlagerung von Lieferketten und Verlust

industrieller Wertschöpfung
QUELLE: DIHK – Nachbesserungen beim CO_2-Grenzausgleich

5.

WER: DIHK
WANN: 24.07.2026
WAS: Trotz einzelner Entlastungen entstehen besonders im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich gleichzeitig neue Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten; viele Betriebe erleben einen Nettozuwachs an Bürokratie.
BETRIFFT: Umwelt- und Nachhaltigkeitsregulierung / Berichte / Dokumentationen / Nachweise / kumulativer Aufwand
FOLGE: personelle Ressourcen fehlen für Innovationen, Investitionen und Wachstum
QUELLE: DIHK – Entlastungen müssen in den Unternehmen ankommen

6.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.08.2026
WAS: Bericht-, Informations- und Dokumentationspflichten erschweren den Unternehmensalltag zunehmend. Europäische Vorgaben und einmalige Umsetzungskosten, etwa für neue IT-Systeme, werden von der deutschen Bürokratiebremse teilweise nicht erfasst.
BETRIFFT: Berichtspflichten / Informationspflichten / Dokumentation / EU-Regulierung / IT-Systeme
FOLGE: zusätzlicher Personal- und Finanzaufwand außerhalb des Kerngeschäfts
QUELLE: BDI – Bürokratieabbau bleibt Schlüsselthema

7.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.08.2026
WAS: Nationale Prüfpflichten, niedrige Schwellenwerte und Doppelregelungen bei Umweltverträglichkeits- und immissionsschutzrechtlichen Verfahren verlangen teilweise mehrfach dieselben Informationen und Dokumentationen.
BETRIFFT: Umweltverträglichkeitsprüfung / Genehmigungen / Doppelregulierung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Kosten, gebundene Ressourcen und verlängerte Genehmigungsverfahren
QUELLE: BDI – Industrie fordert konsequenten Bürokratieabbau bei der UVP

8.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 13.09.2026
WAS: Der Entwurf der Fahrzeug-Genehmigungs- und Betriebsverordnung enthält nach Auffassung des VDA noch unpraktikable beziehungsweise unverhältnismäßige Anforderungen für Einzelgenehmigungen, Fahrzeugumbauten, Kleinserien und Sonderfahrzeuge.
BETRIFFT: Fahrzeugzulassung / Genehmigungen / Marktzugang / KMU / Automobilindustrie

FOLGE: Rechtsunsicherheit und zusätzliche Belastungen besonders für kleine und mittlere Hersteller
QUELLE: VDA – Stellungnahme zur Fahrzeug-Genehmigungs- und Betriebsverordnung

9.

WER: VDA-Präsidentin Hildegard Müller
WANN: 14.09.2026
WAS: CBAM und unterschiedliche EU-Vorgaben zur Berechnung, Offenlegung und Verifizierung von CO_2-Emissionen erzeugen Mehrfachnachweise. Bei komplexen Fahrzeugkomponenten fehlen zudem häufig belastbare Emissionsdaten aus mehrstufigen internationalen Lieferketten.
BETRIFFT: CBAM / Automobilzulieferer / Lieferkettendaten / Lebenszyklusanalyse / kumulative CO_2-Regulierung
FOLGE: hohe Bürokratie- und Nachweiskosten; nachteilige Standardwerte können zusätzliche CBAM-Kosten verursachen
QUELLE: VDA – Kommentierung zum CO_2-Grenzausgleich

10.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 23.09.2026
WAS: Die PPWR und die damit verbundenen EPR-, Registrierungs- und Meldepflichten seien für viele Klein- und Handwerksbetriebe unverhältnismäßig und teilweise nicht umsetzbar.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Meldungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: zusätzliche Kosten und erschwerter Marktzugang, besonders für Kleinserienbetriebe und Unternehmen in Grenzregionen
QUELLE: ZDH – EU-Verpackungsverordnung überarbeiten

11.

WER: Deutscher Bauernverband (DBV)
WANN: 04.05.2026
WAS: Die Änderungen an der EUDR lösen nach Einschätzung des DBV die grundlegenden Umsetzungsprobleme nicht. Klarstellungen, IT-Anpassungen und aktualisierte Leitlinien brächten keine spürbare Entlastung.
BETRIFFT: EUDR / IT-System / Nachweispflichten / Land- und Forstwirtschaft
FOLGE: fortbestehender bürokratischer Aufwand und fehlende Praxistauglichkeit
QUELLE: DBV – Kritik an den EUDR-Vorschlägen

12.

WER: VDA-Präsidentin Hildegard Müller
WANN: 11.05.2026
WAS: Die geplante Verschärfung des Utility-Factors in der CO_2-Flottenregulierung würde Plug-in-Hybride regulatorisch schlechter stellen.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Plug-in-Hybride / Automobilindustrie
FOLGE: gefährdete Arbeitsplätze und erschwerte Investitionen in klimafreundliche

Fahrzeuge
QUELLE: VDA – Überarbeitung der CO_2-Flottenregulierung

13.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 22.05.2026
WAS: Bei der Reform des EU-Zollrechts werden zahlreiche Rechts- und Anwendungsfragen erst spät entschieden; die Abschaffung der Zollfreigrenze, neue Gebühren und Übergangslösungen sind für Anwender noch nicht abschließend geklärt.
BETRIFFT: Zoll / Registrierung / E-Commerce / Einfuhr / EU-Zollkodex
FOLGE: Rechtsunsicherheit und kurzfristiger technischer Anpassungsbedarf für Händler und Importeure
QUELLE: BGA – Aktueller Stand der Zollreform

14.

WER: VDA-Präsidentin Hildegard Müller
WANN: 02.06.2026
WAS: Ein zusätzlicher Regulierungsrahmen für Unternehmensflotten würde zu bereits bestehenden CO_2-Flottenzielen, der Clean Vehicles Directive, ESG-, CSRD- und betrieblichen Dekarbonisierungsvorgaben hinzukommen.
BETRIFFT: CO_2-Flottenziele / CSRD / ESG / Unternehmensflotten / kumulative Regulierung
FOLGE: höhere administrative Belastung und weitere Erschwerung der automobilen Transformation
QUELLE: VDA – Clean Corporate Vehicles

15.

WER: VDA-Geschäftsführer Andreas Rade
WANN: 02.06.2026
WAS: Beim Digitalen Produktpass zeichnet sich zusätzlicher bürokratischer Aufwand ab. Zugleich fehlen bei REACH Ausnahmen für Ersatzteile und Stoffkreisläufe, sodass Ersatzteile nach Stoffbeschränkungen neu entwickelt und erneut zugelassen werden müssten.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / REACH / Ersatzteile / Fahrzeugzulassung
FOLGE: unwirtschaftliche Neuentwicklungen, erneute Zulassungsverfahren und eingeschränkte Reparierbarkeit
QUELLE: VDA – Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie

16.

WER: Lebensmittelverband Deutschland und sieben weitere Wirtschaftsverbände
WANN: 11.06.2026
WAS: Ohne Übergangsregelung könnten bereits rechtmäßig produzierte Waren wegen neuer Kennzeichnungs- und Informationspflichten ab dem 27. September 2026 nicht mehr rechtssicher verkauft werden.
BETRIFFT: EmpCo-Richtlinie / Kennzeichnung / Informationspflichten / Marktzugang
FOLGE: Warenvernichtung, wirtschaftliche Schäden entlang der Wertschöpfungskette und zusätzliche Bürokratie
QUELLE: Lebensmittelverband Deutschland – Gemeinsamer Verbändebrief

17.

WER: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE)
WANN: 12.06.2026
WAS: Das Verpackungsdurchführungsgesetz enthält keine ausreichende Übergangslösung für den neuen PPWR-Herstellerbegriff. Zusätzlich warnt der BDE vor administrativen Zusatzlasten bei Gewerbe- und Industrieverpackungen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Verpackungsregister / Herstellerbegriff
FOLGE: regulatorisches Vakuum, Planungsunsicherheit und mögliche Finanzierungslücken bei der Verpackungsentsorgung
QUELLE: BDE – VerpackDG: Verpasste Chance

18.

WER: DIHK
WANN: 01.07.2026
WAS: KRITIS-Dachgesetz, KRITIS-Verordnung und NIS-2 können redundante Anforderungen erzeugen. Investitionen, Dokumentationspflichten sowie fortlaufende Prüf- und Nachweisprozesse verursachen einen bislang nicht verlässlich bezifferten Erfüllungsaufwand.
BETRIFFT: KRITIS / NIS-2 / Registrierung / Dokumentation / Nachweise / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Kosten, besonders für kleine und mittlere Unternehmen
QUELLE: DIHK – Verordnung zur Identifikation von KRITIS-Betreibern

19.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Entwurf zur Änderung der Zollverordnung enthält teilweise erhebliche Gebührenerhöhungen, neue Ordnungswidrigkeitstatbestände und kurze Umsetzungsfristen.
BETRIFFT: Zoll / Gebühren / Compliance / Sanktionen / Umsetzungsfristen
FOLGE: zusätzliche finanzielle und administrative Belastungen für importierende und exportierende Unternehmen
QUELLE: BGA – Stellungnahme zur Änderung der Zollverordnung

20.

WER: Handwerkskammer für München und Oberbayern, Präsident Franz Xaver Peteranderl
WANN: 24.09.2026
WAS: Die umfangreichen Anforderungen des Digitalen Produktpasses seien bei Einzelstücken und Kleinserien unverhältnismäßig; jedes individuell gefertigte Produkt könnte einen eigenen Chip oder QR-Code benötigen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Lieferkettendaten / Kleinserien
FOLGE: hohe Stückkosten und Wettbewerbsnachteile kleiner Handwerksbetriebe gegenüber Großproduzenten
QUELLE: Handwerkskammer – Digitaler Produktpass darf kein Bürokratiemonster werden

21.

WER: Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME)
WANN: 12.05.2026
WAS: Deutsche Einkaufs- und Lieferkettenverantwortliche berichten von einer Mehrfachbelastung durch hohe Kosten, Regulierung, Bürokratie und geopolitische Risiken.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Lieferketten / Beschaffung
FOLGE: gebundene Ressourcen, längere Prozesse, langsamere Reaktionen auf Marktveränderungen
QUELLE: BME – Frühjahrsbarometer 2026

22.

WER: Bitkom
WANN: 27.05.2026
WAS: Die vorgesehene breite Pflicht zur Weitergabe sicherheitsrelevanter technischer Informationen verursache erheblichen Aufwand; zusätzliche Eingriffsbefugnisse erzeugten Bürokratie bei Unternehmen und Behörden.
BETRIFFT: Cybersicherheitsgesetz / Datenweitergabe / Dokumentationspflichten
FOLGE: hoher administrativer Aufwand und möglicherweise geringere Investitionen privater Cybersicherheitsunternehmen
QUELLE: Bitkom – Gesetzentwurf zur Stärkung der Cybersicherheit

23.

WER: WirtschaftsVereinigung Metalle (WVMetalle)
WANN: 18.06.2026
WAS: Eine pauschale gruppenbasierte PFAS-Beschränkung könne zahlreiche Anwendungen der NE-Metallindustrie treffen, insbesondere Oberflächenbehandlung, Halbleiter- und Batterieproduktion.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Chemikalienregulierung
FOLGE: beeinträchtigte Schlüsselprozesse, unsichere Investitionsentscheidungen und Nachteile im internationalen Wettbewerb
QUELLE: WVMetalle – PFAS und die Herausforderungen für die NE-Metallindustrie

24.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand (BKM)
WANN: 23.06.2026
WAS: Händler müssten gleichzeitig Registrierung, Kennzeichnung, Produktkonformität, Lieferantennachweise, Rücknahme, CO_2-Angaben und künftig den digitalen Batteriepass kontrollieren.
BETRIFFT: EU-Batterieverordnung / BattDG / Batteriepass / Lieferkettendaten
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Organisations-, Schulungs-, Lagerungs- und Rücknahmeaufwand
QUELLE: BKM – Zusätzliche Anforderungen der EU-Batterieverordnung

25.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 13.07.2026
WAS: Betriebsinhaber müssten gleichzeitig Unternehmer, Ausbilder, Personalchef, Buchhalter, Datenschutzbeauftragter und Dokumentarist sein; immer neue regulatorische

Anforderungen verschärften die Gesamtbelastung.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Datenschutz / Dokumentationspflichten
FOLGE: weniger Zeit für Kunden und Werkstatt sowie erschwerte Investitionsentscheidungen
QUELLE: ZDH – Zeitgewinn als Gradmesser wirksamer bürokratischer Entlastung

26.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 30.08.2026
WAS: Sanktionsbewehrte CO_2-Flottenvorgaben für schwere Nutzfahrzeuge träfen auf eine unzureichende und europaweit ungleich verteilte Ladeinfrastruktur.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Nutzfahrzeuge / CO_2-Flottenregulierung / AFIR
FOLGE: drohende Strafzahlungen, erschwerte Transformationsinvestitionen und unsichere grenzüberschreitende Routenplanung
QUELLE: VDA – Klimafreundliche Nutzfahrzeuge

27.

WER: Bitkom
WANN: 10.09.2026
WAS: Der CRA verlange Meldungen innerhalb von 24 Stunden, Ergänzungen innerhalb von 72 Stunden und Abschlussberichte; selbst vorbereitete Unternehmen hätten die Meldeplattform vor Fristbeginn nicht testen können.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / Meldepflichten / Produkt-Compliance
FOLGE: hoher kurzfristiger Umsetzungsdruck und fehlende Möglichkeit zur Erprobung der Meldeprozesse
QUELLE: Bitkom – Nur drei von zehn Unternehmen auf den CRA vorbereitet

28.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 23.09.2026
WAS: Registrierkassenpflicht, digitale Belegbereitstellung, E-Rechnung und digitale Zahlungsoption müssten gleichzeitig umgesetzt und technisch aufeinander abgestimmt werden.
BETRIFFT: Registrierungen / Dokumentationspflichten / E-Rechnung / kumulativer Aufwand
FOLGE: Nachrüstungs- und Folgekosten sowie zusätzliche Sanktions- und Bürokratiebelastungen
QUELLE: ZDH – Bonpflichtabschaffung bleibt aus

29.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 25.09.2026
WAS: Unternehmen beantragten vielfach vorsorglich Nullbescheide zur Rechtssicherheit; zugleich verlangten Zollstellen teilweise auch bei nicht gelisteten Gütern entsprechende Bescheide.
BETRIFFT: Zoll / Exportkontrolle / Genehmigungen / Nachweispflichten

FOLGE: längere BAFA-Bearbeitungszeiten, gebundene Verwaltungskapazitäten und Verzögerungen bei Ausfuhren in den Nahen Osten und nach Afrika
QUELLE: BGA – Austausch zu Nullbescheiden

30.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: Unternehmen beklagen wachsende Dokumentations- und Informationspflichten, fortlaufende Rechtsänderungen, widersprüchliche Vorgaben sowie unzureichende Abstimmung zwischen Datenschutz- und KI-Regulierung.
BETRIFFT: DSGVO / Dokumentationspflichten / Informationspflichten / AI Act
FOLGE: kompliziertere Geschäftsprozesse, zusätzlicher Personal- und IT-Aufwand sowie verzögerte KI- und Produkteinführungen
QUELLE: Bitkom – Wirtschaft will Entlastung beim Datenschutz

31.

WER: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE)
WANN: 20.05.2026
WAS: Fehlende Schulungen, unzureichende Schnittstellendokumentation und kaum verfügbare Testsysteme erschwerten die verpflichtende Einführung des digitalen Abfallverbringungssystems DIWASS.
BETRIFFT: Abfallverbringungsverordnung / DIWASS / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher IT- und Schulungsaufwand, Umsetzungsunsicherheit und mögliche Behinderungen grenzüberschreitender Abfalltransporte
QUELLE: BDE – EU-Abfallverbringungsverordnung

32.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 21.05.2026
WAS: Eine pauschale PFAS-Beschränkung mit kurzen Übergangsfristen sei nicht praktikabel, weil für zahlreiche Anwendungen geeignete Alternativen fehlten und Substitutionen lange Entwicklungs-, Test- und Qualifizierungsverfahren erforderten.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Zertifizierung / Produktumstellung
FOLGE: gefährdete Versorgungssicherheit, zusätzliche Umsetzungspflichten und verzögerte Produkt- und Prozessumstellungen
QUELLE: VCI – Augenmaß statt Pauschalverbot

33.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 29.05.2026
WAS: Späte Konkretisierungen, wechselnde Anforderungen und teilweise nicht verfügbare Geolokalisierungsdaten machten die EUDR für Unternehmen faktisch schwer erfüllbar.
BETRIFFT: EUDR / Geolokalisierung / Lieferkettendaten / Rohstoffimporte
FOLGE: Rechtsunsicherheit, gefährdete Lieferketten und Risiko von Importverboten
QUELLE: VCI – EUDR-Umsetzung aus dem Takt

34.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 05.06.2026

WAS: Mehr als 11.000 Dienstleistungsunternehmen berichteten über die kombinierte Belastung durch umfangreiche Dokumentationspflichten, bürokratische Auflagen, starre Arbeitszeitregeln und steigende Kosten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Dokumentationspflichten / Dienstleistungswirtschaft
FOLGE: finanzielle Schwierigkeiten; mehr als jedes fünfte Unternehmen plante Personalabbau und fast jedes dritte Investitionskürzungen
QUELLE: DIHK – Krise erreicht Dienstleistungsunternehmen

35.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 18.06.2026
WAS: Der fortlaufende Zustrom neuer EU-Regelungen überlagere die angekündigten Entlastungen; besonders die Vielzahl delegierter Rechtsakte erhöhe die Regulierungsdichte.
BETRIFFT: kumulativer EU-Regulierungsaufwand / Green Deal / Sekundärrecht
FOLGE: gebundene Unternehmensressourcen, höhere Fixkosten und Nachteile bei Investitionen, Innovation und Skalierung
QUELLE: BDI – Unternehmen spüren Entlastungen nicht

36.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 03.07.2026
WAS: Handwerksbetriebe müssten bislang unterschiedliche Nachhaltigkeitsberichte für verschiedene Geschäftspartner erstellen; zusätzliche Anforderungen von Banken und Auftraggebern drohten trotz freiwilligem KMU-Standard fortzubestehen.
BETRIFFT: CSRD / Nachhaltigkeitsberichterstattung / Lieferkettendaten
FOLGE: mehrfache Datenerhebung und parallele Berichte für Banken und Geschäftspartner
QUELLE: ZDH – Betriebe von Berichtspflichten entlasten

37.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 07.07.2026
WAS: Bürokratieaufwand, Steuern, Sozialabgaben, Energiepreise und unflexible Arbeitsmarktregeln belasteten Hersteller und Zulieferer gleichzeitig.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Automobilzulieferer / kumulative Standortbelastung
FOLGE: gefährdete Werke und Arbeitsplätze sowie notwendige Personal- und Geschäftsmodellanpassungen
QUELLE: VDA – Kommentierung zur anhaltenden Standortkrise

38.

WER: Verband der Chemischen Industrie Nordrhein-Westfalen (VCI NRW)
WANN: 21.07.2026
WAS: Rund acht von zehn befragten Chemie- und Pharmaunternehmen sahen sich durch Bürokratie und Regulierung schwer oder sehr schwer belastet; hinzu kamen Rohstoff-, Energie- und Arbeitskosten, Genehmigungspraxis, Zölle und Handelskonflikte.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Genehmigungen / Zölle / Standortkosten
FOLGE: jedes zweite Unternehmen verlagerte Investitionen teilweise oder deutlich ins

Ausland; bei Forschung und Entwicklung lag der Anteil bei 48 Prozent
QUELLE: VCI NRW – Mitgliederumfrage

39.

WER: Bitkom
WANN: 16.09.2026
WAS: Der geplante EU Kids Act würde neben dem bereits geltenden Digital Services Act eine zweite Regulierungsstruktur mit zusätzlichen Nachweis-, Prüf- und Aufsichtspflichten schaffen.
BETRIFFT: DSA / Nachweispflichten / Prüfpflichten / kumulative Digitalregulierung
FOLGE: doppelte Strukturen und zusätzlicher Compliance-Aufwand für digitale Anbieter
QUELLE: Bitkom – EU Kids Act

40.

WER: PwC Deutschland / befragte deutsche Automobilhersteller und Tier-1-Zulieferer
WANN: 24.09.2026
WAS: 41 Prozent der deutschen Befragten nannten regulatorische Veränderungen und 39 Prozent Zölle als eine der drei größten Bedrohungen für ihr Unternehmen.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Automobilzulieferer / Regulierung / Zölle
FOLGE: politisch verursachte Unsicherheit und zusätzlicher Druck auf Investitions- und Transformationsentscheidungen
QUELLE: PwC – Global Automotive Sector Outlook 2026

41.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 12.05.2026
WAS: Der VDA sieht die CO_2-Flottenregulierung und die kumulative Belastung durch Bürokratie, Steuern, Energie- und Arbeitskosten als Risiko für Produktion und Beschäftigung.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Zulieferer / CO_2-Flottenregulierung
FOLGE: laut VDA bis zu 50.000 gefährdete Arbeitsplätze; neue Investitionen und Arbeitsplätze entstehen zunehmend im Ausland
QUELLE: VDA – Beschäftigungsentwicklung bis 2035

42.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 29.05.2026
WAS: Chemie- und Pharmaunternehmen müssten gleichzeitig Registrierungs-, Schulungs-, Melde- und Risikomanagementpflichten aus BSIG/NIS2 sowie Anforderungen aus KRITIS-, KI- und Datenschutzregulierung bewältigen.
BETRIFFT: NIS2 / BSIG / KRITIS / AI Act / Datenschutz
FOLGE: zusätzlicher Compliance-, Schulungs- und Risikomanagementaufwand bis auf Geschäftsleitungsebene
QUELLE: VCI – Cybersicherheit und KI in der Praxis

43.

WER: Bitkom
WANN: 10.06.2026
WAS: Die TKG-Novelle sehe zwar Verfahrensbeschleunigungen vor, führe gleichzeitig aber neue Auflagen und Datenmeldepflichten ein.
BETRIFFT: Telekommunikationsgesetz / Datenpflichten / Genehmigungen
FOLGE: ausbleibende Verfahrensverkürzung; ein neuer Mobilfunkmast benötige weiterhin durchschnittlich mehr als drei Jahre
QUELLE: Bitkom – Stellungnahme zur TKG-Novelle

44.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 22.06.2026
WAS: Rund zwei Drittel der befragten Handwerksbetriebe hätten bereits Probleme beim Empfang von E-Rechnungen; Norm, Datenzuordnung und Softwareumsetzung seien noch nicht ausreichend stabil.
BETRIFFT: E-Rechnung / Dokumentationspflichten / technische Standards
FOLGE: zeitaufwendige Rechnungsrückweisungen, verzögerte Zahlungen sowie rechtliche und finanzielle Risiken beim Vorsteuerabzug
QUELLE: ZDH – Verschiebung der E-Rechnungspflicht

45.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 03.07.2026
WAS: Nachhaltigkeits-, Digitalisierungs- und Cybersicherheitsvorschriften erhöhten gleichzeitig die Produkt- und Marktüberwachungsanforderungen für Hersteller, Importeure, Händler und Online-Marktplätze.
BETRIFFT: Produktsicherheit / Marktzugang / Lieferkette / Dokumentationspflichten
FOLGE: Mehrfachbereitstellung identischer Informationen, steigende Bürokratiekosten und gebundene Ressourcen, besonders bei KMU
QUELLE: BGA – Produktsicherheit sichern, Bürokratie abbauen

46.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 06.07.2026
WAS: Überbordende und zunehmend komplexe EU-Chemikalienregulierung belaste die Industrie; Regelungen seien häufig nicht ausreichend harmonisiert oder regulierungsübergreifend abgestimmt.
BETRIFFT: REACH / CLP / Chemikalienregulierung / kumulativer Aufwand
FOLGE: unnötige Kosten und Aufwände sowie geringere Innovations-, Transformations- und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: VCI – EU-Chemikalienpolitik: REACH vereinfachen

47.

WER: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE)
WANN: 10.07.2026
WAS: Nach dem verpflichtenden DIWASS-Start führten unangekündigte

Schnittstellenänderungen, fehlende Versionshinweise und undokumentierte API-Fehlercodes weiterhin zu technischen Problemen.
BETRIFFT: Abfallverbringung / DIWASS / digitale Nachweise
FOLGE: zusätzlicher Anpassungs- und Wartungsaufwand für Unternehmenssoftware sowie Störungen bei grenzüberschreitenden Abfallverbringungen
QUELLE: BDE – Probleme beim digitalen Abfallverbringungssystem

48.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 03.08.2026
WAS: Die Übergangsregelung zur Industrieemissionsrichtlinie ermögliche neue behördliche Anforderungen, bevor die nationale Umsetzung der maßgeblichen Technikvorgaben abgeschlossen sei.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Umweltmanagement / Genehmigungen
FOLGE: Verlust von Rechts- und Planungssicherheit sowie möglicher zusätzlicher Bürokratieaufwand
QUELLE: VCI – Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie

49.

WER: Verband der Chemischen Industrie Nordrhein-Westfalen (VCI NRW)
WANN: 26.08.2026
WAS: Unternehmen nannten Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, hohe Kosten und mangelnde Planungssicherheit als zentrale Innovationshemmnisse.
BETRIFFT: Genehmigungen / Regulierung / Forschungsstandort
FOLGE: Forschungsergebnisse gelangen langsamer in den Markt; Unternehmen planen zunehmend den Ausbau von Forschungsaktivitäten im Ausland
QUELLE: VCI NRW – Innovationsstandort Deutschland

50.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 25.09.2026
WAS: Das deutsche Fristenmodell bei der Einfuhrumsatzsteuer verursache gegenüber dem in anderen EU-Staaten üblichen Verrechnungsmodell einen Wettbewerbsnachteil und zusätzlichen Verwaltungsaufwand.
BETRIFFT: Zoll / Einfuhrumsatzsteuer / Importbedingungen
FOLGE: Liquiditätsbelastung, Bürokratiekosten und geringere Attraktivität deutscher Handels- und Logistikstandorte
QUELLE: BGA – Direktverrechnung nimmt nächste Hürde

51.

WER: DIHK
WANN: 01.06.2026
WAS: Parallelregelungen wie CSDDD, EU-Taxonomie und Bankenregulierung können die Begrenzung von Nachhaltigkeitsdaten-Anfragen an kleinere Zulieferer unterlaufen.
BETRIFFT: CSRD / CSDDD / EU-Taxonomie / Lieferkettendaten

FOLGE: mehrfache, unkoordinierte Datenanforderungen und zusätzlicher Berichtsaufwand
QUELLE: DIHK

52.

WER: Stiftung GRS Batterien
WANN: 10.06.2026
WAS: Die nationale Umsetzung der erweiterten Herstellerverantwortung für Batterien gehe über EU-Vorgaben hinaus und werde mit zusätzlicher Bürokratie überfrachtet.
BETRIFFT: Batterieverordnung / BattDG / EPR
FOLGE: zusätzliche Vollzugs- und Compliance-Strukturen für Batteriehersteller
QUELLE: Recyclingportal / Stiftung GRS Batterien

53.

WER: Mitgliedsunternehmen des BGA-Europaausschusses
WANN: 25.06.2026
WAS: Bei CBAM und PPWR beklagen Unternehmen fehlende Leitlinien, ungeklärte Rollen und Schwierigkeiten bei der Datenerhebung in internationalen Lieferketten; die angekündigten Entlastungen seien praktisch noch nicht angekommen.
BETRIFFT: CBAM / PPWR / Lieferkettendaten / kumulative Regulierung
FOLGE: erheblicher Verwaltungsaufwand und Umsetzungsunsicherheit
QUELLE: BGA

54.

WER: Gesamtverband textil+mode
WANN: 15.07.2026
WAS: Unternehmen müssen für nicht verwendbare Neuware umfangreich begründen und dokumentieren, warum Vernichtung unvermeidbar und eine alternative Nutzung nicht möglich ist.
BETRIFFT: ESPR / Vernichtungsverbot / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Berichtsaufwand und steigende Kosten in der Textilindustrie
QUELLE: Gesamtverband textil+mode

55.

WER: Deutsche Industrieunternehmen in einer ifo-Befragung
WANN: 22.07.2026
WAS: 74 Prozent der Automobilunternehmen berichten von negativen Auswirkungen der US-Zölle; branchenübergreifend haben 16 Prozent Investitionsprojekte gestrichen und etwa ein Drittel Projekte verschoben.
BETRIFFT: Zölle / Exporthemmnisse / Automobilindustrie
FOLGE: gestrichene oder verzögerte Investitionen in Deutschland
QUELLE: ifo Institut

56.

WER: Gesamtverband textil+mode
WANN: 12.08.2026

WAS: Die PPWR verlangt gleichzeitig Konformitätsbewertungen, technische Dokumentationen, Kennzeichnungen, Rückverfolgbarkeit, Lieferkettennachweise, Verpackungskataster und Registrierungen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Lieferkettendaten / kumulative Nachweispflichten
FOLGE: zusätzliche Personal- und Compliance-Kosten sowie weniger Kapazität für Innovationen
QUELLE: Gesamtverband textil+mode

57.

WER: IHK Kassel-Marburg und betroffene Mitgliedsunternehmen
WANN: 09.09.2026
WAS: Kleine Unternehmen berichten, dass sie wegen länderbezogener Bevollmächtigten-, Register-, Melde- und Entsorgungspflichten ihren Versand in andere EU-Staaten einstellen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Marktzugang
FOLGE: Aufgabe grenzüberschreitender Absatzmärkte
QUELLE: IHK Kassel-Marburg

58.

WER: PwC Deutschland
WANN: 11.09.2026
WAS: Nur drei Prozent der befragten deutschen Industrieunternehmen sehen sich vollständig CRA-konform; jedes zweite Unternehmen hatte noch nicht mit der aktiven Umsetzung begonnen.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / Meldepflichten / Produkt-Compliance
FOLGE: hoher kurzfristiger Umsetzungs- und Personalbedarf, besonders im Mittelstand
QUELLE: PwC Deutschland

59.

WER: Böttcher AG
WANN: 16.09.2026
WAS: Das Unternehmen nennt wachsende Bürokratie sowie zusätzliche Registrierungs-, Melde-, Dokumentations- und Entsorgungspflichten der PPWR als konkreten Ausschlag für den Verzicht auf eine Europa-Expansion.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / kumulativer Standortaufwand
FOLGE: Aufgabe des Markteintritts in Österreich und weiterer Expansionspläne; bis zu 300 Arbeitsplätze entstehen nicht
QUELLE: LOGISTIK HEUTE

60.

WER: Hildegard Müller, VDA
WANN: 20.09.2026
WAS: Bürokratie, Zollkonflikte, verschobene Handelsströme, Arbeitskosten, Steuern und Energiekosten wirkten gleichzeitig auf die deutsche Automobilindustrie.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Zollkonflikte / kumulativer regulatorischer und wirtschaftlicher Aufwand
FOLGE: Von den Auto-Unternehmen, die Beschäftigung in Deutschland abbauen, bauen 44

Prozent gleichzeitig Beschäftigung im Ausland auf.
QUELLE: Handelsblatt

61.

WER: DIHK-Präsident Peter Adrian
WANN: 06.05.2026
WAS: Unternehmen verbringen laut DIHK immer mehr Zeit mit Formularen; nationale Sonderlasten beim Lieferkettengesetz sowie überbordende Berichts- und Dokumentationspflichten verschärfen die Belastung.
BETRIFFT: LkSG / Berichts- und Dokumentationspflichten / Genehmigungsverfahren
FOLGE: weniger Zeit für das Kerngeschäft, gehemmte Investitionen und Innovationen; jährliche Bürokratiekosten von 64 Milliarden Euro
QUELLE: Original-Link

62.

WER: DIHK
WANN: 15.06.2026
WAS: Chinesische Exportbeschränkungen und erzwungener Technologietransfer verzerren laut DIHK den Wettbewerb und setzen deutsche Unternehmen unter Druck.
BETRIFFT: Exportbeschränkungen / Marktzugang / kritische Rohstoffe / Lieferketten
FOLGE: Beschaffungsrisiken, mögliche Lieferengpässe und Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Original-Link

63.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 15.06.2026
WAS: US-Zölle von 15 Prozent auf Pkw und Teile sowie zusätzliche Zölle auf Nutzfahrzeuge, Teile und Busse belasten Hersteller und besonders Automobilzulieferer.
BETRIFFT: Zoll / Automobilexport / Marktzugang / Lieferketten
FOLGE: höhere Kosten entlang der Wertschöpfungskette sowie beeinträchtigte Investitionen, Arbeitsplätze und Lieferketten
QUELLE: Original-Link

64.

WER: Gesamtmetall
WANN: 25.06.2026
WAS: Der Verband sieht trotz der europäischen Omnibus-Pakete keinen tatsächlichen Bürokratieabbau; Belastungen aus zahlreichen zwischen 2022 und 2025 beschlossenen Rechtsakten würden in den Entlastungsberechnungen ausgeblendet.
BETRIFFT: kumulative EU-Regulierung / CSDDD / KI-Verordnung / Berichtspflichten
FOLGE: keine spürbare Entlastung der Unternehmen und weiter wachsender Regulierungsaufwand
QUELLE: Original-Link

65.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 03.07.2026
WAS: Auch bei einem verkleinerten gesetzlichen Anwendungsbereich der CSDDD werden Berichtspflichten nach Einschätzung des BGA über Compliance-Vorgaben großer Unternehmen faktisch an kleinere und mittelbare Zulieferer weitergegeben.
BETRIFFT: CSDDD / LkSG / Lieferkettendaten / Compliance
FOLGE: fortbestehende Informations-, Prüf- und Dokumentationsbelastungen für kleinere Zulieferer
QUELLE: Original-Link

66.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 16.07.2026
WAS: Neue europäische Elektrifizierungsziele drohen sich mit CO_2-Flottenregulierung, Vorgaben zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu überlagern; eine zusätzliche Pflicht zum bidirektionalen Laden würde Komplexität und Kosten erhöhen.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Elektrifizierungsziele / Energieeffizienz / kumulative Regulierung
FOLGE: höhere Entwicklungskosten und gehemmter Markthochlauf der Elektromobilität
QUELLE: Original-Link

67.

WER: Handelsverband Deutschland und weitere Wirtschaftsverbände
WANN: 06.08.2026
WAS: Kommunale Verpackungssteuern erzeugen zusätzliche Dokumentationspflichten, Anpassungen von Kassensystemen und Schulungsaufwand, obwohl 89 Prozent der betroffenen Verpackungen bereits anderen Abgaben unterliegen.
BETRIFFT: Verpackungssteuer / EPR / Einwegkunststofffonds / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Belastung bereits regulierter Verpackungen, stark steigende Abgaben und höhere Verbraucherpreise
QUELLE: Original-Link

68.

WER: Deutscher Abbruchverband
WANN: 01.09.2026
WAS: Die Ersatzbaustoffverordnung lässt die Abfalleigenschaft qualitätsgesicherter Recyclingbaustoffe weiterhin ungeklärt und enthält aus Verbandssicht unnötige Prüf- und Anzeigepflichten.
BETRIFFT: Ersatzbaustoffverordnung / Abfallende / Nachweise / Qualitätssicherung
FOLGE: Mehrfachuntersuchungen, Verzögerungen, zusätzliche Kosten und eingeschränkte Marktfähigkeit von Recyclingbaustoffen
QUELLE: Original-Link

69.

WER: Unternehmen in der ifo-Konjunkturumfrage
WANN: 21.09.2026

WAS: Die Hälfte der befragten Unternehmen nennt Bürokratie und Regulierung als größtes Standortproblem; Betriebe mit Beschäftigten, Anlagen und Exportgeschäft werden von mehreren Regelwerken gleichzeitig erfasst.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Berichtspflichten / Datenschutz / Genehmigungen / Export
FOLGE: gebundenes Personal und Investitionen, die wegen Genehmigungs- und Dokumentationsaufwand nicht begonnen werden
QUELLE: Original-Link

70.

WER: Holz Neudeck GmbH
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Familienbetrieb mit 20 Beschäftigten muss für die PPWR Materialinformationen beschaffen, dokumentieren, aufbereiten und weitergeben; zusätzlich steht die EUDR als nächste umfangreiche Dokumentationspflicht bevor.
BETRIFFT: PPWR / EUDR / Konformitätserklärung / Lieferantendaten / kumulativer Aufwand
FOLGE: gebundene Arbeitszeit und Finanzkraft, kaum noch Kundenbesuche sowie weniger Mittel für Maschinen, Hallen und Unternehmensentwicklung
QUELLE: Original-Link

71.

WER: BMW Group
WANN: 06.05.2026
WAS: Erhöhte Zölle belasteten das Automobilgeschäft im ersten Quartal stärker als im Vorjahr.
BETRIFFT: Zoll / Automobilexport / internationaler Marktzugang
FOLGE: Verringerung der EBIT-Marge im Segment Automobile um 1,25 Prozentpunkte
QUELLE: BMW Group

72.

WER: DIHK / IHK Schleswig-Holstein
WANN: 05.06.2026
WAS: Ein pauschales PFAS-Verbot könnte Medizinprodukte betreffen, für die keine gleichwertigen Alternativen verfügbar sind.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Medizintechnik / Marktzugang
FOLGE: mögliche Produktstreichungen, Versorgungsengpässe und Nachteile für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: IHK Schleswig-Holstein

73.

WER: VDA
WANN: 07.06.2026
WAS: Unterschiedliche Genehmigungs-, Test- und Betriebsregelungen erschweren die grenzüberschreitende Skalierung des autonomen Fahrens.
BETRIFFT: Zulassung / Zertifizierung / autonomes Fahren / Marktzugang

FOLGE: verzögerte Einführung automatisierter Fahrzeuge und Wettbewerbsnachteile
QUELLE: VDA

74.

WER: VDA
WANN: 23.06.2026
WAS: Überbordende Steuerbürokratie, Doppelregulierungen und neue Compliance-Pflichten belasten insbesondere grenzüberschreitend tätige Unternehmen.
BETRIFFT: Steuerbürokratie / Doppelregulierung / Meldepflichten / kumulativer Compliance-Aufwand
FOLGE: geschwächte internationale Wettbewerbsfähigkeit und weniger Investitionsspielraum
QUELLE: VDA

75.

WER: BGA
WANN: 09.07.2026
WAS: Engere Stahl-Zollkontingente und mögliche europäische Local-Content-Vorgaben schränken die internationale Beschaffung ein.
BETRIFFT: Zollkontingente / Local Content / Marktzugang / Lieferketten
FOLGE: höhere Beschaffungskosten, Planungsunsicherheit und zusätzlicher Aufwand für Lieferketten
QUELLE: BGA

76.

WER: BGA
WANN: 09.07.2026
WAS: Rechtliche Unsicherheit beim transatlantischen Datentransfer würde Unternehmen bei Cloud-Diensten, Logistik, Zahlungsverkehr sowie Kunden- und Personaldaten belasten.
BETRIFFT: Datenschutz / Datentransfer / Dokumentationspflichten / Compliance
FOLGE: zusätzliche Prüfungen und Dokumentationen sowie höhere Compliance-Kosten
QUELLE: BGA

77.

WER: DIHK
WANN: 23.07.2026
WAS: Bürokratische Ursprungsregeln, unterschiedliche CO_2-Berechnungsmethoden und Exportbeschränkungen erschweren mittelständischen Unternehmen die Nutzung internationaler Handelsvorteile.
BETRIFFT: Ursprungsnachweise / Zollpräferenzen / Exportkontrollen / CO_2-Daten
FOLGE: höherer Nachweisaufwand und eingeschränkter Zugang zu Auslandsmärkten
QUELLE: DIHK

78.

WER: Volkswagen Group – Markengruppe Core
WANN: 24.07.2026
WAS: US-Importzölle, wachsende regulatorische Anforderungen, Handelshemmnisse und geopolitische Auswirkungen auf Lieferketten belasteten das Geschäft.
BETRIFFT: Zoll / Regulierung / Handelshemmnisse / Lieferketten
FOLGE: Ergebnisbelastungen sowie weiterer Kostensenkungs- und Komplexitätsabbau bei Prozessen, Strukturen und Produkten
QUELLE: Volkswagen

79.

WER: Handelsverband Deutschland
WANN: 19.08.2026
WAS: Eine Registrierkassenpflicht in Verbindung mit digitalen Belegen schafft zusätzliche Anforderungen, während die bestehende allgemeine Belegausgabepflicht erhalten bleibt.
BETRIFFT: Registrierkassenpflicht / digitale Belege / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Investitionen sowie technische, finanzielle und bürokratische Belastungen
QUELLE: HDE

80.

WER: Gesamtmetall
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband nennt übermäßige Bürokratie zusammen mit hohen Steuer-, Energie- und Arbeitskosten als kumulative Schwäche des deutschen Industriestandorts.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / Bürokratie / kumulativer regulatorischer und standortbezogener Aufwand
FOLGE: Aufträge führen seltener zu inländischer Auslastung und Produktion; Arbeitsplätze geraten unter Druck
QUELLE: Gesamtmetall

81.

WER: Continental
WANN: 06.05.2026
WAS: Zölle und Wechselkurseffekte belasteten das Reifen- und Industriegeschäft des Automobilzulieferers.
BETRIFFT: Zoll / Automobilzulieferer / internationaler Handel
FOLGE: Ergebnisbelastungen und zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Continental

82.

WER: ZVEI
WANN: 06.05.2026
WAS: Die Elektro- und Digitalindustrie muss bereits zahlreiche parallele

Cybersicherheitsvorgaben erfüllen; zusätzliche Nachweis- und Lieferkettenpflichten würden die Belastung weiter erhöhen.
BETRIFFT: Cybersecurity Act 2 / Lieferkettendaten / Nachweispflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: gebundene Fachkräfte, geringere Investitionen und geschwächte Innovationskraft
QUELLE: ZVEI

83.

WER: Robert Bosch GmbH
WANN: 16.06.2026
WAS: Bosch warnt vor übermäßiger regionaler KI-Regulierung, während international einheitliche Regeln fehlen.
BETRIFFT: KI-Regulierung / automatisiertes Fahren / Automotive-Technologien
FOLGE: erschwerte Entwicklung und Anwendung industrieller KI sowie weiterer Rückstand Europas im internationalen Wettbewerb
QUELLE: Bosch

84.

WER: BVMed
WANN: 16.06.2026
WAS: Der bestehende MDR-Rahmen verursacht administrative Lasten, Unsicherheiten und hohe regulatorische Hürden; zusätzliche Wiederverwendungs- und Meldepflichten würden den Aufwand weiter erhöhen.
BETRIFFT: MDR / Konformitätsbewertung / Zertifizierung / Meldepflichten
FOLGE: massiver Bürokratieaufwand, Produktengpässe sowie Rückzug von Produkten oder Herstellern
QUELLE: BVMed

85.

WER: Plastics Europe Deutschland
WANN: 11.08.2026
WAS: Durch PPWR und VerpackDG wird jede Verpackung zu einem Dokumentationsprojekt; hinzu kommen Registrierungs-, Daten- und Nachweispflichten für bestimmte B2B- und Transportverpackungen.
BETRIFFT: PPWR / VerpackDG / EPR / Konformitätserklärungen / kumulative Datenpflichten
FOLGE: hoher administrativer Aufwand und verzögerte Investitionen wegen noch ungeklärter technischer Kriterien
QUELLE: Plastics Europe Deutschland

86.

WER: DIHK und beteiligte Unternehmen
WANN: 03.09.2026
WAS: Deutsche Unternehmen berichten gleichzeitig von zahlreichen europäischen Regulierungen, chinesischen Marktzugangshürden und einer Bevorzugung chinesischer Firmen bei kritischen Rohstoffen.

BETRIFFT: Marktzugang China / Regulierung / Rohstoffzugang / Lieferketten
FOLGE: Kosten- und Wettbewerbsnachteile sowie erschwerter Zugang zu Absatzmärkten und Vorprodukten
QUELLE: DIHK

87.

WER: BDI
WANN: 11.09.2026
WAS: Registrierung und Berichterstattung nach Artikel 44 PPWR drohen sich mit der Berichterstattung der Mitgliedstaaten nach Artikel 56 zu überschneiden.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregistrierung / Berichtspflichten / Verpackungsdaten
FOLGE: Mehrfachmeldungen und zusätzlicher administrativer Aufwand entlang der Verpackungswertschöpfungskette
QUELLE: BDI

88.

WER: VCI
WANN: 11.09.2026
WAS: Reduktionspfad, Marktstabilitätsreserve, Benchmarks, Korrekturfaktor und kostenlose Zuteilung wirken im EU-Emissionshandel kumulativ auf Industrieunternehmen.
BETRIFFT: EU-Emissionshandel / CO_2-Nachweise / kumulative Klimaregulierung
FOLGE: steigende Belastungen, gehemmte Transformationsinvestitionen und drohende Produktionsverlagerungen oder Werksschließungen
QUELLE: VCI

89.

WER: Handelsverband Deutschland
WANN: 21.09.2026
WAS: Bereits produzierte Waren können wegen neuer EmpCo-Vorgaben zu Nachhaltigkeitssiegeln und Umweltaussagen ihre Verkehrsfähigkeit verlieren.
BETRIFFT: EmpCo / Kennzeichnung / Nachhaltigkeitsaussagen / Marktzugang
FOLGE: Abmahnrisiken, Kosten für Umetikettierungen und mögliche Vernichtung einwandfreier Warenbestände
QUELLE: HDE

90.

WER: DIHK
WANN: 23.09.2026
WAS: Zusätzliche Diversifizierungsvorgaben und europäische Ursprungskriterien im Industrial Accelerator Act könnten die Beschaffung und internationale Lieferketten weiter regulieren.
BETRIFFT: Lieferketten / Local Content / Ursprungsregeln / Critical Raw Materials Act / Marktzugang
FOLGE: neue Kosten, zusätzliche Bürokratie und geringere Flexibilität bei Bezugsquellen und Handelspartnern
QUELLE: DIHK

91.

WER: SupplyOn
WANN: 16.06.2026
WAS: Das Unternehmen beobachtet exponentiell wachsende Datenanforderungen durch mehrere EU-Regulierungen. Unterschiedliche Datenmodelle und wiederholte Anfragen überlasten Lieferanten.
BETRIFFT: Batterieverordnung / CBAM / PPWR / EUDR / ESPR / Digitaler Produktpass / REACH / Lieferkettendaten
FOLGE: niedrige Antwortraten, schlechte Datenqualität, Datensilos und hoher operativer Aufwand
QUELLE: SupplyOn

92.

WER: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland (bevh)
WANN: 17.07.2026
WAS: Rund die Hälfte der befragten Händler verliert bei der Vielzahl neuer regulatorischer Anforderungen zunehmend den Überblick. Sieben von zehn Unternehmen benötigen interne Beschäftigte und externe Unterstützung für die Bewältigung der Bürokratie.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Dokumentationspflichten / Compliance
FOLGE: durchschnittlich mehr als zwei Vollzeitkräfte ausschließlich für Dokumentation und Compliance; Regulierung verursacht im Mittel sechs Prozent der Verwaltungskosten
QUELLE: bevh

93.

WER: Purplan GmbH
WANN: 01.06.2026
WAS: Der industrielle Anlagenbauer sieht trotz Digitalisierung keine Entlastung. Genehmigungen, Nachweise und Berichtspflichten blieben aufwendig und würden weder automatisch einfacher noch schneller.
BETRIFFT: Genehmigungen / Nachweispflichten / Berichtspflichten / kumulative Bürokratie
FOLGE: anhaltend hoher Zeit- und Verwaltungsaufwand im Mittelstand
QUELLE: IHK Osnabrück – Unternehmensstatement

94.

WER: Panorama GmbH
WANN: 01.06.2026
WAS: Der Alttextilverwerter kritisiert praxisferne EU-Vorgaben: Nicht verwertbare Importtextilien müssten wiederverwertet werden, während ihre Vernichtung verboten sei.
BETRIFFT: Kreislaufwirtschaft / Abfallrecht / Alttextilien / Export
FOLGE: Verlustgeschäfte; nach Unternehmensangaben verschwinden Betriebe und Arbeitsplätze aus der Branche
QUELLE: IHK Osnabrück – Unternehmensstatement

95.

WER: Unternehmen im Bezirk der IHK Osnabrück–Emsland–Grafschaft Bentheim
WANN: 01.06.2026
WAS: 89 Prozent der befragten Betriebe melden eine zunehmende oder deutlich zunehmende Bürokratielast. Gewünscht werden weniger Dokumentations- und Nachweispflichten.
BETRIFFT: kumulative administrative Anforderungen / Dokumentation / Nachweise
FOLGE: rund 50 Prozent nutzen externe Dienstleister, 37 Prozent verteilen Personal um, 31 Prozent stellen zusätzliches Personal ein und 28 Prozent verschieben Investitionen
QUELLE: IHK Osnabrück

96.

WER: IHK Niedersachsen
WANN: 01.06.2026
WAS: Die IHK kritisiert, dass trotz einer angekündigten Berichtspflichtenbremse durch das niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz neue Dokumentations- und Nachweispflichten aufgebaut werden sollen.
BETRIFFT: Vergaberecht / Tariftreue / Dokumentations- und Nachweispflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: zusätzliche Kontrollen und neue Belastungen für an öffentlichen Vergaben teilnehmende Unternehmen
QUELLE: IHK Osnabrück / IHK Niedersachsen

97.

WER: Verband der Automobilhändler Deutschlands (VAD)
WANN: 19.08.2026
WAS: Die Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie bringt Autohäusern Erlaubnis-, Registrierungs-, Sachkunde-, Informations-, Dokumentations- und Werbepflichten. Der VAD bezweifelt, dass der zusätzliche Verbrauchernutzen den Aufwand rechtfertigt.
BETRIFFT: Autohandel / Verbraucherkreditrichtlinie / Registrierung / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzliche Arbeit sowie Anpassungen von Prozessen, Vergütungsmodellen und Kreditwerbung; Bußgeldrisiken bei Verstößen
QUELLE: kfz-betrieb

98.

WER: Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK)
WANN: 23.09.2026
WAS: Das Kfz-Gewerbe warnt, dass die Umsetzung des Rechts auf Reparatur die Gewährleistungs-, Informations-, Dokumentations- und Nachweisanforderungen für Fahrzeughändler und Werkstätten erhöht.
BETRIFFT: Recht auf Reparatur / Gewährleistungsrecht / Dokumentation / Kfz-Handel
FOLGE: mehr Verwaltungs-, Diagnose- und Haftungsaufwand; ältere Gebrauchtwagen könnten teurer, schwerer kalkulierbar oder häufiger ins Ausland verkauft werden
QUELLE: AUTO SERVICE PRAXIS

99.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 30.07.2026
WAS: Der Verband warnt vor einer parallelen Regulierung KI-basierter Medizinprodukte durch KI-Verordnung und MDR/IVDR und fordert einen konsistenten sektorspezifischen Rechtsrahmen.
BETRIFFT: KI-Verordnung / MDR / IVDR / Konformitätsnachweise / Marktzugang
FOLGE: Doppelregulierung, Rechtsunsicherheit und verzögerter Markteintritt von KI-Medizinprodukten
QUELLE: BVMed

100.

WER: August-Wilhelm Scheer Institut
WANN: 09.06.2026
WAS: Unternehmen unterschätzten beim Digitalen Produktpass häufig den organisatorischen Aufwand. Produkt-, Material- und Nachhaltigkeitsdaten müssten über komplexe Lieferketten erhoben, vereinheitlicht und mit bestehenden LkSG- und CSDDD-Prozessen verbunden werden.
BETRIFFT: Digitaler Produktpass / Batterieverordnung / LkSG / CSDDD / Lieferantendaten
FOLGE: hoher Integrations- und Standardisierungsaufwand; neue Zuständigkeiten und Aufholstress bei verspäteter Umsetzung
QUELLE: Haufe Sustainability

101.

WER: Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband (DeSH)
WANN: 05.05.2026
WAS: Die EUDR führe trotz Vereinfachungspaket zu wachsenden Dokumentensammlungen, Interpretationsspielräumen und zusätzlichem Umsetzungsaufwand in den Lieferketten.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit und fortbestehender Verwaltungsaufwand
QUELLE: Original-Pressemitteilung

102.

WER: Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME)
WANN: 07.05.2026
WAS: Wegen verschärfter gesetzlicher Anforderungen an Nachhaltigkeitssiegel stellt der BME seine Zertifizierung „Responsible Procurement Organisation“ ein.
BETRIFFT: Zertifizierung / Nachhaltigkeitssiegel / regulatorische Anforderungen
FOLGE: Alle erteilten Zertifikate verlieren zum 31.08.2026 ihre Gültigkeit; die weitere Verwendung wird untersagt.
QUELLE: Original-Link

103.

WER: Deutsche Unternehmen in den USA / DIHK
WANN: 15.05.2026

WAS: 59 Prozent melden zusätzlichen Aufwand durch Zollverfahren, Ursprungsnachweise und Compliance-Anforderungen; besonders aufwendig seien Nachweise zum Ursprung von Stahl und Aluminium.
BETRIFFT: Zoll / Ursprungsnachweise / Export / Compliance
FOLGE: Neun Prozent schufen zusätzliche Stellen oder beauftragten externe Berater; zahlreiche Unternehmen reduzieren oder verlagern ihr US-Geschäft.
QUELLE: Original-Link

104.

WER: Befragte Unternehmen / DIN und DKE
WANN: 23.06.2026
WAS: Beim Digitalen Produktpass bestehen erhebliche offene Fragen zu Standards, Datenstrukturen, Konformitätsanforderungen und der Integration in bestehende Prozesse. Nur 201 von 1.092 Befragten hatten konkrete Einführungsmaßnahmen begonnen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Batterieverordnung / Lieferkettendaten
FOLGE: Hoher Orientierungs- und Anpassungsbedarf bei IT-Systemen, Schnittstellen und Unternehmensprozessen
QUELLE: Original-Link

105.

WER: Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg
WANN: 29.07.2026
WAS: Der rechtliche Anspruch freier Werkstätten auf Fahrzeug- und Reparaturdaten werde durch Zertifizierungen, Registrierungen, Kosten und mögliche Cybersicherheitsbeschränkungen praktisch erschwert.
BETRIFFT: EU-Typgenehmigung / Fahrzeugdaten / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: Erschwerter Zugang zu Reparaturarbeiten, Ersatzteilanlernung und Softwarefunktionen für freie Werkstätten
QUELLE: Original-Link

106.

WER: Rund 7.000 deutsche Unternehmen / Deutsche Bundesbank
WANN: 29.07.2026
WAS: Die durchschnittlichen Bürokratiekosten stiegen von etwa fünf auf sieben Prozent des Umsatzes. Besonders belastend seien Steuer- und Finanzberichte, Arbeitsrecht, Umweltvorschriften und Datenschutz.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichts- und Dokumentationspflichten
FOLGE: Weniger produktive Arbeitszeit, gehemmte Investitionen und geringeres Produktivitätswachstum; kleine Unternehmen sind überproportional betroffen.
QUELLE: Original-Link

107.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 11.08.2026
WAS: Neue Mitwirkungspflichten der Automobilindustrie gegenüber Nachrichtendiensten müssten von bestehenden europäischen Daten-, Datenschutz- und Cybersicherheitsvorgaben

klar abgegrenzt werden. Zusätzliche Fahrzeugdaten dürften nicht vorsorglich erhoben oder gespeichert werden müssen.
BETRIFFT: Fahrzeugdaten / Datenschutz / Cybersicherheit / kumulative Compliance
FOLGE: Gefahr von Doppelregulierung sowie Rechts-, Planungs- und Investitionsunsicherheit für Hersteller und Zulieferer
QUELLE: Original-Link

108.

WER: Thüringer Industrieunternehmen / IHK Erfurt und IHK Südthüringen
WANN: 03.09.2026
WAS: Ein Industriebetrieb mit mehr als 200 Beschäftigten meldete Rekordkosten für gesetzliche Vorgaben, Verwaltung und IT. Zugleich zwinge die „Local-for-local"-Produktion großer Konzerne Zulieferer, ihren Kunden ins Ausland zu folgen.
BETRIFFT: kumulativer Aufwand / Marktzugang / Zulieferer / Produktionsverlagerung
FOLGE: 22 Prozent der befragten Thüringer Unternehmen verlagern Investitionen an günstigere Standorte; eigene Standorte in Asien sind für viele Mittelständler nicht finanzierbar.
QUELLE: Original-Link

109.

WER: Mittelständisches Mitgliedsunternehmen der IHK zu Lübeck
WANN: 16.09.2026
WAS: Zur Erfüllung der PPWR-Dokumentationspflichten müsste das Unternehmen zwei zusätzliche Mitarbeiter einstellen, was für seine Größe wirtschaftlich nicht darstellbar sei.
BETRIFFT: PPWR / Dokumentationspflichten / zusätzliches Personal / Auslandsgeschäft
FOLGE: Ohne Änderungen müsse das Unternehmen zunächst den Versand und letztlich den gesamten Betrieb einstellen.
QUELLE: Original-Link

110.

WER: Unternehmen der Elektro- und Digitalindustrie / ZVEI
WANN: 17.09.2026
WAS: 85 Prozent der befragten Branchenentscheider nennen Bürokratie, regulatorische Unsicherheit und lange Genehmigungsverfahren als Investitionshemmnisse.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Genehmigungen / Investitionen
FOLGE: Zusätzliche Investitionen sowie die Entwicklung und Produktion von Schlüsseltechnologien in Deutschland werden gebremst.
QUELLE: Produktion – ZVEI-Entscheider-Panel

111.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 03.06.2026
WAS: Der GDV warnt, dass neue ESRS-Definitionen trotz reduzierter Pflichtangaben zu zusätzlichen Angaben, Auslegungsspielräumen und Rechtsunsicherheit führen können.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Nachhaltigkeitsberichterstattung
FOLGE: steigende Berichtslast und gebundene Kapazitäten für Investitionen und

Innovationen
QUELLE: Originalquelle

112.

WER: Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW)
WANN: 19.06.2026
WAS: Das IDW kritisiert die kumulative Belastung durch eine überfrachtete und zersplitterte Berichtslandschaft mit Überschneidungen, Doppelarbeiten sowie unterschiedlichen nationalen und europäischen Vorgaben.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Rechnungslegung / Offenlegungs- und Berichtspflichten
FOLGE: erhebliche Kosten, geringere Produktivität und eingeschränkte unternehmerische Handlungsspielräume
QUELLE: Originalquelle

113.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 15.07.2026
WAS: Die geplante Vereinfachung des Bankenmeldewesens ersetze bestehende Anforderungen vielfach durch neue Meldepflichten, zusätzliche Datenanforderungen und geänderte Formulare.
BETRIFFT: ESG-Risikodaten / Stresstests / Asset Encumbrance / aufsichtliches Meldewesen
FOLGE: erheblicher technischer Anpassungsaufwand sowie höhere Melde- und Umsetzungskosten
QUELLE: Originalquelle

114.

WER: eco – Verband der Internetwirtschaft / 38 befragte Unternehmen
WANN: 07.08.2026
WAS: Die Unternehmen bewerten bei NIS-2 insbesondere Dokumentationspflichten, Audits, Meldeprozesse, Risikoanalysen und Lieferkettenanforderungen als aufwendig; kein Befragter meldete keinen zusätzlichen Aufwand.
BETRIFFT: NIS-2 / Registrierung / Nachweise / Meldepflichten / Lieferkettenmanagement
FOLGE: hoher zusätzlicher Compliance-Aufwand und Verzögerungen bei der Umsetzung
QUELLE: Originalquelle

115.

WER: Bundesverband Metall und 13 Verbände der Bau-, Fenster- und Fassadenwirtschaft
WANN: 14.08.2026
WAS: Die Verbände warnen, dass der EU-Normungsauftrag für Fenster und Türen mittelständischen Betrieben zusätzliche Prüf-, Dokumentations- und Zertifizierungspflichten auferlegen könnte.
BETRIFFT: EU-Bauproduktenverordnung / Produktprüfung / Zertifizierung / Nachweise
FOLGE: personelle und organisatorische Mehrbelastung sowie höhere Bau- und Sanierungskosten
QUELLE: Originalquelle

116.

WER: Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK)
WANN: 21.08.2026
WAS: Der VIK kritisiert verschärfte deutsche Vorgaben zur gekoppelten Lieferung von Herkunftsnachweisen, die über die europäischen Anforderungen hinausgingen.
BETRIFFT: Herkunftsnachweise / Strompreiskompensation / Dokumentations- und Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Kosten, erschwerte Grünstromnachweise und Nachteile gegenüber Wettbewerbern in anderen EU-Staaten
QUELLE: Originalquelle

117.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 09.09.2026
WAS: Der BVMed fordert, Unternehmens- und Eignungsnachweise bei öffentlichen Vergaben nur einmal einzureichen und EU-weit wiederverwenden zu können; eine bloße Digitalisierung bestehender Bürokratie reiche nicht.
BETRIFFT: öffentliche Vergabe / Nachweispflichten / Once-only-Prinzip / Marktzugang
FOLGE: andernfalls wiederholte Dateneingaben und erschwerter Zugang für mittelständische und spezialisierte Anbieter
QUELLE: Originalquelle

118.

WER: bvse, BDSV und Verband Deutscher Metallhändler und Recycler (VDM)
WANN: 15.09.2026
WAS: Eine Mitgliederumfrage ergab, dass seit Einführung des europäischen DIWASS keine zwingend darüber abzuwickelnde Notifizierung vollständig abgeschlossen werden konnte.
BETRIFFT: EU-Abfallverbringungsverordnung / DIWASS / Registrierung / digitale Notifizierungen
FOLGE: ausgefallene Abfallverbringungen, mögliche Kundenverluste, finanzielle Schäden und unterbrochene Recyclingwege
QUELLE: Originalquelle

119.

WER: Tischler Schreiner Deutschland (TSD)
WANN: 21.09.2026
WAS: TSD warnt, dass der Digitale Produktpass bei individuellen Möbeln und Kleinserien unverhältnismäßigen Dokumentations- und Verwaltungsaufwand verursachen könnte.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Möbel
FOLGE: zusätzliche Belastung bereits ausgelasteter Handwerksbetriebe bis hin zu möglichen Betriebsaufgaben
QUELLE: Originalquelle

120.

WER: IHK Hannover
WANN: 25.09.2026
WAS: Die IHK warnt vor dem Zusammenwirken von EmpCo, PPWR und weiteren ineinandergreifenden EU-Nachhaltigkeits- und Berichtsvorgaben; Unternehmen müssten zudem ihre gesamte Produkt- und Unternehmenskommunikation überprüfen.
BETRIFFT: EmpCo / PPWR / Nachhaltigkeitsberichterstattung / Zertifizierungssysteme
FOLGE: kumulativer Prüf- und Dokumentationsaufwand sowie Risiken für Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensexistenz
QUELLE: Originalquelle

121.

WER: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
WANN: 05.05.2026
WAS: Die BAUINDUSTRIE erklärt, dass Bürokratie und regulatorische Anforderungen die Wirtschaftlichkeit von Wohnungsbauprojekten verhindern können.
BETRIFFT: Genehmigungsverfahren / Bauvorschriften / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: Bauprojekte werden trotz beschleunigter Genehmigungen wirtschaftlich nicht umgesetzt
QUELLE: Originalquelle

122.

WER: Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD)
WANN: 06.05.2026
WAS: Selbstständige und kleine Unternehmen berichteten weiterhin von hohem Verwaltungsdruck durch Formulare, Nachweise und Meldepflichten; 58 Prozent forderten weniger Nachweispflichten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Nachweise / Meldungen / Steuerverfahren
FOLGE: Zeit- und Kostenbelastung, Liquiditätsprobleme und fehlende Planungssicherheit
QUELLE: Originalquelle

123.

WER: TÜV-Verband
WANN: 07.05.2026
WAS: Der TÜV-Verband warnt, dass die Verteilung von KI-Anforderungen auf AI Act und Maschinenverordnung unterschiedliche Anforderungen, Verfahren und Fristen schafft.
BETRIFFT: AI Act / Maschinenverordnung / Risikomanagement / Sicherheitsmeldungen
FOLGE: Rechtsunsicherheit, zusätzliche Bürokratie und verzögerte Entwicklung industrieller KI-Standards
QUELLE: Originalquelle

124.

WER: ReifenDeutschland / Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk)
WANN: 30.06.2026
WAS: ReifenDeutschland lehnt die Ausweitung des CBAM auf stahlbasierte Vorprodukte ab, solange importierte Fertigreifen nicht gleichwertig erfasst werden.

BETRIFFT: CBAM / Stahlvorprodukte / Reifenindustrie / automobile Lieferkette
FOLGE: höhere Produktionskosten und Wettbewerbsnachteile für europäische Reifenhersteller
QUELLE: Originalquelle

125.

WER: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk)
WANN: 15.07.2026
WAS: Der wdk kritisiert, dass europäische Naturkautschukverarbeiter EUDR-Nachweise erbringen müssen, während bestimmte importierte Gummifertigwaren davon ausgenommen werden.
BETRIFFT: EUDR / Naturkautschuk / Nachweispflichten / Fahrzeugkomponenten
FOLGE: Compliance-Kosten für europäische Produzenten und erleichterter Marktzugang für Drittlandsimporte
QUELLE: Originalquelle

126.

WER: GS1 Germany
WANN: 05.08.2026
WAS: GS1 Germany warnt, dass Unternehmen trotz verschobenem EUDR-Anwendungsbeginn bereits Produkte, Rollen im Warenfluss und benötigte Lieferkettendaten klären und entsprechende Datenprozesse aufsetzen müssen.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Informations- und Dokumentationspflichten
FOLGE: vorgezogene Anpassung von IT-, Daten- und Lieferantenprozessen
QUELLE: Originalquelle

127.

WER: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk)
WANN: 12.08.2026
WAS: Mittelständische Kautschukunternehmen beklagen PPWR-Pflichten für einzelne B2B-Sendungen, darunter Kennzeichnung, Dokumentation, Konformitätsbewertung, Überwachung und Auslandsregistrierungen.
BETRIFFT: PPWR / B2B-Transportverpackungen / Registrierung / Konformitätsbewertung
FOLGE: zusätzlicher Aufwand bei jeder Sendung und fehlende Rechtssicherheit wegen zahlreicher noch offener Detailregelungen
QUELLE: Originalquelle

128.

WER: Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME)
WANN: 13.08.2026
WAS: Der BME warnt vor starren Mehrlieferantenquoten, Resilienzplänen und zusätzlichen Berichtspflichten im geplanten EU-Gesetz zur Diversifizierung von Lieferketten.
BETRIFFT: Lieferkettenregulierung / Lieferantenvorgaben / Berichtspflichten / Resilienzpläne
FOLGE: zusätzlicher Personalbedarf, steigende Kosten und verzögerte Markteinführung

neuer Produkte
QUELLE: Originalquelle

129.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 15.09.2026
WAS: Die DIHK dokumentiert 20 Fälle, in denen deutsche Regeln über EU-Vorgaben hinausgehen und zusätzliche Berichts-, Nachweis-, Genehmigungs- oder Kontrollpflichten erzeugen.
BETRIFFT: Datenschutz / Energieeffizienz / Cybersicherheit / Verbraucher- und Verpackungsrecht / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: höhere Kosten, Doppelregelungen und Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen in anderen EU-Staaten
QUELLE: Originalquelle

130.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 22.09.2026
WAS: Die DIHK warnt vor geplanten EU-Exportzöllen und möglichen weiteren Beschränkungen für Metall- und Batterieschrotte.
BETRIFFT: Exportbeschränkungen / Zoll / Abfallverbringung / Batterierecycling
FOLGE: Preisverfall, Kapitalbindung durch Zwischenlagerung und Gefährdung der Wirtschaftlichkeit von Recyclingketten
QUELLE: Originalquelle

131.

WER: GDV und weitere deutsche Wirtschaftsverbände
WANN: 28.05.2026
WAS: Das Nebeneinander von DSGVO und KI-Verordnung führt zu parallelen Prüf-, Nachweis- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: DSGVO / KI-Verordnung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Compliance-Aufwand, Rechtsunsicherheit und verzögerte datenbasierte Innovationen
QUELLE: GDV

132.

WER: Lebensmittelverband Deutschland
WANN: 25.06.2026
WAS: Nationale Meldepflichten im Lebensmittelrecht erzeugen gegenüber dem EU-Recht Doppelregelungen und parallele Befassungen mehrerer Behörden.
BETRIFFT: LFGB / Meldepflichten / Dokumentation
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Benachteiligung deutscher Labore und Verlagerung von Aufträgen ins Ausland
QUELLE: Lebensmittelverband Deutschland

133.

WER: DIHK
WANN: 20.07.2026
WAS: Eine zu weite Einstufung von KI-Anwendungen als Hochrisikosysteme würde auch betriebliche Assistenz- und Wartungssysteme mit Risiko-, Qualitäts-, Daten-, Cybersecurity- und Dokumentationspflichten belasten.
BETRIFFT: KI-Verordnung / Konformitätsverfahren / Dokumentationspflichten
FOLGE: hohe Umsetzungskosten und gebremster KI-Einsatz insbesondere im Mittelstand
QUELLE: DIHK

134.

WER: DIHK
WANN: 31.07.2026
WAS: Medizintechnikunternehmen müssen gleiche Inhalte teilweise in bis zu zehn Dokumenten wiederholen; Zertifizierungszeiten und Kosten haben sich deutlich erhöht.
BETRIFFT: MDR / IVDR / Zertifizierung / technische Dokumentation
FOLGE: verzögerter Marktzugang, Produktstreichungen und mögliche Versorgungslücken
QUELLE: DIHK

135.

WER: DEHOGA Berlin
WANN: 08.09.2026
WAS: Hotels und Restaurants können bei individuell gekennzeichneten Verpackungen selbst als Hersteller gelten und müssen dann Konformität, technische Unterlagen, Registrierung und Mengenmeldungen sicherstellen.
BETRIFFT: PPWR / LUCID / EPR / Konformitätsnachweise
FOLGE: zusätzliche Register-, Dokumentations- und Systembeteiligungspflichten im Gastgewerbe
QUELLE: DEHOGA Berlin

136.

WER: Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall
WANN: 08.09.2026
WAS: Die europäische Herstellerverantwortung für die vierte Abwasserreinigungsstufe belastet Pharma- und Kosmetikhersteller mit mindestens 80 Prozent der Kosten, obwohl die Auswahl dieser Branchen rechtlich und wissenschaftlich umstritten ist.
BETRIFFT: EPR / Kommunalabwasserrichtlinie / Herstellerfinanzierung
FOLGE: Rechtsunsicherheit sowie erschwerte Finanzierungs- und Investitionsplanung
QUELLE: DWA

137.

WER: DIHK
WANN: 10.09.2026
WAS: Die PPWR bringt umfangreiche Datenanforderungen, Materialaufschlüsselungen, Nachweise und potenziell parallele nationale Registrierungen; auch kleinere Mengen bleiben registrierungs- und berichtspflichtig.
BETRIFFT: PPWR / Register / Lieferantendaten / Berichtspflichten

FOLGE: höhere Prüf-, Datenbeschaffungs- und Verwaltungskosten besonders für KMU
QUELLE: DIHK

138.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unterschiedliche nationale Register, Portale, Meldungen und Vertreterpflichten wirken zusammen mit Verpackungs-, Entsende- und Arbeitsschutzvorgaben als kumulative Hürde im EU-Binnenmarkt.
BETRIFFT: PPWR / Registrierungen / Meldepflichten / grenzüberschreitender Marktzugang
FOLGE: überproportionale Fix- und Verwaltungskosten für KMU sowie erschwerte grenzüberschreitende Geschäfte
QUELLE: IHK Pfalz

139.

WER: Pharma Deutschland und weitere Pharmaverbände
WANN: 24.09.2026
WAS: Zusätzliche verpflichtende Kosten-Nutzen-Bewertungen und erneute Bewertungen von Arzneimitteln würden neue bürokratische Hürden im bestehenden Erstattungs- und Bewertungsverfahren schaffen.
BETRIFFT: AMNOG / Bewertungsverfahren / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und erschwerter Zugang zu innovativen Therapien
QUELLE: Pharma Deutschland

140.

WER: GDV
WANN: 28.09.2026
WAS: Ein Versicherungsunternehmen veranschlagt allein für die Umsetzung der IRRD 12,4 Millionen Euro und anschließend 1,2 Millionen Euro jährliche Betriebskosten; Überschneidungen großer Regelwerke verstärken den Aufwand.
BETRIFFT: IRRD / Versicherungsregulierung / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: hohe dauerhafte Compliance-Kosten und eingeschränkte Innovationsfähigkeit
QUELLE: GDV

141.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel
WANN: 26.05.2026
WAS: Die angekündigten EUDR-Vereinfachungen entlasten Importeure nicht; umfassende Pflichten bestehen selbst bei Einfuhren aus Ländern ohne Entwaldungsrisiko fort.
BETRIFFT: EUDR / Import / Sorgfaltspflichten
FOLGE: weiterhin hohe Prüf-, Nachweis- und Importkosten
QUELLE: GD Holz

142.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel
WANN: 04.06.2026
WAS: Erweiterte Berichtspflichten, Dokumentationsanforderungen, Auskunftsrechte und verpflichtende Entgeltanalysen belasten mittelständische Holzhandelsunternehmen.
BETRIFFT: EU-Entgelttransparenzrichtlinie / Berichts- und Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Kosten, gebundene Personalressourcen und mehr arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen
QUELLE: GD Holz

143.

WER: IHK Bodensee-Oberschwaben
WANN: 05.08.2026
WAS: Die PPWR verlangt technische Dokumentationen, Konformitätserklärungen sowie Informations- und Nachweispflichten entlang der Lieferkette; je nach Geschäftsmodell können mehrere Rollen gleichzeitig gelten.
BETRIFFT: PPWR / Lieferkettendaten / Konformitätsnachweise
FOLGE: hohe Verwaltungskosten und weniger Kapazität für Produkte, Innovationen und Kundenservice
QUELLE: IHK Bodensee-Oberschwaben

144.

WER: Deutscher Holzwirtschaftsrat und GD Holz
WANN: 28.08.2026
WAS: Die gleichzeitige Umsetzung von PPWR, EUDR und EmpCo führt in der Holzwirtschaft zu kumulierten Dokumentations-, Nachweis- und Prüfpflichten.
BETRIFFT: PPWR / EUDR / EmpCo / kumulativer Regulierungsaufwand
FOLGE: Beratungs- und Anpassungskosten, Rechtsunsicherheit sowie beeinträchtigte Investitions- und Innovationsfähigkeit
QUELLE: GD Holz

145.

WER: SPECTARIS
WANN: 01.09.2026
WAS: Eine pauschale PFAS-Beschränkung würde Fluorpolymere erfassen, für die in Medizin-, Labor-, Optik-, Halbleiter- und Kommunikationstechnik häufig keine gleichwertigen Ersatzstoffe verfügbar sind.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Stoffbeschränkungen
FOLGE: gefährdete Verfügbarkeit wichtiger Materialien und erschwerte Entwicklung von Hightech-Produkten
QUELLE: SPECTARIS

146.

WER: BDI
WANN: 10.09.2026
WAS: Getrennte Zuständigkeiten und überkomplexe Melde- und Registrierungspflichten für analoge, digitale und hybride Sicherheitsvorfälle erzeugen Doppelregulierung.
BETRIFFT: NIS 2 / CER / KRITIS / Sicherheitsmeldungen
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und stärkere Beanspruchung knapper Cybersicherheitsfachkräfte
QUELLE: BDI

147.

WER: Industrieverband Papier- und Folienverpackung und Jung Verpackungen GmbH
WANN: 15.09.2026
WAS: Unternehmen müssen dieselben PPWR-Angaben wiederholt in unterschiedliche Kundentabellen übertragen; zusätzlich treffen sie Konformitätsanfragen, technische Dokumentationen und Stoffabfragen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformitätsnachweise / Lieferantendaten
FOLGE: zusätzliche Stellen für Compliance und Zertifizierung sowie Anpassungen von ERP-, Artikel- und Stammdatensystemen
QUELLE: IPV

148.

WER: SPECTARIS
WANN: 18.09.2026
WAS: Der Verband bezeichnet bürokratische Belastungen und die europäische Medizinprodukteverordnung als zunehmende Innovationsbremsen der deutschen Medizintechnik.
BETRIFFT: MDR / Medizintechnik / Marktzugang
FOLGE: gebremste Innovationen und geringere Investitionssicherheit am Produktionsstandort Deutschland
QUELLE: SPECTARIS

149.

WER: BDI
WANN: 24.09.2026
WAS: Unterschiedliche steuer- und sozialversicherungsrechtliche Regeln für Sachzuwendungen erzwingen zahlreiche Einzelprüfungen, Personen- und Belegzuordnungen sowie zusätzliche Aufzeichnungen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Sozialversicherungsrecht / Dokumentationspflichten
FOLGE: manuelle Mehrarbeit, gebundene Personalressourcen, höhere Fehlergefahr und erschwerte digitale Abrechnung
QUELLE: BDI

150.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: 89 Prozent der befragten Unternehmen wünschen weniger Dokumentationspflichten bei risikoarmen Datenverarbeitungen; 69 Prozent verlangen eine bessere Abstimmung der DSGVO mit anderen Regulierungen wie dem AI Act.
BETRIFFT: DSGVO / KI-Verordnung / Dokumentationspflichten
FOLGE: hoher laufender Prüfaufwand; bei jedem zweiten Unternehmen wird der KI-Einsatz durch Datenschutzanforderungen behindert
QUELLE: Bitkom

151.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung
WANN: 08.06.2026
WAS: Der Verband warnt, eine zentral organisierte Textil-EPR könne mittelständische Sammel-, Sortier- und Recyclingunternehmen erheblich benachteiligen und bestehende Strukturen verdrängen.
BETRIFFT: Textil-EPR / Registrierung / erweiterte Herstellerverantwortung
FOLGE: Gefährdung bestehender Investitionen, Arbeitsplätze und mittelständischen Wettbewerbs
QUELLE: bvse – Textil-EPR

152.

WER: Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung (HPE)
WANN: 09.06.2026
WAS: Unternehmen werden mit ungeklärten Rollen, Kundenforderungen, Lieferantenabfragen, Konformitätserklärungen, Risikobeurteilungen und technischen Dokumentationen konfrontiert.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Lieferkettendaten / Konformitätsbewertung
FOLGE: Haftungs- und Compliance-Risiken; hochqualifizierte Beschäftigte werden für die Umsetzung statt für das Kerngeschäft benötigt
QUELLE: HPE – PPWR in der Holzpackmittelbranche

153.

WER: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
WANN: 15.06.2026
WAS: In einer Befragung von rund 1.000 deutschen Unternehmen bezeichneten 85 Prozent Vorschriften und bürokratische Anforderungen als großes oder sehr großes Problem; zusätzlich belasteten arbeits- und tarifrechtliche Vorgaben.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Arbeitsrecht / Dokumentationspflichten
FOLGE: Bürokratie bleibt das meistgenannte Unternehmensproblem
QUELLE: BDA-Arbeitgeberbarometer Juni 2026

154.

WER: IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg
WANN: 24.06.2026
WAS: Die IHK nennt US-Zolldrohungen, CBAM, Importquoten, technische Vorschriften und chinesische Exportbeschränkungen für kritische Rohstoffe als gleichzeitig wirkende Handelshemmnisse.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / technische Vorschriften / Exportkontrollen / Lieferketten
FOLGE: gebremster Exportaufschwung und zusätzlicher Druck auf internationale Lieferketten
QUELLE: IHK-Exportanalyse

155.

WER: dormakaba Deutschland GmbH
WANN: 17.07.2026
WAS: Das Unternehmen berichtet, dass neue EU-Schutzmaßnahmen bestimmte Stahlimporte verteuern und zusätzlich Nachweise über das Land des Gießens und Schmelzens verlangt werden. Parallel müssen Firmen Exportkontrollen und neue Zollregelungen beachten.
BETRIFFT: Zoll / Stahlimporte / Ursprungsnachweise / Exportkontrolle
FOLGE: höhere Importkosten und zusätzlicher Nachweis- und Verwaltungsaufwand
QUELLE: IHK-Außenwirtschaftsausschuss

156.

WER: BBW Lasertechnik GmbH
WANN: 04.08.2026
WAS: Das Industrieunternehmen unterhält 18 unterschiedliche Beauftragungen für Maschinen, Anlagen und Prüfaufgaben und beschäftigt sich zunehmend mit Regulierungsdichte und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: kumulative Beauftragten-, Prüf-, Schulungs- und Dokumentationspflichten
FOLGE: administrativer Zeitaufwand zulasten von Kundenarbeit, Strategie und Wachstum
QUELLE: Creditreform – Deutschlands wichtigstes Konjunkturprogramm

157.

WER: TÜV-Verband
WANN: 20.08.2026
WAS: Doppelregelungen, widersprüchliche Vorgaben, nicht praxistaugliche Verfahren und zusätzliche nationale Anforderungen erschweren nach Verbandsangaben die Umsetzung europäischer Regulierung.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Gold-Plating / Binnenmarkt / Marktzugang
FOLGE: Mehraufwand, Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsverzerrungen
QUELLE: TÜV-Verband – Qualitätsagenda für Regulierung

158.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.08.2026
WAS: Industrieunternehmen haben durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte pro Jahr –

von Genehmigungen und Förderanträgen bis zu Melde-, Nachweis-, Statistik- und Dokumentationspflichten verschiedener staatlicher Ebenen.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Nachweise / Berichte / Genehmigungen
FOLGE: fehlende Personal- und Zeitressourcen, verzögerte Projekte und verhinderte Investitionen
QUELLE: BDI – Konjunkturimpuls Staatsmodernisierung

159.

WER: VDE
WANN: 11.09.2026
WAS: Der CRA verlangt kurzfristige Meldungen von Schwachstellen und Sicherheitsvorfällen sowie zusätzliche Dokumentation, angepasste Entwicklungsprozesse, kontinuierliches Schwachstellenmanagement und Lieferantenüberwachung.
BETRIFFT: CRA / CE-Kennzeichnung / Dokumentation / Lieferantenmanagement
FOLGE: erheblicher organisatorischer und technischer Anpassungsbedarf; bei Verstößen drohen Bußgelder und fehlender EU-Marktzugang
QUELLE: VDE – Erste CRA-Meldepflichten

160.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 23.09.2026
WAS: Der BDI warnt, dass neue europäische Präferenz-, Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Aufträgen zusätzliche Nachweis- und Dokumentationspflichten erzeugen könnten.
BETRIFFT: Public Procurement Act / Marktzugang / Lieferkettennachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzliche Komplexität und erschwerter Zugang zu europäischen und grenzüberschreitenden Vergabeverfahren
QUELLE: BDI – Public Procurement Act

161.

WER: DIHK
WANN: 24.07.2026
WAS: Mittelständler werden gleichzeitig durch zunehmende Dokumentations- und Berichtspflichten, komplexe Regulierung, langwierige Genehmigungen und fehlende Planungssicherheit belastet.
BETRIFFT: Dokumentation / Berichte / Genehmigungen / LkSG / kumulativer Aufwand
FOLGE: Inhaber und wenige Beschäftigte werden gebunden; Zeit für Investitionen, Innovationen und Kundengewinnung fehlt.
QUELLE: DIHK

162.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 16.07.2026
WAS: Der VCI bezeichnet die Regulierung am Standort Deutschland als „regulatorische Ketten“ und warnt vor weiteren Belastungen in der bereits angespannten Lage der Chemieindustrie.

BETRIFFT: Regulierung / Genehmigungen / kumulativer Standortaufwand
FOLGE: Investitionen gehen zurück; zusätzliche Belastungen verschärfen nach Einschätzung des Verbandes das Deindustrialisierungsrisiko.
QUELLE: VCI

163.

WER: Pharma Deutschland
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Verband warnt, dass einzelne Änderungsvorschläge zur Medizinprodukteverordnung unverhältnismäßige Belastungen und Rechtsunsicherheit für Hersteller verursachen könnten.
BETRIFFT: MDR / Produktklassifizierung / regulatorische Anforderungen
FOLGE: zusätzlicher Compliance-Aufwand und unsicherere Bedingungen für Medizinprodukte, Dentalprodukte und Software
QUELLE: Pharma Deutschland

164.

WER: BDI
WANN: 19.09.2026
WAS: Unterschiedliche Vergaberegeln der Bundesländer und jederzeit nachforderbare Unterlagen verursachen bundesweit tätigen Unternehmen zusätzlichen Aufwand und schwächen das Once-Only-Prinzip.
BETRIFFT: UVgO / öffentliche Vergabe / Nachweispflichten / Marktzugang
FOLGE: Rechtsunsicherheit und erschwerter Zugang zu öffentlichen Aufträgen, insbesondere für Mittelstand und Start-ups
QUELLE: BDI

165.

WER: VerkehrsRundschau
WANN: 25.09.2026
WAS: Die EU-Zollreform bringt für Speditionen neue Anforderungen an die digitale Verarbeitung unterschiedlichster Daten und verändert bestehende Zollprozesse grundlegend.
BETRIFFT: Zoll / Zolldatenplattform / Datenmanagement / Zollvertretung
FOLGE: Anpassung von IT-Systemen, Datenprozessen und betrieblicher Zollorganisation
QUELLE: VerkehrsRundschau

166.

WER: IHK Hochrhein-Bodensee
WANN: 28.08.2026
WAS: Für Präferenzexporte in die Pazifik-Staaten ist künftig grundsätzlich eine Ursprungserklärung eines registrierten Ausführers erforderlich; Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 werden nicht mehr akzeptiert.
BETRIFFT: Export / REX-Registrierung / Ursprungsnachweise / Marktzugang
FOLGE: Unternehmen müssen ihre Exportnachweise und Prozesse umstellen, um Zollpräferenzen weiter nutzen zu können.
QUELLE: IHK Hochrhein-Bodensee

167.

WER: GDV / Teilnehmer der GDV-Regulierungskonferenz
WANN: 10.09.2026
WAS: Die zunehmende Komplexität von Solvency II wird als Hindernis für eine praxistaugliche Versicherungsregulierung bezeichnet.
BETRIFFT: Solvency II / Versicherungsregulierung / kumulative regulatorische Komplexität
FOLGE: eingeschränkte Risikobereitschaft sowie geringere Spielräume für Wachstum und langfristige Investitionen
QUELLE: GDV

168.

WER: BDI, IW Köln, VDA, VCI und VDMA
WANN: 23.09.2026
WAS: Die Industrieverbände erklären, dass komplexe Steuerverfahren, umfangreiche Nachweispflichten und unzureichende Digitalisierung Unternehmen gleichzeitig belasten.
BETRIFFT: Unternehmenssteuern / Nachweise / Verwaltungsverfahren / kumulativer Aufwand
FOLGE: personelle Ressourcen werden gebunden und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen sinkt.
QUELLE: BDI

169.

WER: IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim
WANN: 12.08.2026
WAS: Die geplante Registrierkassenpflicht bringt neue organisatorische, administrative und finanzielle Anforderungen sowie laufende Betriebs-, Wartungs- und Meldepflichten.
BETRIFFT: Kassenregistrierung / Zertifizierung / Meldungen / elektronische Belege
FOLGE: Anschaffung oder Anpassung von Kassensystemen und zusätzliche laufende Kosten
QUELLE: IHK Osnabrück

170.

WER: IHK Schleswig-Holstein, UVNord, DIE FAMILIENUNTERNEHMER und VdU
WANN: 11.09.2026
WAS: Das Wirtschaftsbündnis kritisiert die Kombination aus nationalen Bevollmächtigten, Kennzeichnungspflichten und Offenlegung von Hersteller- und Lieferantendaten durch die PPWR.
BETRIFFT: PPWR / Bevollmächtigte / Kennzeichnung / Lieferantendaten / kumulativer Aufwand
FOLGE: zusätzliches Personal, neue Verwaltungsstrukturen, höhere Kosten und Gefährdung bestehender Geschäftsmodelle
QUELLE: IHK Schleswig-Holstein

171.

WER: Onekey / 200 befragte deutsche Industrieunternehmen
WANN: 02.09.2026

WAS: 62 Prozent der Unternehmen haben Schwierigkeiten mit der 24-Stunden-Meldepflicht des Cyber Resilience Act. Auch Software-Stücklisten, Schwachstellenmanagement und „Security by Design“ bereiten erhebliche Probleme.
BETRIFFT: CRA / Meldepflichten / SBOM / Schwachstellenmanagement
FOLGE: zusätzlicher Compliance-Aufwand und drohende Verzögerungen bei der Anpassung von Produktportfolios
QUELLE: Produktion

172.

WER: IHK Braunschweig
WANN: 17.09.2026
WAS: Die neuen Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung verursachen zusätzlichen organisatorischen und finanziellen Aufwand. Zahlreiche Regelungen zu Kennzeichnung, Herstellerpflichten und Bevollmächtigten seien noch unklar oder schwer umsetzbar.
BETRIFFT: PPWR / Kennzeichnung / Registrierung / Bevollmächtigte
FOLGE: zusätzliche Bürokratie- und Umsetzungskosten insbesondere für mittelständische Unternehmen
QUELLE: IHK Braunschweig

173.

WER: Zentralverband Sanitär Heizung Klima – Daniel Föst
WANN: 22.09.2026
WAS: Steigende Steuern, Sozialabgaben, Energiepreise und Bürokratiekosten wirkten kumulativ. Neue Vorschriften kämen hinzu, während alte kaum entfielen; Berichts- und Nachweispflichten kosteten Zeit und Geld.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: verschobene Investitionen, nicht geschaffene Stellen und Betriebsschließungen
QUELLE: ZVSHK

174.

WER: Zentralverband Sanitär Heizung Klima – Michael Hilpert
WANN: 07.07.2026
WAS: Die kurzfristige Umgestaltung der Gebäudeförderung und ungeklärte Nachweise für den Local-Content-Bonus verursachten zusammen mit offenen Grenzwert-, Übergangs- und KfW-Fragen erhebliche Unsicherheit.
BETRIFFT: BEG / Local-Content-Nachweis / Förderbedingungen / Dokumentation
FOLGE: höherer Beratungs- und Erklärungsaufwand sowie sinkende Investitionsbereitschaft
QUELLE: ZVSHK

175.

WER: Versicherungskammer Bayern – Vorstandsvorsitzender Frank Walthes
WANN: 28.06.2026
WAS: Rund 7.000 Beschäftigte mussten jeweils eine einstündige Schulung zum sicheren Besteigen von Leitern absolvieren, obwohl ein großer Teil im Homeoffice arbeitet und das Geschäft weitgehend digitalisiert ist.
BETRIFFT: Arbeitsschutzschulungen / praxisferne Nachweispflichten

FOLGE: rund 7.000 Arbeitsstunden standen nicht für Kundenanliegen zur Verfügung
QUELLE: Markt und Mittelstand

176.

WER: DIE PAPIERINDUSTRIE
WANN: 06.08.2026
WAS: Neben Energie-, Abgaben- und Bürokratiebelastungen könnten neue Vorgaben der geplanten ETS-Reform Unternehmen zu wirtschaftlich nicht tragfähigen Investitionen zwingen. Zusätzliche Berichtspflichten verschärften die Belastung.
BETRIFFT: EU-Emissionshandel / Berichtspflichten / kumulativer Standortaufwand
FOLGE: gefährdete Investitionen und beschleunigte Verlagerung beziehungsweise Deindustrialisierung
QUELLE: DIE PAPIERINDUSTRIE

177.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen
WANN: 16.09.2026
WAS: „Made in Europe“- und Local-Content-Vorgaben im Industrial Accelerator Act würden neue protektionistische Anforderungen schaffen. Gleichzeitig müssten Handelsabkommen ohne zusätzliche Bürokratie tatsächlich nutzbar sein.
BETRIFFT: Local Content / Marktzugang / Handelsabkommen / Lieferkettendaten
FOLGE: höhere Lieferkettenkosten und geringere internationale Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: BGA

178.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
WANN: 16.09.2026
WAS: Der GDV warnte davor, die bisherige finanzielle Deckungspflicht der Medizinprodukteverordnungen durch eine neue EU-Pflichtversicherung für Hersteller zu ersetzen.
BETRIFFT: MDR / IVDR / Pflichtversicherung / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Kosten vor allem für KMU, weniger passgenaue Deckungslösungen und möglicherweise geringeres Versicherungsangebot
QUELLE: GDV-Stellungnahme

179.

WER: NORDMETALL
WANN: 21.09.2026
WAS: Rückläufige Verkäufe in China, belastende US-Zölle und starre Arbeitszeitvorgaben wirkten gleichzeitig auf die Automobilindustrie. In der Transformation benötigten die Unternehmen Mittel für Software, Batterien und neue Fahrzeugmodelle.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Exporthemmnisse / US-Zölle / regulatorische Arbeitszeitgrenzen
FOLGE: geschwächte norddeutsche Standorte und geringerer Spielraum für Transformationsinvestitionen
QUELLE: NORDMETALL

180.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 21.09.2026
WAS: Steuerrechtliche Melde- und Informationspflichten müssten auf das Wesentliche begrenzt und digitalisierbar gestaltet werden. Die bestehende Komplexität binde Ressourcen und verzögere Betriebsprüfungen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Meldepflichten / Datenanforderungen / Dokumentation
FOLGE: unnötiger Personal- und Verwaltungsaufwand sowie verspätete Rechtssicherheit
QUELLE: Deutsche Kreditwirtschaft

171.

WER: Onekey / 200 befragte deutsche Industrieunternehmen
WANN: 02.09.2026
WAS: 62 Prozent der Unternehmen haben Schwierigkeiten mit der 24-Stunden-Meldepflicht des Cyber Resilience Act. Auch Software-Stücklisten, Schwachstellenmanagement und „Security by Design“ bereiten erhebliche Probleme.
BETRIFFT: CRA / Meldepflichten / SBOM / Schwachstellenmanagement
FOLGE: zusätzlicher Compliance-Aufwand und drohende Verzögerungen bei der Anpassung von Produktportfolios
QUELLE: Produktion

172.

WER: IHK Braunschweig
WANN: 17.09.2026
WAS: Die neuen Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung verursachen zusätzlichen organisatorischen und finanziellen Aufwand. Zahlreiche Regelungen zu Kennzeichnung, Herstellerpflichten und Bevollmächtigten seien noch unklar oder schwer umsetzbar.
BETRIFFT: PPWR / Kennzeichnung / Registrierung / Bevollmächtigte
FOLGE: zusätzliche Bürokratie- und Umsetzungskosten insbesondere für mittelständische Unternehmen
QUELLE: IHK Braunschweig

173.

WER: Zentralverband Sanitär Heizung Klima – Daniel Föst
WANN: 22.09.2026
WAS: Steigende Steuern, Sozialabgaben, Energiepreise und Bürokratiekosten wirkten kumulativ. Neue Vorschriften kämen hinzu, während alte kaum entfielen; Berichts- und Nachweispflichten kosteten Zeit und Geld.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: verschobene Investitionen, nicht geschaffene Stellen und Betriebsschließungen
QUELLE: ZVSHK

174.

WER: Zentralverband Sanitär Heizung Klima – Michael Hilpert
WANN: 07.07.2026

WAS: Die kurzfristige Umgestaltung der Gebäudeförderung und ungeklärte Nachweise für den Local-Content-Bonus verursachten zusammen mit offenen Grenzwert-, Übergangs- und KfW-Fragen erhebliche Unsicherheit.
BETRIFFT: BEG / Local-Content-Nachweis / Förderbedingungen / Dokumentation
FOLGE: höherer Beratungs- und Erklärungsaufwand sowie sinkende Investitionsbereitschaft
QUELLE: ZVSHK

175.

WER: Versicherungskammer Bayern – Vorstandsvorsitzender Frank Walthes
WANN: 28.06.2026
WAS: Rund 7.000 Beschäftigte mussten jeweils eine einstündige Schulung zum sicheren Besteigen von Leitern absolvieren, obwohl ein großer Teil im Homeoffice arbeitet und das Geschäft weitgehend digitalisiert ist.
BETRIFFT: Arbeitsschutzschulungen / praxisferne Nachweispflichten
FOLGE: rund 7.000 Arbeitsstunden standen nicht für Kundenanliegen zur Verfügung
QUELLE: Markt und Mittelstand

176.

WER: DIE PAPIERINDUSTRIE
WANN: 06.08.2026
WAS: Neben Energie-, Abgaben- und Bürokratiebelastungen könnten neue Vorgaben der geplanten ETS-Reform Unternehmen zu wirtschaftlich nicht tragfähigen Investitionen zwingen. Zusätzliche Berichtspflichten verschärften die Belastung.
BETRIFFT: EU-Emissionshandel / Berichtspflichten / kumulativer Standortaufwand
FOLGE: gefährdete Investitionen und beschleunigte Verlagerung beziehungsweise Deindustrialisierung
QUELLE: DIE PAPIERINDUSTRIE

177.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen
WANN: 16.09.2026
WAS: „Made in Europe“- und Local-Content-Vorgaben im Industrial Accelerator Act würden neue protektionistische Anforderungen schaffen. Gleichzeitig müssten Handelsabkommen ohne zusätzliche Bürokratie tatsächlich nutzbar sein.
BETRIFFT: Local Content / Marktzugang / Handelsabkommen / Lieferkettendaten
FOLGE: höhere Lieferkettenkosten und geringere internationale Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: BGA

178.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
WANN: 16.09.2026
WAS: Der GDV warnte davor, die bisherige finanzielle Deckungspflicht der Medizinprodukteverordnungen durch eine neue EU-Pflichtversicherung für Hersteller zu ersetzen.
BETRIFFT: MDR / IVDR / Pflichtversicherung / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Kosten vor allem für KMU, weniger passgenaue Deckungslösungen und

möglicherweise geringeres Versicherungsangebot
QUELLE: GDV-Stellungnahme

179.

WER: NORDMETALL
WANN: 21.09.2026
WAS: Rückläufige Verkäufe in China, belastende US-Zölle und starre Arbeitszeitvorgaben wirkten gleichzeitig auf die Automobilindustrie. In der Transformation benötigten die Unternehmen Mittel für Software, Batterien und neue Fahrzeugmodelle.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Exporthemmnisse / US-Zölle / regulatorische Arbeitszeitgrenzen
FOLGE: geschwächte norddeutsche Standorte und geringerer Spielraum für Transformationsinvestitionen
QUELLE: NORDMETALL

180.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 21.09.2026
WAS: Steuerrechtliche Melde- und Informationspflichten müssten auf das Wesentliche begrenzt und digitalisierbar gestaltet werden. Die bestehende Komplexität binde Ressourcen und verzögere Betriebsprüfungen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Meldepflichten / Datenanforderungen / Dokumentation
FOLGE: unnötiger Personal- und Verwaltungsaufwand sowie verspätete Rechtssicherheit
QUELLE: Deutsche Kreditwirtschaft

181.

WER: IHK Ostwestfalen / befragte Exportunternehmen
WANN: 03.06.2026
WAS: 52 Prozent der Unternehmen nannten Handelshemmnisse als wichtigsten Einflussfaktor. Bürokratische Anforderungen, komplexe Zoll- und Nachweispflichten, Zertifizierungen, Exportkontrollen und lokale Marktzugangsbeschränkungen wirkten gleichzeitig.
BETRIFFT: Zoll / Exportkontrolle / Zertifizierung / Marktzugang / kumulativer Aufwand
FOLGE: erschwertes Auslandsgeschäft und sinkende Auslandsumsätze
QUELLE: IHK Ostwestfalen

182.

WER: BVMW
WANN: 04.06.2026
WAS: Die geplanten Vereinfachungen im Verkehrsbereich blieben punktuell. Zeitaufwendige Einzelfallprüfungen für Schwertransporte, parallele Papierverfahren und Fahrverbote belasteten mittelständische Unternehmen und Lieferketten weiterhin.
BETRIFFT: Transportgenehmigungen / Nachweise / Papierverfahren / Logistik
FOLGE: Standzeiten sowie zusätzliche Zeit-, Kosten- und Investitionsverluste
QUELLE: BVMW

183.

WER: Südwesttextil
WANN: 10.08.2026
WAS: Textilunternehmen müssten wegen der PPWR ihre Prozesse an neue Kennzeichnungs-, Konformitäts-, Dokumentations-, Registrierungs- und Bevollmächtigtenpflichten anpassen. Die schwer nachvollziehbare Rollenverteilung erhöhe den Aufwand zusätzlich.
BETRIFFT: PPWR / Konformitätsnachweise / Kennzeichnung / Registrierung
FOLGE: Rechtsunsicherheit, hoher Umsetzungsaufwand und für kleinere Unternehmen teilweise unrentabler EU-Handel
QUELLE: Pressemitteilung von Südwesttextil

184.

WER: Bundesverband Druck und Medien und Verbände der Wertschöpfungskette Druck
WANN: 12.08.2026
WAS: Kurzfristig geänderte Auslegungshinweise, neue Rechtsbegriffe und ungeklärte Zuständigkeiten ließen den Unternehmen keine ausreichende Zeit für eine rechtssichere Umsetzung der PPWR.
BETRIFFT: PPWR / Registrierung / Systembeteiligung / Bevollmächtigte
FOLGE: erhebliche Rechtsunsicherheit; grenzüberschreitender Versand von Kleinstmengen teilweise wirtschaftlich nicht tragbar
QUELLE: BVDM

185.

WER: IHK Würzburg-Schweinfurt
WANN: 03.09.2026
WAS: Stahlimporteure müssen Schmelz- und Gießland angeben und Rechnungen, Lieferantenerklärungen sowie Qualitäts- oder Produktionsunterlagen vorhalten. Außerhalb der Kontingente fällt grundsätzlich ein Zoll von 50 Prozent an.
BETRIFFT: Zoll / Ursprungsnachweise / Stahlimporte / Automotive-Zulieferer
FOLGE: fehlende Nachweise können Zollabfertigung und Kalkulation von Metallverarbeitern, Maschinenbauern und Automobilzulieferern beeinträchtigen
QUELLE: IHK Würzburg-Schweinfurt

186.

WER: Mercedes-Benz Group – Eckart von Klaeden
WANN: 08.09.2026
WAS: Hohe Kosten, Abgaben, Energiepreise und Überregulierung gefährdeten gemeinsam den Automobilstandort. Zugleich erforderten Elektromobilität, Software und KI Milliardeninvestitionen.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulativer regulatorischer Standortaufwand
FOLGE: Investitionen und Beschäftigung in Deutschland gefährdet
QUELLE: Deutsches Verkehrsforum

187.

WER: IHK für Rheinhessen
WANN: 01.09.2026
WAS: Steigende Kosten, lange Verfahren, unklare Zuständigkeiten sowie zahlreiche Berichts- und Nachweispflichten belasteten die Unternehmen kumulativ.
BETRIFFT: Genehmigungsverfahren / Berichts- und Nachweispflichten / Gold-Plating
FOLGE: ausgebremste Investitionen, Innovationen und Wachstumsprojekte
QUELLE: IHK für Rheinhessen

188.

WER: Selfpublisher-Verband / Netzwerk Autorenrechte
WANN: 17.09.2026
WAS: Registrierung, Systembeteiligung, Datenmeldungen und Mindestentgelte der PPWR seien für gelegentliche Buchversender unverhältnismäßig. Beim EU-weiten Versand könnten Pflichten und Entgelte mehrfach anfallen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / grenzüberschreitender Versand
FOLGE: Benachteiligung kleiner Anbieter und Einschränkung des EU-weiten Buchversands
QUELLE: Selfpublisher-Verband

189.

WER: Bundeszahnärztekammer
WANN: 01.09.2026
WAS: Nach Einstellung der Produktion seien auf dem europäischen Markt – abgesehen von unzureichenden Restbeständen – keine nach der MDR zertifizierten analogen OPG-Röntgenfilme mehr verfügbar.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / Produktverfügbarkeit / Marktzugang
FOLGE: Versorgungsengpass und notwendige Ausnahmegenehmigungen beziehungsweise Umstellung auf digitale Röntgentechnik
QUELLE: Bundeszahnärztekammer

190.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie
WANN: 23.09.2026
WAS: Die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung sei durch unübersichtliche Strukturen, unklare Begriffe und umfangreiche Nachweispflichten zu einem komplexen Instrument geworden. Starre Kennzahlen könnten Unternehmen trotz tragfähiger Perspektiven von Förderungen ausschließen.
BETRIFFT: EU-Beihilferecht / AGVO / Nachweispflichten / Förderzugang
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Fehlinterpretationen, hoher Verwaltungsaufwand und Verlust von Förderzugang
QUELLE: BDI

191.

WER: IHK Region Stuttgart
WANN: 10.07.2026
WAS: Mehr als 800 Unternehmen gaben an, durchschnittlich 27 Prozent ihrer Arbeitszeit für Formulare, Nachweise, Dokumentationen und weitere bürokratische Prozesse aufzuwenden.

Zusätzlich wirken Nachhaltigkeits- und Lieferkettenpflichten über Auftraggeber auf kleinere Betriebe durch.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Nachweise / Genehmigungen / Lieferkettendaten / Nachhaltigkeitsberichterstattung
FOLGE: weniger Zeit für Innovation, Kunden und Wertschöpfung
QUELLE: IHK Region Stuttgart

192.

WER: Bundesverband IT-Mittelstand (BITMi)
WANN: 11.08.2026
WAS: Redundante und teilweise widersprüchliche Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten seien die zweitgrößte Herausforderung des IT-Mittelstands. Bei Cybervorfällen griffen häufig mehrere Meldepflichten gleichzeitig.
BETRIFFT: Cybersecurity / Mehrfachmeldungen / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: Bindung personeller und finanzieller Ressourcen, die für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fehlen
QUELLE: BITMi

193.

WER: Verband für Lebensmittelsicherheit (VfLS)
WANN: 17.08.2026
WAS: PPWR und EmpCo träfen innerhalb weniger Wochen auf bereits umfangreiche Dokumentationspflichten. Zusammen mit LkSG, EUDR und CSRD entstehe eine von kleineren Lebensmittelbetrieben kaum noch zu bewältigende Dokumentationsarchitektur; Großkunden verlangten zusätzlich Lieferantennachweise.
BETRIFFT: PPWR / EmpCo / LkSG / EUDR / CSRD / Lieferantennachweise / Zertifizierung
FOLGE: externe Beratung, weniger Kapazität für Lebensmittelsicherheit; erste Betriebe erwägen die Aufgabe ihrer Tätigkeit
QUELLE: BÄKO-magazin/VfLS

194.

WER: Smurfit Westrock Deutschland
WANN: 24.07.2026
WAS: Die PPWR greife tief in Produktdesign, Materialwahl, Lieferketten und Geschäftsmodelle ein. Unklare Methoden sowie Anforderungen an Material, Recyclingfähigkeit, Rezyklatquoten, Minimierung und Mehrweg beträfen ganze Produktportfolios.
BETRIFFT: PPWR / Produktkonformität / Lieferketten / Materialanforderungen
FOLGE: Investitionsunsicherheit, Fehlentscheidungen, höhere Kosten und instabile Prozesse
QUELLE: Smurfit Westrock Deutschland

195.

WER: Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI)
WANN: 02.07.2026
WAS: Zahntechnische Meisterlabore verwendeten einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit auf Dokumentations-, Nachweis- und Verwaltungspflichten. Ein wesentlicher Teil beruhe auf

europäischem Medizinprodukterecht.
BETRIFFT: Medizinprodukterecht / Dokumentationspflichten / Nachweise
FOLGE: weniger Zeit für Patientenversorgung und Ausbildung von Fachkräften
QUELLE: VDZI/PresseBox

196.

WER: Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)
WANN: 20.08.2026
WAS: Mehrfache Datenabfragen, uneinheitliche Formulare, Prüfverfahren und Dokumentationspflichten belasteten Arztpraxen. Die KBV warnte zudem vor einer zusätzlichen vollständigen Dokumentation der Terminvermittlung durch die elektronische Überweisung.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Mehrfachabfragen / Nachweise / Prüfverfahren
FOLGE: weniger Behandlungszeit; nach KBV-Berechnung könnten acht zehnstündige Arbeitstage je Praxis und rund 400 Millionen Euro jährlich eingespart werden
QUELLE: KBV

197.

WER: IHK für Oberfranken Bayreuth
WANN: 14.08.2026
WAS: Die PPWR verbinde unklare Unternehmensrollen mit Pflichten zur erweiterten Herstellerverantwortung, Registrierung, Konformitätserklärung, technischen Dossiers und Auslandsbevollmächtigten.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Konformitätserklärung / technische Dokumentation
FOLGE: hohe Kosten und Rechtsunsicherheit; für kleine Onlineshops kann der grenzüberschreitende Verkauf unrentabel werden
QUELLE: IHK für Oberfranken Bayreuth

198.

WER: AGDW – Die Waldeigentümer und Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 12.08.2026
WAS: Die EUDR zwinge Betriebe zu Meldungen in einem unzuverlässigen Informationssystem, in dem Daten verloren gingen, Adressen nicht akzeptiert würden und Bezeichnungen uneinheitlich seien. Gleichzeitig drohten Sanktionen für Formfehler.
BETRIFFT: EUDR / Berichtspflichten / Lieferkettendaten / Registrierung / Sanktionen
FOLGE: vorprogrammierte Fehler sowie Risiken durch Bußgelder, Vermarktungsverbote und strafrechtliche Folgen
QUELLE: AGDW – Die Waldeigentümer

199.

WER: Verband der Holzwerkstoff- und Innentürenindustrie (VHI)
WANN: 02.07.2026
WAS: Die Holzwerkstoffindustrie beklagte zahlreiche überflüssige Berichts- und Dokumentationspflichten, von denen ein erheblicher Teil aus EU-Regelungen stamme.
BETRIFFT: Berichts- und Dokumentationspflichten / kumulative EU-Bürokratie

FOLGE: Unternehmen werden vom Kerngeschäft abgehalten; zusätzliche Belastung von Standort und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: VHI/Presseportal

200.

WER: 130. Deutscher Ärztetag / Bundesärztekammer
WANN: 15.05.2026
WAS: Redundante Dokumentationspflichten, umfangreiche Qualitätssicherungsbürokratie, kleinteilige Abrechnungsprüfungen und zusätzliche Zweitmeinungsverfahren erzeugten kumulativen Verwaltungsaufwand.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Qualitätssicherung / Abrechnungsprüfungen / Nachweisverfahren
FOLGE: gebundene ärztliche Kapazitäten, neue Kostenstellen und weniger Behandlungszeit; Ressourcen in Milliardenhöhe könnten freigesetzt werden
QUELLE: Beschlussprotokoll des 130. Deutschen Ärztetages

201.

WER: GUTcert GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Unternehmen müssen Umwelt- und Nachhaltigkeitsaussagen nach EmpCo eindeutig belegen. Private Nachhaltigkeitssiegel und bestimmte Zukunftsaussagen benötigen transparente Zertifizierungssysteme beziehungsweise unabhängige Prüfungen.
BETRIFFT: EmpCo / Nachweispflichten / Zertifizierung / Umweltwerbung
FOLGE: zusätzliche Prüf- und Dokumentationsprozesse; ohne Verifizierung drohen Beanstandungen und Abmahnungen
QUELLE: GUTcert

202.

WER: Verband Druck und Medien Nord-West
WANN: 02.07.2026
WAS: Der mittelständischen Druck- und Medienbranche fehlten wegen immer neuer Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten Ressourcen für ihre eigentlichen Aufgaben.
BETRIFFT: Berichts- und Dokumentationspflichten / Nachweise / kumulative Bürokratie
FOLGE: weniger Zeit für Kunden, Innovationen und Investitionen
QUELLE: Verband Druck und Medien Nord-West

203.

WER: Verband Deutscher Weinexporteure (VDW)
WANN: 17.07.2026
WAS: Unterschiedliche Verbrauchsteuerverfahren, zahlreiche nationale Registrierungen und fehlende digitale Prozesse erschwerten den grenzüberschreitenden Direktvertrieb von Wein innerhalb der EU.
BETRIFFT: Export / Verbrauchsteuer / Registrierungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: überproportionaler Verwaltungsaufwand für kleinere Weingüter und erschwerter

Zugang zu ausländischen Kunden
QUELLE: Verband Deutscher Weinexporteure

204.

WER: DSC Software AG
WANN: 17.08.2026
WAS: Die PPWR erhöhe die Anforderungen an Materialdaten, Recyclinganteile, Kennzeichnung, Dokumentation und Nachhaltigkeitsberichte. In vielen Unternehmen seien die benötigten Produkt-, Verpackungs- und Compliance-Daten auf unterschiedliche Systeme und externe Stellen verteilt.
BETRIFFT: PPWR / Produktdaten / Materialnachweise / Dokumentationspflichten
FOLGE: Medienbrüche, doppelte Datenpflege, hoher Abstimmungsaufwand und erschwerte Nachweise gegenüber Behörden und Kunden
QUELLE: DSC Software AG/PresseBox

205.

WER: IHK Nord
WANN: 27.08.2026
WAS: In einer Befragung von 385 norddeutschen Unternehmen bezeichneten 62,9 Prozent Bürokratie als Hemmnis der Energiewende; 49,9 Prozent nannten langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren.
BETRIFFT: Genehmigungen / regulatorische Unsicherheit / kumulative Bürokratie
FOLGE: Verschiebung von Investitionen in Kernprozesse, Klimaschutz, Forschung und Innovation
QUELLE: IHK Nord

206.

WER: Factorial
WANN: 02.09.2026
WAS: Die elektronische Führung sämtlicher prüfungsrelevanter Entgeltunterlagen zwinge insbesondere kleinere Arbeitgeber zur Umstellung ihrer Ablage- und Personalprozesse. Dokumente müssten zentral auffindbar, eindeutig zugeordnet und maschinell auswertbar sein.
BETRIFFT: Beitragsverfahrensverordnung / digitale Entgeltunterlagen / Nachweise
FOLGE: zusätzliches IT- und Umstellungsprojekt; bei fehlender Prüffähigkeit drohen Verzögerungsgelder, Nachforderungen und Bußgelder
QUELLE: Factorial/PresseBox

207.

WER: Handwerkskammer Halle
WANN: 04.09.2026
WAS: Die PPWR verlange bei grenzüberschreitenden Lieferungen zusätzliche Nachweise, Registrierungen und Lizenzierungen, teilweise mit Einzelmeldungen in mehreren EU-Staaten.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Nachweise / grenzüberschreitender Versand
FOLGE: für zahlreiche Kleinunternehmen kaum bewältigbarer Aufwand bereits bei einzelnen Auslandslieferungen
QUELLE: Handwerkskammer Halle

208.

WER: Deutsches Verkehrsforum
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Verkehrsforum bezeichnete hohe Kosten, Abgaben, Energiepreise und Überregulierung als kumulative Belastung des deutschen Automobilstandorts.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Automobilzulieferer / kumulative Regulierung / Standortbedingungen
FOLGE: Gefährdung von Investitionen und Beschäftigung bei Herstellern und Zulieferern
QUELLE: Deutsches Verkehrsforum

209.

WER: DATEV
WANN: 09.09.2026
WAS: Im DATEV-Seismografen bewerteten 83 Prozent der befragten Steuerkanzleien Überregulierung und Bürokratie als Belastung ihrer mittelständischen Mandanten und damit als größtes Hindernis für deren wirtschaftlichen Erfolg.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Unternehmensbürokratie / Mittelstand
FOLGE: eingeschränkte wirtschaftliche Entwicklung und zunehmende Existenzgefährdung mittelständischer Unternehmen
QUELLE: DATEV

210.

WER: WEKA Intelligence
WANN: 24.09.2026
WAS: Dokumentationspflichten, Fristen, Gefahrstoffmanagement und Sicherheitsunterweisungen verursachten in mittelständischen Unternehmen hohen organisatorischen Aufwand. Häufig würden dafür parallele Excel-, Word-, Papier- und E-Mail-Systeme eingesetzt.
BETRIFFT: Arbeitsschutz / Gefahrstoffmanagement / Dokumentationen / Unterweisungsnachweise
FOLGE: verteilte Informationen, unklare Zuständigkeiten und erhebliche Ressourcenbindung bei der Nachweisführung
QUELLE: WEKA Intelligence/PresseBox

211.

WER: IHK Südthüringen
WANN: 04.09.2026
WAS: Unternehmen müssen bis zu 27 nationale Registrierungs- und Bevollmächtigungssysteme erfüllen. Erste Betriebe haben deshalb Lieferungen in andere EU-Staaten eingestellt.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: zusätzliche Kosten und Personalaufwand; Einstellung grenzüberschreitender Lieferungen
QUELLE: IHK Südthüringen

212.

WER: Bergische IHK
WANN: 24.09.2026
WAS: Die PPWR schaffe durch die Bevollmächtigtenpflicht neue bürokratische Hürden und erschwere besonders KMU den innereuropäischen Handel.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Bevollmächtigte / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Kosten und neue Handelshemmnisse
QUELLE: Bergische IHK

213.

WER: IHK Lüneburg-Wolfsburg
WANN: 22.09.2026
WAS: Direktlieferanten müssen sich in mehreren EU-Staaten jeweils registrieren und Bevollmächtigte bestellen – auch bei geringem Liefervolumen.
BETRIFFT: PPWR / Registrierungen / grenzüberschreitender Vertrieb
FOLGE: erheblicher Organisations- und Kostenaufwand; mögliche Aufgabe ausländischer Kundenbelieferung
QUELLE: IHK Lüneburg-Wolfsburg

214.

WER: IHK Reutlingen
WANN: 17.09.2026
WAS: Zusätzliche Dokumentations- und Auslandsanforderungen der PPWR belasteten besonders KMU; Unternehmen sollten nicht 27 unterschiedliche Verfahren bearbeiten müssen.
BETRIFFT: PPWR / Dokumentationspflichten / Registrierungen
FOLGE: zusätzliche Kosten und erhebliche Rechts- und Verfahrensunsicherheit
QUELLE: IHK Reutlingen

215.

WER: Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME)
WANN: 25.09.2026
WAS: PPWR, Digitaler Produktpass sowie Material- und Herkunftsnachweise auf Komponentenebene erhöhen gleichzeitig die produktbezogenen Nachweispflichten; benötigte Daten liegen häufig nicht strukturiert vor.
BETRIFFT: PPWR / Digitaler Produktpass / Lieferkettendaten / Herkunftsnachweise
FOLGE: zusätzlicher Aufwand für Einkauf, Lieferantenabfragen und Datenaufbereitung
QUELLE: BME

216.

WER: ifo Institut / befragte deutsche Unternehmen
WANN: 21.09.2026
WAS: Beschäftigte Unternehmen würden gleichzeitig von Arbeitsrecht, Berichtspflichten, Datenschutz und weiteren Regelwerken erfasst; die Hälfte nennt Bürokratie und Regulierung als größtes Standortproblem.

BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichte / Datenschutz / Genehmigungen
FOLGE: gebundenes Personal und unterlassene Investitionen
QUELLE: ifo Institut

217.

WER: Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
WANN: 05.08.2026
WAS: Hohe US-Zusatzzölle bremsen deutsche Exporte von Stahl- und Aluminiumwaren; die US-Importe aus Deutschland gingen um 10,5 Prozent zurück.
BETRIFFT: Zoll / Exporthemmnisse / Marktzugang USA
FOLGE: Exportwert minus knapp 1,2 Milliarden US-Dollar und Verlust von Marktanteilen
QUELLE: Institut der deutschen Wirtschaft

218.

WER: BTE Handelsverband Textil, Schuhe und Lederwaren
WANN: 18.05.2026
WAS: EmpCo zwinge Händler ohne Übergangsfrist, Nachhaltigkeitsaussagen, Siegel, Verpackungen, Etiketten sowie die gesamte Online- und Offline-Kommunikation zu überprüfen.
BETRIFFT: EmpCo / Nachweispflichten / Zertifizierung / Produktkennzeichnung
FOLGE: Zeitdruck, neue Prüf- und Freigabeprozesse, Schulungen und mögliche Umetikettierungen
QUELLE: BTE

219.

WER: Verbändeallianz aus BVWS, BVLH, BRS, DBV, DRV, ISN und VDF
WANN: 04.09.2026
WAS: Zusätzliche Registrierungs- und Zertifizierungsverfahren des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes würden ausländische Erzeugnisse und die deutsche Erzeugungskette belasten; bestehende Zertifikate sollten anerkannt werden.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnung / Registrierungen / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Belastungen und Wettbewerbsnachteile in der Lieferkette
QUELLE: Verband der Fleischwirtschaft

220.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel
WANN: 17.09.2026
WAS: Beim Zusammenstellen kundenindividueller Lieferungen ist unklar, wann zusätzliche Verpackungselemente neue Nachweis- und Dokumentationspflichten auslösen; für eine einzelne Kommission seien zahlreiche Komponenten nachzuweisen.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungskomponenten / Nachweis- und Dokumentationspflichten
FOLGE: erheblicher bürokratischer Aufwand und Rechtsunsicherheit für mittelständische Betriebe
QUELLE: Gesamtverband Deutscher Holzhandel

221.

WER: Marketinggesellschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern (AMV) und pro agro
WANN: 14.09.2026
WAS: Lebensmittelhersteller müssten PPWR, EmpCo, EUDR, NIS2 und Tierhaltungskennzeichnung nahezu gleichzeitig umsetzen. Dafür seien Verpackungen, Etiketten, Lieferantendaten, IT-Systeme und Nachweise anzupassen.
BETRIFFT: PPWR / EmpCo / EUDR / NIS2 / Kennzeichnung / kumulativer Aufwand
FOLGE: dieselben Fachkräfte und finanziellen Mittel werden mehrfach gebunden; zusätzliche Beratung, Software und Schulungen
QUELLE: pro agro

222.

WER: Verband Internet Reisevertrieb (VIR)
WANN: 07.09.2026
WAS: Unternehmen müssten in kurzer Zeit zahlreiche Vorschriften zu Cybersicherheit, Datenschutz, Verbraucherschutz und Digitalisierung parallel umsetzen; ähnliche Daten würden teilweise mehrfach abgefragt.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / DAC7 / Melde- und Nachweispflichten
FOLGE: Rechtsprüfungen, IT-Anpassungen, Schulungen und Dokumentation verdrängen Innovation und Produktentwicklung
QUELLE: VIR

223.

WER: Genoverband
WANN: 01.09.2026
WAS: Steuer- und Finanzberichterstattung, Datenschutz, ESG, Resilienzanforderungen sowie Melde-, Offenlegungs- und Compliancepflichten hätten die regulatorische Belastung deutlich erhöht.
BETRIFFT: ESG / Datenschutz / Finanzberichterstattung / kumulative Regulierung
FOLGE: Bürokratiekosten von bis zu sieben Prozent des Umsatzes; gebundene Arbeitskapazitäten und geringere Produktivität
QUELLE: Genoverband

224.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure (BSI)
WANN: 22.09.2026
WAS: Bei zusammengesetzten Verpackungen sei unklar, welches Unternehmen als Erzeuger gilt und die PPWR-Pflichten erfüllen muss. Dadurch könnten Kleinstunternehmen faktisch von vorgesehenen Ausnahmen ausgeschlossen werden.
BETRIFFT: PPWR / Erzeugerdefinition / Registrierungen
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und unverhältnismäßige Belastung von Kleinstunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

225.

WER: Verband unabhängiger Prüflaboratorien (VUP)
WANN: 24.06.2026
WAS: Die nationalen Meldepflichten nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch hätten keinen erkennbaren Sicherheitsmehrwert gebracht.
BETRIFFT: LFGB / Meldepflichten / Prüflabore
FOLGE: erheblicher Mehraufwand, Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteile gegenüber Laboren in anderen EU-Staaten
QUELLE: VUP

226.

WER: Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba)
WANN: 22.06.2026
WAS: Betriebliche Altersversorgung werde durch parallele Melde-, Dokumentations- und Berichtspflichten, redundante Informationsanforderungen sowie uneinheitliche nationale und europäische Regeln belastet.
BETRIFFT: Berichts- und Meldepflichten / Aufsichtsrecht / kumulativer Aufwand
FOLGE: Doppelarbeit, zusätzlicher Prüfaufwand, Verwaltungsaufwand und Streitrisiken
QUELLE: aba

227.

WER: IHK Darmstadt Rhein Main Neckar
WANN: 14.08.2026
WAS: Registrierkassenpflicht und elektronische Belegbereitstellung würden auch gesetzestreue, kleinere und saisonabhängige Unternehmen erfassen; zusätzlich kämen neue Meldepflichten hinzu.
BETRIFFT: Registrierkassen / digitale Belege / Dokumentations- und Meldepflichten
FOLGE: Investitions-, Umstellungs- und Verwaltungsaufwand sowie parallele digitale und papiergebundene Prozesse
QUELLE: IHK Darmstadt

228.

WER: TÜV Rheinland
WANN: 10.09.2026
WAS: Viele Hersteller unterschätzten Reichweite und frühen Beginn der CRA-Meldepflichten. Betroffen seien grundsätzlich sämtliche erfassten Produkte mit digitalen Elementen, teilweise auch bereits vermarktete Produkte.
BETRIFFT: CRA / Schwachstellenmeldungen / Produkt-Compliance
FOLGE: neue Melde- und Incident-Response-Prozesse, dokumentierte Verantwortlichkeiten sowie Meldefristen von 24 beziehungsweise 72 Stunden
QUELLE: TÜV Rheinland

229.

WER: Südwesttextil
WANN: 08.06.2026
WAS: Zur bereits bestehenden deutschen Entgelttransparenzregulierung kämen umfangreiche europäische Anforderungen hinzu. Der Verband warnt vor erheblichen bürokratischen, organisatorischen und rechtlichen Konsequenzen.
BETRIFFT: Entgelttransparenz / Auskunfts- und Berichtspflichten
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Organisations- und Berichtsaufwand für Arbeitgeber
QUELLE: Südwesttextil

230.

WER: Schaeffler AG
WANN: 26.06.2026
WAS: Der Automobilzulieferer fordert eine technologieoffene Überarbeitung der europäischen CO_2-Regulierung und wirksame europäische Herkunftskriterien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Zulieferindustrie zu sichern.
BETRIFFT: CO_2-Regulierung / Local Content / Automobilzulieferer / Marktzugang
FOLGE: Gefährdung von Arbeitsplätzen, Innovationskraft und industrieller Wertschöpfung in Europa
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

231.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 13.05.2026
WAS: Die CBAM-Regeln verursachen in der chemischen Industrie durch hohe Datenanforderungen, administrative Komplexität, unklare Zuständigkeiten und starre Behördenpraxis teilweise unverhältnismäßigen Aufwand.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / Lieferkettendaten
FOLGE: Aufbau umfassender Compliance-Strukturen auch bei geringer oder nur indirekter Betroffenheit
QUELLE: VCI

232.

WER: Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen
WANN: 29.05.2026
WAS: Berichtspflichten, Genehmigungsverfahren, Dokumentationsauflagen und neue regulatorische Anforderungen belasten Unternehmen gleichzeitig.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichte / Dokumentation / Genehmigungen
FOLGE: gebundene Ressourcen, langsamere Prozesse, verzögerte Investitionen und eingeschränkte unternehmerische Freiräume
QUELLE: Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen

233.

WER: Tom Buchert, T-Systems
WANN: 12.05.2026
WAS: Für den Digitalen Produktpass müssen künftig selbst kleine Automobil- und Handwerkszulieferer standardisierte Daten zu Material, Herkunft und Recyclingfähigkeit bereitstellen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Automobilzulieferer / Lieferkettendaten
FOLGE: Unternehmen ohne ausreichende Produktdaten können von Herstellern aus der Lieferkette ersetzt werden
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

234.

WER: Gewerbe- und Unternehmerverband des Saarlandes (GVS)
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband kritisiert die kumulative Belastung durch Berichts-, Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie Doppelmeldungen.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Nachweise / Meldungen / Dokumentation
FOLGE: Kleine Unternehmen und Selbständige verlieren Arbeitszeit, weil ihnen eigene Verwaltungs- und Rechtsabteilungen fehlen
QUELLE: GVS

235.

WER: Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV)
WANN: 30.07.2026
WAS: Neue gesetzliche Maßnahmen verursachen in Arztpraxen zusätzlichen bürokratischen Aufwand; bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen müssen Entscheidungen künftig stärker individuell begründet werden.
BETRIFFT: Dokumentations- und Begründungspflichten / Prüfverfahren
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und erhöhtes Regressrisiko
QUELLE: KBV

236.

WER: HANDWERK BW
WANN: 13.05.2026
WAS: Der Verband warnt, dass das Gebäudemodernisierungsgesetz alte Bürokratie durch neue Regeln, Nachweispflichten und Rechtsunsicherheit ersetzen könnte.
BETRIFFT: Gebäuderegulierung / Nachweispflichten
FOLGE: geringeres Vertrauen und Verzögerungen bei langfristigen Investitionen in die Gebäudemodernisierung
QUELLE: HANDWERK BW

237.

WER: Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis
WANN: 13.08.2026
WAS: Eine Umfrage unter Innungsbetrieben beschreibt eine kumulative Belastung durch Dokumentations- und Nachweispflichten, Genehmigungen, Steuerrecht, Arbeitsschutz, Datenschutz, Fördermittel, Vergaben und Umweltauflagen.

BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: erheblicher Personal- und Finanzaufwand sowie gebremstes Unternehmenswachstum
QUELLE: Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis

238.

WER: TextilWirtschaft
WANN: 03.09.2026
WAS: Das Zusammenwirken von Digitalem Produktpass und EmpCo wird als großer technischer und bürokratischer Kraftakt für zahlreiche Unternehmen beschrieben.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / EmpCo / Zertifizierung / Lieferkettendaten
FOLGE: zusätzlicher Aufwand für Datenerhebung, Produktinformationen, Zertifikate und Nachhaltigkeitskommunikation
QUELLE: TextilWirtschaft

239.

WER: VERE – Verband zur Rücknahme und Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten
WANN: 07.09.2026
WAS: Die PPWR kann für grenzüberschreitend tätige KMU Registrierungen in bis zu 27 nationalen EPR-Systemen sowie zusätzliche Dokumentations- und Nachweispflichten auslösen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Lieferantendaten / EU-Marktzugang
FOLGE: Verwaltungs- und Beratungskosten; zahlreiche kleinere deutsche Onlineshops schränken den Versand in andere EU-Staaten ein oder stellen ihn ein
QUELLE: VERE

240.

WER: IHK Region Stuttgart
WANN: 16.09.2026
WAS: Immer neue Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten sowie zusätzliche nationale Verschärfungen europäischer Vorgaben belasten besonders mittelständische Unternehmen.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Gold Plating
FOLGE: weniger Ressourcen für Investitionen, Innovationen und Wachstum
QUELLE: IHK Region Stuttgart

241.

WER: Pharma Deutschland / Verband der Deutschen Dental-Industrie (VDDI)
WANN: 18.05.2026
WAS: Die Verbände warnen, dass die kleinteiligen Ausnahmen des geplanten PFAS-Beschränkungsvorschlags für Arzneimittel, Medizinprodukte, Herstellung und Lieferketten nicht ausreichen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Medizinprodukte / Lieferketten
FOLGE: Risiko von Versorgungsengpässen sowie Beeinträchtigung von Investitionen und

Wachstum im Life-Science-Sektor
QUELLE: Pharma Deutschland

242.

WER: Institut der deutschen Wirtschaft (IW)
WANN: 15.07.2026
WAS: Allein die bundesrechtlichen Berichts- und Dokumentationspflichten umfassen laut IW rund 100.000 Einzelbestimmungen; EU-, Landes- und Kommunalrecht sowie Änderungskosten sind dabei noch nicht berücksichtigt.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichte / Dokumentation / Marktzugang
FOLGE: jährlich rund 64 Milliarden Euro laufende Kosten; fast jedes fünfte befragte Unternehmen musste zusätzliche Stellen schaffen
QUELLE: Institut der deutschen Wirtschaft

243.

WER: Verband der Unternehmerinnen in Deutschland (VdU)
WANN: 03.06.2026
WAS: Unternehmen sehen die Entgelttransparenzrichtlinie wegen neuer Berichts- und Dokumentationspflichten, Haftungsrisiken und zahlreicher ungeklärter Auslegungsfragen mit Sorge.
BETRIFFT: Entgelttransparenzrichtlinie / Berichte / Dokumentation
FOLGE: zusätzlicher Aufwand für Entgeltbewertungen, Vergleichsgruppen und Personalprozesse
QUELLE: VdU

244.

WER: dhpg
WANN: 10.06.2026
WAS: Eine Unternehmensbefragung zeigt erhebliche Unsicherheit gegenüber ESG-Regulierung, Transparenzregister, Energieauditpflicht, LkSG und Entgelttransparenzgesetz; 60 Prozent fühlen sich durch Bürokratie und Regulierung in ihrer Entwicklung belastet.
BETRIFFT: ESG / LkSG / Transparenzregister / Energieaudit / Entgelttransparenz
FOLGE: Ressourcen fehlen für Innovation, Investitionen und Wachstum; 51 Prozent befürchten Sanktionen wegen unklarer Vorschriften
QUELLE: dhpg

245.

WER: LRQA Deutschland
WANN: 28.05.2026
WAS: CBAM verlangt die Nachverfolgung von Emissionen in globalen Lieferketten, belastbare Lieferantendaten, jährliche Berichte, Verifizierung und den Erwerb von Zertifikaten.
BETRIFFT: CBAM / Lieferkettendaten / Zertifizierung / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzlicher Erfassungs- und Prüfaufwand; bei fehlenden Emissionsdaten entstehen höhere Kosten durch Standardwerte
QUELLE: MaschinenMarkt/LRQA Deutschland

246.

WER: Code Gaia
WANN: 10.07.2026
WAS: Die PPWR erfordert neue Prozesse für Lieferantenanfragen, Verpackungsinventare, technische Dokumentation, Konformitätserklärungen, Freigaben und interne Verantwortlichkeiten. Viele benötigte Daten liegen ausschließlich bei Lieferanten.
BETRIFFT: PPWR / PFAS / Lieferantendaten / CSRD / ESRS
FOLGE: zusätzlicher Abstimmungs- und Dokumentationsaufwand in Einkauf, Produktmanagement, Qualität, Logistik, Recht und Vertrieb
QUELLE: Haufe Sustainability

247.

WER: Adconterra
WANN: 03.09.2026
WAS: Beim Digitalen Produktpass sind die benötigten Material-, Herkunfts-, Umwelt- und Zertifizierungsdaten über zahlreiche Lieferantenebenen, Länder und IT-Systeme verteilt; kleineren Zulieferern fehlt häufig die digitale Infrastruktur.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / CSRD / CO_2-Daten / Lieferkettendaten
FOLGE: Datenlücken, hoher Koordinierungsaufwand und verzögerte Einführung des Produktpasses
QUELLE: Adconterra

248.

WER: LEEF Blattwerk GmbH
WANN: 10.09.2026
WAS: Das Unternehmen beschreibt die gemeinsame Wirkung von PPWR, EmpCo, EUDR, SUPD, Einwegkunststofffondsgesetz, CSDDD und Zwangsarbeitsverordnung als umfassende regulatorische Neuordnung.
BETRIFFT: PPWR / EmpCo / EUDR / EPR / CSDDD / Lieferkettendaten
FOLGE: stark steigende Anforderungen an Produktdaten, Produktgestaltung, Kommunikation, Beschaffung, Dokumentation und Compliance
QUELLE: Anleihen Finder

249.

WER: Verband deutscher ArbeitsrechtsAnwälte (VDAA)
WANN: 11.08.2026
WAS: Unternehmen müssen beim betrieblichen KI-Einsatz parallel KI-Verordnung, KI-MIG, DSGVO, Gleichbehandlungsrecht, Betriebsverfassungsrecht und Hinweisgeberschutz berücksichtigen.
BETRIFFT: AI Act / KI-MIG / DSGVO / Hinweisgeberschutz / Dokumentation
FOLGE: Aufbau von KI-Inventaren, Risikobewertungen, Schulungskonzepten, Nutzungsregeln und angepassten internen Meldestellen
QUELLE: VDAA

250.

WER: handwerk.com
WANN: 25.09.2026
WAS: Digitale Belegpflicht, elektronische Kassen mit zertifizierter Sicherheitseinrichtung und eine zusätzliche Pflicht zur digitalen Zahlungsannahme würden Handwerksbetriebe gleichzeitig treffen.
BETRIFFT: Bonpflicht / Registrierkassen / Zertifizierung / digitale Zahlung
FOLGE: zusätzliche Bürokratie sowie Kosten für Kassensysteme, Nachrüstung, Sicherheitseinrichtungen, Wartung und Support
QUELLE: handwerk.com

251.

WER: e-companion
WANN: 12.09.2026
WAS: Die PPWR führt bei mittelständischen E-Commerce-Unternehmen zu komplexen Kennzeichnungs-, Konformitäts- und Nachweispflichten. Zusätzlich verlangen Einkaufsabteilungen teilweise umfangreichere Lieferantennachweise als gesetzlich erforderlich.
BETRIFFT: PPWR / Lieferantendaten / Konformitätsnachweise
FOLGE: Aufbau strukturierter Produktdaten, prüffähiger Dokumentationsketten und zusätzlicher IT-Prozesse
QUELLE: Original-Link

252.

WER: Biteno GmbH
WANN: 07.09.2026
WAS: Mittelständische Zulieferer und IT-Dienstleister werden durch NIS2 indirekt mit Sicherheitsfragebögen, Vertragsklauseln und Nachweispflichten ihrer regulierten Kunden konfrontiert, obwohl sie selbst nicht unmittelbar reguliert sind.
BETRIFFT: NIS2 / Lieferkette / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Compliance-Aufwand und Risiko, Aufträge beziehungsweise Lieferfähigkeit zu verlieren
QUELLE: Original-Link

253.

WER: Zentralverband Deutsches Baugewerbe
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Verband kritisiert, dass die geplante elektronische Arbeitszeiterfassung Unternehmen jeder Größe mit neuen Pflichten und Kosten belastet. Die amtliche Kostenschätzung berücksichtige notwendige technische Ausstattung nicht ausreichend.
BETRIFFT: Arbeitszeitgesetz / Dokumentationspflichten
FOLGE: Anschaffung technischer Systeme und zusätzlicher administrativer Aufwand in den Betrieben
QUELLE: Original-Link

254.

WER: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
WANN: 16.09.2026
WAS: Die BDA erklärt, dass die EU weiterhin Gesetze beschließt, die Unternehmen belasten; besonders in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik entstünden fortlaufend neue Vorgaben sowie Nachweis- und Berichtspflichten.
BETRIFFT: kumulative EU-Regulierung / Arbeitsmarkt / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: steigende administrative Belastung und erschwerte Investitionen und Wachstum
QUELLE: Original-Link

255.

WER: SCS Supply Chain Services GmbH
WANN: 14.09.2026
WAS: Die PPWR verursacht nach Unternehmensangaben zusätzliche Bürokratie, Registrierungspflichten und Unsicherheit im Versandhandel. Verpackungsmaschinen zur Einhaltung der Leerraumvorgaben seien für viele kleinere Händler finanziell kaum tragbar.
BETRIFFT: PPWR / Registrierung / Verpackungsvorgaben
FOLGE: einzelne kleine Shops stellen den Versand in andere EU-Staaten ein
QUELLE: Original-Link

256.

WER: Roland Berger
WANN: 24.09.2026
WAS: In einer Befragung von Restrukturierungsexperten bezeichneten 65 Prozent Bürokratie und Regulierung als besonderes Risiko für die deutsche Wirtschaft. Die Automobilindustrie wurde am häufigsten als Branche mit Restrukturierungs- und Transformationsbedarf genannt.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Automobilindustrie / Maschinenbau
FOLGE: zusätzlicher Anpassungs- und Restrukturierungsdruck; besonders hohe Betroffenheit der Automobilindustrie
QUELLE: Produktion

257.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unternehmen müssen im EU-Binnenmarkt unterschiedliche nationale Registrierungen, Portale, Melde-, Vertreter- und Entsendepflichten sowie abweichende Verpackungs-, Entsorgungs- und Arbeitsschutzvorgaben gleichzeitig bewältigen.
BETRIFFT: PPWR / Entsendemeldungen / Registrierungen / Marktzugang / kumulative Bürokratie
FOLGE: erschwerter grenzüberschreitender Handel, zusätzlicher Aufwand bei Montage- und Wartungseinsätzen und überproportionale Fixkosten für KMU
QUELLE: Original-Link

258.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 22.09.2026
WAS: Die DIHK warnt vor Exportbeschränkungen für Metallschrott und anderen Sekundärrohstoffen. Die deutsche Wirtschaft wäre sowohl beim Rohstoffimport als auch beim Export betroffener Materialien belastet.
BETRIFFT: Exporthemmnisse / Abfallverbringung / Sekundärrohstoffe
FOLGE: Zwischenlagerung nicht absetzbarer Materialien, Kapitalbindung und Gefährdung der Wirtschaftlichkeit von Recyclingketten
QUELLE: Original-Link

259.

WER: Circular Metal Association
WANN: 17.09.2026
WAS: Die CMA warnt, dass Ausfuhrbeschränkungen für recycelte Metalle nicht nur einzelne Lieferungen, sondern das Geschäftsmodell der mittelständisch geprägten Recyclingindustrie treffen würden.
BETRIFFT: Abfallverbringungsverordnung / Exportbeschränkungen / Marktzugang
FOLGE: Verlust internationaler Absatzmärkte und wirtschaftliche Belastung von Sammlungs-, Sortier- und Aufbereitungsunternehmen
QUELLE: Original-Link

260.

WER: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft
WANN: 17.09.2026
WAS: Der BDE berichtet bei DIWASS über kurzfristige Schnittstellenänderungen, unvollständige Versionsinformationen, unzureichend dokumentierte Fehlercodes und schwer mit flexiblen Logistikprozessen vereinbare Vorausmeldefristen.
BETRIFFT: Abfallverbringung / DIWASS / digitale Dokumentation
FOLGE: Anpassung von Software, Stammdaten, Zuständigkeiten und Disposition sowie zusätzlicher Schulungs- und Prozessaufwand
QUELLE: Haufe Sustainability

261.

WER: Handwerkskammer für München und Oberbayern
WANN: 24.09.2026
WAS: Die Handwerkskammer warnt vor unverhältnismäßigen Anforderungen des Digitalen Produktpasses bei Einzel- und Kleinserien. Im Extremfall müsste jedes maßgeschneiderte Kleidungsstück einen eigenen Chip oder QR-Code erhalten.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Produktdaten
FOLGE: hohe Stückkosten und Wettbewerbsnachteile kleiner Handwerksbetriebe gegenüber Großproduzenten
QUELLE: Original-Link

262.

WER: Verband Fenster + Fassade
WANN: 28.05.2026
WAS: Der geplante EU-Normungsauftrag für Fenster und Türen würde aufgrund der großen Variantenvielfalt zusätzliche Merkmale, Nachweise, Prüfungen, Zertifizierungen, Emissionsangaben und digitale Produktinformationen verlangen.
BETRIFFT: EU-Bauproduktenverordnung / Digitaler Produktpass / Zertifizierung
FOLGE: erheblicher administrativer und finanzieller Mehraufwand sowie steigende Kosten entlang der Wertschöpfungskette
QUELLE: Original-Link

263.

WER: Europaverband der Selbständigen – Deutschland
WANN: 06.05.2026
WAS: Kleine Unternehmen und Selbstständige seien weiterhin gleichzeitig mit zahlreichen Formularen, Nachweisen, Meldepflichten und Kosten belastet. Eine konkrete Entlastung sei im Betriebsalltag bislang nicht angekommen.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Melde- und Nachweispflichten
FOLGE: anhaltender Verwaltungsdruck, Liquiditätsbelastung und fehlende Planungssicherheit
QUELLE: Original-Link

264.

WER: Bund deutscher Baumschulen
WANN: 04.05.2026
WAS: Die EU-Vorgaben zur Dokumentation von Pflanzenschutzmaßnahmen stellen insbesondere mittelständische Baumschulen vor erhebliche bürokratische Schwierigkeiten. Der Verband kritisiert unter anderem die immer detailliertere botanische Erfassung.
BETRIFFT: Pflanzenschutz / Dokumentationspflichten / EPPO-Codes
FOLGE: zusätzlicher Erfassungs- und Verwaltungsaufwand in mittelständischen Baumschulbetrieben
QUELLE: Original-Link

265.

WER: DEHOGA Bundesverband und Verbändeallianz der Außer-Haus-Verpflegung
WANN: 21.05.2026
WAS: Die geplante Tierhaltungskennzeichnung würde kontinuierliche Anpassungen von Speisekarten, Displays, Bestellsystemen, Warenströmen und Rückverfolgbarkeitsdaten erfordern.
BETRIFFT: Kennzeichnung / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: vollständiger Neuaufbau von IT- und Rückverfolgbarkeitsprozessen sowie höhere Preise
QUELLE: Original-Link

266.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 21.08.2026
WAS: Deutsche Unternehmen seien im transatlantischen Geschäft gleichzeitig mit US-Zöllen, neuen Zolldrohungen, bürokratischen Hürden und anhaltender Rechtsunsicherheit konfrontiert.
BETRIFFT: Zoll / Exporthemmnisse / Marktzugang
FOLGE: gebremste Investitionen und zurückgestellte langfristige Geschäftsentscheidungen
QUELLE: Original-Link

267.

WER: Bundesverband IT-Mittelstand
WANN: 11.05.2026
WAS: Der Verband warnt vor unklaren Mitwirkungs- und Informationspflichten des geplanten Cybersicherheitsgesetzes und zusätzlichen Belastungen durch das Zusammenspiel mit NIS2 und dem Cyber Resilience Act.
BETRIFFT: NIS2 / CRA / Cybersicherheitsgesetz / kumulative Regulierung
FOLGE: Überforderung mittelständischer IT-Unternehmen und Beeinträchtigung ihrer Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Original-Link

268.

WER: Adconterra GmbH
WANN: 15.06.2026
WAS: Die erstmalige CSRD-Berichterstattung koste mittelständische Unternehmen nach Unternehmensangaben typischerweise 30.000 bis 150.000 Euro. Kostentreiber seien Lieferkettendaten, Wesentlichkeitsanalyse, Software, Beratung, Prüfung und interne Prozesse.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Lieferkettendaten
FOLGE: gebundene Mitarbeiterkapazitäten, externe Beratungskosten und teilweise mehrere Hundert interne Arbeitsstunden
QUELLE: Original-Link

269.

WER: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie
WANN: 22.06.2026
WAS: Der Verband nennt Energiekosten und kumulative Bürokratielasten als wesentliche Standortprobleme und verweist ausdrücklich auf PPWR, Lieferkettenregulierung und CBAM.
BETRIFFT: PPWR / Lieferkettenregulierung / CBAM / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: Produktionsverlagerungen nach Osteuropa beziehungsweise außerhalb Europas und langfristige Gefährdung der Kautschukproduktion in Deutschland
QUELLE: Original-Link

270.

WER: TRIOVEGA GmbH
WANN: 29.07.2026
WAS: Maschinenhersteller müssten nach dem CRA dauerhaft Softwarelisten, Schwachstellenbewertungen, Sicherheitstests, Konformitätsnachweise, Meldungen und technische Dokumentationen pflegen – teilweise über Produktlebenszyklen von bis zu 13 Jahren.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / CE-Kennzeichnung / Dokumentation
FOLGE: gebundene Entwicklungskapazitäten, langfristige kostenlose Patchpflichten und Verlust des EU-Marktzugangs bei fehlender Konformität
QUELLE: Original-Link

271.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel
WANN: 17.09.2026
WAS: Bei kundenindividuell zusammengestellten Lieferungen ist unklar, wann Kantenschutz, Folien oder Umreifungsbänder als neue Verpackung gelten; für eine einzige Kommission können Nachweise für zahlreiche Verpackungskomponenten erforderlich werden.
BETRIFFT: PPWR / Nachweispflichten / Dokumentation
FOLGE: enormer bürokratischer Aufwand, besonders für mittelständische Unternehmen
QUELLE: Gesamtverband Deutscher Holzhandel

272.

WER: GermanFashion Modeverband
WANN: 14.09.2026
WAS: Die neue PFAS-Analysemethode kann zuvor konforme Textilien durchfallen lassen; Ringversuche zeigten Abweichungen von bis zu 130 Prozent zwischen Laboren.
BETRIFFT: PFAS / REACH / Laboranalytik / Zertifizierung
FOLGE: unsichere Konformitätsbewertung und rechtlich nicht zuverlässig überprüfbare Grenzwerte
QUELLE: R+WTextilservice

273.

WER: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie
WANN: 14.09.2026
WAS: Textile Rezyklate können wegen historischer Inhaltsstoffe und inzwischen verschärfter REACH-Grenzwerte zum Compliance-Risiko für Hersteller werden.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Recycling / Prüfpflichten
FOLGE: fabrikneue Rohstoffe erscheinen rechtssicherer als Rezyklate; textile Kreislaufführung wird erschwert
QUELLE: R+WTextilservice

274.

WER: Deutscher Textilreinigungs-Verband
WANN: 14.09.2026
WAS: Werden Textilserviceunternehmen als Hersteller eingestuft, müssten sie Herstellerregistrierung, Ökomodulation, Entsorgungsgebühren und zusätzliche Dokumentation übernehmen.
BETRIFFT: EPR / Herstellerregister / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Gebühren und administrativer Aufwand für Textilservice- und Leasingmodelle
QUELLE: R+WTextilservice

275.

WER: Deutscher Mittelstands-Bund und Netzwerk der KMU-Berater
WANN: 12.08.2026
WAS: Automobilzulieferer müssen trotz formaler Befreiung weiterhin parallel CO_2-, Scope-3-, Rohstoffherkunfts- und Menschenrechtsdaten sowie Nachweise für Batteriepass, CBAM und Altfahrzeugregeln liefern.
BETRIFFT: CSRD / CSDDD / LkSG / CBAM / Batterieverordnung / Lieferkettendaten
FOLGE: kostenpflichtige Plattformen, wiederkehrende Fragebögen, zusätzliche IT- und Personalkosten sowie möglicher Ausschluss aus Bieterverfahren
QUELLE: UmweltDialog

276.

WER: Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie
WANN: 07.08.2026
WAS: Unternehmen müssen Umweltangaben in Marketing, Produktkennzeichnungen und Vertriebsunterlagen überprüfen, mit belastbaren Daten dokumentieren und teilweise extern verifizieren lassen.
BETRIFFT: EmpCo / Nachweispflichten / Zertifizierung / Produktkennzeichnung
FOLGE: neue Freigabeprozesse, Daten- und Prüfaufwand, Umkennzeichnungen sowie mögliche Entfernung nicht konformer Produkte aus dem Verkauf
QUELLE: VdL

277.

WER: Zentralverband Oberflächentechnik und ANKE Oberflächentechnik
WANN: 01.09.2026
WAS: Die parallele Regulierung von Chrom(VI) und PFAS stellt Galvanik- und Oberflächenbetriebe vor erhebliche technische und regulatorische Herausforderungen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Chrom(VI) / kumulativer Regulierungsaufwand
FOLGE: gefährdete industrielle Verfahren und Belastungen für nachgelagerte Wertschöpfungsketten
QUELLE: Zentralverband Oberflächentechnik

278.

WER: IHK Ostwürttemberg
WANN: 29.07.2026
WAS: Betriebe berichten von erheblichem Aufwand durch Berichts-, Dokumentations-, Nachweis- und grenzüberschreitende Verwaltungspflichten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Dokumentation / Nachweise / grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit
FOLGE: gebundene Fachkräfte, verzögerte Investitionen und erschwerte Innovationen
QUELLE: IHK Ostwürttemberg

279.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand
WANN: 23.06.2026
WAS: Händler müssen Lieferantenregistrierungen, Kennzeichnungen und Sicherheitsunterlagen prüfen; bei Eigenmarken oder Direktimporten kommen Herstellerpflichten einschließlich Konformitätsbewertung, CO_2-Erklärung und Batteriepass hinzu.
BETRIFFT: Batterieverordnung / Registrierung / Kennzeichnung / Digitaler Batteriepass
FOLGE: höherer Prüfaufwand sowie zusätzliche Rücknahme-, Lagerungs-, Schulungs- und Nachweisprozesse
QUELLE: Bundesverband Kooperierender Mittelstand

280.

WER: KPMG Law
WANN: 26.05.2026
WAS: Unternehmen müssen für den Industriestrompreis mehrere Verbrauchs-, Branchen- und Investitionsnachweise erbringen; größere Antragsteller benötigen zusätzlich einen Prüfungsvermerk.
BETRIFFT: Nachweispflichten / Dokumentation / Wirtschaftsprüferbestätigung
FOLGE: erhebliche Vorlaufzeit und Rückforderungsrisiko bei falschen oder unvollständigen Angaben
QUELLE: KPMG Law

281.

WER: Bergische IHK
WANN: 24.09.2026
WAS: Die PPWR verpflichtet Unternehmen bei bestimmten grenzüberschreitenden Tätigkeiten, in anderen EU-Staaten Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung zu benennen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: zusätzliche Kosten und Bürokratie sowie erschwerter innereuropäischer Handel für KMU
QUELLE: Bergische IHK

282.

WER: Verband der Automobilindustrie
WANN: 13.09.2026
WAS: Der Entwurf der Fahrzeug-Genehmigungs- und Betriebsverordnung enthält aus Sicht des VDA noch unpraktikable Anforderungen für Einzelgenehmigungen, Umbauten, Kleinserien und Sonderfahrzeuge.
BETRIFFT: Fahrzeugzulassung / Genehmigungen / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Belastungen und Rechtsunsicherheit, insbesondere für kleine und mittlere Hersteller
QUELLE: VDA

283.

WER: Service-Verband KVD
WANN: 04.09.2026
WAS: Nachhaltigkeitsberichte bedeuten für viele Unternehmen zusätzliche Anforderungen und große Datenmengen; zugleich verlangen Kunden, Banken, Investoren und Geschäftspartner belastbare Nachhaltigkeitsinformationen.
BETRIFFT: Nachhaltigkeitsberichterstattung / VSME / Lieferkettendaten
FOLGE: Benennung interner Verantwortlicher, Aufbau von Datenprozessen und teilweise Einsatz externer Beratung
QUELLE: Service-Verband KVD

284.

WER: Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie
WANN: 29.07.2026
WAS: Unternehmen der Verpackungskette wurden aufgefordert, die Unterschreitung von PFAS- und BPA-Werten analytisch nachzuweisen, obwohl diese Stoffe in den betreffenden Druckfarben nicht eingesetzt werden.
BETRIFFT: PPWR / PFAS / BPA / Lieferantennachweise
FOLGE: erheblicher vermeidbarer Analyse-, Abstimmungs- und Kostenaufwand in der Lieferkette
QUELLE: VdL

285.

WER: Verband der Chemischen Industrie
WANN: 16.07.2026
WAS: Fast neun von zehn Chemie- und Pharmaunternehmen sehen sich durch Bürokratie und die kumulative Wirkung von LkSG, REACH, CSRD, EUDR und Verpackungsregeln schwer oder sehr schwer belastet.
BETRIFFT: LkSG / REACH / CSRD / EUDR / Verpackungsregulierung / kumulativer Aufwand
FOLGE: 43 Prozent verlagern Investitionen und 37 Prozent Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten teilweise oder deutlich ins Ausland
QUELLE: VCI

286.

WER: Bundesinnungsverband des Kraftfahrzeughandwerks
WANN: 15.07.2026
WAS: Geplante gesetzliche Auskunftspflichten könnten Kfz-Werkstätten verpflichten, bestimmte fahrzeugbezogene Telemetriedaten für Sicherheitsbehörden bereitzustellen.
BETRIFFT: Fahrzeugdaten / Auskunftspflichten / Dokumentation
FOLGE: zusätzlicher technischer, personeller und organisatorischer Aufwand sowie neue Haftungs- und Sanktionsrisiken
QUELLE: BIV-Kfz

287.

WER: Grant Thornton Deutschland
WANN: 24.06.2026
WAS: Die PPWR verändert Zuständigkeiten für Eigenmarken, Importe und mehrstufige Vertriebsketten und verlangt neue Konformitäts-, Registrierungs-, Daten- und Nachweisprozesse.
BETRIFFT: PPWR / EPR / technische Dokumentation / Lieferkettendaten / Marktzugang
FOLGE: höherer Prüf- und Umstellungsaufwand, mögliche Lieferverzögerungen, Vertriebsbeschränkungen und zusätzliche Kosten
QUELLE: Grant Thornton

288.

WER: DVGW – Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches
WANN: 09.06.2026
WAS: Verschärfte PFAS-Grenzwerte würden zahlreiche zusätzliche Aufbereitungsanlagen und umfangreiche technische Anpassungen bei Wasserversorgern erfordern.
BETRIFFT: PFAS / Grenzwerte / Nachweispflichten
FOLGE: für den PFAS-4-Grenzwert rund 220 zusätzliche Anlagen und jährlich etwa 42 Millionen Euro Mehrkosten; ein TFA-Grenzwert von 0,1 µg/l könnte jährlich rund 3,3 Milliarden Euro kosten
QUELLE: DVGW

289.

WER: IHK Osnabrück–Emsland–Grafschaft Bentheim
WANN: 01.06.2026
WAS: Unternehmen berichten von stark zunehmenden administrativen Anforderungen sowie einer hohen Zahl von Dokumentations- und Nachweispflichten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Dokumentation / Nachweise
FOLGE: rund 50 Prozent benötigen externe Dienstleister, 37 Prozent verteilen Personal um und 31 Prozent stellen zusätzliches Personal ein; Investitionen und Innovationen werden verschoben
QUELLE: IHK Osnabrück

290.

WER: PwC Deutschland
WANN: 27.05.2026
WAS: Deutsche Finanzinstitute sehen die umfangreichen Datenanforderungen des neuen EU-Geldwäschepakets als zentrale operative Hürde; nur 34 Prozent erwarten eine fristgerechte Umsetzung.
BETRIFFT: EU-AML-Paket / Kundendaten / Compliance / Dokumentation
FOLGE: 61 Prozent erwarten erheblichen Kapazitätsbedarf, 30 Prozent wollen zusätzliche Fachkräfte einstellen und ein Drittel rechnet mit 10 bis 30 Prozent höheren Compliance-Kosten
QUELLE: PwC Deutschland

291.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 21.09.2026
WAS: Bereits produzierte Waren könnten wegen neuer Vorgaben für Umwelt- und Nachhaltigkeitsaussagen nicht mehr verkauft werden.
BETRIFFT: EmpCo / Kennzeichnung / Nachweispflichten / Marktzugang
FOLGE: Abmahnrisiken, Umkennzeichnungskosten und drohende Warenvernichtung
QUELLE: Original-Link

292.

WER: Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks
WANN: 25.09.2026
WAS: Registrierungen, Bevollmächtigte und getrennte Mengenmeldungen in bis zu 26 nationalen Systemen seien für kleine Versandbäckereien kaum handhabbar.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Export
FOLGE: zusätzliche Kosten und möglicher Rückzug kleiner Betriebe aus dem EU-Versandhandel
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

293.

WER: Tischler Schreiner Deutschland
WANN: 25.09.2026
WAS: Die PPWR erfasse auch geringe, häufig wiederverwendete Transportverpackungen des Tischler- und Schreinerhandwerks und zwinge Betriebe zur Klärung neuer Rollen und Registrierungspflichten.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungsregister / EPR
FOLGE: unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand für kleine Handwerksbetriebe
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

294.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 16.06.2026
WAS: Hohe MDR-Hürden, Zertifizierungsverfahren und technische Dokumentationspflichten

belasteten den europäischen Medizinproduktemarkt; zusätzliche Mehrweg- und Versorgungsmeldungen erzeugten massiven Aufwand.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / technische Dokumentation / Meldepflichten
FOLGE: Produktengpässe, Rückzug von Produkten oder Herstellern und hohe Verwaltungskosten
QUELLE: Original-Link

295.

WER: Pharma Deutschland
WANN: 02.09.2026
WAS: Arzneimittelhersteller müssten mit Zulassungsverfahren, EU-HTA und nationaler AMNOG-Bewertung drei unterschiedliche, hochkomplexe und ressourcenintensive Verfahren durchlaufen.
BETRIFFT: Zulassung / EU-HTA / AMNOG / kumulativer Regulierungsaufwand
FOLGE: höherer Ressourcenbedarf, gebremste Innovationen und gefährdete Investitionen
QUELLE: Original-Link

296.

WER: ONEKEY
WANN: 09.09.2026
WAS: Die CRA-Umsetzung erfordere dokumentierte Risikobewertungen, Schwachstellenmanagement, Software-Stücklisten und Sicherheitsnachweise über den Produktlebenszyklus.
BETRIFFT: CRA / SBOM / technische Dokumentation / Produktkonformität
FOLGE: eigene CRA-Teams, externe Unterstützung und längere Entwicklungszeiten
QUELLE: Original-Link

297.

WER: ZVEI
WANN: 17.09.2026
WAS: 85 Prozent der befragten Entscheider aus der Elektro- und Digitalindustrie bezeichneten Bürokratie, regulatorische Unsicherheit und lange Genehmigungen als Investitionshemmnisse.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Genehmigungen
FOLGE: zusätzliche Investitionen in Deutschland werden gebremst
QUELLE: Produktion

298.

WER: Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband verlangte eine deutliche Reduzierung der Nachweis- und Dokumentationspflichten im Gebäudemodernisierungsgesetz.
BETRIFFT: Gebäudemodernisierungsgesetz / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und gebremste Investitionen in moderne Heizungsanlagen
QUELLE: Baulinks

299.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 12.08.2026
WAS: Änderungen beim Grundlohn und bei der ersten Tätigkeitsstätte würden Anpassungen von Lohnabrechnungen, IT-Systemen und Arbeitsverträgen erforderlich machen.
BETRIFFT: Jahressteuergesetz / Lohnabrechnung / Dokumentationspflichten
FOLGE: erheblicher bürokratischer Mehraufwand und Umstellungskosten
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

300.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.08.2026
WAS: Industrieunternehmen hätten durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte jährlich und müssten parallel Genehmigungs-, Melde-, Nachweis-, Statistik- und Dokumentationspflichten bewältigen.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Mehrfachnachweise / Genehmigungen
FOLGE: gebundene Personalressourcen, verzögerte Projekte und verhinderte Investitionen
QUELLE: Original-Link

311.

WER: bvse, BDSV und VDM
WANN: 15.09.2026
WAS: Die Recyclingverbände melden massive Registrierungs-, Schnittstellen- und Dokumentenprobleme beim digitalen Abfallverbringungssystem DIWASS.
BETRIFFT: Abfallverbringung / DIWASS / Registrierung / Nachweispflichten
FOLGE: Verpflichtende Verbringungen konnten nicht abgewickelt werden; finanzielle Schäden, Kundenverluste und unterbrochene Recyclingwege drohen.
QUELLE: bvse

312.

WER: IHK Bonn/Rhein-Sieg
WANN: 04.05.2026
WAS: Das geplante Produktpassregister verlangt Verifizierung, Registrierung, festgelegte Schnittstellen, Datenaktualisierung, Versionierung sowie IT-, Zugriffs- und Datenschutzmaßnahmen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Registrierung / Produktdaten
FOLGE: Zusätzlicher IT-, Datenpflege- und Compliance-Aufwand für Unternehmen.
QUELLE: IHK Bonn/Rhein-Sieg

313.

WER: WirtschaftsVereinigung Metalle
WANN: 18.06.2026
WAS: Eine pauschale gruppenbasierte PFAS-Beschränkung könne industrielle Schlüsselprozesse unter anderem in Oberflächenbehandlung, Halbleiter- und Batterieindustrie treffen.

BETRIFFT: REACH / PFAS / Batterieindustrie
FOLGE: Gefährdete Investitionsentscheidungen, fehlende Planungssicherheit und Nachteile im internationalen Wettbewerb.
QUELLE: WirtschaftsVereinigung Metalle

314.

WER: Gesamtverband textil+mode
WANN: 15.07.2026
WAS: Für beschädigte oder unbrauchbare Textilien müssen Unternehmen berichten, warum sie vernichtet werden und weshalb keine andere Verwendung möglich ist – selbst bei fehlender industrieller Recyclinginfrastruktur.
BETRIFFT: ESPR / Vernichtungsverbot / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: Zusätzlicher Dokumentations- und Kostenaufwand sowie Wettbewerbsnachteile gegenüber schwer kontrollierbaren Drittlandsanbietern.
QUELLE: Gesamtverband textil+mode

315.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: 92 Prozent der befragten Unternehmen bewerten den Datenschutzaufwand als hoch; besonders belastend seien Verarbeitungsdokumentation, Rechtsklärung, technische Umsetzung und Informationspflichten.
BETRIFFT: DSGVO / Dokumentationspflichten / AI Act
FOLGE: Komplexere Geschäftsprozesse; Behinderung von Digitalisierung und KI-Einsatz.
QUELLE: Bitkom

316.

WER: Holz Neudeck GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Der 20-Mitarbeiter-Betrieb muss für die PPWR Materialinformationen bei Lieferanten einholen, dokumentieren, aufbereiten und weitergeben; zusätzlich steht bereits die EUDR-Umsetzung bevor.
BETRIFFT: PPWR / EUDR / Lieferantendaten / kumulativer Aufwand
FOLGE: Kaum Zeit für Kundenbesuche; Finanzmittel werden gebunden, die sonst in Maschinen, Hallen und Unternehmensentwicklung fließen würden.
QUELLE: IHK Ostthüringen – Unternehmensbericht

317.

WER: IHK Kassel-Marburg
WANN: 09.09.2026
WAS: Bereits ab dem ersten grenzüberschreitenden Paket greifen PPWR-Pflichten zu Bevollmächtigten, nationalen Registern, Mengenmeldungen, Rücknahmesystemen und Begleitschreiben.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / EU-Marktzugang
FOLGE: Zusätzliche Kosten je Zielland; zahlreiche kleine Unternehmen stellen den Versand

in andere EU-Staaten ein.
QUELLE: IHK Kassel-Marburg

318.

WER: BGA
WANN: 25.09.2026
WAS: Der Verband berichtet über erneut gestiegene BAFA-Bearbeitungszeiten und Fälle, in denen Zollstellen selbst bei nicht gelisteten Gütern einen Nullbescheid verlangen.
BETRIFFT: Exportkontrolle / Zoll / Nullbescheide / Nachweispflichten
FOLGE: Verzögerte Ausfuhren, besonders in den Nahen Osten und nach Afrika, sowie gebundene Bearbeitungskapazitäten beim BAFA.
QUELLE: BGA

319.

WER: Helena Melnikov, DIHK, und Lutz Goebel, Nationaler Normenkontrollrat
WANN: 18.08.2026
WAS: Berichts- und Dokumentationspflichten kosteten deutsche Unternehmen mittlerweile rund sieben Prozent ihres Jahresumsatzes; 2022 seien es etwa fünf Prozent gewesen.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Berichts- und Dokumentationspflichten
FOLGE: Rund 64 Milliarden Euro direkte Bürokratiekosten beziehungsweise 146 Milliarden Euro einschließlich entgangener Wirtschaftsleistung pro Jahr.
QUELLE: Handelsblatt

320.

WER: VDA / VDA-Mittelstandsforum
WANN: 16.06.2026
WAS: 84 Prozent der befragten Automobilzulieferer und mittelständischen Fahrzeughersteller fühlen sich stark oder sehr stark durch bürokratische Anforderungen belastet.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulative Regulierung / Standortbedingungen
FOLGE: Gebundene Kapazitäten und Mittel; zugleich verschieben, verlagern oder streichen 67 Prozent geplante Deutschland-Investitionen.
QUELLE: VDA

321.

WER: Böttcher AG
WANN: 16.09.2026
WAS: Der Onlinehändler stoppt seine vorbereitete Expansion nach Österreich und in weitere europäische Märkte. Konkreter Auslöser seien die Registrierungs-, Melde-, Dokumentations- und Entsorgungspflichten der PPWR innerhalb einer bereits hohen Gesamtbelastung.
BETRIFFT: PPWR / Registrierungen / Dokumentationspflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: Bis zu 500 Millionen Euro zusätzlicher Jahresumsatz und bis zu 300 mögliche Arbeitsplätze werden nach Unternehmensangaben nicht realisiert.
QUELLE: Böttcher AG

322.

WER: Ritter Verpackungen
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Unternehmen muss für die PPWR zusätzliche Umsatz-, Beschäftigten- und Verpackungsdaten seiner Kunden erfassen; dafür wurde das EDV-System drei Wochen lang extern umprogrammiert.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformitätserklärungen / Kundendaten
FOLGE: Zusätzliche IT-Kosten sowie erheblicher Arbeits- und Personalaufwand; Kunden verschieben Verpackungsbestellungen.
QUELLE: B4B Schwaben

323.

WER: PwC Deutschland
WANN: 11.09.2026
WAS: Nur drei Prozent von 100 befragten deutschen Industrieunternehmen bewerten sich als vollständig CRA-konform; jedes zweite hat noch nicht mit der aktiven Umsetzung begonnen.
BETRIFFT: CRA / Meldepflichten / Produktdokumentation / Lieferantendaten
FOLGE: Aufbau nachweisbarer Sicherheitsprozesse über den gesamten Produktlebenszyklus; der Mittelstand gerät gegenüber größeren Unternehmen in Rückstand.
QUELLE: PwC Deutschland

324.

WER: Verband der Automobilindustrie
WANN: 06.05.2026
WAS: Der VDA kritisiert die zunehmende Dichte von Berichtspflichten und bürokratischen Auflagen aus mehreren Umweltregelwerken; bei PPWR und besonders besorgniserregenden Stoffen werde das Vereinfachungsziel verfehlt.
BETRIFFT: PPWR / IED / Mikroplastik / SCIP / kumulativer Aufwand
FOLGE: Fortbestehender Verwaltungs- und Berichtsaufwand für Automobilhersteller und Zulieferer.
QUELLE: VDA

325.

WER: BGA
WANN: 23.07.2026
WAS: Der geplante CBAM-Rückkauf überschüssiger Zertifikate soll nur einmal jährlich beantragt werden können, obwohl Unternehmen ihren tatsächlichen Bedarf in der Einführungsphase nur unsicher prognostizieren können.
BETRIFFT: CBAM / Zertifikate / Emissionsdaten / Fahrzeugkomponenten
FOLGE: Unnötige Liquiditätsbindung, finanzielle Risiken und zusätzlicher Verwaltungsaufwand.
QUELLE: BGA

326.

WER: GS1 Germany
WANN: 05.08.2026
WAS: Unternehmen müssen für die EUDR Produkte und ihre Rolle im Warenfluss einordnen sowie Referenznummern, Lieferanteninformationen und Geolokationsdaten rechtzeitig in belastbaren Datenprozessen zusammenführen.
BETRIFFT: EUDR / Lieferantendaten / Geolokalisierung / Nachweispflichten
FOLGE: Frühzeitiger Aufbau neuer Daten- und Austauschprozesse; bei verspätetem Beginn drohen Probleme innerhalb der Lieferkette.
QUELLE: GS1 Germany

327.

WER: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
WANN: 24.08.2026
WAS: Die US-Zollbehörde verschärft die Prüfung von Unternehmensangaben ausländischer Importeure und kündigt weitere Offenlegungs-, Zertifizierungs- und Kontrollpflichten an.
BETRIFFT: Zoll / Export / Zertifizierung / US-Marktzugang
FOLGE: Bei falschen oder unvollständigen Angaben kann die Importeur-Identifikationsnummer ungültig werden und die Wareneinfuhr in die USA ausfallen.
QUELLE: vbw

328.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie
WANN: 15.09.2026
WAS: 79 Prozent der Unternehmen nennen die Komplexität europäischer und nationaler Vorschriften als wesentliches Hindernis; unterschiedliche Anforderungen aus mehreren Regelwerken bestehen teilweise nebeneinander.
BETRIFFT: IED / Umweltverträglichkeitsprüfung / Wasserrahmenrichtlinie / Genehmigungen
FOLGE: Hoher Verwaltungsaufwand, schwer planbare Genehmigungsverfahren und verzögerte Industrieinvestitionen.
QUELLE: BDI

329.

WER: TÜV-Verband
WANN: 20.08.2026
WAS: Doppelregelungen, widersprüchliche Vorgaben, regulatorische Fragmentierung und zusätzliche nationale Anforderungen erschweren die Anwendung europäischer Produktregeln.
BETRIFFT: Produktregulierung / Konformitätsbewertung / EU-Marktzugang / kumulativer Aufwand
FOLGE: Mehraufwand, Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsverzerrungen beim grenzüberschreitenden Marktzugang.
QUELLE: TÜV-Verband

330.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks
WANN: 23.09.2026
WAS: Die Bonpflicht soll durch eine digitale Belegbereitstellungspflicht ersetzt und mit Registrierkasse, digitaler Zahlungsoption und E-Rechnung abgestimmt werden.
BETRIFFT: Kassenpflicht / Belegpflicht / E-Rechnung / kumulative Regulierung
FOLGE: Nachrüstung oder Erwerb geeigneter Kassensysteme, laufende Folgekosten sowie zusätzliche Sanktions- und Bürokratiebelastungen.
QUELLE: ZDH

331.

WER: Smurfit Westrock Deutschland
WANN: 24.07.2026
WAS: Unklare Methoden und schwer skalierbare PPWR-Vorgaben betreffen ganze Verpackungsportfolios und Lieferketten.
BETRIFFT: PPWR / Produktdesign / Lieferkettendaten
FOLGE: Investitionsunsicherheit, höhere Kosten und instabile Prozesse
QUELLE: Smurfit Westrock Deutschland

332.

WER: PwC Deutschland / Praxisfall eines Automobilzulieferers
WANN: 21.08.2026
WAS: Der Zulieferer muss bei Tausenden Transaktionen Lieferanten, Produkte, Herkunftsflächen und DDS-Referenzen prüfen; die Daten liegen in verschiedenen Systemen und Verantwortungsbereichen.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Automobilzulieferer
FOLGE: hoher manueller Prüfaufwand; fehlende Nachweise können Zollabfertigungen verzögern oder stoppen
QUELLE: PwC Deutschland

333.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unterschiedliche nationale Registrierungs-, Melde-, Vertreter-, Entsende- und Arbeitsschutzpflichten belasten grenzüberschreitend tätige Unternehmen gleichzeitig.
BETRIFFT: PPWR / Registrierungen / Entsendemeldungen / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Fixkosten und erheblicher Aufwand bei Montage-, Wartungs- und Baustelleneinsätzen
QUELLE: IHK Pfalz

334.

WER: Handelskammer Hamburg
WANN: 25.09.2026
WAS: Für Unternehmen ist weniger die einzelne Vorschrift als das Zusammenspiel überlappender und teilweise widersprüchlicher Nachhaltigkeitsanforderungen das Hauptproblem.
BETRIFFT: EUDR / CSRD / CSDDD / LkSG / PPWR

FOLGE: gebundene Kapazitäten, zusätzliche Compliance-Prozesse und Beratungsbedarf
QUELLE: Hamburger Wirtschaft

335.

WER: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
WANN: 10.06.2026
WAS: Mehrere Arbeitsschutzregelungen verlangen weiterhin mündliche und mindestens jährliche Unterweisungen, obwohl deren Bestätigung digital erfolgen kann; zusätzliche Mitteilungspflichten würden Prozesse weiter erschweren.
BETRIFFT: GefStoffV / BiostoffV / Arbeitsstätten- und Betriebssicherheitsrecht
FOLGE: parallele Unterweisungs-, Begründungs- und Dokumentationsprozesse
QUELLE: BDA

336.

WER: WirtschaftsVereinigung Metalle
WANN: 18.06.2026
WAS: Eine pauschale PFAS-Gruppenbeschränkung würde Schlüsselprozesse der Oberflächenbehandlung sowie der Halbleiter- und Batterieindustrie treffen, obwohl vielfach gleichwertige Alternativen fehlen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Batterieindustrie
FOLGE: unsichere Investitionsentscheidungen und mögliche Einstellung bestimmter Produktionen in der EU
QUELLE: WVMetalle

337.

WER: Bundesverband Medizintechnologie
WANN: 25.06.2026
WAS: Die MDR verlangt umfangreiche Neuzertifizierungen und Dokumentationen; statt eines Ordners können bis zu zehn Ordner je Medizinprodukt erforderlich sein.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliches regulatorisches Personal, hohe Zertifizierungskosten und Streichung von Produkten oder Produktlinien
QUELLE: BVMed

338.

WER: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland
WANN: 17.07.2026
WAS: Rund die Hälfte der befragten Händler verliert bei der Vielzahl neuer regulatorischer Anforderungen zunehmend den Überblick; im Mittel sind mehr als zwei Vollzeitkräfte ausschließlich mit Dokumentation und Compliance beschäftigt.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Dokumentations- und Compliancepflichten
FOLGE: zusätzlicher Personal- und Beratungsbedarf; Regulierung verursacht im Mittel sechs Prozent der Verwaltungskosten
QUELLE: bevh

339.

WER: bvse / BDSV / VDM
WANN: 15.09.2026
WAS: Registrierungsprobleme und fehlerhafte Schnittstellen im digitalen Abfallverbringungssystem DIWASS verhinderten laut Verbändeumfrage bislang jede vollständig digitale Notifizierung.
BETRIFFT: EU-Abfallverbringungsverordnung / DIWASS / Registrierungen
FOLGE: ausgefallene Abfallverbringungen, finanzielle Schäden, Kundenverluste und unterbrochene Recyclingwege
QUELLE: bvse

340.

WER: Bäckerei SoLuna / Bäckermeisterin Katrin Knopp
WANN: 25.09.2026
WAS: Die Bäckerei muss Verpackungsarten bestimmen, Mengen zählen, Meldungen abgeben und Entsorgungsentgelte selbst tragen; eine verspätete Anmeldung führte bereits zu einer Strafzahlung.
BETRIFFT: PPWR / EPR / LUCID / Mengenmeldungen
FOLGE: stundenweise zusätzliche Büroarbeit, Gebühren und Strafzahlung
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

341.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Umsetzung der Versicherungs-Sanierungsrichtlinie IRRD kostet eine Versicherungsgruppe laut GDV rund 12,4 Millionen Euro; hinzu kommen jährlich etwa 1,2 Millionen Euro Betriebskosten. Detailtiefe und häufige Änderungen regulatorischer Vorgaben verschärften die Belastung.
BETRIFFT: IRRD / Versicherungsregulierung / kumulativer Regulierungsaufwand
FOLGE: hohe einmalige und laufende Compliance-Kosten; gehemmte Innovationskraft
QUELLE: GDV

342.

WER: Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW)
WANN: 14.09.2026
WAS: Das IDW warnt, dass die neuen Anforderungen an Nachhaltigkeitsaussagen Rechtsunsicherheit, zusätzliche Bürokratie sowie zivilrechtliche Risiken erzeugen. Zukunftsbezogene Umweltaussagen benötigen unter anderem dokumentierte Umsetzungspläne und regelmäßige externe Prüfungen.
BETRIFFT: EmpCo / UWG / Nachhaltigkeitsnachweise / externe Prüfung
FOLGE: zusätzliche Compliance- und Prüfungskosten; Unternehmen könnten Nachhaltigkeitskommunikation vermeiden
QUELLE: IDW

343.

WER: BDZV, BVDA, BVDM, Börsenverein des Deutschen Buchhandels, GVPG, MVFP und Interessengemeinschaft Deutscher Kunsthandel
WANN: 12.08.2026
WAS: Die Verbände kritisieren, dass neue EU-Auslegungen zu Rollen und Pflichten erst unmittelbar vor Geltungsbeginn der PPWR veröffentlicht wurden. Unternehmen hätten keine ausreichende Zeit für eine rechtssichere Bewertung und Prozessanpassung.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Bevollmächtigte
FOLGE: Rechtsunsicherheit; grenzüberschreitender Versand kleiner Mengen wird durch Bevollmächtigten- und Registrierungspflichten teilweise unwirtschaftlich
QUELLE: BDZV

344.

WER: Industrieverband Papier- und Folienverpackung (IPV)
WANN: 15.09.2026
WAS: Verpackungshersteller berichten über widersprüchliche PPWR-Auslegungen, ständig neue Kundenfragebögen sowie unterschiedliche Nachweis-, Daten- und Kennzeichnungsanforderungen.
BETRIFFT: PPWR / Konformitätsnachweise / Lieferkettendaten / Zertifizierung
FOLGE: höhere Personal- und Produktkosten, Anpassungen von ERP- und Stammdatensystemen sowie zusätzliche Stellen für Compliance, Zertifizierung und Nachhaltigkeit
QUELLE: IPV

345.

WER: Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)
WANN: 06.05.2026
WAS: Der ZVEI sieht Unternehmen bereits mit zahlreichen parallelen Cybersicherheitsvorgaben konfrontiert und warnt vor weiteren Nachweis- und Zertifizierungspflichten durch den Cybersecurity Act 2.
BETRIFFT: Cybersecurity Act 2 / Cyberregulierung / Nachweispflichten / Zertifizierung
FOLGE: Bindung knapper Fachkräfte, zusätzliche Kosten sowie gehemmte Investitionen und Innovationen
QUELLE: ZVEI

346.

WER: DIN und DKE
WANN: 23.06.2026
WAS: In einer Befragung von 1.092 Unternehmen und Organisationen meldeten viele offene Fragen zu Standards, Datenstrukturen, Konformitätsanforderungen und zur Integration des Digitalen Produktpasses in bestehende Prozesse. Nur 201 hatten bereits konkrete Einführungsmaßnahmen begonnen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Batterieverordnung / Produktdaten
FOLGE: verzögerte Umsetzung und zusätzlicher organisatorischer sowie technischer Integrationsaufwand
QUELLE: DIN

347.

WER: Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)
WANN: 22.09.2026
WAS: Der vfa warnt, dass deutsche Erstattungspreise über internationale Preisreferenzierungen auf andere Märkte wirken und dadurch neue Risiken für Arzneimittel-Markteinführungen in Deutschland entstehen. Zusätzlich fehle es dem AMNOG-Verfahren an ausreichender Planbarkeit.
BETRIFFT: AMNOG / internationale Preisreferenzierung / Marktzugang
FOLGE: Deutschland verliert als Einführungsmarkt an Attraktivität; innovative Arzneimittel können verspätet oder gar nicht angeboten werden
QUELLE: vfa

348.

WER: Lebensmittelverband Deutschland und sieben weitere Wirtschaftsverbände
WANN: 11.06.2026
WAS: Die Verbände warnen, dass bereits produzierte und bislang rechtmäßig vermarktete Waren wegen neuer Kennzeichnungs- und Informationspflichten der EmpCo-Umsetzung nicht mehr rechtssicher verkauft werden könnten.
BETRIFFT: EmpCo / Kennzeichnung / Informationspflichten / Übergangsregelungen
FOLGE: Warenvernichtung, wirtschaftliche Schäden entlang der Wertschöpfungskette und zusätzliche Bürokratie
QUELLE: Lebensmittelverband Deutschland

349.

WER: Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks
WANN: 25.09.2026
WAS: Grenzüberschreitend versendende Handwerksbäckereien müssen nach Verbandsangaben Bevollmächtigte in einzelnen EU-Ländern bestellen und getrennte Mengenmeldungen in bis zu 26 Systemen abgeben. Die Bevollmächtigten kosteten je Land jährlich etwa 250 bis 2.000 Euro.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Export
FOLGE: Kleinsendungen werden unwirtschaftlich; Handwerksbetriebe könnten sich aus dem EU-Auslandsmarkt zurückziehen
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

350.

WER: IHK Würzburg-Schweinfurt
WANN: 09.09.2026
WAS: Speditionen und Zollvertreter müssen lückenlos dokumentieren, dass das für Zoll- und Einfuhrabgaben zuständige Personal fachlich qualifiziert ist; hinzu kommt eine fortlaufende Weiterbildungspflicht.
BETRIFFT: Zoll / Qualifikationsnachweise / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Prüfungs- und Weiterbildungsaufwand; bei fehlenden Nachweisen kann die Zollvertretung sofort untersagt werden
QUELLE: IHK Würzburg-Schweinfurt

351.

WER: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE)
WANN: 10.09.2026
WAS: Lebensmittelhersteller müssten für dieselben Verpackungen unterschiedliche nationale Datenstrukturen, Register und EPR-Meldungen pflegen. Teilweise würden bereits vorhandene Verpackungsdaten zusätzlich im Herstellerregister abgefragt.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Herstellerregister / Verpackungsdaten
FOLGE: Doppelmeldungen, mehrfach gepflegte Stammdaten und erhebliche administrative Kosten
QUELLE: BVE

352.

WER: IHK Lüneburg-Wolfsburg
WANN: 22.09.2026
WAS: Direktliefernde Unternehmen müssen sich in mehreren EU-Mitgliedstaaten jeweils registrieren und dort Bevollmächtigte bestellen. Dies betreffe auch kleine Unternehmen mit geringem grenzüberschreitendem Liefervolumen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: zusätzliche Kosten und erheblicher Organisationsaufwand; kleinere Unternehmen könnten Lieferungen in andere EU-Länder einstellen
QUELLE: IHK Lüneburg-Wolfsburg

353.

WER: Bund deutscher Baumschulen (BdB)
WANN: 04.05.2026
WAS: Mittelständische Baumschulen kritisieren detaillierte Dokumentationsvorgaben beim Pflanzenschutz, insbesondere die botanische Differenzierung mittels EPPO-Codes und den BBCH-Index zur Blattbedeckung.
BETRIFFT: Pflanzenschutzregulierung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Erfassungsaufwand für fachlich teilweise kaum sinnvoll anwendbare Angaben
QUELLE: Bund deutscher Baumschulen

354.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand (BKM)
WANN: 23.06.2026
WAS: Die Batterieverordnung und das deutsche Durchführungsgesetz erweitern die Pflichten bei Registrierung, Kennzeichnung, Rücknahme, CO_2-Angaben und Batteriepass. Handelsunternehmen müssten ihre Lieferkettenrolle und vorhandene Lieferantenangaben prüfen.
BETRIFFT: Batterieverordnung / Batteriepass / Registrierung / Lieferantendaten
FOLGE: Anpassung von Rücknahme-, Kennzeichnungs- und Kontrollprozessen; zusätzlicher Prüfaufwand bei Eigenmarken und Direktimporten
QUELLE: BKM

355.

WER: BGA und sieben weitere Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft
WANN: 28.05.2026
WAS: Die Verbände berichten bei der verpflichtenden B2B-E-Rechnung über Validierungsprobleme, unklare Feldbelegungen, Unsicherheit beim Vorsteuerabzug und zusätzliche Kosten für die Nutzung der CEN-Norm 16931.
BETRIFFT: E-Rechnung / technische Standards / Dokumentationspflichten
FOLGE: erhebliche Software-, Prozess- und Beratungsaufwendungen, besonders für kleine und mittlere Unternehmen
QUELLE: BGA

356.

WER: RHÖN-KLINIKUM AG
WANN: 06.08.2026
WAS: Das Unternehmen erklärt, das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz bringe den bereits belasteten Kliniken zusätzliche Dokumentationspflichten, Budgetkürzungen und finanzielle Risiken. Die Gesamtauswirkungen fortlaufender regulatorischer Eingriffe seien nicht belastbar prognostizierbar.
BETRIFFT: Krankenhausregulierung / Dokumentationspflichten / kumulativer Regulierungsaufwand
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungs- und Finanzdruck sowie Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen
QUELLE: RHÖN-KLINIKUM AG

357.

WER: Bundesverband der Systemgastronomie, DEHOGA, Deutsches Tiefkühlinstitut, Grosshandelsverband Foodservice und Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks
WANN: 21.05.2026
WAS: Die geplante Tierhaltungskennzeichnung würde fortlaufende Anpassungen von Speisekarten, Bestellsystemen, Displays und Aushängen erfordern. Zusätzlich müssten Rückverfolgbarkeits-, Liefer- und IT-Prozesse neu aufgebaut werden.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnung / Lieferkettendaten / Rückverfolgbarkeit
FOLGE: hohe Umstellungskosten und zusätzliche Dokumentation entlang der gesamten Lebensmittel-Wertschöpfungskette
QUELLE: Bundesverband der Systemgastronomie

358.

WER: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)
WANN: 15.07.2026
WAS: In einer Befragung von mehr als 1.000 Unternehmen meldeten 79 Prozent eine gestiegene Bürokratiebelastung. Besonders betroffen waren das verarbeitende Gewerbe, Großhandel, Logistik sowie die Metall- und Elektroindustrie.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Dokumentationspflichten / Gesetzesänderungen
FOLGE: steigender Zeitaufwand der Beschäftigten; fast acht von zehn Großunternehmen und Midcaps berichten von einer starken Belastungszunahme
QUELLE: INSM

359.

WER: Volkswagen
WANN: 11.05.2026
WAS: Ein Volkswagen-Manager erklärte gegenüber Germany Trade & Invest, dass jeder für US-Zölle aufgewendete Dollar bei den Investitionen fehle. Autobauer könnten die Zollkosten nur begrenzt an Kunden weitergeben, weil sie ihre Marktanteile sichern müssten.
BETRIFFT: US-Zölle / Automobilexport / Marktzugang
FOLGE: geringerer finanzieller Spielraum für Investitionen
QUELLE: Germany Trade & Invest

360.

WER: Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)
WANN: 11.05.2026
WAS: Maschinenexporteure müssen für zahlreiche Einzelteile Herkunft, Wert und Metallgehalt ermitteln und an den US-Zoll übermitteln, um die Stahl- und Aluminiumzölle korrekt zu berechnen. Bei großen Maschinen betrifft dies Tausende Komponenten.
BETRIFFT: US-Zölle / Export / Ursprungs- und Materialnachweise
FOLGE: erheblicher Dokumentationsaufwand, steigende Anlagenpreise und sinkende Nachfrage nach deutscher Technik
QUELLE: Germany Trade & Invest

361.

WER: IHK Berlin
WANN: 19.08.2026
WAS: 57,6 Prozent der befragten Berliner Unternehmen nennen übermäßige Bürokratie als Hindernis der Energiewende; hinzu kommen unberechenbare Energiepolitik und langsame Verfahren.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Genehmigungsverfahren / Energiepolitik
FOLGE: zurückgestellte Investitionen und Forschungsausgaben; mehr als jedes fünfte Unternehmen erwägt eine Produktionsverlagerung oder setzt sie bereits um
QUELLE: IHK Berlin

362.

WER: IHK Südlicher Oberrhein
WANN: 01.07.2026
WAS: Unternehmen mit Frankreichgeschäft berichten über aufwendige Entsendungsverfahren, A1-Bescheinigungen, die französische Baukarte sowie unterschiedliche EPR-Registrierungs- und Meldeverfahren.
BETRIFFT: Arbeitnehmerentsendung / EPR / Registrierungen / Marktzugang
FOLGE: einzelne Unternehmen verzichten auf französische Aufträge oder haben ihr Frankreichgeschäft reduziert beziehungsweise aufgegeben
QUELLE: IHK Südlicher Oberrhein

363.

WER: PwC Deutschland
WANN: 27.05.2026
WAS: Nur 34 Prozent der deutschen Finanzinstitute halten die zentrale Umsetzungsfrist des EU-Geldwäschepakets für erreichbar. 61 Prozent erwarten einen starken Anpassungsbedarf ihrer Compliance-Kapazitäten.
BETRIFFT: EU-AML-Paket / Compliance / Datenqualität
FOLGE: 33 Prozent erwarten dauerhaft 10 bis 30 Prozent höhere Compliance-Kosten; zusätzlicher Bedarf an Fachpersonal
QUELLE: PwC Deutschland

364.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 22.05.2026
WAS: Die DIHK warnt, dass eine pauschale PFAS-Beschränkung in der Medizintechnik komplexe Substitutions- und erneute Validierungsprozesse auslösen würde. Unternehmen beziffern die Umstellungskosten je Produkt auf fünfstellige bis hohe zweistellige Millionenbeträge.
BETRIFFT: REACH / PFAS / MDR / Produktvalidierung
FOLGE: Produkte könnten vom Markt verschwinden; besonders hohe Belastung für KMU und mögliche Versorgungsprobleme
QUELLE: DIHK

365.

WER: Bitkom
WANN: 22.06.2026
WAS: Unterschiedliche nationale NIS-2-Anforderungen, parallele Meldewege und uneinheitliche Aufsichtserwartungen verursachten erheblichen Aufwand. Die Pflichten seien außerdem unzureichend mit DSGVO, CRA und CER abgestimmt.
BETRIFFT: NIS 2 / CRA / DSGVO / CER / kumulative Cyberregulierung
FOLGE: Mehrfachmeldungen, wiederholte Nachweise und Zertifizierungen sowie zusätzlicher Umsetzungsaufwand im EU-Binnenmarkt
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

366.

WER: KFT Chemieservice GmbH
WANN: 12.08.2026
WAS: Für den türkischen Markt genügt eine bisherige Vorregistrierung chemischer Stoffe ab Ende September nicht mehr. Unternehmen benötigen eine vollständige oder eine Übergangsregistrierung und müssen Registrierungsstatus, Datenlücken und Vertretungslösungen prüfen.
BETRIFFT: Türkei-REACH / KKDIK / Stoffregistrierung / Export
FOLGE: Stoffe ohne gültige Registrierungsnummer verlieren den Zugang zum türkischen Markt; zusätzlicher Daten- und Registrierungsaufwand
QUELLE: KFT Chemieservice

367.

WER: Tischler Schreiner Deutschland (TSD)
WANN: 25.09.2026
WAS: Die PPWR-Pflichten gelten auch für kleine Tischler- und Schreinerbetriebe, obwohl ihre individuell angefertigten Transportverpackungen und Schutzmaterialien häufig mehrfach verwendet und direkt zurückgenommen werden.
BETRIFFT: PPWR / Handwerk / Mehrweg- und Transportverpackungen
FOLGE: zusätzliche Registrierungs- und Nachweispflichten für geringe Verpackungsmengen; Arbeitszeit fehlt für das eigentliche Handwerk
QUELLE: Deutsche Handwerks Zeitung

368.

WER: Selfpublisher-Verband und Netzwerk Autorenrechte
WANN: 17.09.2026
WAS: Selfpublisher und Autoren, die nur wenige Bücher oder Werbematerialien versenden, werden mit Registrierungen, Systembeteiligungen, Datenmeldungen und Mindestentgelten belastet. Beim EU-Versand können die Pflichten mehrfach anfallen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Kleinstmengen / grenzüberschreitender Versand
FOLGE: unverhältnismäßige Kosten und Wettbewerbsnachteile für Kleinstversender gegenüber großen Marktteilnehmern
QUELLE: Selfpublisher-Verband

369.

WER: NWB
WANN: 25.09.2026
WAS: Die weite Anwendung des Fernunterrichtsschutzgesetzes zwinge Anbieter digitaler Schulungs- und Coachingformate in aufwendige und teure ZfU-Zertifizierungsverfahren. Ohne Zertifizierung drohe die Unwirksamkeit von Verträgen.
BETRIFFT: Fernunterrichtsschutzgesetz / Zertifizierung / digitaler Marktzugang
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Zertifizierungskosten und erschwerter Marktzugang für digitale Bildungsangebote
QUELLE: NWB

370.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz)
WANN: 26.05.2026
WAS: Die angekündigten EUDR-Vereinfachungen brächten Importeuren nach Einschätzung des Verbandes keine Entlastung. Umfassende Sorgfalts- und Nachweispflichten blieben selbst bei Einfuhren aus Ländern ohne relevantes Entwaldungsrisiko bestehen.
BETRIFFT: EUDR / Holzimporte / Sorgfaltspflichten
FOLGE: unverändert hoher Prüf-, Daten- und Dokumentationsaufwand für Importeure
QUELLE: GD Holz

371.

WER: Bundesverband Druck und Medien (BVDM)
WANN: 27.05.2026
WAS: Nachgelagerte Unternehmen könnten trotz geplanter EUDR-Erleichterungen weiterhin mit Nachforschungen, Registrierungen, Dokumentationen, Lieferantenfragebögen und Haftungsrisiken belastet werden.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und mögliche Vermarktungsverbote
QUELLE: Original-Link

372.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 21.05.2026
WAS: Eine pauschale PFAS-Beschränkung berücksichtige fehlende Alternativen sowie lange Entwicklungs-, Test-, Zulassungs- und Qualifizierungszeiten nicht ausreichend; komplexe Ausnahmen und zusätzliche Pflichten erschwerten die Umsetzung.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Zulassung / Dokumentation
FOLGE: gefährdete Versorgungssicherheit, verzögerte Innovationen und praktische Umsetzungsprobleme
QUELLE: Original-Link

373.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 03.07.2026
WAS: Handwerksbetriebe dürften trotz freiwilligem Nachhaltigkeitsstandard nicht von Banken und Geschäftspartnern mit unterschiedlichen oder darüber hinausgehenden Datenanforderungen belastet werden.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Nachhaltigkeitsberichte / Lieferkettendaten
FOLGE: parallele Berichte und wiederholte Datenanforderungen
QUELLE: Original-Link

374.

WER: Bitkom
WANN: 14.09.2026
WAS: Speditionen und Logistikunternehmen müssen wegen zahlreicher Prüf-, Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie unterschiedlicher nationaler und europäischer Vorgaben Informationen zu Partnern, Personal und Fahrzeugen mehrfach bearbeiten und archivieren.
BETRIFFT: Transportregulierung / Nachweispflichten / Register / kumulativer Aufwand
FOLGE: erheblicher Verwaltungsaufwand und Mehrfacharbeit
QUELLE: Original-Link

375.

WER: IHK Ostwürttemberg
WANN: 29.07.2026
WAS: Unternehmen berichten, dass sich Berichts-, Dokumentations-, Nachweis- und

grenzüberschreitende Verwaltungspflichten kumulieren und qualifizierte Beschäftigte beanspruchen.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Nachweise / Dokumentation / grenzüberschreitende Verfahren
FOLGE: gebundene Fachkräfte, verzögerte Investitionen und erschwerte Innovationen
QUELLE: Original-Link

376.

WER: IHK Bodensee-Oberschwaben
WANN: 05.08.2026
WAS: Die PPWR zwingt Unternehmen zur Rollenprüfung und zu technischen Dokumentationen, Konformitätserklärungen, Lieferkettennachweisen und teilweise Bevollmächtigten in anderen Mitgliedstaaten. Die IHK betont ausdrücklich den kumulativen Effekt immer neuer Nachweise und Erklärungen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformität / Lieferkettendaten / kumulative Regulierung
FOLGE: weniger Zeit für Produkte und Innovationen; kleine grenzüberschreitende Geschäfte können unwirtschaftlich werden
QUELLE: Original-Link

377.

WER: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
WANN: 11.06.2026
WAS: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie erzeuge zusätzliche Informations- und Berichtspflichten; tarifvertragliche Entgeltsysteme müssten anerkannt werden, um Doppelarbeit zu vermeiden.
BETRIFFT: Entgelttransparenz / Informationspflichten / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzlicher Personalaufwand und beeinträchtigte Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Original-Link

378.

WER: Board of Airline Representatives in Germany (BARIG)
WANN: 18.06.2026
WAS: Die Reform der EU-Fluggastrechteverordnung vergrößere nach Einschätzung des Verbandes Komplexität und Bürokratie, statt die Verfahren praktikabler zu gestalten.
BETRIFFT: EU-Fluggastrechteverordnung / Dokumentation / regulatorischer Aufwand
FOLGE: steigende Kosten, reduziertes Flugangebot und Verkehrsverlagerungen
QUELLE: Original-Link

379.

WER: Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK)
WANN: 21.08.2026
WAS: Deutsche Sonderregeln zur gekoppelten Lieferung von Herkunftsnachweisen verschärften Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten über die europäischen Anforderungen hinaus.
BETRIFFT: Herkunftsnachweise / Strompreiskompensation / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Kosten, Wettbewerbsnachteile und Probleme mit bestehenden

Stromlieferverträgen
QUELLE: Original-Link

380.

WER: Taylor Wessing Deutschland
WANN: 31.08.2026
WAS: Bei vernetzten Nutzfahrzeugen greifen Fahrzeugtypgenehmigung, Maschinenverordnung, AI Act, CRA und Produkthaftungsrecht gleichzeitig. OEM, Aufbauhersteller und Zulieferer müssen zahlreiche technische Nachweise, Risiko-, Update-, Mitwirkungs- und Dokumentationspflichten untereinander abgrenzen.
BETRIFFT: Automobilindustrie / CRA / AI Act / Maschinenverordnung / Typgenehmigung / kumulative Regulierung
FOLGE: komplexe Compliance-Prozesse, zusätzliche Lieferantenvorgaben sowie Rechts- und Haftungsrisiken
QUELLE: Original-Link

381.

WER: IHK Chemnitz
WANN: 14.08.2026
WAS: Grenzüberschreitend tätige Unternehmen müssten weiterhin unterschiedliche nationale Registrierungs-, Melde- und Bevollmächtigtenpflichten erfüllen; besonders kleine Anbieter könnten sich deshalb aus einzelnen EU-Märkten zurückziehen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Marktzugang
FOLGE: hohe Fix- und Verwaltungskosten; Rückzug aus Auslandsmärkten
QUELLE: Original-Link

382.

WER: KFT Chemieservice GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Deutsche Chemieunternehmen benötigen für die Registrierung neuer Stoffe in China künftig einen dort ansässigen Antragsteller und müssen zusätzliche Verwendungs-, Stoff- und Gefahrendaten vorlegen.
BETRIFFT: Chemikalienregistrierung / Export / Stoffdaten / Marktzugang China
FOLGE: höherer Dokumentationsaufwand; Abhängigkeit von lokalen Partnern; mögliche Importverzögerungen
QUELLE: Original-Link

383.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 18.05.2026
WAS: Die weiterhin mögliche rückwirkende Anwendung der CSRD auf das Geschäftsjahr 2025 verursache erhebliche Unsicherheit, weil belastbare Daten, frühzeitig eingerichtete Prozesse und prüfbare Dokumentationen benötigt würden.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Lieferkettendaten / Berichtspflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit; kurzfristiger Aufbau beziehungsweise Umbau von

Berichtsprozessen
QUELLE: Original-Link

384.

WER: take-e-way GmbH
WANN: 21.08.2026
WAS: Batteriespeicher dürfen ohne ordnungsgemäße Registrierung der Marke nicht vertrieben werden; bei Importprodukten können Händler selbst als Hersteller gelten.
BETRIFFT: Batterieverordnung / BattDG / Herstellerregistrierung / Marktzugang
FOLGE: Abmahnungen, gerichtliche Unterlassung und Verkaufsverbot
QUELLE: Original-Link

385.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: 92 Prozent der befragten Unternehmen bewerteten ihren Datenschutzaufwand als hoch; besonders belastend seien Dokumentationen, laufende Rechtsänderungen und die Abstimmung mit der KI-Regulierung.
BETRIFFT: DSGVO / AI Act / Dokumentationspflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: kompliziertere Geschäftsprozesse; zusätzlicher Personal- und Prüfaufwand; Verzicht auf KI- und Nicht-EU-Lösungen
QUELLE: Original-Link

386.

WER: DIHK, AVU, BdS, Papierindustrie, FFI, HDE, IPV und PRO-S-PACK
WANN: 06.08.2026
WAS: Kommunale Verpackungssteuern träfen zu 89 Prozent Verpackungsmengen, die bereits anderen Abgaben und regulatorischen Instrumenten unterliegen, und verlangten zusätzlich Dokumentationen, Kassenanpassungen und Schulungen.
BETRIFFT: Verpackungssteuer / EPR / Einwegkunststofffonds / kumulative Belastung
FOLGE: Mehrfachbelastung derselben Verpackungen; zusätzliche IT-, Schulungs- und Verwaltungskosten
QUELLE: Original-Link

387.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 12.08.2026
WAS: Die geplante Neudefinition des Grundlohns zwinge Betriebe zur Anpassung von Lohnabrechnungen, IT-Systemen und Arbeitsverträgen; weitere Nachweise entstünden bei Grundstücksbewertungen und der ersten Tätigkeitsstätte.
BETRIFFT: Jahressteuergesetz 2026 / Nachweispflichten / Lohnabrechnung
FOLGE: erheblicher Umstellungs-, Beratungs- und Kostenaufwand
QUELLE: Original-Link

388.

WER: Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag (BWIHK)
WANN: 04.09.2026
WAS: Zölle und neue Handelsbarrieren verteuerten das Geschäft mit den USA, erzeugten Unsicherheit und erschwerten den Marktaustausch; die baden-württembergischen US-Exporte waren im ersten Halbjahr um 4,7 Prozent gesunken.
BETRIFFT: Zoll / Handelsbarrieren / Export / US-Marktzugang
FOLGE: höhere Geschäftskosten und schwächere Exportentwicklung
QUELLE: Original-Link

389.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 21.09.2026
WAS: Bereits produzierte Waren könnten wegen neuer Vorgaben für Nachhaltigkeitssiegel und Umweltaussagen nicht mehr verkauft werden, obwohl sie zum Produktionszeitpunkt rechtskonform waren.
BETRIFFT: EmpCo / Umweltwerbung / Produktkennzeichnung / Marktzugang
FOLGE: Abmahn- und Reputationskosten; Verkaufsstopp oder Vernichtung von Warenbeständen
QUELLE: Original-Link

390.

WER: Taylor Wessing Deutschland
WANN: 07.09.2026
WAS: Automobilunternehmen müssten auch Bestandsprodukte wie Diagnosesysteme, Ladeinfrastruktur, Aftermarket-Produkte, Apps und Backend-Lösungen einzeln auf CRA-Pflichten prüfen und CRA-, NIS2-, DSGVO- sowie Typgenehmigungsprozesse koordinieren.
BETRIFFT: CRA / NIS2 / DSGVO / Typgenehmigung / Automobilindustrie / kumulative Regulierung
FOLGE: Produktkartierung, 24/7-Meldeprozesse, zusätzliche Lieferantenpflichten und parallele Meldungen
QUELLE: Original-Link

391.

WER: vbw, bayme vbm, Südwestmetall und Gesamtmetall
WANN: 07.09.2026
WAS: Eine gemeinsam beauftragte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Flottenregulierung in Kombination mit ungünstigen Standortbedingungen einen massiven Rückgang der automobilen Wertschöpfung und Beschäftigung auslösen kann.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Automobilindustrie / kumulative Belastung
FOLGE: Verlust von Wertschöpfung, Produktion und Arbeitsplätzen
QUELLE: Original-Link

392.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand (BKM)
WANN: 09.09.2026
WAS: Die gleichzeitig zunehmenden und komplexer werdenden Vorgaben aus Berlin und Brüssel überforderten mittelständische Unternehmen und Verbundgruppen zunehmend.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Dokumentations- und Umsetzungspflichten
FOLGE: Bindung erheblicher personeller und finanzieller Ressourcen; schlechtere Investitionsbedingungen
QUELLE: Original-Link

393.

WER: Verband Druck und Medien Nord-West (VDMNW)
WANN: 07.09.2026
WAS: EUDR, PPWR und Mikroplastikregulierung erzeugten gemeinsam erhebliche Dokumentations-, Nachweis- und Informationspflichten für die mittelständische Druck- und Medienbranche.
BETRIFFT: EUDR / PPWR / Mikroplastik / kumulative Regulierung
FOLGE: immense Ressourcenbindung zulasten von Digitalisierung, Automatisierung und Nachhaltigkeitsinvestitionen
QUELLE: Original-Link

394.

WER: Verband Internet Reisevertrieb (VIR)
WANN: 07.09.2026
WAS: Touristikunternehmen müssten NIS2, AI Act, EmpCo, Data Act, EES, ETIAS, Kurzzeitvermietungsregeln und weitere Datenpflichten gleichzeitig umsetzen; teilweise würden ähnliche Daten über mehrere Meldewege verlangt.
BETRIFFT: NIS2 / AI Act / EmpCo / Data Act / DAC7 / kumulative Regulierung
FOLGE: Überlastung von Personal, IT und Budgets; Verschiebung von Innovationen und Digitalprojekten
QUELLE: Original-Link

395.

WER: IHK Schleswig-Holstein, UVNord, DIE FAMILIENUNTERNEHMER und VdU Hamburg/Schleswig-Holstein
WANN: 11.09.2026
WAS: Die PPWR verlange bei bestimmten EU-Geschäften nationale Bevollmächtigte und könne durch Kennzeichnungspflichten die Offenlegung von Herstellern und Vorlieferanten erzwingen.
BETRIFFT: PPWR / Bevollmächtigte / Kennzeichnung / Lieferantendaten / Marktzugang
FOLGE: neue Verwaltungsstrukturen und Kosten; Offenlegung von Lieferbeziehungen und Betriebsgeheimnissen
QUELLE: Original-Link

396.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 22.09.2026
WAS: Geplante Exportzölle beziehungsweise Ausfuhrbeschränkungen für Metall- und Batterieschrotte könnten internationale Absatzmärkte verschließen und Gegenmaßnahmen anderer Staaten auslösen.
BETRIFFT: Exportbeschränkungen / Zoll / Abfallverbringung / Batterierecycling
FOLGE: Überangebot und Preisverfall; Zwischenlagerung bindet Kapital und gefährdet Recyclingketten
QUELLE: Original-Link

397.

WER: Narravero GmbH
WANN: 31.08.2026
WAS: Die Einführung des Digitalen Produktpasses erfordere die Verknüpfung von ERP-, Produkt-, Produktions-, Nachhaltigkeits- und Lieferantendaten sowie neue Prüfprozesse in Werken und bei Fertigungspartnern.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Lieferantendaten / Nachweispflichten
FOLGE: bereichsübergreifender Personalbedarf, Prozessanpassungen, Schulungen und zusätzlicher Produktionsvorlauf
QUELLE: Original-Link

398.

WER: PassPer
WANN: 21.08.2026
WAS: Beim Batteriepass liege der größte Aufwand nicht in der Software, sondern in der Beschaffung von CO_2-, Rezyklat-, Material- und Sorgfaltsdaten aus vorgelagerten Lieferkettenstufen.
BETRIFFT: Batterieverordnung / Batteriepass / Lieferkettendaten / Herkunftsnachweise
FOLGE: wochen- bis monatelange Datenbeschaffung; Risiko verfehlter Umsetzungsfristen
QUELLE: Original-Link

399.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Unternehmen bezeichnete hohe Kosten, Abgaben, Energiepreise und Überregulierung gemeinsam als Gefährdung für Investitionen und Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulative Standort- und Regulierungslast
FOLGE: Investitionen in Elektromobilität, Software, KI und neue Werke könnten außerhalb Deutschlands erfolgen
QUELLE: Original-Link

400.

WER: Jung Verpackungen GmbH
WANN: 15.09.2026
WAS: Das Unternehmen beklagte nach dem PPWR-Start deutlich mehr Papierarbeit; unterschiedliche Kundenanforderungen führten dazu, dass dieselben Angaben wiederholt in neue Formate übertragen werden müssten.
BETRIFFT: PPWR / Konformitätsnachweise / Kundendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: Beschäftigte werden von Produktentwicklung und Innovation abgezogen
QUELLE: Original-Link

391.

WER: vbw, bayme vbm, Südwestmetall und Gesamtmetall
WANN: 07.09.2026
WAS: Eine gemeinsam beauftragte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Flottenregulierung in Kombination mit ungünstigen Standortbedingungen einen massiven Rückgang der automobilen Wertschöpfung und Beschäftigung auslösen kann.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Automobilindustrie / kumulative Belastung
FOLGE: Verlust von Wertschöpfung, Produktion und Arbeitsplätzen
QUELLE: Original-Link

392.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand (BKM)
WANN: 09.09.2026
WAS: Die gleichzeitig zunehmenden und komplexer werdenden Vorgaben aus Berlin und Brüssel überforderten mittelständische Unternehmen und Verbundgruppen zunehmend.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Dokumentations- und Umsetzungspflichten
FOLGE: Bindung erheblicher personeller und finanzieller Ressourcen; schlechtere Investitionsbedingungen
QUELLE: Original-Link

393.

WER: Verband Druck und Medien Nord-West (VDMNW)
WANN: 07.09.2026
WAS: EUDR, PPWR und Mikroplastikregulierung erzeugten gemeinsam erhebliche Dokumentations-, Nachweis- und Informationspflichten für die mittelständische Druck- und Medienbranche.
BETRIFFT: EUDR / PPWR / Mikroplastik / kumulative Regulierung
FOLGE: immense Ressourcenbindung zulasten von Digitalisierung, Automatisierung und Nachhaltigkeitsinvestitionen
QUELLE: Original-Link

394.

WER: Verband Internet Reisevertrieb (VIR)
WANN: 07.09.2026
WAS: Touristikunternehmen müssten NIS2, AI Act, EmpCo, Data Act, EES, ETIAS,

Kurzzeitvermietungsregeln und weitere Datenpflichten gleichzeitig umsetzen; teilweise würden ähnliche Daten über mehrere Meldewege verlangt.
BETRIFFT: NIS2 / AI Act / EmpCo / Data Act / DAC7 / kumulative Regulierung
FOLGE: Überlastung von Personal, IT und Budgets; Verschiebung von Innovationen und Digitalprojekten
QUELLE: Original-Link

395.

WER: IHK Schleswig-Holstein, UVNord, DIE FAMILIENUNTERNEHMER und VdU Hamburg/Schleswig-Holstein
WANN: 11.09.2026
WAS: Die PPWR verlange bei bestimmten EU-Geschäften nationale Bevollmächtigte und könne durch Kennzeichnungspflichten die Offenlegung von Herstellern und Vorlieferanten erzwingen.
BETRIFFT: PPWR / Bevollmächtigte / Kennzeichnung / Lieferantendaten / Marktzugang
FOLGE: neue Verwaltungsstrukturen und Kosten; Offenlegung von Lieferbeziehungen und Betriebsgeheimnissen
QUELLE: Original-Link

396.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 22.09.2026
WAS: Geplante Exportzölle beziehungsweise Ausfuhrbeschränkungen für Metall- und Batterieschrotte könnten internationale Absatzmärkte verschließen und Gegenmaßnahmen anderer Staaten auslösen.
BETRIFFT: Exportbeschränkungen / Zoll / Abfallverbringung / Batterierecycling
FOLGE: Überangebot und Preisverfall; Zwischenlagerung bindet Kapital und gefährdet Recyclingketten
QUELLE: Original-Link

397.

WER: Narravero GmbH
WANN: 31.08.2026
WAS: Die Einführung des Digitalen Produktpasses erfordere die Verknüpfung von ERP-, Produkt-, Produktions-, Nachhaltigkeits- und Lieferantendaten sowie neue Prüfprozesse in Werken und bei Fertigungspartnern.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Lieferantendaten / Nachweispflichten
FOLGE: bereichsübergreifender Personalbedarf, Prozessanpassungen, Schulungen und zusätzlicher Produktionsvorlauf
QUELLE: Original-Link

398.

WER: PassPer
WANN: 21.08.2026
WAS: Beim Batteriepass liege der größte Aufwand nicht in der Software, sondern in der Beschaffung von CO_2-, Rezyklat-, Material- und Sorgfaltsdaten aus vorgelagerten

Lieferkettenstufen.
BETRIFFT: Batterieverordnung / Batteriepass / Lieferkettendaten / Herkunftsnachweise
FOLGE: wochen- bis monatelange Datenbeschaffung; Risiko verfehlter Umsetzungsfristen
QUELLE: Original-Link

399.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Unternehmen bezeichnete hohe Kosten, Abgaben, Energiepreise und Überregulierung gemeinsam als Gefährdung für Investitionen und Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulative Standort- und Regulierungslast
FOLGE: Investitionen in Elektromobilität, Software, KI und neue Werke könnten außerhalb Deutschlands erfolgen
QUELLE: Original-Link

400.

WER: Jung Verpackungen GmbH
WANN: 15.09.2026
WAS: Das Unternehmen beklagte nach dem PPWR-Start deutlich mehr Papierarbeit; unterschiedliche Kundenanforderungen führten dazu, dass dieselben Angaben wiederholt in neue Formate übertragen werden müssten.
BETRIFFT: PPWR / Konformitätsnachweise / Kundendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: Beschäftigte werden von Produktentwicklung und Innovation abgezogen
QUELLE: Original-Link

401.

WER: SPECTARIS
WANN: 28.05.2026
WAS: Der Industrieverband warnt, dass die pauschale PFAS-Beschränkung zahlreiche Hightech-Anwendungen trifft, obwohl häufig keine gleichwertigen Ersatzstoffe verfügbar sind.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Medizintechnik / Photonik
FOLGE: gefährdete Produktverfügbarkeit, hohe Umstellungskosten sowie mögliche Verlagerung von Forschung und Produktion
QUELLE: SPECTARIS

402.

WER: Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband (DeSH)
WANN: 05.05.2026
WAS: Das EUDR-Vereinfachungspaket beseitige die strukturellen Probleme nicht; zusätzliche Leitfäden, FAQs und Auslegungshilfen erzeugten neue Unklarheiten.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: wachsende Dokumentensammlungen, zusätzlicher Interpretationsaufwand und Rechtsunsicherheit
QUELLE: DeSH-Pressemitteilung

403.

WER: DIHK
WANN: 29.06.2026
WAS: Unternehmen berichteten bei CBAM über hohen Verwaltungsaufwand, steigende Kosten, unklare Zuständigkeiten und fehlende Verifizierungskapazitäten.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / Zertifizierung / Export
FOLGE: Überforderung von KMU, nachteilige Standardwerte und Wettbewerbsnachteile im Export
QUELLE: DIHK

404.

WER: Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK)
WANN: 26.06.2026
WAS: Die verlängerte Gewährleistung nach einer Reparatur schaffe nach Ansicht des ZDK zusätzliche und schwer kalkulierbare Haftungsrisiken für Autohändler.
BETRIFFT: Recht auf Reparatur / Gewährleistung / Automobilhandel
FOLGE: ältere Gebrauchtwagen könnten aus dem Eigenhandel genommen werden; geringeres Angebot und höhere Kosten
QUELLE: ZDK

405.

WER: Verband des Kfz-Gewerbes Baden-Württemberg
WANN: 29.07.2026
WAS: Freie Werkstätten benötigten einen tatsächlich funktionierenden und bezahlbaren Zugang zu Fahrzeug-, Diagnose- und Reparaturdaten; Zertifizierungen dürften keine neue Zugangshürde schaffen.
BETRIFFT: Fahrzeugdaten / Typgenehmigung / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: Registrierungsaufwand und Kosten sowie eingeschränkter Wettbewerb im Reparaturmarkt
QUELLE: Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg

406.

WER: Vincency GmbH
WANN: 10.08.2026
WAS: Die CRA-Meldepflicht erfasse auch ältere, bereits ausgelieferte Produkte und verlange bei Sicherheitsvorfällen eine Frühwarnung innerhalb von 24 Stunden.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / Registrierung / Meldepflichten / Lieferantendaten
FOLGE: Bestands- und Versionsinventare, geregelte Erreichbarkeit auch nachts und am Wochenende sowie Anpassung von Lieferantenverträgen
QUELLE: Vincency

407.

WER: Wirtschaftsvereinigung Stahl
WANN: 11.08.2026
WAS: Nicht abgestimmte Definitionen und Berechnungsmethoden bei den ESPR-

Anforderungen für Stahl würden unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand ohne entsprechenden Umweltnutzen erzeugen.
BETRIFFT: ESPR / Produktdaten / CO_2-Nachweise / Stahlkennzeichnung
FOLGE: zusätzliche Berichts- und Berechnungskosten sowie beeinträchtigte Investitions- und Marktakzeptanz
QUELLE: Wirtschaftsvereinigung Stahl

408.

WER: Verband der Automobilhändler Deutschlands (VAD)
WANN: 19.08.2026
WAS: Die Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie bringe Autohäusern Erlaubnis-, Sachkunde-, Informations-, Dokumentations- und Werbepflichten bei begrenztem zusätzlichem Nutzen.
BETRIFFT: Verbraucherkreditrichtlinie / Registrierungen / Sachkundenachweise / Automobilhandel
FOLGE: Prozessumstellungen, Überarbeitung von Vergütungssystemen und erheblicher zusätzlicher Arbeitsaufwand
QUELLE: kfz-betrieb

409.

WER: Premiumzulasser eG
WANN: 02.06.2026
WAS: Der neue KBA-Datenstandard XKfz 6.0 werde ohne parallele Übergangsphase eingeführt; notwendige technische Informationen seien aus Sicht des Dienstleisters zu spät verfügbar.
BETRIFFT: Kfz-Zulassung / digitale Schnittstellen / Verwaltungsverfahren
FOLGE: zusätzliche Softwareentwicklung und Tests sowie drohende Systemausfälle und Betriebsunterbrechungen
QUELLE: kfz-betrieb

410.

WER: ZDK und Bundesinnungsverband des Kfz-Handwerks
WANN: 16.09.2026
WAS: Die Verbände warnen bei der Neuordnung von StVZO und Fahrzeuggenehmigungsrecht vor strengeren Vorgaben, Doppelprüfungen, Mehrfachdokumentation und zusätzlichen Haftungsrisiken.
BETRIFFT: FGBV / StVZO / Nachweispflichten / Werkstattregulierung
FOLGE: Kosten für Software, Schulungen und Prüfgeräte sowie zusätzliche Bürokratie für Betriebe und Innungen
QUELLE: kfz-betrieb

411.

WER: SPECTARIS
WANN: 06.07.2026
WAS: Die geplante Reform des NUB-Verfahrens würde den Zugang neuer Medizintechnologien erschweren und die Kosten wissenschaftlicher Erprobungen vollständig

den Herstellern auferlegen.
BETRIFFT: Marktzugang / Medizintechnik / Nachweispflichten
FOLGE: für mittelständische Hersteller kaum tragbare Studienkosten und verzögerte oder unterbleibende Markteinführungen
QUELLE: SPECTARIS

412.

WER: Deutscher Mittelstands-Bund (DMB)
WANN: 24.09.2026
WAS: Die geplante Kassenpflicht treffe mit der Umsatzgrenze von 100.000 Euro auch zahlreiche Kleinst- und Handwerksbetriebe; zusätzlich bestehe Rechtsunsicherheit für unbare Dienstleistungen.
BETRIFFT: Kassenpflicht / Belegbereitstellung / Registrierungen
FOLGE: Anschaffung neuer Hardware, Softwareanpassungen sowie laufende Lizenz-, Wartungs- und Meldekosten
QUELLE: Deutscher Mittelstands-Bund

413.

WER: Bundesverband E-Commerce und Versandhandel Deutschland (bevh)
WANN: 24.09.2026
WAS: Die kurzfristige Verhältnismäßigkeitsklausel zur EmpCo-Richtlinie ersetze keine klare Abverkaufsfrist und verschiebe die Probleme lediglich in eine rechtlich unsichere Einzelfallprüfung.
BETRIFFT: EmpCo / Umweltwerbung / Produktkennzeichnung
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Anpassungskosten und mögliche Vernichtung bereits produzierter Waren
QUELLE: bevh

414.

WER: ZVEI
WANN: 17.09.2026
WAS: In einer Branchenbefragung bezeichneten 85 Prozent Bürokratie, regulatorische Unsicherheit und lange Genehmigungsverfahren als Investitionshemmnisse.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Genehmigungen / Elektro- und Digitalindustrie
FOLGE: zusätzliche Investitionen und der Ausbau der Produktion in Deutschland werden gebremst
QUELLE: Produktion

415.

WER: AGDW – Die Waldeigentümer
WANN: 05.05.2026
WAS: Die aktualisierten EUDR-Leitlinien brächten Forstbetrieben keine echte Entlastung; insbesondere detaillierte Flächen- und Geodaten blieben erforderlich.
BETRIFFT: EUDR / Geolokalisierung / Nachweispflichten
FOLGE: fortbestehender Datenerhebungs- und Meldeaufwand für Waldbesitzer und

forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse
QUELLE: Waldbauernverband NRW – AGDW-Pressemitteilung

416.

WER: BAUM e. V. und Forum Ökologisch Verpacken
WANN: 12.08.2026
WAS: Befragte Unternehmen bewerteten die PPWR-Umsetzung als organisatorisch anspruchsvoll, rechtlich unscharf und teilweise wirtschaftlich belastend; gleichzeitig müsse bereits EmpCo umgesetzt werden.
BETRIFFT: PPWR / EmpCo / Konformitätserklärungen / kumulativer Aufwand
FOLGE: externe Beratung, umfangreiche Datenbereitstellung und hohe Rechtsunsicherheit; nur sieben Prozent fühlten sich bei den konkreten Anforderungen sicher
QUELLE: BAUM e. V.

417.

WER: IHK Mittlerer Niederrhein
WANN: 18.08.2026
WAS: Mittelständische Unternehmen meldeten erhebliche Bedenken wegen der neuen PPWR-Registrierungs-, Dokumentations- und Berichtspflichten.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Verpackungsdaten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und umfangreichere Datenerfassung entlang der Lieferkette
QUELLE: IHK Mittlerer Niederrhein

418.

WER: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
WANN: 16.09.2026
WAS: Die BDA kritisiert, dass im europäischen Arbeits- und Sozialrecht fortlaufend neue Vorgaben sowie Nachweis- und Berichtspflichten entstehen.
BETRIFFT: Arbeitsmarktregulierung / Nachweispflichten / Berichtspflichten
FOLGE: erschwerte Investitionen, geringere Wachstumschancen und kumulativer Verwaltungsaufwand
QUELLE: BDA

419.

WER: GDV und weitere deutsche Wirtschaftsverbände
WANN: 28.05.2026
WAS: Das Nebeneinander von DSGVO und KI-Verordnung führe zu parallelen Prüf- und Dokumentationspflichten sowie erheblicher Rechtsunsicherheit.
BETRIFFT: DSGVO / KI-Verordnung / Digitaler Omnibus
FOLGE: gebundene Compliance-Ressourcen, zusätzlicher Aufwand und erschwerte Entwicklung datenbasierter Geschäftsmodelle
QUELLE: GDV

420.

WER: Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)
WANN: 18.09.2026
WAS: In der Branchenbefragung nannten 88 Prozent lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, 87 Prozent drohende weitere Regulierung und 83 Prozent bestehende Regulierung als Investitionshemmnisse.
BETRIFFT: Genehmigungen / kumulative Regulierung / Immobilienwirtschaft
FOLGE: Investitionen werden zurückgehalten und Projektentwicklungen verzögert
QUELLE: ZIA

421.

WER: eco – Verband der Internetwirtschaft
WANN: 07.08.2026
WAS: Unternehmen bewerten die Umsetzung von NIS-2 insbesondere wegen Dokumentationspflichten, Audits, Meldeprozessen, Risikoanalysen und Lieferkettenanforderungen als aufwendig.
BETRIFFT: NIS-2 / Registrierung / Nachweise / Meldepflichten / Lieferkettendaten
FOLGE: hoher zusätzlicher Arbeitsaufwand; komplizierte Registrierung; Verzögerungen bei der Umsetzung
QUELLE: eco

422.

WER: Handwerkskammer Halle (Saale)
WANN: 04.09.2026
WAS: Die Kammer kritisiert zusätzliche Nachweis-, Registrierungs- und Lizenzierungspflichten für Handwerksbetriebe bei grenzüberschreitenden Sendungen innerhalb der EU.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Nachweispflichten
FOLGE: kaum zu bewältigender Verwaltungsaufwand für Kleinunternehmen; hoher Aufwand bereits bei einzelnen Auslandslieferungen
QUELLE: Handwerkskammer Halle

423.

WER: DATEV eG
WANN: 09.09.2026
WAS: 83 Prozent der befragten Steuerberater sehen Überregulierung und Bürokratie als größte Hürde für den Erfolg ihrer mittelständischen Mandanten.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Steuer- und Verwaltungspflichten
FOLGE: zunehmende Belastung des Mittelstands und schwächere Geschäftsaussichten
QUELLE: DATEV

424.

WER: Wirtschaftsvereinigung Stahl
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband warnt, dass europäische Stahlhersteller beim Export weiterhin CO_2-Kosten tragen, während Wettbewerber auf den Weltmärkten diese Belastung nicht haben.
BETRIFFT: CBAM / Export / Marktzugang

FOLGE: drohende Marktanteilsverluste sowie Verlagerung von Produktion und Emissionen aus der EU
QUELLE: Wirtschaftsvereinigung Stahl

425.

WER: Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK)
WANN: 12.08.2026
WAS: Der ZDK kritisiert neue Auskunftspflichten für Autohäuser und Werkstätten, insbesondere zur Beschaffung und Herausgabe von Fahrzeug- und Telemetriedaten.
BETRIFFT: Nachrichtendienstrecht / Datenzugang / Auskunftspflichten / Automobilwirtschaft
FOLGE: zusätzlicher Personal-, Rechts- und Technikaufwand sowie Haftungs- und Sanktionsrisiken für Kfz-Betriebe
QUELLE: ZDK

426.

WER: kfz-betrieb / Akademie des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes (TAK)
WANN: 03.09.2026
WAS: Wegen verschärfter Vorgaben für Arbeiten an Fahrzeugklimaanlagen und Wärmepumpen benötigen Werkstattbeschäftigte neue beziehungsweise regelmäßig aufzufrischende Sachkundenachweise.
BETRIFFT: Chemikalien-Klimaschutzverordnung / EU-Durchführungsverordnung / Zertifizierung
FOLGE: zusätzliche Schulungen, wiederkehrende Qualifizierung und erhöhter Aufwand bei der Personalplanung
QUELLE: kfz-betrieb

427.

WER: Verbändeallianz aus BVWS, BVLH, BRS, DBV, DRV, ISN und VDF
WANN: 04.09.2026
WAS: Die Verbände fordern beim Tierhaltungskennzeichnungsgesetz den Verzicht auf zusätzliche Registrierungen und die Anerkennung bestehender in- und ausländischer Kennzeichnungssysteme und Zertifikate.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnungsgesetz / Registrierung / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Belastungen, hohe Marktzugangshürden und Wettbewerbsnachteile für die deutsche Erzeugungskette
QUELLE: BVLH

428.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 21.09.2026
WAS: Die Kreditwirtschaft fordert, steuerliche Meldepflichten und die behördliche Sammlung von Unternehmensinformationen auf das Wesentliche zu begrenzen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Meldepflichten / Datenerhebung / Tax Compliance
FOLGE: unnötige Komplexität, Kosten und Ressourcenbindung bei Unternehmen und

Kreditinstituten
QUELLE: Bankenverband

429.

WER: Bundesverband deutscher Banken
WANN: 17.09.2026
WAS: Der Verband verweist bei der neuen EU-Geldwäscheverordnung auf zahlreiche offene Auslegungsfragen und noch fehlende delegierte Rechtsakte zur Kundenidentifizierung und Erhebung von Eigentümerdaten.
BETRIFFT: EU-Geldwäscheverordnung / KYC / Datenerhebung / Dokumentationspflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit und zusätzlicher Umsetzungsaufwand; Entwicklung eines eigenen Industriestandards erforderlich
QUELLE: Bankenverband

430.

WER: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (WdK)
WANN: 18.08.2026
WAS: Der WdK kritisiert bei B2B-Transportverpackungen gleichzeitig Kennzeichnungs-, Dokumentations-, Konformitätsbewertungs-, Überwachungs- und Registrierungspflichten – auch für interne Lieferungen und wiederverwendete Verpackungen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformitätsbewertung / Registrierung / kumulative Nachweispflichten
FOLGE: unverhältnismäßige Bürokratie- und Compliance-Kosten für mittelständische Unternehmen sowie Rechtsunsicherheit durch noch ausstehende Detailregelungen
QUELLE: packaging journal

431.

WER: IHK Schwaben
WANN: 18.08.2026
WAS: Unternehmen müssen unter der PPWR unterschiedliche Rollen, technische Dokumentationen, Konformitätserklärungen, Lieferantendaten und nationale Registrierungen bewältigen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Lieferantendaten / Registrierung / Nachweispflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit, zusätzliche Gebühren und Bevollmächtigte; grenzüberschreitender Versand wird für kleine Betriebe unattraktiver
QUELLE: B4B Schwaben

432.

WER: IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim
WANN: 12.08.2026
WAS: Die geplante Registrierkassenpflicht bringt neue organisatorische, administrative und finanzielle Anforderungen sowie laufende Betriebs-, Wartungs- und Meldepflichten.
BETRIFFT: Registrierkassenpflicht / Belegpflicht / Zertifizierung / Meldungen
FOLGE: Anschaffung oder Anpassung von Kassensystemen und betrieblichen Digitalprozessen; zusätzliche laufende Kosten
QUELLE: IHK Osnabrück

433.

WER: Asklepios Kliniken
WANN: 23.07.2026
WAS: Asklepios kritisiert, dass das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz durch höhere Prüfquoten weitere Prüfungen, Nachweise und Dokumentationspflichten auslöst.
BETRIFFT: GKV-Regulierung / Prüfungen / Nachweis- und Dokumentationspflichten
FOLGE: Klinikärzte verbringen nach Unternehmensangaben bereits 44 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Bürokratie statt Patientenversorgung
QUELLE: Presseportal – Originalmeldung von Asklepios

434.

WER: eco – Verband der Internetwirtschaft
WANN: 07.07.2026
WAS: NIS-2, KRITIS-Dachgesetz, CRA und Cybersecurity Act greifen nach Ansicht des Verbands nicht ausreichend ineinander und erzeugen parallele Bewertungs-, Dokumentations- und Meldepflichten.
BETRIFFT: NIS-2 / CRA / Cybersecurity Act / KRITIS / kumulative Regulierung
FOLGE: Mehrfachbearbeitung identischer Risiken und Zeitverlust bei der Bewältigung akuter Cyberangriffe
QUELLE: eco

435.

WER: Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL)
WANN: 10.07.2026
WAS: Für PPWR- und PFAS-Nachweise müssen Unternehmen Materialinformationen entlang der Lieferkette beschaffen und für Konformitätserklärungen verfügbar machen, obwohl Umsetzungsfragen noch ungeklärt sind.
BETRIFFT: PPWR / PFAS / Lieferkettendaten / Konformitätserklärung
FOLGE: Aufbau neuer Datenstrukturen, engere Lieferantenabstimmung, Anpassung von Verpackungsdesigns und fortlaufende regulatorische Beobachtung
QUELLE: VdL

436.

WER: Verband Fenster + Fassade und 13 weitere Bau- und Industrieverbände
WANN: 13.08.2026
WAS: Die Verbände warnen vor zusätzlichen technischen Angaben, Prüfungen, Stoff- und Umweltdaten sowie digitalen Unterlagen für Fenster und Türen.
BETRIFFT: Bauproduktregulierung / Digitaler Produktpass / Prüfungen / Produktdaten
FOLGE: zusätzliches Personal, externe Prüfungen und neue IT-Systeme; mögliche Produktverteuerung um bis zu 15 Prozent und verzögerte Investitionen
QUELLE: Verband Fenster + Fassade

437.

WER: Handwerkskammer für München und Oberbayern
WANN: 24.09.2026

WAS: Die Kammer warnt, dass selbst Einzelstücke und Kleinserien mit eigenen digitalen Produktpässen sowie umfangreichen Hersteller-, Lieferketten- und Umweltdaten versehen werden müssten.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Lieferkettendaten / Einzelanfertigungen
FOLGE: hoher personeller und finanzieller Aufwand sowie Wettbewerbsnachteile für kleine Handwerksbetriebe
QUELLE: Handwerkskammer für München und Oberbayern

438.

WER: Pharma Deutschland und weitere Pharmaverbände
WANN: 24.09.2026
WAS: Die Verbände wenden sich gegen eine verpflichtende zusätzliche Kosten-Nutzen-Bewertung und weitere Re-Evaluationen im AMNOG-Verfahren.
BETRIFFT: AMNOG / Marktzugang / Zusatzbewertung / Dokumentations- und Verfahrenspflichten
FOLGE: neue bürokratische Marktzugangshürden und erschwerter Zugang zu innovativen Arzneimitteln
QUELLE: Pharma Deutschland

439.

WER: Manomama
WANN: 24.08.2026
WAS: Das Augsburger Textilunternehmen beziffert PPWR-Registrierungen in zahlreichen EU-Staaten auf einen schnell fünfstelligen Betrag und berichtet von erheblichem Koordinierungs- und Sanktionsdruck.
BETRIFFT: PPWR / EPR / nationale Registrierungen / Export
FOLGE: Einstellung des Versands in sämtliche andere EU-Staaten; Gebühren können 15 bis 20 Prozent der Marge einzelner Produkte aufzehren
QUELLE: B4B Schwaben

440.

WER: Pitlock Design & Entwicklung
WANN: 10.08.2026
WAS: Das Unternehmen nennt bis zu 26 nationale Registrierungen, Bevollmächtigte sowie laufende Melde- und Berichtspflichten als wirtschaftlich unverhältnismäßig.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Bevollmächtigte / EU-Marktzugang
FOLGE: vorläufige Einstellung sämtlicher Lieferungen ins EU-Ausland an Endkunden, Fachhändler und Werkstätten
QUELLE: Pitlock

441.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 07.05.2026
WAS: Trotz der Änderungen am AI Act erzeugen elf sektorspezifische Rechtsakte weiterhin parallele Anforderungen und mögliche Doppelzertifizierungen.
BETRIFFT: AI Act / Maschinenverordnung / Doppelzertifizierung / kumulative Regulierung

FOLGE: unnötige Mehrfachprüfungen, Rechtsunsicherheit und geringere Innovations- und Investitionssicherheit
QUELLE: BDI

442.

WER: Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU)
WANN: 03.06.2026
WAS: Die Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie bringt neue Berichts- und Dokumentationspflichten, offene Auslegungsfragen und zusätzliche Haftungsrisiken.
BETRIFFT: EU-Entgelttransparenzrichtlinie / Berichtspflichten / Dokumentation
FOLGE: wiederkehrende Entgeltberichte, zusätzliche Prüfungen und administrative Belastung
QUELLE: VdU

443.

WER: Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME)
WANN: 13.08.2026
WAS: Starre Vorgaben zur Diversifizierung von Lieferketten sowie zusätzliche Berichte und Resilienzpläne verursachen erheblichen Aufwand bei Lieferanten- und Bauteilwechseln.
BETRIFFT: Lieferkettendaten / Lieferantenvorgaben / Berichtspflichten / Resilienzpläne
FOLGE: zusätzlicher Personalbedarf, höhere Kosten, verzögerte Produkteinführungen und geschwächte Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: BME

444.

WER: Bankenausschuss der IHK Frankfurt am Main
WANN: 13.05.2026
WAS: Insbesondere kleinere und regionale Institute würden durch ein dichtes Regulierungsnetz mit Redundanzen und widersprüchlichen Anforderungen übermäßig belastet.
BETRIFFT: CRD VI / Bankenregulierung / kumulative Regulierung
FOLGE: hoher Verwaltungsaufwand und Wettbewerbsnachteile für kleinere Institute
QUELLE: IHK Frankfurt am Main

445.

WER: Verband Deutscher Laborunternehmen
WANN: 24.06.2026
WAS: Nationale Labormeldepflichten nach dem LFGB hätten keinen messbaren Sicherheitsgewinn gebracht, gleichzeitig aber erheblichen Zusatzaufwand und Rechtsunsicherheit verursacht.
BETRIFFT: LFGB / Labormeldepflichten / nationale Zusatzregulierung
FOLGE: Wettbewerbsnachteile für deutsche Labore und Verlagerung von Ressourcen aus der eigentlichen Prüftätigkeit
QUELLE: Verband Deutscher Laborunternehmen

446.

WER: NORDMETALL und AGV NORD
WANN: 15.07.2026
WAS: Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten sowie die wachsende Regelungsdichte verursachen nach Einschätzung der Verbände unverhältnismäßig hohe Bürokratiekosten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Nachweispflichten / Berichtspflichten / Genehmigungen
FOLGE: längere Genehmigungsverfahren, weniger Unternehmensgründungen und hohe betriebliche Kosten
QUELLE: Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade

447.

WER: BTE Handelsverband Textil Schuhe Lederwaren
WANN: 03.09.2026
WAS: Nationale Registrierungen, unterschiedliche Entsorgungssysteme und unklare Verantwortlichkeiten unter der PPWR seien für den grenzüberschreitenden Handel praktisch kaum umsetzbar.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / EU-Marktzugang
FOLGE: administrative Mehrkosten und Einstellung grenzüberschreitender Lieferungen durch einzelne Händler
QUELLE: BTE

448.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 18.09.2026
WAS: Fehlende technische Spezifikationen, Normen und Leitlinien verhindern nach Angaben des HDE eine abschließende Anpassung betrieblicher Prozesse an die PPWR.
BETRIFFT: PPWR / technische Standards / Dokumentation / Marktzugang
FOLGE: Risiko von Bußgeldern, Vertriebsverboten und Produktrücknahmen sowie fehlende Investitionssicherheit
QUELLE: Packaging Journal

449.

WER: tubeland
WANN: 25.08.2026
WAS: Registrierungen, nationale Entsorgungssysteme und Bevollmächtigte verursachen bei wenigen Bestellungen je Zielland unverhältnismäßige Fixkosten und Verwaltungsarbeit.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Bevollmächtigte / EU-Marktzugang
FOLGE: Versand weiterhin nur nach Deutschland und in die Niederlande; weitere EU-Länder werden einzeln geprüft
QUELLE: tubeland

450.

WER: Proenen Modellbahn
WANN: 19.08.2026
WAS: Unterschiedliche nationale Registrierungen und Bevollmächtigtenpflichten unter der PPWR führen nach Unternehmensangaben zu rechtlichen Risiken und Verwaltungskosten in vierstelliger Höhe.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Bevollmächtigte / Export
FOLGE: Einstellung des Versands in andere EU-Mitgliedstaaten
QUELLE: Proenen Modellbahn

451.

WER: Once So Real
WANN: 21.08.2026
WAS: Der Kleinbetrieb muss für mehr als 1.000 Artikel sämtliche Verpackungsbestandteile einzeln wiegen, dokumentieren und den Produkten zuordnen.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungsdaten / Nachweispflichten / EPR
FOLGE: Ein Mitarbeiter arbeitet ausschließlich an der Dokumentation; für 26 EU-Länder drohen rund 13.000 Euro Lizenz- und Bevollmächtigtengebühren.
QUELLE: IHK Heilbronn-Franken

452.

WER: IHK Reutlingen
WANN: 05.05.2026
WAS: Die erweiterte Tachographenpflicht für grenzüberschreitend eingesetzte leichte Nutzfahrzeuge bringt zusätzliche Aufzeichnungs- und Nachweisanforderungen.
BETRIFFT: EU-Mobilitätspaket / Tachographen / Dokumentationspflichten / grenzüberschreitender Verkehr
FOLGE: Fahrzeugnachrüstungen, Fahrerschulungen, zusätzliche Kontrollen und höherer Dokumentationsaufwand an Grenzen
QUELLE: IHK Reutlingen

453.

WER: Bundesverband Metall
WANN: 14.08.2026
WAS: Der geplante EU-Normungsauftrag für Fenster und Türen droht zusätzliche Prüf-, Dokumentations- und Zertifizierungspflichten auszulösen, insbesondere bei projektbezogenen Produktvarianten.
BETRIFFT: EU-Bauproduktenverordnung / Normung / Zertifizierung / Nachweispflichten
FOLGE: personelle und organisatorische Mehrbelastung, höhere Baukosten sowie verzögerte oder verhinderte Investitionen
QUELLE: Bundesverband Metall

454.

WER: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
WANN: 10.07.2026
WAS: Zusätzliche europäische Anforderungen an fossilfreie Heizungen und die Lebenszyklusbetrachtung könnten neue Bürokratie und Verwaltungsarbeit verursachen.
BETRIFFT: Gebäudemodernisierungsgesetz / EU-Gebäuderegulierung / Lebenszyklusnachweise
FOLGE: zusätzliche Umsetzungsunsicherheit und gebremste Innovation beim klimafreundlichen Bauen
QUELLE: BAUINDUSTRIE

455.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 24.06.2026
WAS: Der ZDH warnt davor, dass Unternehmen CRA-Anforderungen über die Lieferkette an kleinere Betriebe weiterreichen, wie dies bereits bei LkSG und CSRD geschehen sei.
BETRIFFT: CRA / LkSG / CSRD / Lieferkettendaten / kumulative Regulierung
FOLGE: KMU müssten Produktkonformität prüfen und zusätzliche Berichts- und Nachweispflichten erfüllen, obwohl sie nicht unmittelbar verpflichtet sind.
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

456.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 15.07.2026
WAS: Das weitergehende deutsche Lieferkettengesetz belastet Unternehmen noch jahrelang mit Compliance-Pflichten, obwohl viele von ihnen nach der geänderten CSDDD künftig nicht mehr erfasst wären.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Compliance / deutscher Sonderweg
FOLGE: unverhältnismäßige Bürokratie und Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen
QUELLE: VCI

457.

WER: PwC Deutschland – Befragung deutscher Automobilhersteller und Tier-1-Zulieferer
WANN: 24.09.2026
WAS: 41 Prozent der befragten deutschen Automotive-Führungskräfte zählen regulatorische Veränderungen und 39 Prozent Zölle zu den größten Unternehmensbedrohungen.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Automobilzulieferer / Regulierung / Zölle / Marktzugang
FOLGE: regulatorische und handelspolitische Doppelbelastung sowie hohe strategische Unsicherheit
QUELLE: PwC Deutschland

458.

WER: Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie (VdL)
WANN: 23.09.2026

WAS: Lack- und Druckfarbenhersteller müssen wegen der EmpCo-Umsetzung Verpackungen, Marketingmaterialien und Nachhaltigkeitsaussagen umfassend prüfen und anpassen.
BETRIFFT: EmpCo / Green Claims / Verpackungen / Nachweispflichten
FOLGE: erheblicher bürokratischer Aufwand sowie zusätzliche Kosten für Zeit, Personal und externe Expertise
QUELLE: FARBE UND LACK

459.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz)
WANN: 17.09.2026
WAS: Im Holzgroßhandel ist unklar, wann Kantenschutz, Folien oder Umreifungsbänder bei einer kundenindividuellen Kommissionierung eine neue Verpackung mit zusätzlichen Pflichten erzeugen.
BETRIFFT: PPWR / Holzhandel / Kommissionierung / Verpackungsnachweise
FOLGE: Für einzelne Aufträge müssen Nachweise für zahlreiche Verpackungskomponenten geführt werden.
QUELLE: GD Holz

460.

WER: Hotelverband Deutschland (IHA)
WANN: 08.06.2026
WAS: Hotels und Gastronomiebetriebe könnten allein durch ihr Logo auf standardisierten Verpackungen als Verpackungshersteller mit umfassender Produktverantwortung gelten.
BETRIFFT: PPWR / EPR / technische Dokumentation / Konformitätserklärungen
FOLGE: zusätzliche Berichte, Konformitätsnachweise und Kosten sowie mögliche Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche nationale Auslegungen
QUELLE: DEHOGA Berlin – IHA-Mitteilung

461.

WER: Sächsische Industrie-, Handels- und Handwerkskammern
WANN: 18.08.2026
WAS: Lange Verwaltungsverfahren, mehrfach verlangte Nachweise und schwer überschaubare Zuständigkeiten verursachen zusätzliche Kosten und Unsicherheit.
BETRIFFT: Berichts-, Auskunfts-, Nachweis-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: gebundene Kapazitäten, höhere Kosten und verzögerte Investitionen
QUELLE: IHK Dresden

462.

WER: IHK Kassel-Marburg
WANN: 26.08.2026
WAS: Widersprüchliche PPWR-Auslegungen von EU-Kommission und Zentraler Stelle Verpackungsregister führen zu unklaren Dokumentations-, Konformitäts-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflichten.
BETRIFFT: PPWR / LUCID / Konformitätserklärung / Registrierung
FOLGE: unverhältnismäßige Verwaltungskosten sowie Rechts- und Planungsunsicherheit
QUELLE: IHK Kassel-Marburg

463.

WER: Thüringer Industrie- und Handelskammern
WANN: 06.08.2026
WAS: Die PPWR und das deutsche Durchführungsgesetz schaffen ohne ausreichende Vorbereitungszeit neue Beauftragten-, Registrierungs-, Melde- und Nachweispflichten.
BETRIFFT: PPWR / VerpackDG / Export / EPR
FOLGE: zusätzliche Exportkosten, Bußgeldrisiken und geringere Wiederverwendung von Verpackungen
QUELLE: IHK Ostthüringen

464.

WER: Code Gaia
WANN: 10.07.2026
WAS: Unternehmen müssen für die PPWR umfangreiche Verpackungs-, Material-, Stoff- und Konformitätsdaten erfassen, von denen viele nur bei Lieferanten und Importpartnern vorliegen.
BETRIFFT: PPWR / Lieferantendaten / PFAS / technische Dokumentation / CSRD und ESRS
FOLGE: neue Lieferantenabfragen, Dokumentenmanagement, interne Freigaben und abteilungsübergreifende Datenprozesse
QUELLE: Haufe Sustainability

465.

WER: Deutscher Mittelstands-Bund
WANN: 04.08.2026

WAS: Spät veröffentlichte Auslegungshilfen und komplexe Transparenzregeln des AI Acts verursachen bei KMU zusätzliche Informations-, Kennzeichnungs- und Umsetzungspflichten.
BETRIFFT: AI Act / Transparenz / Dokumentation / Schulungsanforderungen
FOLGE: erhebliche Verunsicherung; kleinere Unternehmen brechen KI-Projekte bei regulatorischen Unklarheiten teilweise ab
QUELLE: Deutscher Mittelstands-Bund

466.

WER: Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure
WANN: 10.09.2026
WAS: Eine unmittelbar geltende EU-Vergabeverordnung könnte Besonderheiten kleiner Planungsbüros unzureichend berücksichtigen und nationale Vereinfachungen einschränken.
BETRIFFT: Vergaberecht / Marktzugang / öffentliche Aufträge
FOLGE: schlechtere Zugangschancen für kleine Planungsbüros und Risiko unbezahlter Vorleistungen
QUELLE: Bund Deutscher Baumeister

467.

WER: IHK Hannover
WANN: 25.09.2026
WAS: Unternehmen müssen wegen EmpCo ihre Websites, Werbung, Produktnamen und Verpackungen überprüfen; zugleich warnt die IHK vor dem Zusammenspiel mehrerer Nachhaltigkeitsregelungen.
BETRIFFT: EmpCo / PPWR / Nachhaltigkeitsberichterstattung / Zertifizierung / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Prüf-, Nachweis- und Zertifizierungsprozesse in Kommunikation und Produktgestaltung
QUELLE: IHK Hannover

468.

WER: Müller und Partner Sachverständige / Fachmedium Produktion
WANN: 17.09.2026
WAS: Allein die neue Struktur der Maschinenverordnung zwingt Hersteller, technische Dokumentationen, Konformitätserklärungen und interne Prozesse auch für bestehende Produkte anzupassen.
BETRIFFT: Maschinenverordnung / Konformitätsbewertung / technische Dokumentation
FOLGE: erheblicher Verwaltungsaufwand und Überarbeitung teilweise mehrere hundert Seiten umfassender Unterlagen
QUELLE: Produktion

469.

WER: Verband der Automobilindustrie
WANN: 11.08.2026
WAS: Neue Mitwirkungspflichten zur Herausgabe von Fahrzeug- und Telemetriedaten müssen mit bestehenden europäischen Datenschutz- und Cybersicherheitsvorgaben abgestimmt werden.

BETRIFFT: Fahrzeugdaten / Datenschutz / Cybersicherheit / kumulative Compliance
FOLGE: Gefahr zusätzlicher Datenspeicherung, Doppelregulierung sowie Rechts-, Planungs- und Investitionsunsicherheit für Hersteller und Zulieferer
QUELLE: VDA

470.

WER: Lieferantenbericht
WANN: 14.08.2026
WAS: Automobilzulieferer müssen den SAQ zusätzlich zu einem VS-/VSME-Bericht in einer eigenen Plattform ausfüllen und zahlreiche Richtlinien, Zertifikate, Emissions- und Lieferkettendaten nachweisen.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / SAQ / Lieferantendaten / Zertifizierung / Nachhaltigkeitsnachweise
FOLGE: zusätzlicher Erfassungs- und Nachweisaufwand; unzureichende Bewertungen können Nachforderungen, Maßnahmenpläne oder den Verlust der Vergabefähigkeit auslösen
QUELLE: Lieferantenbericht

471.

WER: BME
WANN: 07.05.2026
WAS: Verschärfte Anforderungen an Nachhaltigkeitssiegel machen die bisherige RPO-Zertifizierung nach Einschätzung des BME nicht mehr rechtssicher betreibbar.
BETRIFFT: EmpCo / Nachhaltigkeitssiegel / Zertifizierung / Nachweispflichten
FOLGE: Einstellung der Zertifizierung; bestehende Zertifikate verlieren ihre Gültigkeit
QUELLE: BME

472.

WER: Bundeszahnärztekammer
WANN: 01.09.2026
WAS: Nach Einstellung der Produktion sind auf dem europäischen Markt kaum noch MDR-zertifizierte analoge OPG-Röntgenfilme verfügbar.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / Marktzugang / Produktverfügbarkeit
FOLGE: Versorgungsengpass; Ausnahmegenehmigungen oder Umstellung auf digitale Röntgentechnik erforderlich
QUELLE: Bundeszahnärztekammer

473.

WER: VCI
WANN: 04.09.2026
WAS: Der Verband kritisiert die Herstellerverantwortung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie als fehlerhaft, komplex und rechtlich unsicher.
BETRIFFT: EPR / Pharmaindustrie / Kosmetikindustrie / EU-Kommunalabwasserrichtlinie
FOLGE: Hersteller sollen mindestens 80 Prozent der Kosten einer zusätzlichen Reinigungsstufe tragen
QUELLE: VCI

474.

WER: BDE und Verbändeallianz Kreislaufwirtschaft durch Sekundärbaustoffe
WANN: 08.09.2026
WAS: Rechtliche, vergaberechtliche und technische Hemmnisse verhindern weiterhin den breiten Einsatz geeigneter Sekundärbaustoffe.
BETRIFFT: Ersatzbaustoffverordnung / Abfallende / Produktstatus / Vergaberecht
FOLGE: eingeschränkter Marktzugang und nicht geschlossene Stoffkreisläufe
QUELLE: BDE

475.

WER: Deutsches Verkehrsforum / Mercedes-Benz Group / ADAC
WANN: 08.09.2026
WAS: Hohe Kosten, Abgaben, teure Energie, Regulatorik und Überregulierung belasten nach Aussagen aus der Automobilindustrie gemeinsam den Standort Deutschland.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulativer regulatorischer Aufwand / Standortbedingungen
FOLGE: Investitionen und Beschäftigung in Deutschland werden gefährdet
QUELLE: Deutsches Verkehrsforum

476.

WER: BVMed
WANN: 08.09.2026
WAS: Geplante Schnittstellenvorgaben für Hilfsmittel und Implantate schaffen laut BVMed zusätzliche Pflichten, Kosten und Prüfverfahren; daneben müssen europaweit tätige Unternehmen unterschiedliche nationale Cloud-Zertifikate vorhalten.
BETRIFFT: GeDIG / Zertifizierung / Schnittstellen / Marktzugang / kumulativer Aufwand
FOLGE: zusätzliche Herstellerkosten, Mehrfachzertifizierungen und erschwerter Marktzugang
QUELLE: BVMed

477.

WER: ZDH
WANN: 23.09.2026
WAS: Digitale Belegbereitstellung, Registrierkassenpflicht, digitale Zahlungsoption und E-Rechnungsanforderungen müssen nach Ansicht des ZDH gleichzeitig aufeinander abgestimmt werden.
BETRIFFT: Bonpflicht / Kassenregistrierung / E-Rechnung / Dokumentationspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: Nachrüstungs-, System- und Folgekosten sowie zusätzliche Sanktions- und Bürokratierisiken
QUELLE: ZDH

478.

WER: BDB – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure
WANN: 24.09.2026

WAS: Planungsbüros müssen Umweltangaben in Websites, Projektbeschreibungen, Broschüren und sozialen Medien prüfen, Nachweise dokumentieren und Lieferantenangaben verifizieren.
BETRIFFT: EmpCo / Umweltwerbung / Nachhaltigkeitssiegel / Lieferantennachweise
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Dokumentations- und Rechtsberatungsaufwand
QUELLE: BDB

479.

WER: TÜV SÜD
WANN: 04.08.2026
WAS: Maschinenverordnung, Cyber Resilience Act und AI Act greifen bei vernetzten Maschinen zunehmend ineinander.
BETRIFFT: Maschinenverordnung / CRA / AI Act / Konformitätsbewertung / kumulativer Aufwand
FOLGE: Anpassung von Produkten sowie Entwicklungs-, Risikobewertungs- und Konformitätsprozessen
QUELLE: TÜV SÜD

480.

WER: Tarvion Technische Konformität
WANN: 04.08.2026
WAS: Digitale Maschinenanleitungen erfordern unter anderem zehnjährige Verfügbarkeit, dauerhafte Zugangswege, Archivierung sowie kostenlose Papierfassungen auf Verlangen.
BETRIFFT: Maschinenverordnung / technische Dokumentation / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Organisations- und Archivierungsaufwand; bei Einzelmaschinen teilweise höhere Kosten als bei Papierunterlagen
QUELLE: Tarvion

481.

WER: BGA
WANN: 03.07.2026
WAS: Wachsende europäische Produktvorschriften und föderal unterschiedliche Vollzugspraktiken führen laut BGA zu steigenden Dokumentationspflichten und Mehrfachmeldungen.
BETRIFFT: Marktüberwachung / Produktsicherheit / Dokumentationspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: zusätzliche Bürokratiekosten und gebundene Ressourcen, besonders bei KMU
QUELLE: BGA

482.

WER: Tarvion Technische Konformität
WANN: 20.08.2026
WAS: Umbauten, neue Software oder die Verkettung gebrauchter Maschinen können nach der Maschinenverordnung als wesentliche Veränderung gelten.
BETRIFFT: Maschinenverordnung / CE-Kennzeichnung / technische Dokumentation
FOLGE: Der verändernde Betrieb oder Händler wird zum Hersteller und muss

Konformitätsbewertung, technische Unterlagen, Erklärung, Anleitung und CE-Kennzeichnung neu erstellen
QUELLE: Tarvion

483.

WER: Bundeszahnärztekammer
WANN: 01.09.2026
WAS: In einer durchschnittlichen Zahnarztpraxis fallen wöchentlich mehr als 24 Stunden Bürokratieaufwand an; externe Validierungspflichten kommen zu bestehenden Wartungs-, Kontroll- und Dokumentationsverfahren hinzu.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Validierung / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: erhebliche zusätzliche Kosten und weniger verfügbare Behandlungszeit
QUELLE: Bundeszahnärztekammer

484.

WER: Handwerk BW
WANN: 10.09.2026
WAS: Berichts-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten aus Landes-, Bundes- und EU-Recht belasten Handwerksbetriebe im Alltag besonders.
BETRIFFT: Berichtspflichten / Dokumentation / Aufbewahrung / Gold-Plating
FOLGE: zusätzlicher Erfüllungs- und Verwaltungsaufwand in den Betrieben
QUELLE: Handwerk BW

485.

WER: BGA
WANN: 11.09.2026
WAS: Nationale Zusatzanforderungen wie Kennzeichnungs-, Melde-, Registrierungs-, Genehmigungs- und Dokumentationspflichten führen im grenzüberschreitenden Handel zu unterschiedlichen Anforderungen für vergleichbare Vorgänge.
BETRIFFT: Gold-Plating / Registrierung / Kennzeichnung / Binnenmarkt
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand, Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen
QUELLE: BGA

486.

WER: VCI
WANN: 18.09.2026
WAS: Chemieunternehmen müssen bestehende Umweltaussagen, Nachhaltigkeitssiegel und Klimaneutralitätsversprechen überprüfen und zusätzliche Informationen zu Gewährleistungen und Garantien berücksichtigen.
BETRIFFT: EmpCo / Green Claims / Nachhaltigkeitssiegel / Informationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Nachweis- und Anpassungsaufwand in Werbung und Produktkommunikation
QUELLE: VCI

487.

WER: SPECTARIS
WANN: 18.09.2026
WAS: Der Industrieverband bezeichnet bürokratischen Ballast und die europäische Medizinprodukteverordnung gemeinsam als zunehmende Innovationsbremsen der deutschen Medizintechnik.
BETRIFFT: MDR / Medizintechnik / kumulativer regulatorischer Aufwand
FOLGE: Investitionen, Produktentwicklung und Produktion in Deutschland werden erschwert
QUELLE: SPECTARIS

488.

WER: DHW Steuerberatungsgesellschaft
WANN: 18.09.2026
WAS: Onlinehändler müssen jeden Verkaufskanal, Zahlungsdienstleister und jede Systemschnittstelle in einer laufend aktualisierten GoBD-Verfahrensdokumentation abbilden.
BETRIFFT: GoBD / E-Rechnung / Aufbewahrung / digitale Dokumentationspflichten
FOLGE: komplexe systemübergreifende Dokumentation; bei Mängeln drohen Hinzuschätzungen und Verzögerungsgelder bis 250.000 Euro
QUELLE: DHW

489.

WER: BDI
WANN: 24.09.2026
WAS: Unterschiedliche steuer- und sozialversicherungsrechtliche Regeln für Gutscheine, Bewirtungen, Veranstaltungen und andere Sachzuwendungen erfordern zahlreiche Einzelprüfungen und Aufzeichnungen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Sozialversicherung / Aufzeichnungspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: manuelle Arbeit, gebundene Personalressourcen, höhere Fehlerrisiken und erschwerte digitale Abrechnung
QUELLE: BDI

490.

WER: BVMed
WANN: 25.09.2026
WAS: Die mittelständische Hilfsmittelbranche sei bereits durch einen dreiprozentigen Preisabschlag belastet, ohne Fortschritte bei Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung; zusätzliche Ausschreibungen würden den Druck erhöhen.
BETRIFFT: Hilfsmittel / Vergaberecht / Marktzugang / kumulative Belastung
FOLGE: Qualitätseinbußen, regionale Versorgungslücken, eingeschränkte Wahlfreiheit und steigende Folgekosten
QUELLE: BVMed

491.

WER: BDB – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure
WANN: 10.07.2026
WAS: Das Gebäudemodernisierungsgesetz führt Nachweise zu Lebenszyklus-

Treibhausgasemissionen ein; der BDB fordert dafür praxistaugliche Verfahren und ausreichend qualifizierte Fachleute für Planung und Nachweisführung.
BETRIFFT: Gebäudemodernisierungsgesetz / EPBD / Lebenszyklusbilanz / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Planungs- und Nachweisaufwand sowie steigender Fachkräftebedarf
QUELLE: BDB

492.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 15.07.2026
WAS: Die geplante Vereinfachung des europäischen Bankenmeldewesens ersetzt bestehende Anforderungen teilweise durch neue Meldungen, zusätzliche Datenfelder und geänderte Formulare.
BETRIFFT: EBA-Meldewesen / ESG-Risiken / Stresstests / Datenanforderungen
FOLGE: zusätzlicher technischer Anpassungsaufwand, Umsetzungskosten und unrealistische Fristen
QUELLE: Bankenverband

493.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie
WANN: 13.08.2026
WAS: Das EU-Pharmapaket macht Umweltverträglichkeitsprüfungen zu einem verbindlichen Instrument mit Nachlieferungs-, Aktualisierungs- und Transparenzpflichten. Bei älteren Wirkstoffen bestehen erhebliche Datenlücken.
BETRIFFT: EU-Pharmarecht / Environmental Risk Assessment / Daten- und Nachweispflichten
FOLGE: Prüfzeiten von zwei bis drei Jahren und mögliche Kosten bis 750.000 Euro je Arzneimittel
QUELLE: BPI

494.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie
WANN: 27.08.2026
WAS: Der steigende gesetzliche Herstellerabschlag verschlechtert laut BPI die Rahmenbedingungen für pharmazeutische Unternehmen; mögliche Standortentlastungen wären an Betriebsbindung, Investitionsnachweise und Kumulationskontrollen gebunden.
BETRIFFT: Arzneimittelregulierung / Herstellerabschlag / Investitionsnachweise / Standortbedingungen
FOLGE: zusätzlicher Kosten- und Nachweisdruck auf Produktion und Investitionen in Deutschland
QUELLE: BPI

495.

WER: BDI
WANN: 28.08.2026
WAS: Industrieunternehmen haben laut BDI durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte pro

Jahr; Genehmigungs-, Förder-, Melde-, Nachweis- und Statistikpflichten treffen den Mittelstand besonders stark.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Genehmigungen / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: gebundene Personalressourcen, verzögerte Investitionen und geringere Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: BDI

496.

WER: BDI
WANN: 02.09.2026
WAS: Optionsmodell, Thesaurierungsbegünstigung, Gruppenbesteuerung, Gewerbesteuer, Forschungszulage, internationales Steuerrecht und Verfahrensrecht verursachen zusammen erheblichen Zeit- und Ressourcenaufwand.
BETRIFFT: Unternehmenssteuern / Nachweispflichten / kumulative Steuerbürokratie
FOLGE: höhere Verwaltungskosten und geringere Standortattraktivität
QUELLE: BDI

497.

WER: Bitkom
WANN: 10.09.2026
WAS: Der Cyber Resilience Act verlangt Meldungen innerhalb von 24 und 72 Stunden sowie Abschlussberichte; gleichzeitig konnten Unternehmen den Meldeweg vor dem Start nicht testen.
BETRIFFT: CRA / Sicherheitsmeldungen / Dokumentationspflichten
FOLGE: kurzfristiger Umsetzungsdruck und erhöhtes Risiko fehlerhafter oder verspäteter Meldungen
QUELLE: Bitkom

498.

WER: BDI
WANN: 23.09.2026
WAS: Die europäische Gruppenfreistellungsverordnung für Beihilfen ist durch zahlreiche Erweiterungen zu einem langen und komplexen Regelwerk mit unklaren Begriffen und umfangreichen Nachweisen geworden.
BETRIFFT: EU-Beihilferecht / AGVO / Fördermittel / Nachweispflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Fehlinterpretationen und erschwerter Zugang zu Fördermaßnahmen
QUELLE: BDI

499.

WER: BPI, BVMed, DAV, IHO und VVHC
WANN: 24.09.2026
WAS: Die geplante Abschaffung des eigenständigen Sachleistungsanspruchs würde Hygieneprodukte mit anderen Pflegeleistungen um ein gemeinsames Budget konkurrieren lassen; bei Pflegegrad 1 soll der bisherige Zugang entfallen.

BETRIFFT: Pflegeneuordnungsgesetz / Pflegehilfsmittel / Marktzugang
FOLGE: eingeschränkter Produktzugang, Versorgungsrisiken und höhere medizinische Folgekosten
QUELLE: BPI

500.

WER: BGA
WANN: 25.09.2026
WAS: Das bestehende Erhebungsverfahren der Einfuhrumsatzsteuer verursacht nach Einschätzung des BGA gegenüber einer Direktverrechnung einen Wettbewerbsnachteil und vermeidbaren Verwaltungsaufwand.
BETRIFFT: Zoll / Einfuhrumsatzsteuer / Importbedingungen
FOLGE: bürokratischer Mehraufwand und geringere Attraktivität des deutschen Handels- und Logistikstandorts
QUELLE: BGA

501.

WER: VDMA
WANN: 16.07.2026
WAS: Kleine und mittlere Maschinenbauer leiden unter der Vielzahl gleichzeitig bestehender Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Berichts- und Nachweispflichten
FOLGE: jährlich Hunderte gebundene Arbeitsstunden ohne zusätzlichen wirtschaftlichen Nutzen
QUELLE: VDMA-Pressemitteilung

502.

WER: Bundesverband Mineralische Rohstoffe (MIRO)
WANN: 19.08.2026
WAS: Das geplante Natur-Infrastruktur-Gesetz erschwere Erweiterungen und zukünftige Erschließungen heimischer Rohstofflagerstätten.
BETRIFFT: NATIF / Genehmigungsverfahren / Rohstoffzugang
FOLGE: teurerer Wohnungs- und Infrastrukturbau, längere Transportwege und größere Importabhängigkeit
QUELLE: MIRO

503.

WER: Tarvion Technische Konformität
WANN: 20.08.2026
WAS: Bei bestehenden Maschinenanleitungen fehle praktisch immer die neue Pflichtangabe zur sofortigen Rettung eingeschlossener Personen.
BETRIFFT: EU-Maschinenverordnung / Betriebsanleitung / Risikobeurteilung
FOLGE: Überarbeitung von Risikobeurteilungen und technischer Dokumentation erforderlich
QUELLE: Tarvion

504.

WER: BDEW
WANN: 09.09.2026
WAS: Europäische Präferenzen im Vergaberecht dürften nicht zu schwer handhabbaren Nachweis- und Prüfpflichten für den europäischen Wertschöpfungsanteil komplexer Anlagen führen.
BETRIFFT: Public Procurement Act / Lieferkettendaten / Herkunftsnachweise
FOLGE: zusätzlicher Prüfaufwand und unnötig komplexe Beschaffungsverfahren
QUELLE: BDEW-Mitteilung

505.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)
WANN: 09.09.2026
WAS: Eine allein am niedrigsten Preis orientierte Arzneimittelvergabe berücksichtige Lieferfähigkeit, europäische Produktion und belastbare Lieferketten nicht ausreichend.
BETRIFFT: Public Procurement Act / Marktzugang / Arzneimittelbeschaffung
FOLGE: fragile Lieferketten und unzureichende Anreize für europäische Produktionskapazitäten
QUELLE: BPI

506.

WER: BDI
WANN: 23.09.2026
WAS: Der neue Public Procurement Act werfe trotz seines Vereinfachungsziels Fragen zur praktischen Umsetzung und zum Bürokratieaufwand auf.
BETRIFFT: Public Procurement Act / Vergaberecht / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Anforderungen an Transparenz, Rechtssicherheit und konsistente Anwendung
QUELLE: BDI

507.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung
WANN: 15.09.2026
WAS: Die geplante Umstellung von einer Anmelde- auf eine Anzeigepflicht in der Fusionskontrolle schaffe neue Unsicherheit, weil Unternehmen zunächst ihre Anzeigepflicht klären müssten.
BETRIFFT: GWB-Novelle / Anzeigepflichten / Marktzugang
FOLGE: zusätzlicher rechtlicher und organisatorischer Prüfaufwand für mittelständische Unternehmen
QUELLE: bvse

508.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 16.09.2026
WAS: Der GDV warnt davor, die entfallende Deckungsvorsorgepflicht der MDR und IVDR durch eine europäische Pflichtversicherung für Medizinprodukthersteller zu ersetzen.
BETRIFFT: MDR / IVDR / Zertifizierung / Pflichtversicherung

FOLGE: finanzielle Belastung besonders kleiner Hersteller und Einschränkung passgenauer Versicherungslösungen
QUELLE: GDV-Positionspapier

509.

WER: BDI
WANN: 24.09.2026
WAS: Der Industrial Accelerator Act drohe in seiner derzeitigen Form zu einem unübersichtlichen Geflecht aus Nachweis- und Dokumentationspflichten zu werden.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Automobile / Industrie / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Umsetzungsaufwand und Abschwächung der beabsichtigten Investitionswirkung
QUELLE: BDI

510.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 25.09.2026
WAS: Die deutsche Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie schaffe zusätzliche Prüf- und Dokumentationspflichten, obwohl entsprechende Anforderungen bereits durch andere Regelungen abgedeckt seien.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Umweltrecht / kumulative Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzliche Anpassungskosten sowie geringere Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit
QUELLE: VCI

511.

WER: Bitkom
WANN: 24.06.2026
WAS: Bitkom bezeichnet Teile der Novelle des Energieeffizienzgesetzes für Rechenzentren weiterhin als praxisfern. Starre Effizienz- und Abwärmevorgaben berücksichtigten die tatsächlichen Bedingungen nicht ausreichend.
BETRIFFT: Energieeffizienzgesetz / Rechenzentren / Abwärmenachweise / Genehmigungen / Netzanschlüsse
FOLGE: Neue Investitionen könnten ins Ausland verlagert und deutsche Ausbauziele verfehlt werden.
QUELLE: Bitkom

512.

WER: BDI
WANN: 11.07.2026
WAS: Der BDI kritisiert, dass die Nachweisanforderungen für mögliche Effizienzvorteile von Unternehmenszusammenschlüssen in den geplanten EU-Fusionskontrollleitlinien weiterhin zu hoch seien.
BETRIFFT: EU-Fusionskontrolle / Nachweispflichten / Marktzugang
FOLGE: Effizienzvorteile würden schwerer anerkannt; Rechtsunsicherheit bei

Zusammenschlüssen bleibe bestehen.
QUELLE: BDI

513.

WER: BDI
WANN: 28.08.2026
WAS: Nach Auffassung des BDI schaffen Umweltmodernisierungsgesetz und -verordnung neue Anforderungen und Rechtsunsicherheiten. Nachträgliche Auflagen, wechselnde Rechtsgrundlagen und umfangreiche Datenweitergaben belasteten Genehmigungsverfahren.
BETRIFFT: UMoG / UMoV / Umweltgenehmigungen / Datenweitergabe / Geschäftsgeheimnisse
FOLGE: Verzögerte Genehmigungen sowie Rechts-, Investitions- und Datenschutzrisiken.
QUELLE: BDI

514.

WER: DIE PAPIERINDUSTRIE
WANN: 06.08.2026
WAS: Die Papierindustrie sieht Unternehmen gleichzeitig durch Energiepreise, Sozialabgaben, Bürokratie und zusätzliche Anforderungen der geplanten ETS-Reform belastet. Vorgesehene Investitionspflichten könnten wirtschaftlich nicht darstellbar sein.
BETRIFFT: EU-Emissionshandel / Berichtspflichten / Genehmigungen / kumulative Standortbelastung
FOLGE: Gefährdete Transformationsinvestitionen und beschleunigte Deindustrialisierung.
QUELLE: DIE PAPIERINDUSTRIE

515.

WER: BME
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BME berichtet von stark zunehmenden produktbezogenen Nachweispflichten. PPWR, Digitaler Produktpass sowie Material-, Rezyklat- und Herkunftsnachweise verlangten Daten bis auf Komponentenebene, die häufig nicht strukturiert vorlägen.
BETRIFFT: PPWR / ESPR / Digitaler Produktpass / Lieferantendaten / Herkunftsnachweise
FOLGE: Zusätzlicher Daten-, Prozess- und Abstimmungsaufwand in Einkauf und Lieferkette.
QUELLE: BME

516.

WER: Pharma Deutschland
WANN: 11.08.2026
WAS: Pharma Deutschland warnt, dass die Anforderungen der PPWR gleichzeitig mit zusätzlichen kostensteigernden Eingriffen auf nationaler Ebene wirkten. Die Vielzahl unterschiedlicher Vorgaben erschwere unternehmerisches Handeln.
BETRIFFT: PPWR / GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz / kumulative Regulierung
FOLGE: Belastungen für Versorgungssicherheit, Innovation und Arzneimittelproduktion in Deutschland.
QUELLE: Pharma Deutschland

517.

WER: Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik
WANN: 10.08.2026
WAS: Der Verband lehnt neue Dokumentationspflichten für Hilfsmittelversorger ab. Diese erzeugten zusätzliche Bürokratie, ohne die behauptete Datenlücke wirksam zu schließen.
BETRIFFT: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz / Dokumentationspflichten / Hilfsmittelversorgung
FOLGE: Zusätzlicher Verwaltungsaufwand; zusammen mit Vergütungskürzungen gerate die aufzahlungsfreie Versorgung unter Druck.
QUELLE: Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik

518.

WER: Verband der Krankenhausdirektorinnen und Krankenhausdirektoren Deutschlands
WANN: 21.08.2026
WAS: Der VKD kritisiert die kumulative Wirkung zahlreicher Personalvorgaben, Qualitätskriterien, Beauftragtenregelungen sowie Dokumentations-, Nachweis- und Berichtspflichten für Krankenhäuser.
BETRIFFT: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz / G-BA-Vorgaben / Personalnachweise / Dokumentationspflichten
FOLGE: Fachpersonal werde administrativ gebunden; bei Verstößen drohten Abschläge, Rückforderungen und der Verlust von Leistungsberechtigungen.
QUELLE: VKD

519.

WER: Bundesverband Druck und Medien
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BVDM warnt, dass verschärfte Regeln für Umwelt- und Nachhaltigkeitsaussagen langlebige Druckerzeugnisse, Verpackungen und andere Altbestände unverkäuflich machen könnten. Die beschlossene Schutzklausel schaffe nur eine Einzelfalllösung.
BETRIFFT: EmpCo / UWG / Umweltwerbung / Kennzeichnung / Altbestände
FOLGE: Austausch oder Vernichtung weiterhin verwendbarer Produkte und Verpackungen sowie zusätzliche Kosten.
QUELLE: BVDM

520.

WER: GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
WANN: 02.06.2026
WAS: Der GdW kritisiert, dass kleine Kundenanlagen aufgrund des europäischen Rechtsrahmens mit umfangreichen Pflichten für Verteilnetzbetreiber belastet werden könnten. Die deutsche Übergangsregelung biete keine dauerhafte Sicherheit.
BETRIFFT: Elektrizitätsmarktrecht / Kundenanlagen / Mieterstrom / Betreiberpflichten / Marktzugang
FOLGE: Mieterstrom- und gemeinschaftliche Solarprojekte würden durch Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Compliance-Aufwand gebremst.
QUELLE: GdW

521.

WER: BGA
WANN: 08.05.2026
WAS: Der BGA sieht beim Bundestariftreuegesetz erhebliche praktische Probleme – vom Tariftreueversprechen über Informations- und Nachweispflichten bis zu Haftungsfragen.
BETRIFFT: Bundestariftreuegesetz / öffentliche Aufträge / Nachweispflichten
FOLGE: Zusätzlicher Prüfungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen und öffentliche Auftraggeber.
QUELLE: BGA

522.

WER: eco – Verband der Internetwirtschaft
WANN: 21.08.2026
WAS: eco warnt, dass digitale Geschäftsmodelle gleichzeitig zahlreiche Dokumentations-, Nachweis- und Berichtspflichten aus unterschiedlichen Regelwerken erfüllen müssten. Beim AI Act kämen Überschneidungen mit Datenschutz- und Branchenvorgaben hinzu.
BETRIFFT: AI Act / Datenschutzrecht / sektorale Regulierung / kumulative Nachweispflichten
FOLGE: Regulatorische Parallelstrukturen würden besonders für Start-ups und Mittelständler zum Wachstums- und Investitionshemmnis.
QUELLE: eco

523.

WER: IHK NRW
WANN: 21.08.2026
WAS: Die IHK NRW berichtet von zusätzlichen PPWR-Konformitätserklärungen sowie Dokumentations-, Registrierungs- und Vertretungspflichten entlang der Liefer- und Vertriebsketten.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformitätserklärungen / grenzüberschreitender Versand
FOLGE: Steigende Kosten und Marktzugangshürden, die insbesondere kleine Unternehmen von Lieferungen in andere EU-Staaten abhalten könnten.
QUELLE: IHK NRW

524.

WER: Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz
WANN: 25.08.2026
WAS: Die LVU fordert einen tatsächlichen Nettoabbau von Formularen, Nachweisen und Doppelprüfungen. Neue Belastungen dürften Entlastungen an anderer Stelle nicht wieder aufzehren.
BETRIFFT: Berichts- und Dokumentationspflichten / Landesklimaschutzgesetz / Landestariftreuegesetz / kumulative Bürokratie
FOLGE: Zusätzliche Nachweis- und Kontrollpflichten könnten öffentliche und private Investitionen ausbremsen.
QUELLE: LVU Rheinland-Pfalz

525.

WER: Volkswagen / Oliver Blume
WANN: 31.08.2026
WAS: Volkswagen nennt US-Zölle, geopolitische Risiken, den Preisverfall in China, stärkeren Wettbewerb und Regulierung als gleichzeitig wirkende Belastungen der Automobilindustrie.
BETRIFFT: Zölle / Regulierung / internationaler Marktzugang / kumulative Standortbelastung
FOLGE: Weitere Kostensenkungen, Stellenabbau und die Überprüfung deutscher Werke und Unternehmensfunktionen.
QUELLE: Handelsblatt

526.

WER: DIHK
WANN: 03.09.2026
WAS: In einer Umfrage unter 1.325 Unternehmen werden umfangreiche europäische Regulierungen und die chinesische „China-First"-Politik als gleichzeitige Wettbewerbs- und Marktzugangsnachteile genannt.
BETRIFFT: China-Geschäft / Marktzugang / europäische Regulierung / Außenhandel
FOLGE: 19 Prozent der Unternehmen planen Investitionsverlagerungen; weitere Betriebe setzen auf Kostensenkungen oder suchen neue Absatzmärkte.
QUELLE: DIHK

527.

WER: Sattler Kunststoffwerk GmbH
WANN: 10.09.2026
WAS: Das Unternehmen sieht sich gleichzeitig mit Energieeffizienzgesetz, Lieferkettengesetz, Verpackungsverordnung, Chemikalienrecht und neuen Mikroplastikvorgaben konfrontiert. Für die Umsetzung der Regelungen werde bereits eine von 27 Arbeitskräften eingesetzt.
BETRIFFT: EnEfG / LkSG / PPWR / Chemikalienrecht / Mikroplastikverordnung / kumulative Regulierung
FOLGE: Eine zusätzliche Vollzeitkraft für Compliance; weniger Zeit für Produktion, Qualitätssicherung, Kunden und Unternehmensentwicklung.
QUELLE: 17:30 Live

528.

WER: Wirtschaftsforum
WANN: 11.09.2026
WAS: Das Wirtschaftsmedium berichtet, dass mittelständische Zulieferer trotz reduzierter CSRD-Reichweite weiterhin Nachhaltigkeitsdaten über Fragebögen ihrer Großkunden liefern müssten.
BETRIFFT: CSRD / Lieferkettendaten / indirekte Berichtspflichten / Kundenfragebögen
FOLGE: Die formale Berichtspflicht entfällt, der Datenerhebungs- und Nachweisaufwand in der Lieferkette bleibt jedoch bestehen.
QUELLE: Wirtschaftsforum

529.

WER: VDA
WANN: 14.09.2026
WAS: Der VDA kritisiert unterschiedliche und teilweise widersprüchliche EU-Vorgaben zur Berechnung, Offenlegung und Verifizierung von CO_2-Emissionen. Bei komplexen Fahrzeugkomponenten fehlten zudem häufig belastbare Daten aus mehrstufigen internationalen Lieferketten.
BETRIFFT: CBAM / Lebenszyklusanalyse / CO_2-Nachweise / Fahrzeugkomponenten / Lieferkettendaten
FOLGE: Mehrfachnachweise, hohe Compliance-Kosten und mögliche CBAM-Aufschläge bei nicht verfügbaren tatsächlichen Emissionsdaten.
QUELLE: VDA

530.

WER: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
WANN: 21.09.2026
WAS: Der Ost-Ausschuss beschreibt das Zusammenwirken von inzwischen 21 EU-Sanktionspaketen, Sanktionen weiterer Staaten sowie russischen und chinesischen Gegenmaßnahmen als komplexes Compliance-Umfeld für deutsche Unternehmen.
BETRIFFT: Russland-Sanktionen / Exportkontrolle / No-Russia-Klauseln / Drittlandsgeschäfte
FOLGE: Zusätzliche Geschäftspartner-, Vertrags- und Lieferprüfungen; der deutsch-russische Handel sank gegenüber 2021 um mehr als 85 Prozent.
QUELLE: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

531.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung verlangt Rechtsklarheit und weniger Dokumentationsaufwand bei der Befolgung des Lobbyregistergesetzes.
BETRIFFT: Lobbyregister / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher administrativer Aufwand und Rechtsunsicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

532.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften
WANN: 25.09.2026
WAS: Der Verband kritisiert, dass die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle zulasten akkreditierter Stellen geht.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: höhere Kosten für Zertifizierungsgesellschaften
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

533.

WER: BDEW
WANN: 24.09.2026
WAS: Der Verband warnt vor zusätzlichen Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen des Cloud and AI Development Act mit NIS2 und Cybersecurity Act.
BETRIFFT: CADA / NIS2 / Cybersecurity Act / kumulative Regulierung
FOLGE: Doppelregulierung und zusätzlicher Compliance-Aufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

534.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure
WANN: 22.09.2026
WAS: Der BSI fordert Klarheit darüber, wer bei zusammengesetzten Verpackungen als Erzeuger gilt und die PPWR-Pflichten erfüllen muss.
BETRIFFT: PPWR / Registrierung / Herstellerpflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und möglicher Verlust der Ausnahme für Kleinstunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

535.

WER: Basell Polyolefine GmbH
WANN: 18.09.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine zügige und konsistente PPWR-Sekundärgesetzgebung sowie einen technologieneutralen Nachweisansatz für Recyclingmaterialien.
BETRIFFT: PPWR / Rezyklatnachweise / Sekundärgesetzgebung
FOLGE: fehlende Planungs- und Investitionssicherheit bei regulatorischer Inkonsistenz
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

536.

WER: Thermo Fisher Scientific
WANN: 16.09.2026
WAS: Das Unternehmen bemängelt uneinheitliche Genehmigungsverfahren und nicht frühzeitig geklärte Anforderungen an einzureichende Unterlagen.
BETRIFFT: Genehmigungen / Dokumentationsanforderungen / industrielle Investitionen
FOLGE: Nachforderungen, längere Verfahren und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

537.

WER: ENTEGA AG
WANN: 09.09.2026
WAS: ENTEGA warnt, dass die Beschaffungsvorgaben des Industrial Accelerator Act öffentlich geprägte Energieunternehmen gegenüber privaten Wettbewerbern benachteiligen könnten.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Beschaffung / Marktzugang
FOLGE: Wettbewerbsverzerrungen und steigende Energiepreise
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

538.

WER: BASF SE
WANN: 08.09.2026
WAS: BASF erklärt, dass eine erneute Verschiebung der TCA-Ursprungsregeln für Batterien bereits darauf ausgerichtete Investitionen und Lieferketten beeinträchtigen würde.
BETRIFFT: Batterien / Ursprungsregeln / Automobilzulieferkette
FOLGE: geringere Anlagenauslastung, Investitionsunsicherheit und gebremster Ausbau der europäischen Batterieindustrie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

539.

WER: Eisai GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Das Unternehmen kritisiert die rückwirkende Geltung von Arzneimittel-Erstattungsbeträgen als Unsicherheitsfaktor beim Marktzugang innovativer Therapien.
BETRIFFT: Arzneimittel / Erstattung / Marktzugang
FOLGE: wirtschaftliche Unsicherheit und möglicherweise eingeschränkte Verfügbarkeit neuer Therapien
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

540.

WER: MiniMed Germany GmbH
WANN: 08.09.2026
WAS: MiniMed beschreibt Medienbrüche und manuelle Prozessschritte zwischen Verordnung, Genehmigung, Versorgung, Abrechnung und Erstattung von Hilfsmitteln.
BETRIFFT: Hilfsmittelversorgung / Genehmigungen / Dokumentationsprozesse
FOLGE: längere Bearbeitungszeiten und zusätzlicher Verwaltungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

541.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 27.08.2026
WAS: Die Stiftung kritisiert nationale Herstellerregister, verpflichtende Verpackungsbevollmächtigte in jedem belieferten Mitgliedstaat und fehlende Bagatellgrenzen der PPWR.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: Fixkosten von mehreren Hundert Euro je Zielland und Hemmnisse im EU-Binnenmarkt
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

542.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM verlangt eine Abstimmung des deutschen LkSG mit der europäischen CSDDD, um parallele Anforderungen zu vermeiden.

BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten
FOLGE: Doppelregulierung und unverhältnismäßige Belastungen für Industrieunternehmen und Lieferketten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

543.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz fordert Anpassungen des AI Act, damit bei KI-Anwendungen im Typgenehmigungsbereich keine parallelen regulatorischen Anforderungen entstehen.
BETRIFFT: AI Act / Fahrzeugtypgenehmigung / Automobilindustrie
FOLGE: Doppelregulierung und erschwerte industrielle Nutzung von KI
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

544.

WER: Verein Deutscher Zementwerke
WANN: 13.08.2026
WAS: Der Verband verlangt, bereits nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigte Anlagen von parallelen Anforderungen des UVPG zu entlasten.
BETRIFFT: BImSchG / UVPG / Genehmigungsverfahren
FOLGE: doppelte Prüfungen und zusätzlicher Genehmigungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

545.

WER: Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung
WANN: 13.07.2026
WAS: Der BGL kritisiert neue Meldungen zu vorhandenen und kurzfristig gemieteten Fahrzeugen sowie zur Beschäftigtenzahl von Transportbetrieben.
BETRIFFT: VUDat-Durchführungsverordnung / Fahrzeugdaten / Meldepflichten
FOLGE: zusätzliche Pflichten, Fristen, Prüfaufwand und Sanktionsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

546.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie
WANN: 27.07.2026
WAS: Die Fachgesellschaft warnt beim European Biotech Act vor übermäßigen Dokumentations- und Nachweispflichten sowie Zertifizierungsanforderungen für KI in klinischen Studien.
BETRIFFT: European Biotech Act / KI / klinische Studien / Zertifizierung
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und Innovationshemmnisse für den Forschungsstandort
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

547.

WER: Verband der Humus- und Erdenwirtschaft
WANN: 01.09.2026

WAS: Der Verband fordert, zusätzliche Prüf- und Dokumentationspflichten bei der Erfolgskontrolle der Bioabfallsammlung verhältnismäßig auszugestalten.
BETRIFFT: Kreislaufwirtschaftsgesetz / Prüfpflichten / Abfalldokumentation
FOLGE: zusätzlicher Kontroll- und Dokumentationsaufwand für Entsorgungsbetriebe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

548.

WER: Genossenschaftsverband Bayern
WANN: 11.08.2026
WAS: Der Verband kritisiert zusätzliche deutsche Anforderungen bei der Umsetzung der CRD VI, darunter einen zehnjährigen ESG-Betrachtungszeitraum und Qualifikationsvorgaben für Leitungsorgane.
BETRIFFT: CRD VI / ESG-Risikomanagement / nationales Gold-Plating
FOLGE: zusätzliche Risikoanalysen, Qualifikationsnachweise und Compliance-Kosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

549.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
WANN: 04.09.2026
WAS: Der GDV warnt beim EU Tech Sovereignty Package vor Pflichten, für die noch keine marktfähigen technischen Lösungen existieren.
BETRIFFT: KI / Cloud / digitale Souveränität / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie, Berichtsaufwand und Investitionshemmnisse
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

550.

WER: Deutsche Börse AG
WANN: 04.09.2026
WAS: Die Deutsche Börse kritisiert eine zu breite Definition nichttechnischer KRITIS-Räume und die Heranziehung von Medienberichten zur Einstufung kritischer Infrastruktur.
BETRIFFT: KRITIS-Verordnung / Registrierung / regulatorische Einstufung
FOLGE: unverhältnismäßige Regulierung und Wettbewerbsnachteile für den Finanzplatz
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

551.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz verlangt für den digitalen Batteriepass praktikable Standards, Interoperabilität, Datensicherheit und Schutz vertraulicher Informationen – auch bei Bestandsfahrzeugen und Ersatzteilen.
BETRIFFT: Batterieverordnung / digitaler Batteriepass / Lieferkettendaten
FOLGE: zusätzliche Daten-, IT- und Schutzanforderungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette
QUELLE: Originalquelle

552.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Die Umsetzung des Cyber Resilience Act müsse die langen Produktlebenszyklen sowie die fortlaufende Erweiterung und Modernisierung von Schienenfahrzeugen berücksichtigen.
BETRIFFT: CRA / Cybersicherheit / Schienenfahrzeuge
FOLGE: dauerhafter Anpassungs- und Nachweisaufwand über lange Produktlebenszyklen
QUELLE: Originalquelle

553.

WER: Medtronic GmbH
WANN: 14.07.2026
WAS: Digitale Medizinprodukte stießen im sektorierten und hoch regulierten Gesundheitssystem auf Hürden, weil gleichzeitig Änderungen bei Marktzugang, Vergütung und Leistungserbringerstrukturen erforderlich seien.
BETRIFFT: Marktzugang / Medizinprodukte / kumulative Regulierung
FOLGE: teilweise unüberwindliche Markteinführungshürden für digitale Anwendungen
QUELLE: Originalquelle

554.

WER: Aleph Alpha GmbH
WANN: 31.07.2026
WAS: Aleph Alpha fordert eine praxisnahe, bürokratiearme und EU-weit einheitliche Umsetzung des AI Act, um Anbieter mit deutschem Standort im internationalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen.
BETRIFFT: AI Act / Compliance / europäische Harmonisierung
FOLGE: zusätzlicher Umsetzungsaufwand und Wettbewerbsnachteile bei uneinheitlicher Anwendung
QUELLE: Originalquelle

555.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 04.06.2026
WAS: Die Stiftung kritisiert parallele Meldepflichten im Transparenzregister und im neuen Stiftungsregister und fordert eine Verknüpfung beider Register.
BETRIFFT: Registrierungen / Meldepflichten / kumulative Bürokratie
FOLGE: doppelte Meldungen derselben Informationen
QUELLE: Originalquelle

556.

WER: Beiersdorf AG – über MSLGROUP Germany GmbH
WANN: 30.06.2026
WAS: Beiersdorf verlangt Klarheit über Umfang und Berechnung der finanziellen Herstellerbeteiligung nach der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, insbesondere bei der Bewertung einzelner Inhaltsstoffe.
BETRIFFT: erweiterte Herstellerverantwortung / Kosmetik / Inhaltsstoffdaten

FOLGE: finanzielle Belastungen sowie Anpassungen von Rezepturen und Produktportfolios
QUELLE: Originalquelle

557.

WER: VERE e. V.
WANN: 06.08.2026
WAS: Der Verband fordert für die erweiterte Herstellerverantwortung bei Textilien eine unkomplizierte Ausgestaltung, effiziente Prozesse und eindeutig definierte Zuständigkeiten.
BETRIFFT: EPR / Textilgesetz / Registrierungs- und Prozesspflichten
FOLGE: Entlastungsbedarf bei KMU durch zusätzliche Prozess- und Zuständigkeitskomplexität
QUELLE: Originalquelle

558.

WER: Deutscher Textilreinigungs-Verband DTV e. V.
WANN: 13.07.2026
WAS: Textilservice-Unternehmen dürften bei der Textil-EPR nicht als Hersteller eingestuft werden; gewerblich genutzte Textilien und bestehende Mehrwegsysteme müssten ausgenommen beziehungsweise berücksichtigt werden.
BETRIFFT: EPR / Textilien / Herstellerdefinition
FOLGE: zusätzliche Herstellerpflichten und Belastung bestehender Leasing-, Rücknahme- und Mehrwegsysteme
QUELLE: Originalquelle

559.

WER: eurocom e. V.
WANN: 01.06.2026
WAS: Der Verband warnt, eine undifferenzierte PFAS-Beschränkung bei Medizinprodukten könne Marktverzerrungen und schwerwiegende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem verursachen; zusätzlich werde eine Informationsweitergabe in der Lieferkette diskutiert.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Medizinprodukte / Lieferkettendaten
FOLGE: Marktverzerrungen, Versorgungsrisiken und zusätzliche Informationspflichten
QUELLE: Originalquelle

560.

WER: H&R GmbH & Co. KGaA
WANN: 17.07.2026
WAS: Das Unternehmen warnt im Zusammenhang mit der Industrieemissionsrichtlinie ausdrücklich vor neuen Berichts- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Berichte / Dokumentation / Genehmigungen
FOLGE: höhere Kosten und verzögerte Genehmigungsverfahren
QUELLE: Originalquelle

561.

WER: Verband Internet Reisevertrieb e. V.
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband fordert, bei neuen Regelungen die kumulativen Belastungen und Umsetzungskapazitäten der Unternehmen zu berücksichtigen sowie bereits bestehende Meldewege nach dem Once-Only-Prinzip zu nutzen.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Meldepflichten / Once-Only-Prinzip
FOLGE: wiederholte Datenmeldungen und Überlastung betrieblicher Umsetzungskapazitäten
QUELLE: Originalquelle

562.

WER: AUMOVIO SE
WANN: 24.06.2026
WAS: Der Automobilzulieferer lehnt ein generelles europäisches PFAS-Verbot ab und fordert eine stoffbezogene und risikobasierte Regulierung.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Automobilzulieferer
FOLGE: branchenweiter Ersatz- und Anpassungsdruck durch ein pauschales Stoffgruppenverbot
QUELLE: Originalquelle

563.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert einfachere Planungs-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren im Schienenverkehr und insbesondere die Vermeidung von Doppelprüfungen.
BETRIFFT: Zulassungen / Genehmigungen / kumulative Prüfpflichten
FOLGE: verzögerte Infrastrukturvorhaben durch mehrfach durchgeführte Prüfungen
QUELLE: Originalquelle

564.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband warnt, die vorgesehene Textil-EPR entziehe mittelständischen Textilrecyclern die Geschäftsgrundlage und verdränge eine ganze Branche vom Markt.
BETRIFFT: EPR / Textilien / Marktzugang / Recycling
FOLGE: Wettbewerbsverzerrungen und Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz mittelständischer Entsorger
QUELLE: Originalquelle

565.

WER: Schwarz Corporate Affairs GmbH & Co. KG
WANN: 29.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine praxistauglichere Ausgestaltung der Berichts-, Dokumentations-, Umsetzungs- und Abwärmemeldepflichten des Energieeffizienzgesetzes.
BETRIFFT: Energieeffizienzgesetz / Berichte / Dokumentation / Rechenzentren
FOLGE: kumulierter Erfassungs-, Melde- und Umsetzungsaufwand für Unternehmen und

Rechenzentren
QUELLE: Originalquelle

566.

WER: BDE – Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V.
WANN: 06.08.2026
WAS: Der BDE warnt, eine nationale Plastiksteuer verursache erhebliche Bürokratiekosten für Unternehmen und zusätzlichen staatlichen Vollzugsaufwand.
BETRIFFT: Verpackungen / Plastiksteuer / Compliance-Kosten
FOLGE: zusätzliche Unternehmens- und Verbraucherkosten bei hohem Verwaltungsaufwand
QUELLE: Originalquelle

567.

WER: BEW Berliner Energie und Wärme GmbH
WANN: 03.09.2026
WAS: Brennstoffe, die bereits dem EU-Emissionshandel unterliegen, sollten nach Auffassung der BEW von einer zusätzlichen Grüngasquote ausgenommen werden.
BETRIFFT: EU ETS / Grüngasquote / kumulative Klimaregulierung
FOLGE: regulatorische Doppelbelastung, zusätzliche Bürokratie und höhere Kosten für KWK-Anlagen
QUELLE: Originalquelle

568.

WER: RheinEnergie AG
WANN: 04.09.2026
WAS: RheinEnergie warnt vor zusätzlichen Kosten und bürokratischen Vergabevorgaben durch den geplanten Industrial Accelerator Act.
BETRIFFT: IAA / Vergaberecht / Bürokratie / Infrastruktur
FOLGE: Verteuerung oder Verzögerung des Ausbaus von Energie- und Netzinfrastruktur
QUELLE: Originalquelle

569.

WER: pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme e. V.
WANN: 14.08.2026
WAS: Der Verband warnt bei der Anwendung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vor einer administrativen Überlastung seiner Mitgliedsunternehmen.
BETRIFFT: LkSG / Lieferkettendaten / administrative Pflichten
FOLGE: Überlastung betrieblicher Verwaltungs- und Compliance-Kapazitäten
QUELLE: Originalquelle

570.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Verband fordert die Abschaffung kumulativer Kostensenkungsinstrumente und

lehnt zusätzliche Selektions- und Ausschreibungsmodelle für patentgeschützte Arzneimittel ab.
BETRIFFT: Marktzugang / Arzneimittel / Erstattung / kumulative Regulierung
FOLGE: mehrfache Preis- und Erstattungsbelastungen für innovative Arzneimittel
QUELLE: Originalquelle

571.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Ford fordert, beim Industrial Accelerator Act integrierte europäische Lieferketten anzuerkennen und die Förderfähigkeit nicht allein vom Ort der Fahrzeug-Endmontage abhängig zu machen.
BETRIFFT: IAA / Automobilindustrie / Lieferketten / Marktzugang
FOLGE: Ausschluss förderfähiger Fahrzeuge und bestehender Lieferketten bei zu enger Herkunftsdefinition
QUELLE: Originalquelle

572.

WER: BDG – Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Der BDG verlangt eine unbürokratische Umsetzung von Low-Carbon- und europäischen Herkunftskriterien, damit mittelständischen Gießereien keine zusätzlichen Nachweispflichten auferlegt werden.
BETRIFFT: Zertifizierung / Herkunftsnachweise / Automobilzulieferer / IAA
FOLGE: Bindung produktiver Kapazitäten durch zusätzliche Zertifizierungs- und Nachweispflichten
QUELLE: Originalquelle

573.

WER: DEKRA SE
WANN: 25.08.2026
WAS: DEKRA fordert bei der EU-Altfahrzeugverordnung klare Vorgaben für technische Prüfungen, Fahrzeug- und Batterienachweise, den digitalen Fahrzeug-Kreislaufpass und europäische Datenaustauschsysteme.
BETRIFFT: Altfahrzeugverordnung / Batteriepass / Fahrzeugdaten / Nachweise
FOLGE: kumulativer Prüf-, Daten- und Nachweisaufwand bei Gebraucht- und Altfahrzeugen
QUELLE: Originalquelle

574.

WER: Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG
WANN: 14.07.2026
WAS: Porsche fordert für die Ermittlung europäischer Wertschöpfungsanteile eines Fahrzeugs einen einfachen, konsistenten und praxisgerechten Ansatz.
BETRIFFT: IAA / Made in Europe / Automobilindustrie / Herkunftsnachweise
FOLGE: unnötige Komplexität und Bürokratie bei der Berechnung der

Fahrzeugwertschöpfung
QUELLE: Originalquelle

575.

WER: PlasticsEurope Deutschland e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der Verband warnt vor einer pauschalen PFAS-Beschränkung und fordert risikodifferenzierte Regeln, Übergangsfristen und langfristige Ausnahmen für Industrie- und Hightech-Anwendungen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Produktion / Hightech-Anwendungen
FOLGE: unverhältnismäßige Produktionsbeschränkungen und Wegfall essenzieller Anwendungen
QUELLE: Originalquelle

576.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Verband kritisiert Doppelprüfungen und Doppelregulierung zwischen Arzneimittel- und Gentechnikrecht und fordert harmonisierte, digitalisierte Genehmigungsverfahren.
BETRIFFT: Arzneimittelrecht / Gentechnikrecht / Genehmigungen / Doppelregulierung
FOLGE: verzögerte klinische Forschung, Translation und Produktionsausweitung
QUELLE: Originalquelle

577.

WER: KUniD – Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands e. V.
WANN: 14.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine deutliche Reduzierung und Vereinfachung von Berichts-, Dokumentations- und Belegpflichten, insbesondere bei Drittmitteln.
BETRIFFT: Berichte / Dokumentation / Belege / Drittmittel
FOLGE: hoher kumulativer Verwaltungsaufwand an deutschen Universitäten
QUELLE: Originalquelle

578.

WER: Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V.
WANN: 01.07.2026
WAS: Der Verband warnt, enge Fristen, komplexe Anforderungen und unklare Regeln der EU-Methanverordnung könnten einen erheblichen Teil der Erdgasimporte ab 2027 regulatorisch unverfügbar machen.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Import / Compliance / Marktzugang
FOLGE: Einschränkungen bei Erdgasimporten, höhere Kosten und Risiken für die Versorgungssicherheit
QUELLE: Originalquelle

579.

WER: Deutsche Shell Holding GmbH
WANN: 27.09.2026
WAS: Shell fordert, die Monitoring-, Berichts- und Verifizierungspflichten der EU-Methanverordnung mit der Verfügbarkeit anerkannter Standards, akkreditierter Prüfstellen und belastbarer Nachweisverfahren abzustimmen.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Berichte / Zertifizierung / Importnachweise
FOLGE: nicht erfüllbare Import- und Compliance-Pflichten bei fehlenden Prüf- und Nachweisstrukturen
QUELLE: Originalquelle

580.

WER: YARA GmbH & Co. KG
WANN: 15.06.2026
WAS: Yara fordert regulatorische Stabilität und Vorhersehbarkeit beim Zusammenspiel von EU-Emissionshandel und CBAM.
BETRIFFT: CBAM / EU ETS / Importwettbewerb / kumulative Klimaregulierung
FOLGE: regulatorische Volatilität verzögert oder verhindert langfristige Industrieinvestitionen
QUELLE: Originalquelle

581.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 14.09.2026
WAS: Unterschiedliche EU-Vorgaben zur Berechnung, Offenlegung und Verifizierung von CO_2-Emissionen führen laut VDA zu Mehrfachnachweisen. Für komplexe Fahrzeugkomponenten fehlten zudem häufig belastbare Emissionsdaten aus internationalen Lieferketten.
BETRIFFT: CBAM / Lebenszyklusanalyse / Lieferkettendaten / CO_2-Nachweise
FOLGE: zusätzliche Berichts- und Meldepflichten, hohe Kosten und mögliche Mehrbelastungen durch pauschale Emissionswerte
QUELLE: Originalquelle

582.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unterschiedliche nationale Registrierungen, Portale, Melde-, Vertreter- und Entsendepflichten erschweren Unternehmen die grenzüberschreitende Tätigkeit im EU-Binnenmarkt.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierungen / Entsendemeldungen / Nachweispflichten / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Fixkosten und erheblicher Verwaltungsaufwand, besonders bei kurzfristigen Montage-, Wartungs- und Baustelleneinsätzen
QUELLE: Originalquelle

583.

WER: Verbändeallianz aus BVWS, BVLH, BRS, DBV, DRV, ISN und VDF
WANN: 04.09.2026
WAS: Die Verbände kritisieren zusätzliche Registrierungs- und Zertifizierungsverfahren des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes und fordern die Anerkennung bereits etablierter sowie ausländischer Kennzeichnungssysteme.
BETRIFFT: THKG / Registrierung / Zertifizierung / Marktzugang ausländischer Erzeugnisse
FOLGE: zusätzliche Belastungen, hohe Marktzugangshürden und Wettbewerbsnachteile für die deutsche Erzeugungskette
QUELLE: Originalquelle

584.

WER: Once So Real
WANN: 21.08.2026
WAS: Das Kleinunternehmen muss für mehr als 1.000 Artikel Verpackungsmaterialien einzeln wiegen, dokumentieren und zuordnen sowie in jedem belieferten EU-Staat Lizenz- und Bevollmächtigtenpflichten erfüllen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Verpackungsdaten / Nachweispflichten / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: ein Mitarbeiter ausschließlich für Dokumentation und rund 13.000 Euro Ländergebühren
QUELLE: Originalquelle

585.

WER: IHK Chemnitz / IHK Südlicher Oberrhein
WANN: 07.09.2026
WAS: Neben den neuen PPWR-Anforderungen bleiben zahlreiche deutsche Sonderregeln, Registrierungspflichten, Vollständigkeitserklärungen und Systembeteiligungspflichten bestehen. Im B2B-Bereich kommen Zulassungs- beziehungsweise Beteiligungspflichten für Entsorgungsorganisationen hinzu.
BETRIFFT: PPWR / VerpackDG / EPR / Registrierung / nationale Zusatzregeln
FOLGE: kumulativer Regelungsaufwand und faktischer Zwang zur kostenpflichtigen Beteiligung an einer Herstellerverantwortungsorganisation
QUELLE: Originalquelle

586.

WER: Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba)
WANN: 22.06.2026
WAS: Eine Umfrage unter 52 Versorgungseinrichtungen zeigt hohe DORA-Umsetzungskosten und bei fast allen Teilnehmern stark gestiegene Abschlussprüfungskosten durch den erweiterten Prüfungsumfang.
BETRIFFT: DORA / Prüfungspflichten / Dokumentation / Aufsicht
FOLGE: erhebliche Mehrkosten und Doppelprüfungen
QUELLE: Originalquelle

587.

WER: Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (aba)
WANN: 22.06.2026
WAS: Die aba beschreibt parallele und inhaltlich überschneidende Melde-, Dokumentations-, Informations- und Berichtspflichten gegenüber unterschiedlichen Stellen sowie unzureichend abgestimmte nationale und europäische Anforderungen.
BETRIFFT: Steuerrecht / Aufsichtsrecht / EbAV-II / Melde- und Berichtspflichten
FOLGE: Doppelarbeiten, zusätzlicher Prüf- und Dokumentationsaufwand sowie Rechtsunsicherheit
QUELLE: Originalquelle

588.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 10.09.2026
WAS: Industrieunternehmen hätten durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte jährlich. Die Masse aus Genehmigungs-, Melde-, Nachweis-, Statistik-, Nachhaltigkeits- und Lieferkettenpflichten binde besonders im Mittelstand Personal und Zeit.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Lieferketten / Nachhaltigkeitsberichte / Genehmigungen / Mehrfachprüfungen
FOLGE: rund 64 Milliarden Euro jährliche Bürokratiekosten, verzögerte Industrieprojekte und gehemmte Investitionen
QUELLE: Originalquelle

589.

WER: Schaeffler AG
WANN: 26.06.2026
WAS: Der Automobilzulieferer fordert eine technologieoffene Überarbeitung der europäischen CO_2-Regulierung und praktikable Made-in-EU-Kriterien, um die Wettbewerbsfähigkeit der Zulieferindustrie zu sichern.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Made-in-EU-Kriterien / Automobilzulieferer / Marktzugang
FOLGE: andernfalls Gefährdung von Arbeitsplätzen, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit europäischer Zulieferer
QUELLE: Originalquelle

590.

WER: Markenverband
WANN: 07.07.2026
WAS: Der Verband fordert beim Digital Omnibus mehr Rechtssicherheit, weniger Bürokratie und bessere Möglichkeiten zur Datennutzung.
BETRIFFT: Digital Omnibus / Datenschutz / Datenverarbeitung / Dokumentationsaufwand
FOLGE: andernfalls Rechtsunsicherheit, zusätzlicher Bürokratieaufwand und Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Originalquelle

591.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 02.06.2026
WAS: Der VDA warnt vor einem zusätzlichen Regulierungsrahmen für Unternehmensflotten, obwohl bereits CO_2-Flottenziele, Clean Vehicle Directive, ESG-, CSRD- und unternehmenseigene Dekarbonisierungspflichten parallel wirken.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Clean Vehicle Directive / ESG / CSRD
FOLGE: höhere administrative Belastung und zusätzliche Erschwernisse bei der Transformation der Fahrzeugflotten
QUELLE: Originalquelle

592.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 02.06.2026
WAS: Der VDA kritisiert absehbare Bürokratie beim Digitalen Produktpass und fehlende REACH-Ausnahmen für Ersatzteile. Nach jeder neuen Stoffbeschränkung könnten Ersatzteile neu entwickelt und zugelassen werden müssen.
BETRIFFT: Digitaler Produktpass / REACH / Ersatzteile / Fahrzeugregistrierung
FOLGE: unwirtschaftliche Neuentwicklungen und Zulassungen sowie eingeschränkte Reparierbarkeit von Fahrzeugen
QUELLE: Originalquelle

593.

WER: IHK Bodensee-Oberschwaben
WANN: 05.08.2026
WAS: Unternehmen müssen nach der PPWR unterschiedliche Rollen prüfen und technische Dokumentationen, Konformitätserklärungen sowie Informations- und Nachweispflichten entlang der Lieferkette erfüllen. Kleine Auslandssendungen können zusätzliche EPR- und Bevollmächtigtenpflichten auslösen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Konformitätserklärungen / Lieferkettendaten
FOLGE: hoher Beratungsaufwand, weniger Zeit für Produkte und Innovationen sowie teilweise wirtschaftlich unattraktiver grenzüberschreitender Versand
QUELLE: Originalquelle

594.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: In einer Befragung von 605 deutschen Unternehmen bezeichneten 92 Prozent den Datenschutzaufwand als hoch; besonders belastend seien Dokumentations- und Informationspflichten, laufende Rechtsänderungen und widersprüchliche Vorgaben.
BETRIFFT: DSGVO / Digital Omnibus / Dokumentationspflichten / KI
FOLGE: kompliziertere Geschäftsprozesse, zusätzlicher Personal- und IT-Aufwand sowie Behinderung des KI-Einsatzes
QUELLE: Originalquelle

595.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 11.09.2026
WAS: Beim EU-Emissionshandel wirkten Reduktionspfad, Marktstabilitätsreserve, Benchmarks, Korrekturfaktoren und Zertifikatszuteilung kumulativ, obwohl Energie, Infrastruktur und geeignete Transformationstechnologien teilweise fehlten.
BETRIFFT: EU-ETS / Benchmarks / Zertifikate / Investitionspflichten
FOLGE: steigende Produktionskosten, erzwungene Investitionen und Gefahr von Produktionsverlagerungen oder Fabrikschließungen
QUELLE: Originalquelle

596.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BGA berichtet über erneut gestiegene BAFA-Bearbeitungszeiten bei Exportgenehmigungen und Fälle, in denen Zollstellen für nicht gelistete Güter einen Nullbescheid verlangen. Viele Unternehmen beantragten solche Bescheide vorsorglich zur Rechtssicherheit.
BETRIFFT: Exportkontrolle / Zoll / Nullbescheide / Genehmigungen
FOLGE: verzögerte Ausfuhren, gebundene Behördenkapazitäten und erschwerter Marktzugang insbesondere im Nahen Osten und in Afrika
QUELLE: Originalquelle

597.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BGA kritisiert das deutsche Erhebungsverfahren bei der Einfuhrumsatzsteuer und fordert eine unmittelbare Verrechnung anstelle des bisherigen Fristenmodells.
BETRIFFT: Zoll / Einfuhrumsatzsteuer / Importverfahren
FOLGE: Liquiditäts- und Wettbewerbsnachteile sowie vermeidbarer bürokratischer Aufwand für Importeure und Logistikunternehmen
QUELLE: Originalquelle

598.

WER: bvse, BDSV und VDM
WANN: 15.09.2026
WAS: Die Recyclingverbände berichten, dass wegen Registrierungsproblemen und unzuverlässiger IT-Schnittstellen noch keine zwingend über DIWASS abzuwickelnde Abfallnotifizierung vollständig abgeschlossen werden konnte.
BETRIFFT: EU-Abfallverbringungsverordnung / DIWASS / Registrierung / digitale Nachweise
FOLGE: Stillstand grenzüberschreitender Abfallverbringungen, finanzielle Schäden, Kundenverluste und Unterbrechung etablierter Verwertungswege
QUELLE: Originalquelle

599.

WER: Deutscher Holzwirtschaftsrat und Gesamtverband Deutscher Holzhandel
WANN: 28.08.2026
WAS: Die Holzwirtschaft warnt vor der gleichzeitigen Umsetzung von PPWR, EUDR und EmpCo. Zusätzliche Dokumentations-, Nachweis- und Prüfpflichten träfen mittelständische Unternehmen kumulativ.
BETRIFFT: PPWR / EUDR / EmpCo / kumulative Regulierung
FOLGE: hoher Beratungs- und Anpassungsaufwand, Rechtsunsicherheit sowie Beeinträchtigung von Investitionen, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Originalquelle

600.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 11.09.2026
WAS: Der ZDH bezeichnet die PPWR-Pflichten zur Registrierung, Meldung von Verpackungsmengen und erweiterten Herstellerverantwortung als unverhältnismäßig komplex für kleine und mittlere Handwerksbetriebe.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / Mengenmeldungen
FOLGE: erheblicher Verwaltungsaufwand für Handwerksbetriebe
QUELLE: Originalquelle

601.

WER: VDA / automobiler Mittelstand
WANN: 16.06.2026
WAS: 84 Prozent der befragten mittelständischen Automobilunternehmen fühlen sich durch bürokratische Anforderungen stark oder sehr stark belastet. Immer mehr Vorschriften und Auflagen binden betriebliche Kapazitäten.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / kumulative Regulierung / Bürokratie
FOLGE: gebundene Kapazitäten sowie weniger Geld und Energie für Investitionen und Beschäftigte
QUELLE: VDA

602.

WER: VDA
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband sieht Unternehmen gleichzeitig durch Steuerbürokratie, Doppelregulierungen, neue Compliance-Vorgaben und grenzüberschreitende Meldepflichten belastet.
BETRIFFT: Steuerrecht / Compliance / Meldepflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: steigende Bürokratiekosten, weniger Investitionsspielraum und geschwächte internationale Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: VDA

603.

WER: Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)
WANN: 22.09.2026
WAS: Nicht abgestimmte europäische und deutsche Arzneimittelbewertungen können

dieselben Datengrundlagen erneut prüfen und zusätzliche nationale Evidenzanforderungen erzeugen.
BETRIFFT: EU-HTA / AMNOG / Marktzugang / Nachweispflichten
FOLGE: Doppelarbeit, höherer Entwicklungsaufwand und weniger planbarer Markteintritt
QUELLE: vfa

604.

WER: Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)
WANN: 18.06.2026
WAS: Im Arzneimittelrecht werden gleiche Sachverhalte regional unterschiedlich bewertet, Nachweise mehrfach verlangt und Verfahren teilweise papiergebunden durchgeführt.
BETRIFFT: Arzneimittelrecht / GMP / Nachweise / Genehmigungen
FOLGE: zusätzliche Dokumentation, längere Abstimmungen, Doppelprüfungen und geringere Planungssicherheit
QUELLE: vfa

605.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 09.09.2026
WAS: Unternehmens- und Eignungsnachweise in öffentlichen Vergabeverfahren sollten nur einmal bereitgestellt und europaweit digital wiederverwendet werden; dafür seien interoperable Systeme und einheitliche Nachweisstandards erforderlich.
BETRIFFT: Medizintechnik / öffentliche Vergabe / Zertifizierung / Nachweise
FOLGE: wiederholte Nachweise und uneinheitliche Vorgaben erschweren insbesondere mittelständischen Anbietern den Zugang zu Ausschreibungen
QUELLE: BVMed

606.

WER: Bitkom
WANN: 09.09.2026
WAS: Die öffentliche Auftragsvergabe sei weiterhin zu bürokratisch, komplex und langsam; Unternehmen müssten Eignungsnachweise bislang bei Ausschreibungen wiederholt einreichen.
BETRIFFT: Digitalwirtschaft / öffentliche Vergabe / Eignungsnachweise / Marktzugang
FOLGE: hoher Teilnahmeaufwand und erschwerter Zugang zu öffentlichen Aufträgen für kleinere Anbieter und Start-ups
QUELLE: Bitkom

607.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz) / Maximilian Habisreutinger
WANN: 17.09.2026
WAS: Bei kundenindividuell zusammengestellten Lieferungen ist unklar, wann Kantenschutz, Folien oder Umreifungsbänder als neue Verpackung gelten; für einzelne Kommissionen können Nachweise zu zahlreichen Komponenten erforderlich werden.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungskomponenten / Dokumentationspflichten
FOLGE: erheblicher bürokratischer Aufwand und Rechtsunsicherheit im mittelständischen

Holzhandel
QUELLE: GD Holz

608.

WER: IHK Hannover
WANN: 25.09.2026
WAS: Unternehmen müssen Umwelt- und Nachhaltigkeitsaussagen auf Websites, sozialen Medien, Drucksachen, Produkten, Verpackungen sowie in Bild-, Video- und Tonmaterial prüfen. Gleichzeitig wirken EmpCo, PPWR und weitere ineinandergreifende EU-Nachhaltigkeitsvorgaben.
BETRIFFT: EmpCo / PPWR / Nachhaltigkeitsberichterstattung / kumulative Regulierung
FOLGE: umfassender Prüf- und Anpassungsaufwand sowie Risiken für Wettbewerbsfähigkeit und betriebliche Freiräume
QUELLE: IHK Hannover

609.

WER: Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz)
WANN: 04.06.2026
WAS: Die Entgelttransparenzrichtlinie bringt ausgeweitete Berichts- und Dokumentationspflichten, Auskunftsrechte, Entgeltanalysen und mögliche Beweislastverschiebungen mit sich.
BETRIFFT: Entgelttransparenz / Berichtspflichten / Dokumentation / kumulative Bürokratie
FOLGE: steigende Verwaltungskosten, Ressourcenabzug vom Kerngeschäft und zusätzliche arbeitsrechtliche Risiken
QUELLE: GD Holz

610.

WER: GS1 Germany
WANN: 05.08.2026
WAS: Für die EUDR müssen Unternehmen frühzeitig Produktbetroffenheit, Rolle im Warenfluss sowie benötigte Referenz-, Lieferanten- und Geolokationsdaten klären und zwischen den Beteiligten austauschen.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: frühzeitiger Aufbau zusätzlicher Datenprozesse und Abstimmungsbedarf entlang der Lieferkette
QUELLE: GS1 Germany

611.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 23.09.2026
WAS: Die geplante digitale Belegbereitstellungspflicht erfordert Nachrüstungen von Kassensystemen und muss zusätzlich mit Registrierkassenpflicht, E-Rechnung und digitaler Zahlungsoption abgestimmt werden.
BETRIFFT: Bonpflicht / Kassensysteme / Dokumentationspflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: Investitions- und Folgekosten, zusätzliche Sanktionen sowie steigender

Verwaltungsaufwand
QUELLE: ZDH

612.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 16.06.2026
WAS: Das bestehende MDR-System verursacht nach Verbandsangaben Innovationshemmnisse, administrative Lasten und Unsicherheiten. Besonders kritisiert werden Rezertifizierungen, Nachweispflichten für Einwegprodukte und Meldungen bei Versorgungseinstellungen.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / Meldepflichten / Marktzugang
FOLGE: hoher Zertifizierungsaufwand, verzögerter Zugang zu Medizinprodukten und Risiken für die Versorgungssicherheit
QUELLE: BVMed

613.

WER: Bundesverband Medizintechnologie (BVMed)
WANN: 08.09.2026
WAS: Das GeDIG schafft laut BVMed zusätzliche Pflichten, Kosten und Prüfverfahren für Hersteller. Europaweit tätige Unternehmen müssten außerdem unterschiedliche, gegenseitig nicht anerkannte nationale Cloud-Zertifikate vorhalten.
BETRIFFT: GeDIG / Medizinprodukte / Zertifizierung / Prüfverfahren
FOLGE: Mehrfachzertifizierungen, zusätzliche Compliance-Kosten und erschwerter Marktzugang für digitale Medizinprodukte
QUELLE: BVMed

614.

WER: Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)
WANN: 22.09.2026
WAS: Deutsche Erstattungspreise wirken über internationale Preisreferenzierungen auf andere Märkte und können dadurch das Risiko einer Markteinführung in Deutschland erhöhen.
BETRIFFT: AMNOG / Preisregulierung / internationaler Marktzugang
FOLGE: verzögerte oder unterlassene Markteinführungen; laut vfa fehlen in Deutschland 175 in den USA zugelassene innovative Arzneimittel
QUELLE: vfa

615.

WER: IHK Heilbronn-Franken
WANN: 02.07.2026
WAS: Für Zollvorteile bei Importen aus den USA müssen Unternehmen den nichtpräferenziellen Ursprung sowie die unmittelbare Beförderung oder durchgängige zollamtliche Überwachung nachweisen.
BETRIFFT: Zoll / Ursprungsnachweise / Direktbeförderungsnachweis / Import
FOLGE: zusätzlicher administrativer Aufwand und notwendige Anpassungen der

Lieferketten- und Zollprozesse
QUELLE: IHK Heilbronn-Franken

616.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unternehmen treffen im EU-Binnenmarkt gleichzeitig unterschiedliche Registrierungs-, Melde-, Vertreter-, Entsorgungs-, Entsende- und Arbeitsschutzvorgaben sowie zusätzliche Nachweispflichten.
BETRIFFT: PPWR / Entsendemeldungen / Registrierungen / grenzüberschreitender Marktzugang
FOLGE: erhebliche Fixkosten und zusätzlicher Aufwand bei Lieferungen, Montage-, Wartungs- und Baustelleneinsätzen, besonders für KMU
QUELLE: IHK Pfalz

617.

WER: Handwerkskammer Halle / Thomas Keindorf
WANN: 04.09.2026
WAS: Grenzüberschreitende Lieferungen lösen durch die PPWR zusätzliche Nachweis-, Registrierungs- und Lizenzierungspflichten sowie Einzelmeldungen in verschiedenen Mitgliedstaaten aus.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / grenzüberschreitender Versand
FOLGE: selbst einzelne Auslandslieferungen verursachen für kleine Handwerksbetriebe kaum zu bewältigenden Aufwand
QUELLE: Handwerkskammer Halle

618.

WER: Gesamtverband textil+mode
WANN: 15.07.2026
WAS: Für beschädigte oder aus Sicherheits- und Hygienegründen nicht mehr verwendbare Textilien müssen Unternehmen umfangreich dokumentieren, warum eine Vernichtung erforderlich ist und keine andere Verwendung möglich war.
BETRIFFT: Vernichtungsverbot für Neuware / Textilien / Berichtspflichten
FOLGE: umfangreicher Dokumentationsaufwand selbst für geringe Mengen unverwendbarer Ware
QUELLE: Gesamtverband textil+mode

619.

WER: HDE, DIHK und weitere Wirtschaftsverbände
WANN: 06.08.2026
WAS: Kommunale Verpackungssteuern treffen Verpackungen, die zu 89 Prozent bereits anderen Regulierungen und Abgaben unterliegen, und erfordern zusätzlich Dokumentation, Kassensystemanpassungen und Schulungen.
BETRIFFT: Verpackungssteuer / Einwegkunststofffonds / Systembeteiligung / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Abgaben- und Verwaltungskosten; für einzelne Verpackungen kann die

Belastung laut Studie auf das 20- bis 30-Fache steigen
QUELLE: HDE

620.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 21.09.2026
WAS: Bereits produzierte Waren mit künftig unzulässigen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsaussagen konnten nicht kurzfristig umetikettiert oder an die EmpCo-Vorgaben angepasst werden.
BETRIFFT: EmpCo / Nachhaltigkeitssiegel / Umweltwerbung / Produktbestände
FOLGE: Abmahnungen, Unterlassungsansprüche, Reputationskosten sowie drohende Streichung oder Vernichtung einwandfreier Produkte
QUELLE: HDE

621.

WER: PwC Deutschland
WANN: 11.09.2026
WAS: Nur drei Prozent der befragten deutschen Industrieunternehmen erfüllen den Cyber Resilience Act bereits vollständig. Vielen Unternehmen fehlen Meldewege und interne Prozesse für Produktsicherheitsvorfälle.
BETRIFFT: CRA / Produktsicherheit / Meldepflichten / Mittelstand
FOLGE: Aufbau zusätzlicher Prozesse, Meldeschnittstellen und Compliance-Strukturen
QUELLE: PwC Deutschland

622.

WER: Industrieverband Papier- und Folienverpackung (IPV)
WANN: 15.09.2026
WAS: Unternehmen berichten bei der PPWR von widersprüchlichen Auslegungen, ständig neuen Kundenfragebögen und mehrfach anzuliefernden Verpackungsdaten.
BETRIFFT: PPWR / Lieferantendaten / Dokumentationspflichten / kumulativer Aufwand
FOLGE: erhebliche Zusatzkosten und hoher Personaleinsatz in Vertrieb, Arbeitsvorbereitung, Compliance und Stammdatenpflege
QUELLE: IPV

623.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 15.09.2026
WAS: Unterschiedliche Anforderungen aus Umwelt-, Industrieemissions-, Wasser- und Umweltverträglichkeitsrecht überlagern sich in Planungs- und Genehmigungsverfahren.
BETRIFFT: IED / UVP / Wasserrecht / Genehmigungen / kumulative Regulierung
FOLGE: komplexe Verfahren, hoher Verwaltungsaufwand, Verzögerungen und Investitionsunsicherheit
QUELLE: BDI

624.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 23.09.2026
WAS: Komplexe steuerliche Verfahren, umfangreiche Nachweispflichten und unzureichende Digitalisierung binden Ressourcen in den Unternehmen.
BETRIFFT: Unternehmenssteuern / Nachweispflichten / Verfahrensbürokratie
FOLGE: zusätzlicher Bearbeitungsaufwand und weniger verfügbare Mittel für Investitionen
QUELLE: BDI

625.

WER: Dr. Christian Schaller, metrilus, im BVL-Blog
WANN: 17.09.2026
WAS: Für PPWR-Nachweise benötigte Maße, Gewichte und Materialangaben liegen in vielen Unternehmen verteilt in ERP-Systemen, Lieferantenunterlagen und widersprüchlichen Spezifikationsständen. Parallel hängen auch CSRD-Berichte von einer belastbaren Datenbasis ab.
BETRIFFT: PPWR / CSRD / Lieferantendaten / Artikelstammdaten / kumulativer Datenaufwand
FOLGE: aufwendige Datenbereinigung, neue Erfassungsprozesse und zeitintensive Belegsuche
QUELLE: BVL-Blog

626.

WER: IHK Ostwürttemberg
WANN: 11.08.2026
WAS: Die PPWR bringt insbesondere für exportorientierte Unternehmen zusätzliche Dokumentations- und Nachweispflichten; bei kleineren grenzüberschreitenden Lieferungen fehlen praktikable Bagatellgrenzen.
BETRIFFT: PPWR / EU-Versand / Export / Dokumentationspflichten
FOLGE: hoher Verwaltungsaufwand und weniger Spielraum für Innovationen, Investitionen und Kundengeschäft
QUELLE: IHK Ostwürttemberg

627.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Umsetzung von Solvency II und IRRD verlangt unter anderem neue Liquiditäts-, Nachhaltigkeits- und Sanierungspläne sowie Szenarioanalysen; für betroffene Versicherungsgruppen werden erhebliche zusätzliche Berichts- und Mitwirkungspflichten erwartet.
BETRIFFT: Solvency II / IRRD / Risikomanagement / kumulative Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Planungs-, Berichts- und Abstimmungsprozesse bei kurzer Umsetzungsfrist
QUELLE: GDV

628.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 21.09.2026
WAS: Trotz vereinfachter ESRS sieht der GDV weiterhin unnötige Komplexität sowohl in technischen Berichtsstandards als auch in der grundlegenden Regulierung der Versicherungswirtschaft.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Finanzmarktregulierung / Nachhaltigkeitsberichte
FOLGE: fortbestehender Berichts- und Umsetzungsaufwand sowie Belastung der Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: GDV

629.

WER: TÜV SÜD
WANN: 11.09.2026
WAS: Medizinproduktehersteller müssen für Zulassung und internationalen Marktzugang gleichzeitig Anforderungen aus MDR, FDA-Vorgaben, ISO 10993, REACH sowie PFAS- und POP-Regelungen berücksichtigen und belastbare Sicherheitsdaten vorlegen.
BETRIFFT: MDR / REACH / PFAS / POP / Zertifizierung / internationaler Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Prüfungen und technische Dokumentation; bei später Bearbeitung drohen Nachforderungen und Zulassungsverzögerungen
QUELLE: TÜV SÜD

630.

WER: Verband der Chemischen Industrie und Verband Chemiehandel
WANN: 22.09.2026
WAS: Für den Handel und insbesondere den Export chemischer Stoffe gilt eine Vielzahl komplexer Handelskontroll-, Zoll-, Außenwirtschafts- und Antidumpingvorgaben, die in betriebliche Compliance-Strukturen integriert werden müssen.
BETRIFFT: Chemikalienexport / Zoll / Handelskontrollen / Außenwirtschaftsrecht / kumulative Regulierung
FOLGE: fortlaufender Prüfungs-, Schulungs- und Compliance-Aufwand
QUELLE: VCI

631.

WER: IHK Lippe zu Detmold
WANN: 11.08.2026
WAS: Zu bestehenden Dokumentations-, Berichts- und Nachweispflichten kommen durch den AI Act Transparenz-, Kennzeichnungs-, Schulungs- und Qualifikationsanforderungen hinzu. Kleine Unternehmen verfügen häufig nicht über eigene Compliance-Abteilungen.
BETRIFFT: AI Act / Dokumentation / Schulung / CE-Kennzeichnung / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzlicher Schulungs- und Dokumentationsaufwand sowie mögliche Wettbewerbsnachteile für den Mittelstand
QUELLE: IHK Lippe

632.

WER: Bitkom
WANN: 14.09.2026
WAS: 89 Prozent der vom AI Act betroffenen oder ihre Betroffenheit prüfenden Unternehmen erwarten einen hohen Umsetzungsaufwand; 51 Prozent sogar einen sehr hohen. Fehlende Standards verstärken die Rechtsunsicherheit.
BETRIFFT: AI Act / Hochrisiko-KI / Compliance / Standards
FOLGE: hoher Umsetzungsaufwand, Rechtsunsicherheit und gebremster KI-Einsatz
QUELLE: Bitkom

633.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: Bei den Energieeffizienzvorgaben für Rechenzentren kritisiert Bitkom einen nicht für unterschiedliche Betriebsbedingungen geeigneten Effizienzgrenzwert und eine zusätzliche deutsche Berichtsplattform neben dem europäischen System.
BETRIFFT: Energieeffizienzgesetz / Rechenzentren / Berichterstattung / Doppelstrukturen
FOLGE: zusätzliche Nachweise und Berichte sowie gefährdete Investitionen in neue Rechenzentren
QUELLE: Bitkom

634.

WER: PwC Deutschland
WANN: 24.09.2026
WAS: 41 Prozent der befragten deutschen Führungskräfte aus Automobilherstellern und Tier-1-Zulieferern zählen regulatorische Veränderungen zu ihren drei größten externen Bedrohungen; 39 Prozent nennen Zölle.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Zulieferer / Regulierung / Zölle / kumulative Belastung
FOLGE: politisch verursachte Unsicherheit und erschwerte Finanzierung der Transformation
QUELLE: PwC Deutschland

635.

WER: vbw, bayme vbm, Südwestmetall und Gesamtmetall
WANN: 07.09.2026
WAS: Die ELAB-2040-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Flottenregulierung in Verbindung mit Markt- und Transformationsbedingungen einen erheblichen Rückgang von Wertschöpfung und Beschäftigung in der europäischen Automobilindustrie auslösen kann.
BETRIFFT: Automobilindustrie / CO_2-Flottenregulierung / Technologieoffenheit
FOLGE: Verlust von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen sowie geringere Investitionssicherheit
QUELLE: vbw

636.

WER: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
WANN: 24.08.2026
WAS: Deutsche Unternehmen müssen ihre Angaben im US-Importer-Identity-Formular prüfen. Falsche oder unvollständige Daten können zur Ungültigkeit der Importeurkennung

führen; weitere Offenlegungs-, Zertifizierungs- und Kontrollpflichten sind angekündigt.
BETRIFFT: US-Zoll / Registrierung / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: zusätzlicher Prüfungsaufwand; bei fehlerhaften Daten droht der Ausschluss von Wareneinfuhren in die USA
QUELLE: vbw

637.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
WANN: 15.05.2026
WAS: 59 Prozent der befragten deutschen Unternehmen in den USA melden zusätzlichen Aufwand durch Zollverfahren, Ursprungsnachweise und Compliance-Anforderungen. Besonders komplex sind die Herkunftsnachweise für Stahl- und Aluminiumanteile.
BETRIFFT: US-Zölle / Ursprungsnachweise / Stahl und Aluminium / Compliance
FOLGE: Neun Prozent schufen zusätzliche Stellen oder beauftragten externe Berater; Handel wird kostspieliger und fehleranfälliger
QUELLE: DIHK

638.

WER: Lebensmittelverband Deutschland und sieben weitere Wirtschaftsverbände
WANN: 11.06.2026
WAS: Die Verbände warnen, dass bereits produzierte, bislang rechtmäßig vermarktete Waren wegen neuer Kennzeichnungs- und Informationspflichten der EmpCo-Umsetzung nicht mehr rechtssicher verkauft werden könnten.
BETRIFFT: EmpCo / Kennzeichnung / Informationspflichten / Produktverkauf
FOLGE: Warenvernichtung, wirtschaftliche Schäden entlang der Wertschöpfungskette und zusätzliche Bürokratie
QUELLE: Lebensmittelverband Deutschland

639.

WER: IHK Kassel-Marburg
WANN: 26.08.2026
WAS: Bei der PPWR widersprechen sich nach Darstellung der IHK die Auslegung der Zentralen Stelle Verpackungsregister und die Hinweise der EU-Kommission zum Erzeugerbegriff. Je nach Auslegung müssen Unternehmen technische Dokumentationen und Konformitätserklärungen erstellen.
BETRIFFT: PPWR / LUCID / technische Dokumentation / Konformitätserklärung
FOLGE: erhebliche Rechts- und Planungsunsicherheit bei der betrieblichen Umsetzung
QUELLE: IHK Kassel-Marburg

640.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 16.09.2026
WAS: Der ZDH sieht kleine und mittlere Handwerksbetriebe durch eine zunehmend detaillierte EU-Gesetzgebung sowie pauschale Nachweis-, Prüf- und Dokumentationspflichten gleichzeitig belastet.
BETRIFFT: kumulative EU-Regulierung / Nachweise / Prüfungen / Dokumentation

FOLGE: weniger betrieblicher Handlungsspielraum und überproportionale Belastung kleiner Betriebe ohne eigene Rechtsabteilungen
QUELLE: ZDH

641.

WER: PwC Deutschland
WANN: 27.05.2026
WAS: Deutsche Finanzinstitute bewerten die Datenanforderungen des neuen EU-Geldwäschepakets mehrheitlich als überzogen; nur 34 Prozent halten sich für die fristgerechte Umsetzung gerüstet.
BETRIFFT: EU-Geldwäschepaket / KYC / Kundendaten / Nachweispflichten
FOLGE: steigende Compliance-Kosten, zusätzliche Fachkräfte und Ausbau der Geldwäscheteams
QUELLE: PwC Deutschland

642.

WER: Bankenverband
WANN: 17.09.2026
WAS: Der Verband sieht bei der Auslegung der EU-Geldwäscheverordnung zahlreiche offene Fragen, während wichtige delegierte Rechtsakte noch fehlen.
BETRIFFT: EU-Geldwäscheverordnung / KYC / wirtschaftlich Berechtigte / Kundendaten
FOLGE: Rechtsunsicherheit und zusätzlicher Aufwand für Auslegung, Datenerhebung und interne Umsetzungsstandards
QUELLE: Bankenverband

643.

WER: Verband der Chemischen Industrie (VCI)
WANN: 25.09.2026
WAS: Der VCI kritisiert bei der Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie zusätzliche Umwelt-, Ressourcen-, Prüf- und Dokumentationsanforderungen, die teilweise bereits durch andere Vorschriften abgedeckt seien.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Genehmigungen / Prüf- und Dokumentationspflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Investitions- und Anpassungskosten sowie geringere Planungs- und Rechtssicherheit für rund 1.900 Chemieanlagen
QUELLE: VCI

644.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)
WANN: 09.09.2026
WAS: Der BPI fordert, den EU Public Procurement Act und den Critical Medicines Act so abzustimmen, dass keine doppelten Nachweise oder widersprüchlichen Anforderungen entstehen.
BETRIFFT: Arzneimittelbeschaffung / Zertifizierung / Nachweise / kumulative EU-Regulierung
FOLGE: andernfalls Rechtsunsicherheit und zusätzliche Belastungen insbesondere für

mittelständische Arzneimittelhersteller
QUELLE: BPI

645.

WER: IHK Ostwestfalen
WANN: 10.09.2026
WAS: Nicht berichtspflichtige Mittelständler müssen Nachhaltigkeitsinformationen häufig mehrfach und in unterschiedlichen Fragebögen an Geschäftspartner, Banken und Investoren liefern.
BETRIFFT: CSRD / Lieferkettendaten / Nachhaltigkeitsnachweise / kumulative Datenabfragen
FOLGE: erheblicher wiederkehrender Arbeitsaufwand trotz vereinfachtem freiwilligem Berichtsstandard
QUELLE: IHK Ostwestfalen

646.

WER: IHK Frankfurt am Main
WANN: 02.09.2026
WAS: Unternehmen müssen bestehende Werbung und Verpackungen an die verschärften Vorgaben für Umweltaussagen anpassen; eine Abverkaufsfrist ist nicht vorgesehen.
BETRIFFT: EmpCo-Richtlinie / Green Claims / Verpackungskennzeichnung
FOLGE: zusätzliche Prüfkosten sowie Umetikettierung oder Neuverpackung vorhandener Bestände
QUELLE: IHK Frankfurt am Main

647.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 07.09.2026
WAS: Der ZDH warnt, dass die vorgesehene Meldung von Unterrichtsstunden für einzelne Maßnahmeabschnitte den bereits hohen Aufwand beim Aufstiegs-BAföG weiter erhöht.
BETRIFFT: AFBG / Nachweis- und Meldepflichten / berufliche Weiterbildung
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand für Bildungsstätten, Handwerksorganisationen und Teilnehmende
QUELLE: ZDH

648.

WER: IHK Region Stuttgart
WANN: 05.05.2026
WAS: Post-, Kurier- und Paketdienstleister müssen sich elektronisch bei der Bundesnetzagentur registrieren und dafür Identitäts- und Unternehmensnachweise einreichen.
BETRIFFT: Postgesetz / Anbieterregister / Registrierung / Marktzugang
FOLGE: Ohne Eintragung oder akzeptierten Antrag darf die Tätigkeit nicht aufgenommen beziehungsweise fortgeführt werden.
QUELLE: IHK Region Stuttgart

649.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft und fünf weitere europäische Versicherungsverbände
WANN: 26.05.2026
WAS: Die Verbände kritisieren Doppelregulierung, unverhältnismäßige Berichtspflichten und zusätzliche Belastungen durch nicht ausreichend abgestimmte Finanzmarkt-, KI- und Digitalvorschriften.
BETRIFFT: Versicherungsregulierung / Berichtspflichten / KI-Regulierung / kumulativer Aufwand
FOLGE: geringere Investitions-, Innovations- und Wachstumsmöglichkeiten
QUELLE: GDV

650.

WER: Christian Kullmann, Vorstandsvorsitzender von Evonik
WANN: 20.05.2026
WAS: Kullmann erklärte, Unternehmen müssten ihre Standorte und Wertschöpfungsketten wegen des zunehmenden Protektionismus stärker regionalisieren, und verlangte eine Entlastung von unnötiger Regulierung.
BETRIFFT: Exporthemmnisse / Protektionismus / Regulierung / internationale Wertschöpfungsketten
FOLGE: stärkere Regionalisierung von Produktionsstandorten und Lieferketten
QUELLE: VCI – Handelsblatt-Jahrestagung Chemie

651.

WER: Bitkom
WANN: 25.09.2026
WAS: 92 Prozent der befragten Unternehmen bewerten den Datenschutzaufwand als hoch; 71 Prozent melden einen weiteren Anstieg. Dokumentationspflichten und ständig neue rechtliche Entwicklungen verhindern einen Abschluss der Umsetzung.
BETRIFFT: DSGVO / Dokumentationspflichten / Datenschutzaufsicht
FOLGE: kompliziertere Geschäftsprozesse, wiederholte Prüfungen neuer IT-Werkzeuge und Behinderung von KI-Projekten
QUELLE: Bitkom

652.

WER: Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
WANN: 12.08.2026
WAS: Der ZDH kritisiert neue Anforderungen des Jahressteuergesetzes bei der Lohnabrechnung und der steuerlichen Behandlung der ersten Tätigkeitsstätte.
BETRIFFT: Jahressteuergesetz / Lohnabrechnung / steuerliche Nachweise
FOLGE: Anpassung von Lohnabrechnungen, IT-Systemen und Verträgen sowie Beratungs- und Umstellungskosten
QUELLE: ZDH

653.

WER: Verbändeallianz aus VDF, BVWS, BVLH, BRS, DBV, DRV und ISN
WANN: 04.09.2026

WAS: Die Verbände fordern beim Tierhaltungskennzeichnungsgesetz den Verzicht auf zusätzliche Registrierungen und die Anerkennung bereits vorhandener ausländischer Kennzeichnungssysteme und Zertifikate.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnungsgesetz / Registrierung / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: andernfalls parallele Registrierung und erneute Zertifizierung bereits kontrollierter ausländischer Erzeugnisse
QUELLE: Verband der Fleischwirtschaft

654.

WER: DEHOGA Berlin
WANN: 08.09.2026
WAS: Hotels und Gastronomiebetriebe können durch gebrandete Verpackungen selbst zum Verpackungserzeuger werden und damit zusätzliche Konformitäts- und Herstellerpflichten übernehmen.
BETRIFFT: PPWR / technische Dokumentation / Konformitätserklärung / LUCID / EPR
FOLGE: Prüfung und Aktualisierung von Registerdaten, Systembeteiligung und Mengenmeldungen sowie Beschaffung zusätzlicher Lieferantennachweise
QUELLE: DEHOGA Berlin

655.

WER: NWB Betriebswirtschaftliche Beratung
WANN: 24.09.2026
WAS: Das Fachmedium berichtet, dass jeder zweite Beschäftigte mindestens einen Arbeitstag pro Woche für Berichts- und Dokumentationspflichten verwendet; bei jedem Dritten ist der Zeitaufwand weiter gestiegen.
BETRIFFT: Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten / kumulativer Bürokratieaufwand
FOLGE: Bürokratiekosten von durchschnittlich rund sieben Prozent des Jahresumsatzes und Entzug knapper Arbeitszeit aus produktiven Tätigkeiten
QUELLE: NWB

656.

WER: BDE und Verbändeallianz Kreislaufwirtschaft durch Sekundärbaustoffe
WANN: 08.09.2026
WAS: Die Verbände sehen in den rechtlichen, vergaberechtlichen und technischen Vorgaben weiterhin Hindernisse für die Verwendung erprobter Sekundärbaustoffe.
BETRIFFT: Ersatzbaustoffverordnung / Vergaberecht / Abfallende / Umweltanforderungen
FOLGE: geeignete Sekundärmaterialien gelangen trotz technischer Verwendbarkeit nicht zuverlässig in den Markt; bestehende Stoffkreisläufe werden behindert
QUELLE: BDE

657.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung bezeichnet den Dokumentationsaufwand bei der praktischen Anwendung des Lobbyregistergesetzes als dringend abbaubedürftig.

BETRIFFT: Lobbyregistergesetz / Registrierung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungs- und Prüfaufwand für betroffene Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

658.

WER: Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften (VAZ)
WANN: 25.09.2026
WAS: Der VAZ warnt, dass die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle zulasten akkreditierter Zertifizierungsstellen geht.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / DAkkS-Gebühren
FOLGE: zusätzliche Gebührenbelastung für Zertifizierungsstellen und mittelbar höhere Zertifizierungskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

659.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 14.09.2026
WAS: Der VDA kritisiert widersprüchliche Vorgaben verschiedener EU-Regelwerke für Berechnung, Offenlegung und Verifizierung von CO_2-Emissionen sowie eine mögliche CBAM-Ausweitung auf Fahrzeugkomponenten.
BETRIFFT: CBAM / Fahrzeugkomponenten / Lieferkettendaten / CO_2-Lebenszyklusnachweise
FOLGE: Mehrfachnachweise, zusätzliche Berichts- und Meldepflichten sowie erhöhte CBAM-Kosten bei fehlenden Emissionsdaten von Vorprodukten
QUELLE: VDA

660.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 12.08.2026
WAS: Der VDA kritisiert, dass die europäische Geldwäscheverordnung ab 2027 auch reine Industrieholdings der Automobilwirtschaft mit geldwäscherechtlichen Pflichten erfassen würde.
BETRIFFT: EU-Geldwäscheverordnung / Industrieholdings / KYC / Compliance
FOLGE: Aufbau zusätzlicher Geldwäscheprüfungen, interner Kontrollprozesse und Dokumentationen außerhalb des Finanzsektors
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

661.

WER: Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 15.07.2026
WAS: Vorgesehene Vereinfachungen des Bankenmeldewesens ersetzen bestehende Anforderungen teilweise durch neue Meldepflichten, zusätzliche Datenanforderungen und veränderte Formulare.
BETRIFFT: EBA-Meldewesen / ESG-Risiken / Stresstests / Asset Encumbrance

FOLGE: technischer Anpassungsaufwand sowie zusätzliche Melde- und Umsetzungskosten
QUELLE: Bankenverband – Originalquelle

662.

WER: Pharma Deutschland
WANN: 17.09.2026
WAS: Der Verband warnt vor zusätzlichen anlasslosen Re-Evaluationen und Kosten-Nutzen-Bewertungen von Arzneimitteln neben den bereits regelmäßig stattfindenden AMNOG-Verfahren.
BETRIFFT: AMNOG / Nutzenbewertung / zusätzliche Bewertungsverfahren
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und Preisverfahren sowie Belastungen für Versorgung und Innovation
QUELLE: Pharma Deutschland – Originalquelle

663.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BGA bezeichnet das geltende Fristenmodell bei der Einfuhrumsatzsteuer als Wettbewerbsnachteil und fordert eine direkte Verrechnung.
BETRIFFT: Einfuhrumsatzsteuer / Import / Zollabwicklung
FOLGE: bürokratischer Aufwand, Liquiditätsbelastung und Standortnachteile für Handel und Logistik
QUELLE: BGA – Originalquelle

664.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen
WANN: 03.07.2026
WAS: Neue Produktvorschriften zu Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Cybersicherheit treffen auf föderal unterschiedliche Zuständigkeiten und Vollzugspraxen. Besonders KMU leiden unter steigenden Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Produktsicherheit / Marktüberwachung / Nachhaltigkeits- und Cybersicherheitsvorgaben
FOLGE: kumulative Bürokratiekosten, Mehrfachbereitstellung von Informationen und gebundene Ressourcen
QUELLE: BGA – Originalquelle

665.

WER: Werter GmbH im Auftrag von Shionogi und Novartis Pharma
WANN: 01.07.2026
WAS: Getrennte Genehmigungsverfahren für Strahlenschutz, Medizinprodukte und Arzneimittel sowie uneinheitliche Kosten- und Vertragsstrukturen erhöhen den Aufwand klinischer Studien in Deutschland.
BETRIFFT: klinische Forschung / Arzneimittelrecht / Medizinprodukterecht / Strahlenschutz
FOLGE: höherer administrativer Aufwand und verzögerte Studienstarts
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

666.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 04.06.2026
WAS: Der geplante europäische Quality Jobs Act drohe zusätzliche Berichtspflichten in bereits national geregelten Bereichen wie Datenschutz, Arbeitsschutz, Arbeitszeit und Mindestlohn zu schaffen.
BETRIFFT: Quality Jobs Act / Datenschutz / Arbeitsschutz / Arbeitszeit / Mindestlohn
FOLGE: Doppelregulierung und kumulative Berichtspflichten für Arbeitgeber
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

667.

WER: Genossenschaftsverband Bayern
WANN: 13.08.2026
WAS: Der Verband kritisiert widersprüchliche Vorgaben zur Aufzeichnung von Telefon- und Videogesprächen: MiFID II verlangt Aufzeichnungen, während Wohnimmobilien- und Verbraucherkreditrecht darauf verzichten.
BETRIFFT: MiFID II / Verbraucherkreditrecht / Dokumentationspflichten
FOLGE: unnötiger Aufzeichnungs-, Speicher- und Compliance-Aufwand bei Banken
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

668.

WER: ZVEI – Verband der Elektro- und Digitalindustrie
WANN: 17.09.2026
WAS: 85 Prozent der befragten Branchenentscheider nennen Bürokratie, regulatorische Unsicherheit und lange Genehmigungszeiten als Investitionshemmnisse.
BETRIFFT: kumulativer Regulierungsaufwand / Genehmigungen / Standortbedingungen
FOLGE: zusätzliche Investitionen der Elektro- und Digitalindustrie in Deutschland werden gebremst
QUELLE: Produktion

669.

WER: Onekey
WANN: 02.09.2026
WAS: Deutsche Industrieunternehmen sehen insbesondere die 24-Stunden-Meldepflicht, Softwarestücklisten, Schwachstellenmanagement und „Security by Design“ als Hürden bei der CRA-Umsetzung.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / Meldepflichten / SBOM / Produktdokumentation
FOLGE: hoher Umsetzungsdruck; Unternehmen befürchten, Produktportfolios nicht fristgerecht vollständig anpassen zu können
QUELLE: Produktion

670.

WER: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen
WANN: 16.09.2026
WAS: Der BGA warnt, dass „Made in Europe“- und Local-Content-Vorgaben im geplanten

Industrial Accelerator Act neue Handelsbarrieren schaffen könnten.
BETRIFFT: Marktzugang / Local Content / Lieferketten / Industrial Accelerator Act
FOLGE: verteuerte Lieferketten und geschwächte Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: BGA – Originalquelle

671.

WER: Verband der Automobilindustrie
WANN: 17.06.2026
WAS: 84 Prozent der befragten mittelständischen Automobilunternehmen fühlen sich stark oder sehr stark durch Bürokratie, Vorschriften und Auflagen belastet.
BETRIFFT: kumulativer Regulierungsaufwand / Automobilzulieferer
FOLGE: gebundene Kapazitäten sowie weniger Geld und Energie für Investitionen und Beschäftigung
QUELLE: VDA – Originalquelle

672.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 14.07.2026
WAS: Trotz angekündigter Entlastungen entstehen gleichzeitig neue Pflichten durch das Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur, die EU-Verpackungsverordnung und die EU-Entwaldungsverordnung.
BETRIFFT: EUDR / PPWR / Umweltrecht / Berichts- und Dokumentationspflichten
FOLGE: kumulativer Mehraufwand und gebundene Ressourcen für Innovationen und Investitionen
QUELLE: DIHK – Originalquelle

673.

WER: Verband der Chemischen Industrie
WANN: 25.09.2026
WAS: Die deutsche Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie übernehme nicht alle europäischen Ausnahmen und ergänze bereits anderweitig abgedeckte Prüf- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Umweltrecht / Gold-Plating
FOLGE: Rechtsunsicherheit sowie zusätzliche Prüf-, Dokumentations-, Investitions- und Anpassungskosten
QUELLE: VCI – Originalquelle

674.

WER: Verband der Chemischen Industrie
WANN: 04.09.2026
WAS: Der VCI kritisiert die erweiterte Herstellerverantwortung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie als komplexe und rechtlich unsichere Finanzierungskonstruktion für Pharma- und Kosmetikunternehmen.
BETRIFFT: Kommunalabwasserrichtlinie / EPR / Pharma- und Kosmetikindustrie
FOLGE: zusätzliche Finanzierungslasten, Bürokratie und Rechtsunsicherheit
QUELLE: VCI – Originalquelle

675.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie
WANN: 23.09.2026
WAS: Der geplante Public Procurement Act könne durch europäische Präferenz-, Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien neue Nachweis- und Dokumentationspflichten erzeugen.
BETRIFFT: Vergaberecht / „Made in Europe“ / Lieferkettennachweise
FOLGE: zusätzlicher Bürokratieaufwand und erschwerte Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen
QUELLE: BDI – Originalquelle

676.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie
WANN: 02.09.2026
WAS: Nachträgliche Anforderungen, wechselnde Rechtsgrundlagen, Mehrfacherhebungen und unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe verzögern Umwelt- und Industriegenehmigungen.
BETRIFFT: Umweltmodernisierungsgesetz / UVPG / Immissionsschutz / Naturschutzprüfungen
FOLGE: längere Verfahren, zusätzliche Anforderungen und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: BDI – Originalquelle

677.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie
WANN: 10.09.2026
WAS: Industrieunternehmen haben durchschnittlich rund 200 Behördenkontakte jährlich; KMU fehlen Personal und Zeit für Nachhaltigkeits-, Lieferketten-, Melde-, Nachweis- und Statistikpflichten.
BETRIFFT: kumulative Bürokratie / Lieferkettendaten / Nachhaltigkeitsberichte / Statistikpflichten
FOLGE: hohe Compliance-Kosten und gebremste Investitionen
QUELLE: BDI – Originalquelle

678.

WER: Genossenschaftsverband Bayern
WANN: 11.08.2026
WAS: Bei der Umsetzung der CRD-VI-Vorgaben zu ESG-Risiken seien durch einen verpflichtenden Zehnjahreszeitraum und zusätzliche Eignungsanforderungen nationale Verschärfungen entstanden.
BETRIFFT: CRD VI / ESG-Risikomanagement / Kreditwesengesetz
FOLGE: zusätzlicher langfristiger Prüf-, Planungs- und Nachweisaufwand für Banken
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

679.

WER: Genossenschaftsverband Bayern
WANN: 11.08.2026
WAS: Der Verband kritisiert die verpflichtende jährliche Abschlussprüfung bestimmter

Anforderungen nach § 84 WpHG und fordert risikoorientierte Ausnahmen durch die Aufsicht.
BETRIFFT: Wertpapierhandelsgesetz / Abschlussprüfung / Nachweispflichten
FOLGE: jährlich wiederkehrender Prüfungs- und Kostenaufwand für Kreditinstitute
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

680.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Unterschiedliche nationale Registrierungs-, Melde-, Verpackungs-, Entsorgungs-, Entsende- und Arbeitsschutzvorgaben erschweren Unternehmen den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr.
BETRIFFT: EU-Binnenmarkt / Entsendemeldungen / PPWR / Registrierungen / Nachweispflichten
FOLGE: erheblicher Zusatzaufwand bei Exporten sowie Montage-, Wartungs- und Baustelleneinsätzen
QUELLE: IHK Pfalz – Originalquelle

681.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 14.08.2026
WAS: Der VDA fordert einheitliche und verbindliche Datenschutzverfahren sowie eine strukturierte Beteiligung der Wirtschaft an Entscheidungen der Datenschutzkonferenz. Unterschiedliche Auslegungen durch mehrere Aufsichtsbehörden erschwerten datenbasierte Geschäftsmodelle.
BETRIFFT: BDSG / Datenschutz / Behördenzuständigkeiten / kumulative Regulierung
FOLGE: Rechtsunsicherheit und mehrfacher administrativer Aufwand für Automobilunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

682.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 04.09.2026
WAS: Bei Einzelgenehmigungen, Fahrzeugumbauten, Sonderfahrzeugen und Kleinserien müssten bewährte Genehmigungsverfahren erhalten und zusätzliche bürokratische Anforderungen vermieden werden.
BETRIFFT: Fahrzeugzulassung / Typgenehmigung / Zertifizierung / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche Genehmigungskosten und erschwerte Einführung technischer Innovationen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

683.

WER: Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks
WANN: 17.08.2026
WAS: Der Verband fordert, elektronische Kassenbelege nur auf Kundenwunsch bereitstellen zu müssen, mobile Verkaufsstellen auszunehmen und zusätzliche Meldungen beim Wechsel technischer Sicherheitseinrichtungen zu vermeiden oder zu automatisieren.

BETRIFFT: Kassenpflicht / Belegpflicht / Registrierungen / Dokumentationspflichten
FOLGE: Investitions-, Melde- und Verwaltungsaufwand für Bäckereibetriebe
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

684.

WER: Bundesverband der Freien Berufe (BFB)
WANN: 11.09.2026
WAS: Eine verpflichtende elektronische Registrierkasse sei für viele Freiberufler unverhältnismäßig, da Rechnungen überwiegend per Überweisung bezahlt würden und nur vereinzelt Barzahlungen, Kartenzahlungen oder gesetzliche Zuzahlungen anfielen.
BETRIFFT: Kassenpflicht / Aufzeichnungspflichten / Dokumentation
FOLGE: unverhältnismäßige Anschaffungs-, Betriebs- und Dokumentationskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

685.

WER: RheinEnergie AG
WANN: 04.09.2026
WAS: Das Vergaberecht dürfe öffentlich beeinflusste Energieversorger bei Investitionen in Energie- und Netzinfrastruktur nicht durch zusätzliche Verfahrensanforderungen benachteiligen.
BETRIFFT: Vergaberecht / Genehmigungen / Infrastruktur / kumulative Bürokratie
FOLGE: höhere Projektkosten und Verzögerungen beim Ausbau der Energieinfrastruktur
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

686.

WER: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)
WANN: 25.06.2026
WAS: Der Entwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes könne bei Verkehrsunternehmen erheblichen personellen, bürokratischen und finanziellen Aufwand sowie Konflikte mit bereits bestehenden Vorschriften verursachen.
BETRIFFT: Barrierefreiheitsrecht / Nachweispflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzlicher Personal-, Verwaltungs- und Kostenaufwand für Verkehrsunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

687.

WER: GE HealthCare
WANN: 19.06.2026
WAS: Zusätzliche Anforderungen des AI Act sollten in die bestehenden Verfahren der Medizinprodukteverordnung integriert werden. Wiederkehrende Rezertifizierungen und unklare Zuständigkeiten von Marktüberwachung, Benannten Stellen und Akkreditierungsstellen führten zu Doppelregulierung.
BETRIFFT: MDR / AI Act / Zertifizierung / Marktzugang / kumulative Regulierung
FOLGE: wiederholte Zertifizierungskosten und verzögerter Marktzugang für Medizinprodukte
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

688.

WER: eurocom e. V.
WANN: 01.06.2026
WAS: Der Verband fordert eine allgemeine Ausnahme für medizinisch notwendige PFAS-Anwendungen sowie längere Übergangsfristen, bessere Informationen aus den Lieferketten und international einheitliche Vorgaben.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Medizinprodukte / Lieferkettendaten
FOLGE: zusätzlicher Nachweisaufwand sowie drohende Liefer- und Marktzugangsprobleme bei Medizinprodukten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

689.

WER: AGDW – Die Waldeigentümer / Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 01.07.2026
WAS: Die EUDR verursache für deutsche Forstbetriebe einen erheblichen Berichtsaufwand, obwohl nationale und landesrechtliche Regelungen die Entwaldungsziele bereits erfüllten und in Deutschland kein unmittelbares Entwaldungsrisiko bestehe.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Berichtspflichten / kumulative Regulierung
FOLGE: doppelte Dokumentations- und Nachweispflichten für Forstbetriebe
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

690.

WER: pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme
WANN: 14.08.2026
WAS: Deutsche Hersteller hielten die Anforderungen für Lebensmittelkontakt- und Bedarfsgegenstände ein, während außereuropäische Anbieter nach Einschätzung des Verbandes Kontrollen umgehen und häufig nicht regelkonforme Produkte auf den Markt bringen könnten.
BETRIFFT: Bedarfsgegenständeverordnung / Marktüberwachung / Marktzugang
FOLGE: Wettbewerbsnachteil für regelkonforme deutsche Hersteller
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

691.

WER: Verband Internet Reisevertrieb (VIR)
WANN: 15.09.2026
WAS: Bei neuen Regelungen müssten die kumulativen Belastungen und verfügbaren Umsetzungskapazitäten einer Branche berücksichtigt werden. Der Verband fordert das Once-Only-Prinzip für Meldungen und regelmäßige Überprüfungen bestehender Gesetze.
BETRIFFT: Meldepflichten / kumulative Regulierung / Once-Only-Prinzip
FOLGE: Überlastung betrieblicher Umsetzungskapazitäten und mehrfacher Meldeaufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

692.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure (BSI)
WANN: 22.09.2026

WAS: Bei zusammengesetzten Verpackungen sei unklar, welches Unternehmen nach der PPWR als Erzeuger gilt und die entsprechenden Pflichten übernehmen muss. Kleinstunternehmen könnten dadurch faktisch von der vorgesehenen Ausnahme ausgeschlossen werden.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerdefinition / Registrierung / EPR
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und mögliche Belastung von Kleinstunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

693.

WER: Thermo Fisher Scientific
WANN: 16.09.2026
WAS: Unterschiedliche Vollzugspraktiken der Bundesländer und nicht frühzeitig festgelegte Anforderungen an einzureichende Unterlagen führten bei industriellen Investitionsvorhaben zu zusätzlichen Nachforderungen.
BETRIFFT: Genehmigungen / Dokumentationspflichten / Behördenverfahren
FOLGE: längere Genehmigungsverfahren und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

694.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 27.08.2026
WAS: Unternehmen, die Verpackungen in mehreren Mitgliedstaaten vertreiben, müssten sich national registrieren und in jedem Land einen Verpackungsbevollmächtigten bestellen. Bagatellgrenzen für geringe Versandmengen fehlten.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / EPR / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: Fixkosten je Zielland und Hemmnisse für den europäischen Marktzugang
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

695.

WER: Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften (VAZ)
WANN: 25.09.2026
WAS: Die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle erfolge finanziell zulasten der akkreditierten Zertifizierungsstellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: höhere Compliance- und Zertifizierungskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

696.

WER: Lufthansa Technik AG
WANN: 01.07.2026
WAS: Bei CBAM seien praktikable Regelungen für die Ermittlung eingebetteter Emissionen sowie für Melde-, Nachweis-, Zertifikats-, IT- und Zollprozesse erforderlich.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / Emissionsdaten / Zertifikatspflichten
FOLGE: umfangreicher Daten-, Nachweis- und Zollaufwand für die Luftfahrttechnik
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

697.

WER: Lufthansa Technik AG
WANN: 01.07.2026
WAS: Die Anwendung der EUDR auf hochverarbeitete Luftfahrtprodukte erfordere praktikable Sorgfalts-, Geolokalisierungs-, Nachweis-, Kontroll- und IT-Verfahren für komplexe globale Lieferketten.
BETRIFFT: EUDR / Geolokalisierung / Lieferkettendaten / IT-Prozesse
FOLGE: zusätzlicher Daten- und Kontrollaufwand in weltweit verzweigten Ersatzteillieferketten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

698.

WER: Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG)
WANN: 01.07.2026
WAS: Enge Fristen, komplexe Anforderungen und unklare Umsetzungsregeln der EU-Methanverordnung könnten dazu führen, dass ein erheblicher Teil der Erdgasimporte nicht regelkonform verfügbar wäre.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Importnachweise / Compliance / Marktzugang
FOLGE: mögliche Einschränkungen bei Erdgasimporten sowie höhere Versorgungs- und Produktionskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

699.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Nationale und europäische Lieferkettenvorgaben müssten aufeinander abgestimmt werden, um Doppelregulierung und unverhältnismäßige Anforderungen an Industrieunternehmen und deren Lieferketten zu verhindern.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten / kumulative Regulierung
FOLGE: doppelte Sorgfalts-, Dokumentations- und Compliance-Belastungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

700.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Bei Planungs-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren im Schienenverkehr müssten Doppelprüfungen vermieden und Umwelt- und Genehmigungsverfahren effizienter organisiert werden.
BETRIFFT: Zulassungen / Genehmigungen / Umweltprüfungen / kumulative Bürokratie
FOLGE: mehrfacher Prüfaufwand und verzögerte Schieneninfrastrukturprojekte
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

701.

WER: DSLV Bundesverband Spedition und Logistik
WANN: 24.09.2026

WAS: Der DSLV kritisiert kurze Einreichungsfristen, einen dreimonatigen Prüfungszeitraum und kurze Zertifikatslaufzeiten bei der Umsetzung des Bundestariftreuegesetzes.
BETRIFFT: Unterlagen / Zertifizierung / öffentliche Vergabe / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie, Zertifizierungskosten und erschwerte Teilnahme an Bundesvergaben
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

702.

WER: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
WANN: 25.09.2026
WAS: Die PPWR betreffe die Branche gleichzeitig durch Herstellerregister, Rollenabgrenzungen, Registrierungen, Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten sowie Vorgaben für Transport-, Mehrweg- und B2B-Verpackungen.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Lieferketten / kumulative Regulierung
FOLGE: umfangreicher koordinativer und administrativer Aufwand in grenzüberschreitenden Lieferketten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

703.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 24.09.2026
WAS: Beim Cloud and AI Development Act müssten zusätzliche Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen mit NIS2 und dem Cybersecurity Act vermieden werden.
BETRIFFT: CADA / NIS2 / Cybersecurity Act / kumulative Regulierung
FOLGE: parallele Compliance-, Audit- und Berichtspflichten für Energieunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

704.

WER: Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL)
WANN: 13.07.2026
WAS: Logistikunternehmen sollten zusätzlich sämtliche vorhandenen und kurzfristig angemieteten Fahrzeuge sowie die Beschäftigtenzahl an die Verkehrsunternehmensdatei melden. Bereits bei Behörden vorhandene Informationen würden damit erneut bei den Betrieben abgefragt.
BETRIFFT: Fahrzeugdaten / Meldepflichten / Register / Once-Only-Prinzip
FOLGE: zusätzliche Fristen, Prüfpflichten und Sanktionsrisiken für Logistikunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

705.

WER: Verband des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg
WANN: 19.06.2026
WAS: Reparaturfähige Fahrzeuge dürften nicht aufgrund pauschaler formaler Bewertungen vorschnell als Altfahrzeuge eingestuft werden. Kosten und organisatorische Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung dürften nicht auf Handel und Werkstätten verlagert werden.

BETRIFFT: Altfahrzeugverordnung / EPR / Fahrzeugbewertung
FOLGE: mögliche Produktstreichung reparaturfähiger Fahrzeuge und zusätzliche Kosten für Werkstätten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

706.

WER: Der Mittelstand – BVMW
WANN: 24.07.2026
WAS: Vorgaben zu Fahrschulausbildung, Prüfungen, Dokumentation und Qualifikation sollten bundesweit vereinheitlicht und administrativ einfacher umgesetzt werden können.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Prüfungen / Qualifikationsanforderungen
FOLGE: Verwaltungs- und Kostenbelastungen für Fahrschulunternehmen und Prüfstellen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

707.

WER: DEKRA SE
WANN: 25.08.2026
WAS: Die EU-Altfahrzeugverordnung erfordere klare Regeln für Fahrzeugbewertungen, technische Prüfungen, Fahrzeug- und Batterienachweise, den digitalen Fahrzeug-Kreislaufpass sowie die Anbindung an europäische Datenaustauschsysteme.
BETRIFFT: Altfahrzeugverordnung / Batterienachweise / digitaler Fahrzeugpass
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Daten- und Nachweisaufwand im Fahrzeugkreislauf
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

708.

WER: ArianeGroup GmbH
WANN: 27.07.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine Reform und Vereinfachung der REACH-Verordnung einschließlich der PFAS-Regelungen und der entsprechenden Anhänge.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Stoffbeschränkungen
FOLGE: regulatorischer Anpassungs- und Materialsubstitutionsaufwand in der Luft- und Raumfahrtindustrie
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

709.

WER: Mainova AG
WANN: 07.09.2026
WAS: Die Beschaffungsvorgaben des Industrial Accelerator Act könnten für öffentliche Energieunternehmen komplexere Vergabeverfahren, weniger Bieter und höhere Rechtsrisiken verursachen.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / öffentliche Beschaffung / Vergaberecht
FOLGE: verteuerte Beschaffung und verlangsamter Ausbau von Energie- und Netzinfrastruktur
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

710.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Die Förderfähigkeit nach dem Industrial Accelerator Act dürfe nicht ausschließlich vom Ort der Fahrzeugendmontage abhängen, sondern müsse integrierte europäische Lieferketten und substanzielle EU-Wertschöpfungsanteile berücksichtigen.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Automobilindustrie / Lieferketten / Marktzugang
FOLGE: möglicher Ausschluss bestimmter Fahrzeuge von Beschaffung, Förderung und Flottenregelungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

711.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die bisherige Anwendung des Lobbyregistergesetzes verursache unnötigen Dokumentationsaufwand und benötige rechtssichere, unbürokratische Vorgaben.
BETRIFFT: Lobbyregistergesetz / Dokumentationspflichten / Registrierung
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand für betroffene Unternehmen und Verbände
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

712.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Die geplante Modernisierung des Umweltrechts müsse medienbruchfreie digitale Verfahren, bundesweit einheitliche Standards und den Schutz von Geschäftsgeheimnissen gewährleisten. Zentrale Regelungen benötigten eine grundlegende Überarbeitung.
BETRIFFT: Umweltrecht / Genehmigungen / Datennutzung / kumulative Bürokratie
FOLGE: Rechtsunsicherheit und verzögerte industrielle Genehmigungsverfahren
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

713.

WER: Wirtschaftsrat der CDU
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Verband fordert schnellere Genehmigungsverfahren für Rohstoffprojekte sowie einen Abbau bürokratischer Berichtsanforderungen aus CSDDD und EUDR.
BETRIFFT: CSDDD / EUDR / Rohstoffversorgung / Berichtspflichten
FOLGE: kumulativer Berichtsaufwand und Verzögerungen bei der Rohstofferschließung
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

714.

WER: Verband Internationaler Banken in Deutschland
WANN: 10.07.2026
WAS: Für Meldepflichten des Cyber Resilience Act sollte der bereits vorhandene DORA-Meldeweg genutzt werden, anstatt eine parallele Meldestruktur einzurichten.
BETRIFFT: CRA / DORA / Cybersicherheitsmeldungen / kumulative Regulierung
FOLGE: andernfalls doppelte Meldeprozesse für Kreditinstitute
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

715.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 22.06.2026
WAS: Bei der Einstufung von Hochrisiko-KI müssten bestehende Typgenehmigungs-, Sicherheits- und Cybersecurity-Regelungen berücksichtigt werden. Unklare Definitionen und Verantwortlichkeiten entlang der Wertschöpfungskette führten zu Doppelregulierung.
BETRIFFT: AI Act / Typgenehmigung / Cybersecurity / Automobilindustrie
FOLGE: zusätzliche Konformitätsbewertungen und Rechtsunsicherheit für Hersteller und Zulieferer
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

716.

WER: Die Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 20.08.2026
WAS: Der Cloud and AI Development Act müsse mit DORA abgestimmt werden. Doppelregulierung, zusätzliche Pflichten und verpflichtende Souveränitätsanforderungen für Kreditinstitute sollten vermieden werden.
BETRIFFT: CADA / DORA / Cloud-Regulierung / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Compliance-Anforderungen und eingeschränkte Anbieterwahl
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

717.

WER: Bitkom
WANN: 22.06.2026
WAS: Melde- und Registrierungspflichten der NIS-2-Richtlinie sollten vereinheitlicht, Gruppenmeldungen ermöglicht und vorhandene Zertifizierungen als Nachweis anerkannt werden. Nationale Sonderregelungen seien zu vermeiden.
BETRIFFT: NIS 2 / Registrierung / Meldungen / Zertifizierungsnachweise
FOLGE: andernfalls parallele Verfahren und mehrfacher Nachweisaufwand für Unternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

718.

WER: Deutscher Tee & Kräutertee Verband
WANN: 28.09.2026
WAS: Zusätzliche Anforderungen der Bioabfallverordnung sollten nicht auf klassische zellulosebasierte Teebeutel und Kaffeepads angewendet werden.
BETRIFFT: VerpackDG / BioAbfV / Produktanforderungen
FOLGE: zusätzlicher Nachweis- und Anpassungsaufwand für Hersteller von Tee- und Kaffeeprodukten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

719.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie
WANN: 27.07.2026
WAS: Der European Biotech Act dürfe insbesondere beim Einsatz künstlicher Intelligenz in

klinischen Studien keine übermäßigen Dokumentations-, Nachweis- und Zertifizierungsanforderungen erzeugen.
BETRIFFT: European Biotech Act / KI / klinische Studien / Zertifizierung
FOLGE: höhere Forschungskosten und verzögerte medizinische Innovationen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

720.

WER: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (wdk)
WANN: 30.06.2026
WAS: Neue Gesetze sollten vor ihrer Einführung systematisch auf ihre Auswirkungen auf industrielle Lieferketten, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit geprüft werden.
BETRIFFT: Lieferketten / kumulative Regulierung / Automobilzulieferer
FOLGE: regulatorisch verursachte Lieferkettenrisiken und Gefährdung der industriellen Versorgungssicherheit
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

721.

WER: Waren-Verein der Hamburger Börse e. V.
WANN: 28.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine zentrale Anlaufstelle für Importfragen und praktikable alternative Orte für amtliche Kontrollen pflanzlicher Lebensmittel.
BETRIFFT: Lebensmittelimporte / amtliche Kontrollen / Zollabwicklung
FOLGE: zusätzlicher Koordinationsaufwand und erschwerte Importabfertigung
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

722.

WER: Etsy, vertreten durch DGA Group Deutschland GmbH
WANN: 26.06.2026
WAS: Etsy warnt davor, dass die EU-Zollreform neue Belastungen für Kleinstunternehmen schafft und sie vom Onlineverkauf oder grenzüberschreitenden Handel ausschließt.
BETRIFFT: EU-Zollreform / E-Commerce / Kleinstunternehmen
FOLGE: zusätzliche Zollbelastungen und eingeschränkter grenzüberschreitender Marktzugang
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

723.

WER: Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.
WANN: 04.06.2026
WAS: Der Verband kritisiert, dass Rechteinhaber bislang Kosten für Lagerung und Vernichtung beschlagnahmter Produktfälschungen tragen, und verlangt eine Verlagerung dieser Kosten auf beteiligte Rechtsverletzer.
BETRIFFT: EU-Zollreform / Grenzbeschlagnahme / Produktfälschungen
FOLGE: Lagerungs- und Vernichtungskosten für betroffene Unternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

724.

WER: Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der BPI beanstandet kumulative Kostensenkungsinstrumente sowie zusätzliche Selektions- und Ausschreibungsmodelle bei patentgeschützten Arzneimitteln.
BETRIFFT: Arzneimittelregulierung / Preisbildung / Erstattung / Marktzugang
FOLGE: weniger verlässliche Erstattungsbedingungen und wirtschaftlicher Druck auf innovative Arzneimittel
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

725.

WER: DVGW – Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der DVGW weist darauf hin, dass die Rohrfernleitungsverordnung auf inzwischen geänderte Regelwerke verweist und einzelne Rechtsbezüge deshalb ins Leere laufen; zusätzlich wurden Stoffeinstufung und Kennzeichnung durch die CLP-Verordnung verändert.
BETRIFFT: Rohrfernleitungsverordnung / Gefahrstoffrecht / CLP
FOLGE: Rechtsunsicherheit, Auslegungsprobleme und erschwerter Vollzug
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

726.

WER: Deutscher Verband zur Förderung des Sports mit Leichten Luftsportgeräten e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Verband fordert eine Vereinfachung der gesetzlichen Prüfung und Zulassung leichter Luftsportgeräte.
BETRIFFT: LuftVZO / LuftGerPV / Produktprüfung / Zulassung
FOLGE: Prüfungs-, Zulassungs- und Compliance-Kosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

727.

WER: Europcar, vertreten durch EMobG Services Germany GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Europcar und der Verband der Internationalen Autovermieter verlangen eine praxisnahe digitale Fahrzeugzulassung, die Großkunden und Flottenbetreiber bei massenhaften An- und Abmeldungen berücksichtigt.
BETRIFFT: Automobilwirtschaft / i-Kfz / Fahrzeugzulassung / Flotten
FOLGE: administrativer Aufwand bei der An- und Abmeldung großer Fahrzeugbestände
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

728.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften e. V.
WANN: 25.09.2026
WAS: Der VAZ kritisiert die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle als Belastung der akkreditierten Stellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Akkreditierungsstellengebührenverordnung
FOLGE: höhere Gebühren und zusätzliche Kosten für Zertifizierungsstellen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

729.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e. V.
WANN: 22.09.2026
WAS: Der BSI fordert eine schnelle Klärung, wer bei zusammengesetzten Verpackungen als Erzeuger gilt und die PPWR-Pflichten übernehmen muss. Unklare Zuordnungen könnten Kleinstunternehmen zusätzlich belasten und faktisch von der vorgesehenen Ausnahme ausschließen.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungen / Erzeugerdefinition / Kleinstunternehmen
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und Verlust einer regulatorischen Ausnahme
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

730.

WER: MIBRAG GmbH
WANN: 17.08.2026
WAS: MIBRAG sieht gleichzeitig Entlastungsbedarf beim LkSG, Lobbyregistergesetz, Soil Monitoring Law und bei der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie und fordert eine deutliche Reduzierung der Dokumentations- und Berichtspflichten.
BETRIFFT: LkSG / Lobbyregister / Soil Monitoring Law / Energieeffizienzrichtlinie
FOLGE: kumulativer Dokumentations- und Berichtsaufwand über mehrere Regelungsbereiche
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

731.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert bei der Umsetzung europäischer Luftsicherheitsanforderungen die Vermeidung von Doppelstrukturen sowie eine bürokratiearme Gestaltung von Genehmigungs-, Validierungs- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: EU-Luftsicherheit / Genehmigungen / Validierung / Dokumentation
FOLGE: parallele Strukturen und zusätzlicher Ressourcenaufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

732.

WER: Procter & Gamble Service GmbH
WANN: 18.09.2026
WAS: Das Unternehmen erklärt, für PTFE-Beschichtungen auf Rasierern stünden noch keine industriell verfügbaren gleichwertigen Alternativen bereit, und verlangt für eine REACH-Beschränkung mindestens zwölf Jahre Übergangsfrist.
BETRIFFT: REACH / PFAS / PTFE / Produktregulierung
FOLGE: Eine zu kurze Frist gefährde Investitionen, Produktionsstandorte und qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland.
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

733.

WER: Die Deutsche Kreditwirtschaft
WANN: 18.09.2026
WAS: Die Kreditwirtschaft fordert bei der europäischen Bargeldregulierung eine klare Aufgabenteilung und warnt vor zusätzlichen Infrastruktur- und Berichtspflichten sowie quasihoheitlichen Aufgaben für Banken.
BETRIFFT: EU-Bargeldverordnung / Infrastruktur / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche regulatorische und betriebliche Belastungen für Kreditinstitute
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

734.

WER: Deutsches Studierendenwerk
WANN: 18.09.2026
WAS: Das Studierendenwerk warnt, eine verpflichtende Bargeldannahme in Mensen und Hochschulcafeterien verursache erhebliche organisatorische, personelle und finanzielle Belastungen.
BETRIFFT: EU-Bargeldverordnung / Annahmepflicht
FOLGE: zusätzliches Personal, organisatorischer Aufwand und höhere Betriebskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

735.

WER: Verband Internet Reisevertrieb e. V.
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband fordert, bei neuen Gesetzen die kumulativen regulatorischen Belastungen und begrenzten Umsetzungskapazitäten der betroffenen Branchen systematisch zu berücksichtigen und vorhandene Meldewege nach dem Once-Only-Prinzip zu nutzen.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Meldungen / E-Commerce / Tourismus
FOLGE: Mehrfachmeldungen und Überlastung vorhandener Umsetzungskapazitäten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

736.

WER: Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e. V.
WANN: 14.07.2026
WAS: Der Verband sieht bei der PPWR offene Fragen zur Rollen- und Verantwortungszuordnung, zu Eigenmarken sowie zur Auslegung und zum Vollzug der neuen Anforderungen.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungen / Eigenmarken / Verantwortlichkeiten
FOLGE: Rechts- und Planungsunsicherheit sowie zusätzlicher Umsetzungsaufwand für Unternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

737.

WER: Deutscher Textilreinigungs-Verband DTV e. V.
WANN: 13.07.2026
WAS: Der DTV verlangt eine Klarstellung, dass Textilservice-Unternehmen nicht als Hersteller gelten und gewerblich genutzte Textilien nicht den geplanten EPR-Pflichten unterliegen.

BETRIFFT: EPR / Textilien / Abfallrahmenrichtlinie / Herstellerdefinition
FOLGE: mögliche zusätzliche Herstellerpflichten und Kosten für bestehende Leasing-, Pflege-, Reparatur- und Rückführungssysteme
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

738.

WER: AUMOVIO SE
WANN: 24.06.2026
WAS: Der Automobilzulieferer fordert einen europäischen Rechtsrahmen, der einen sicheren, fairen und diskriminierungsfreien Zugang zu Fahrzeugdaten gewährleistet.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Fahrzeugdaten / digitaler Marktzugang
FOLGE: Ohne Rechtsrahmen drohen ungleicher Datenzugang und Wettbewerbsnachteile für Marktteilnehmer.
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

739.

WER: Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der ADAC fordert, Mess- und Berichtspflichten bei der Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie auf entscheidungsrelevante Daten zu beschränken und unverhältnismäßige Verkehrsbeschränkungen zu vermeiden.
BETRIFFT: EU-Luftqualitätsrichtlinie / Messpflichten / Berichtspflichten / Straßenverkehr
FOLGE: zusätzlicher Datenerhebungsaufwand und mögliche Verkehrsbeschränkungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

740.

WER: ExxonMobil Central Europe Holding
WANN: 24.06.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine vorübergehende Aussetzung und Vereinfachung der EU-Methanverordnung, weil Berichte und Fristen nicht ausreichend auf die Verfügbarkeit von Zertifizierungs- und Auditstrukturen abgestimmt seien.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Berichte / Zertifizierung / Audits
FOLGE: nicht fristgerecht erfüllbare Nachweise und zusätzlicher Compliance-Aufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

741.

WER: KUniD – Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands e. V.
WANN: 14.09.2026
WAS: Der Verein fordert standardisierte Drittmittelprozesse und eine deutliche Reduzierung beziehungsweise Vereinfachung von Berichts-, Dokumentations- und Belegpflichten.
BETRIFFT: Drittmittel / Berichte / Dokumentation / Nachweise
FOLGE: hoher administrativer Aufwand in Hochschulen und Forschungseinrichtungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

742.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
WANN: 04.09.2026
WAS: Der GDV warnt beim EU Tech Sovereignty Package vor Verpflichtungen, für die noch keine marktfähigen Lösungen existieren oder die zusätzliche Bürokratie und Berichtspflichten verursachen.
BETRIFFT: KI / Cloud / digitale Souveränität / Berichtspflichten
FOLGE: nicht erfüllbare technische Anforderungen und zusätzliche Compliance-Kosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

743.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 27.08.2026
WAS: Die Stiftung kritisiert, dass die PPWR nationale Herstellerregister und für Lieferungen in mehrere Mitgliedstaaten jeweils eigene Verpackungsbevollmächtigte verlangt, ohne Bagatellgrenzen für geringe Mengen vorzusehen.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Verpackungsbevollmächtigte
FOLGE: mehrfache Registrierungs- und Vertretungspflichten beim grenzüberschreitenden Vertrieb
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

744.

WER: Cruise Lines International Association Europe
WANN: 25.08.2026
WAS: Der Verband fordert eine Harmonisierung der Vorgaben aus IMO-Regelungen, EU-Emissionshandel und FuelEU Maritime sowie eine Reduzierung der bürokratischen Lasten für die Kreuzschifffahrt.
BETRIFFT: IMO / EU ETS / FuelEU Maritime / Schifffahrt
FOLGE: kumulative regulatorische Belastungen und erschwerte Investitionsplanung
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

745.

WER: MiniMed Germany GmbH
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Unternehmen erklärt, der papierbasierte Verordnungsprozess für Hilfsmittel führe regelmäßig zu Rückfragen, Dokumentationsaufwand und Verzögerungen zwischen Arztpraxen, Krankenkassen und Leistungserbringern.
BETRIFFT: Medizinprodukte / Verordnungen / Dokumentation / Digitalisierung
FOLGE: Medienbrüche, zusätzlicher Bearbeitungsaufwand und verzögerte Versorgung
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

746.

WER: Deutscher Raiffeisenverband e. V.
WANN: 10.09.2026
WAS: Der Verband fordert, unnötige Komplexität, Doppelregulierungen und eine Überlastung mit Verbraucherinformationen zu vermeiden; neue Regeln sollten außerdem ausreichende Übergangsfristen enthalten.

BETRIFFT: Verbraucherrecht / B2B-Verträge / Informationspflichten
FOLGE: mehrfacher Compliance-Aufwand und kurzfristiger Anpassungsdruck
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

747.

WER: Landvolk Niedersachsen Kreisverband Grafschaft Diepholz e. V.
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Verband warnt vor zusätzlichen bürokratischen und wirtschaftlichen Belastungen landwirtschaftlicher Betriebe durch die Sorgfalts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten der EUDR.
BETRIFFT: EUDR / Sorgfaltspflichten / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und höhere Betriebskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

748.

WER: EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG
WANN: 11.09.2026
WAS: EDEKA fordert für eine Steuer auf zuckergesüßte Getränke eine Übergangsfrist von 18 Monaten zwischen Beschluss und Inkrafttreten.
BETRIFFT: Produktbesteuerung / Lebensmittelhandel / Produktumstellung
FOLGE: Ohne ausreichende Frist drohen kurzfristige Anpassungen bei Sortimenten, Preisen und betrieblichen Prozessen.
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

749.

WER: Bundesinnungsverband Zweirad-Handwerk
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband weist darauf hin, dass die Neustrukturierung der StVZO Zweiradbetriebe unmittelbar bei Herstellung, Reparatur, Umbauten, Einzelanfertigungen, Einzelgenehmigungen und der Verwendung von Fahrzeugteilen betrifft.
BETRIFFT: StVZO / Fahrzeugteile / Einzelgenehmigungen / Zweirad-Handwerk
FOLGE: Anpassungs- und Prüfaufwand in zahlreichen betrieblichen Arbeitsprozessen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

750.

WER: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Verband fordert eine KMU-taugliche Umsetzung des Digitalen Produktpasses, die Doppelstrukturen vermeidet und Datensouveränität gewährleistet; der DPP dürfe nicht zum bürokratischen Hemmnis werden.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Produktdaten / Textilindustrie
FOLGE: andernfalls parallele Datenstrukturen und zusätzlicher Dokumentations- und IT-Aufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

751.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Ford warnt davor, die Förderfähigkeit nach dem Industrial Accelerator Act allein von der Endmontage innerhalb der EU abhängig zu machen. Integrierte europäische Lieferketten und EU-Wertschöpfungsanteile müssten berücksichtigt werden.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Made in Europe / Marktzugang / Automobilindustrie
FOLGE: Ausschluss bestimmter Fahrzeuge von Beschaffung, Förderung, Flottenregelungen und CO_2-Superkrediten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

752.

WER: BDG – Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie
WANN: 30.06.2026
WAS: Der BDG fordert eine unbürokratische Umsetzung europäischer Herkunfts- und CO_2-Kriterien. Zusätzliche Nachweispflichten würden gerade im industriellen Mittelstand erhebliche Ressourcen binden.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Zertifizierung / Herkunftsnachweise / Automobilzulieferer
FOLGE: gebundene Produktivkräfte und zusätzlicher Verwaltungsaufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

753.

WER: Allgemeiner Deutscher Automobil-Club (ADAC)
WANN: 11.09.2026
WAS: Der ADAC sieht rechtliche und technische Unsicherheiten bei der Umrüstung bestehender Fahrzeugklimaanlagen von R134a auf alternative Kältemittel und verlangt einheitliche, praktikable Vorgaben.
BETRIFFT: Fahrzeugregulierung / technische Anforderungen / Umrüstung / Marktzugang
FOLGE: Rechtsunsicherheit sowie uneinheitliche und potenziell teure Umrüstungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

754.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie
WANN: 27.07.2026
WAS: Die Fachgesellschaft warnt beim European Biotech Act vor zusätzlichen bürokratischen Belastungen, übermäßigen Dokumentations- und Nachweispflichten sowie innovationshemmenden Zertifizierungsanforderungen, insbesondere beim KI-Einsatz in klinischen Studien.
BETRIFFT: European Biotech Act / Dokumentation / Nachweise / Zertifizierung
FOLGE: Behinderung klinischer Forschung und zusätzlicher administrativer Aufwand
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

755.

WER: Bundesverband der Freien Berufe (BFB)
WANN: 11.09.2026
WAS: Der BFB verlangt einen entbürokratisierten Rechtsrahmen für digitale Weiterbildung

sowie die Anerkennung bestehender Qualitätssicherungssysteme. Fehlende Folgeanpassungen könnten neue Rechtsunsicherheiten erzeugen.
BETRIFFT: Fernunterrichtsschutzgesetz / Zulassung / Qualitätssicherung / Umsatzsteuerrecht
FOLGE: zusätzlicher Zulassungsaufwand und Rechtsunsicherheit für Weiterbildungsanbieter
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

756.

WER: Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine unbürokratische Durchführung des AI Acts mit klaren Aufsichtsstrukturen und einer Umsetzung ohne zusätzliche nationale Anforderungen.
BETRIFFT: AI Act / Marktüberwachung / Aufsicht / zusätzliche nationale Regulierung
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Compliance- und Abstimmungskosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

757.

WER: Wirtschaftsrat der CDU e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Wirtschaftsrat warnt beim europäischen Digital- und Verbraucherrecht vor Doppel- und Überregulierung und fordert die Abstimmung der bereits bestehenden EU-Rechtsakte.
BETRIFFT: Digital Fairness Act / Verbraucherrecht / Datenschutz / kumulative Regulierung
FOLGE: parallele Pflichten, Rechtsunsicherheit und steigende Compliance-Kosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

758.

WER: EFET Deutschland – Verband Deutscher Energiehändler
WANN: 30.06.2026
WAS: EFET Deutschland verlangt Änderungen an Fristen und praktisch nicht erfüllbaren Vorgaben der EU-Methanverordnung, insbesondere bei Nachweisen für importiertes Erdgas.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Import / Nachweispflichten / Verifizierung
FOLGE: Gefährdung von Gasimporten, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

759.

WER: Evonik Industries AG
WANN: 18.05.2026
WAS: Evonik fordert, dass Vorgaben des Industrial Accelerator Acts keine zusätzlichen Belastungen für chemische Zwischenprodukte erzeugen und technologieoffen ausgestaltet werden.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Chemieindustrie / Zwischenprodukte / Marktzugang
FOLGE: zusätzliche regulatorische Belastungen und Wettbewerbsnachteile in der europäischen Wertschöpfungskette
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

760.

WER: Deutsche Shell Holding GmbH
WANN: 27.09.2026
WAS: Shell erklärt, dass die ab 2027 vorgesehenen Monitoring-, Berichts- und Verifizierungspflichten für Energieimporte zeitlich nicht mit der Verfügbarkeit anerkannter Standards, akkreditierter Prüfstellen und belastbarer Nachweisverfahren abgestimmt seien.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Erdgas- und Rohölimporte / MRV / Zertifizierung
FOLGE: nicht rechtssicher erfüllbare Importpflichten und Risiko von Sanktionen oder Lieferausfällen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

761.

WER: BASF SE
WANN: 08.09.2026
WAS: BASF warnt vor einer erneuten Verschiebung der für 2027 vereinbarten TCA-Ursprungsregeln für Batterien, weil Investitionen und Lieferketten bereits auf diesen Zeitplan ausgerichtet seien.
BETRIFFT: Batterien / Ursprungsregeln / Lieferketten / Marktzugang
FOLGE: gefährdete Anlagenauslastung, Investitionsunsicherheit und verzögerter Ausbau der europäischen Batterieindustrie
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

762.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz fordert Erleichterungen für die konzerninterne KI-Nutzung und warnt vor Doppelregulierung beim Einsatz von KI im automobilen Typgenehmigungsverfahren.
BETRIFFT: AI Act / Typgenehmigung / Automobilindustrie / kumulative Regulierung
FOLGE: parallele Prüf- und Compliance-Anforderungen bei industriellen KI-Anwendungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

763.

WER: Schaeffler AG
WANN: 26.06.2026
WAS: Schaeffler sieht eine technologieoffene Überarbeitung der CO_2-Flottenregulierung und wirksame Made-in-EU-Kriterien als entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilzulieferer an.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Made in EU / Automobilzulieferer / Marktzugang
FOLGE: Gefährdung von Arbeitsplätzen, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit der Zulieferindustrie
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

764.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Alstom verlangt praktikable Umsetzungsfristen für die Batterieverordnung und den Digitalen Batteriepass bei industriellen Anwendungen.

BETRIFFT: Batterieverordnung / Digitaler Batteriepass / Lieferkettendaten / Schienenfahrzeuge
FOLGE: hoher Daten- und Umsetzungsaufwand bei zu kurzen oder unklaren Fristen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

765.

WER: Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie (BSI)
WANN: 15.07.2026
WAS: Der BSI fordert für die erweiterte Herstellerverantwortung bei Textilien und Schuhen eine EU-weit harmonisierte und auch für kleine und mittlere Unternehmen praktikable Umsetzung.
BETRIFFT: EPR / Textilien / Schuhe / Registrierungs- und Finanzierungspflichten
FOLGE: andernfalls unverhältnismäßiger Verwaltungs- und Kostenaufwand für KMU
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

766.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 11.06.2026
WAS: Der HDE lehnt undifferenzierte Verschärfungen des Produktsicherheitsrechts für den gesamten Onlinehandel ab und befürwortet stattdessen gezielte Anforderungen an Anbieter und Bevollmächtigte aus Drittstaaten.
BETRIFFT: Product Act / Produktsicherheit / Registrierung / Onlinehandel
FOLGE: zusätzliche Registrierungs- und Compliance-Pflichten auch für bereits regelkonforme Händler
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

767.

WER: Biogen GmbH
WANN: 21.09.2026
WAS: Biogen fordert beim EU Biotech Act den Abbau regulatorischer und administrativer Hürden entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Forschung, klinischer Entwicklung, Produktion und Markteinführung.
BETRIFFT: EU Biotech Act / Zulassung / Markteinführung / administrative Pflichten
FOLGE: verzögerte Entwicklung und Markteinführung innovativer Arzneimittel sowie geringere Investitionsanreize
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

768.

WER: TMF – Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung
WANN: 23.06.2026
WAS: Die TMF bezeichnet die Fragmentierung, Komplexität und uneinheitliche Anwendung regulatorischer Verfahren in den EU-Mitgliedstaaten als wesentliches Hindernis für klinische Forschung und Innovation.
BETRIFFT: EU Biotech Act / Zulassungsverfahren / uneinheitliche Auslegung / kumulative Regulierung
FOLGE: verzögerte Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Versorgung und

marktfähige Innovationen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

769.

WER: TÜV-Verband e. V.
WANN: 08.09.2026
WAS: Der TÜV-Verband fordert vollzugstaugliche EU-Regulierung, klare Anforderungen an die Umsetzungsbereitschaft der Behörden und eine kohärente Anwendung ohne zusätzliches nationales Gold-Plating.
BETRIFFT: EU-Regulierung / nationale Zusatzanforderungen / Akkreditierung / kumulative Bürokratie
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher nationaler Pflichten, uneinheitlicher Umsetzung und vermeidbarer Compliance-Kosten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

770.

WER: Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels
WANN: 26.06.2026
WAS: Der Verband warnt vor der Einbeziehung von Fischereierzeugnissen russischen Ursprungs in das 21. EU-Sanktionspaket ohne ausreichende Folgenabschätzung, Übergangsfristen und Ausnahmen.
BETRIFFT: Importbeschränkungen / Sanktionen / Marktzugang / Lieferketten
FOLGE: Beeinträchtigung der Importstrukturen, Versorgungssicherheit und Preisstabilität
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

771.

WER: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
WANN: 25.09.2026
WAS: Der BDLI verweist bei der PPWR auf das Zusammenwirken von Herstellerregistern, Registrierungs-, Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten sowie Anforderungen an B2B-, Transport- und Mehrwegverpackungen.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Dokumentation / grenzüberschreitende Lieferketten
FOLGE: kumulativer Verwaltungs- und Datenerhebungsaufwand in komplexen Wertschöpfungsketten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

772.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Lufthansa Technik verlangt beim CBAM praktikable Regeln für die Ermittlung eingebetteter Emissionen sowie für Melde-, Nachweis-, Zertifikats-, IT- und Zollprozesse bei nachgelagerten Produkten.
BETRIFFT: CBAM / Emissionsdaten / Zertifikate / Zoll / Luftfahrtindustrie
FOLGE: kumulative Daten-, Nachweis- und Abfertigungspflichten für importierte Teile und Materialien
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

773.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Lufthansa Technik sieht bei der Anwendung der EUDR auf hochverarbeitete Luftfahrtprodukte Klärungsbedarf hinsichtlich Sorgfaltspflichten, Geolokalisierung, Kontrollen, IT-Prozessen und global verzweigten Lieferketten.
BETRIFFT: EUDR / Geolokalisierung / Lieferkettendaten / Luftfahrt-MRO
FOLGE: erheblicher Nachweis- und IT-Aufwand für komplexe internationale Ersatzteilketten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

774.

WER: ARGE AGDW – Die Waldeigentümer/Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 01.07.2026
WAS: Die ARGE bezeichnet die EUDR-Berichtspflichten für die deutsche Forstwirtschaft als immensen und nicht gerechtfertigten Bürokratiemehraufwand, da nationales Recht bereits ein geringes Entwaldungsrisiko sicherstelle.
BETRIFFT: EUDR / Berichtspflichten / Herkunftsnachweise / Forstwirtschaft
FOLGE: zusätzliche Berichterstattung ohne entsprechenden praktischen Nutzen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

775.

WER: PlasticsEurope Deutschland e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: PlasticsEurope warnt vor einer pauschalen PFAS-Beschränkung und fordert eine risikodifferenzierte Bewertung, praktikable Regeln, Übergangsfristen und langfristige Ausnahmen für industrielle und technische Anwendungen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Chemie- und Kunststoffindustrie
FOLGE: unverhältnismäßige Auswirkungen auf Produktion und essenzielle industrielle Anwendungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

776.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert bei der nationalen Umsetzung europäischer Luftsicherheitsanforderungen die Vermeidung von Doppelstrukturen sowie bürokratiearme Genehmigungs-, Validierungs- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Luftsicherheit / Genehmigungen / Validierung / Dokumentation / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzlicher Personal- und Ressourcenbedarf durch parallele Prüf- und Dokumentationsstrukturen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

777.

WER: Bundesärztekammer
WANN: 22.09.2026
WAS: Die Bundesärztekammer fordert eine Reduzierung des unnötigen Verwaltungsaufwands in Arztpraxen und Kliniken, der sich aus mehreren gesetzlichen und medizinischen Dokumentationsbereichen ergibt.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Gesundheitswesen / kumulative Bürokratie
FOLGE: Bindung medizinischer Arbeitszeit durch Verwaltungsaufgaben
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

778.

WER: Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Verband verlangt bei der neuen EU-Abfallverbringungsverordnung rechtssichere und mittelstandsgerechte Vollzugs-, Zuständigkeits-, Verfahrens-, Kontroll- und Sanktionsregelungen.
BETRIFFT: Abfallverbringung / Sekundärrohstoffe / Kontrollen / Sanktionen
FOLGE: zusätzliche Verfahrens- und Kontrollbelastungen bei grenzüberschreitenden Materialtransporten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

779.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung
WANN: 15.09.2026
WAS: Der bvse kritisiert, dass die EU-Abfallverbringungsvorgaben durch zusätzliche nationale Regelungen über das unionsrechtlich erforderliche Maß hinaus verschärft werden sollen.
BETRIFFT: Abfallverbringung / nationale Zusatzregulierung / Gold-Plating
FOLGE: zusätzliche Belastungen und Wettbewerbsnachteile für mittelständische Recyclingunternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

780.

WER: Waren-Verein der Hamburger Börse e. V.
WANN: 28.09.2026
WAS: Der Waren-Verein fordert, die Kontrollfrequenz für Ochratoxin A bei der Einfuhr getrockneter Feigen in die EU beizubehalten oder abzusenken.
BETRIFFT: Importkontrollen / Lebensmittelsicherheit / Zollabfertigung
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Kontrollkosten und Verzögerungen bei der Einfuhr
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

781.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 27.08.2026
WAS: Die Stiftung kritisiert, dass Unternehmen für Verpackungen in jedem belieferten EU-Mitgliedstaat einen eigenen Bevollmächtigten bestellen müssen und keine Bagatellgrenzen vorgesehen sind.

BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Bevollmächtigte / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: Fixkosten von mehreren Hundert Euro je Zielland und Hemmnisse im EU-Binnenmarkt
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

782.

WER: Booking.com B.V.
WANN: 29.06.2026
WAS: Booking.com verweist auf das Zusammenwirken von UCPD, CRD, DSGVO, DSA, DMA und AI Act und warnt vor einer weiteren Regulierungsebene durch den Digital Fairness Act.
BETRIFFT: Digital Fairness Act / DSGVO / DSA / DMA / AI Act / kumulative Regulierung
FOLGE: Doppelregulierung, Rechtsunsicherheit und unverhältnismäßige Compliance-Belastungen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

783.

WER: Verein Deutscher Zementwerke
WANN: 13.08.2026
WAS: Der Verband fordert, bereits nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigte Zementanlagen von überlappenden Anforderungen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes zu entlasten.
BETRIFFT: UVPG / BImSchG / Genehmigungen / Doppelregulierung
FOLGE: doppelte Prüf- und Genehmigungsanforderungen für Industrieanlagen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

784.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Alstom fordert eine Abstimmung des deutschen Lieferkettengesetzes mit der europäischen CSDDD, um parallele und unverhältnismäßige Anforderungen an Unternehmen und Lieferketten zu verhindern.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten / kumulative Regulierung
FOLGE: doppelte Sorgfalts-, Nachweis- und Compliance-Pflichten in internationalen Lieferketten
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

785.

WER: ams-OSRAM International GmbH
WANN: 04.08.2026
WAS: Das Unternehmen erklärt, dass die EU-Batterieverordnung in ihrer gegenwärtigen Fassung die Vermarktung moderner Wearable- und Mikroelektronikprodukte erschwere und verlangt Ausnahmeregelungen.
BETRIFFT: EU-Batterieverordnung / Mikroelektronik / Produktanforderungen / Marktzugang
FOLGE: Wettbewerbsnachteile gegenüber asiatischen Märkten und eingeschränkte

Verfügbarkeit innovativer Endgeräte in Europa
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

786.

WER: BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 24.09.2026
WAS: Der BDEW warnt beim Cloud and AI Development Act vor zusätzlichen Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen mit NIS2 und dem Cybersecurity Act.
BETRIFFT: Cloud and AI Development Act / NIS2 / Cybersecurity Act / kumulative Regulierung
FOLGE: parallele Audits, Nachweise und Beschaffungsvorgaben für Energieunternehmen und Rechenzentren
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

787.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 24.06.2026
WAS: Der VDA warnt, dass eine weite Einbeziehung digitaler Steuerungs-, Überwachungs- und Plattformsysteme in die KRITIS-Verordnung zu Überschneidungen mit NIS2, BSIG und Cyber Resilience Act führen könne.
BETRIFFT: KRITIS-Verordnung / NIS2 / BSIG / CRA / Automobilindustrie
FOLGE: Doppelregulierung und Rechtsunsicherheit bei global betriebenen Produktions- und IT-Systemen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

788.

WER: ZVEI e. V.
WANN: 23.06.2026
WAS: Der ZVEI lehnt neue Zertifizierungs- und „Cyber-Posture“-Systeme ab und fordert die Anerkennung bestehender internationaler Standards sowie realistische Übergangsfristen.
BETRIFFT: Cybersecurity Act 2 / Zertifizierung / IKT-Lieferketten
FOLGE: zusätzliche Zertifizierungs-, Umstellungs- und Gebührenbelastungen für die Elektroindustrie
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

789.

WER: eco – Verband der Internetwirtschaft
WANN: 29.06.2026
WAS: eco kritisiert beim deutschen NIS2-Umsetzungsgesetz ein unübersichtliches Regulierungsgefüge mit nicht sinnvoll zusammengeführten Kategorien betroffener Einrichtungen.
BETRIFFT: NIS2 / Cybersicherheit / Meldepflichten / Anwendungsbereich
FOLGE: Rechtsunsicherheit und unklare Betroffenheit einzelner Unternehmen und Dienste
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

790.

WER: BDE – Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Der BDE warnt bei der PPWR-Umsetzung vor neuen EPR-Anforderungen für Gewerbe- und Industrieverpackungen und fordert eine Beschränkung auf die unionsrechtlich zwingenden Maßnahmen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Gewerbe- und Industrieverpackungen / nationale Zusatzregulierung
FOLGE: Gefährdung funktionierender Verwertungssysteme und unnötige Zusatzkosten für Unternehmen
QUELLE: Lobbyregister des Deutschen Bundestages

791.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 22.06.2026
WAS: Der VDA verlangt eine engere und rechtssichere Einstufung von Hochrisiko-KI und eine Abstimmung mit bestehenden Typgenehmigungs-, Sicherheits- und Cybersecurity-Regeln.
BETRIFFT: AI Act / Typgenehmigung / Cybersecurity
FOLGE: Doppelregulierung und unklare Verantwortlichkeiten entlang der automobilen Wertschöpfungskette
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

792.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz fordert Vereinfachung und bessere Kohärenz zwischen EU-Batterieverordnung, Industrieemissionsrecht, Datenerhebung und Berichterstattung.
BETRIFFT: EU-Batterieverordnung / Industrieemissionsrecht / Berichtspflichten
FOLGE: kumulativer Daten- und Berichtsaufwand sowie Probleme bei Ersatzteilen und Bestandsfahrzeugen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

793.

WER: Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands
WANN: 24.08.2026
WAS: Der Verband fordert, den Cloud and AI Development Act mit DORA abzustimmen und zusätzliche Souveränitäts- und Compliance-Vorgaben für Banken zu vermeiden.
BETRIFFT: CADA / DORA / Cloud / KI
FOLGE: Doppelregulierung, zusätzliche Pflichten und eingeschränkte Anbieter- und Technologiewahl
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

794.

WER: BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 18.08.2026
WAS: Der BDEW fordert bei einer Grüngasquote einfache Regeln und eine abgestimmte Ausgestaltung von Zertifizierung, Nachweisen, Registern, Handelbarkeit und Gaskennzeichnung.
BETRIFFT: Grüngasquote / Zertifizierung / Register / Nachweisführung
FOLGE: kumulativer Zertifizierungs-, Register- und Dokumentationsaufwand; mögliches Hemmnis für den Wasserstoffhochlauf
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

795.

WER: Grofor e. V.
WANN: 25.08.2026
WAS: Der Verband bezeichnet die geplante Melde- und mögliche Beitragspflicht für Transporte von Pflanzenölen, Ölsaaten, Getreide und Futtermitteln als reine Bürokratie ohne erkennbaren Umweltnutzen.
BETRIFFT: HNS-Mitteilungsverordnung / Außenwirtschaft / Transportmeldungen
FOLGE: zusätzliche Meldungen und mögliche Beiträge für den Agrar- und Lebensmittelhandel
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

796.

WER: SMA Solar Technology
WANN: 06.07.2026
WAS: SMA verweist bei der NIS-2-Umsetzung auf strengere Sicherheitsanforderungen, umfangreiche Meldungen bei Sicherheitsvorfällen und verschärfte Sanktionen für Unternehmen.
BETRIFFT: NIS 2 / Wechselrichter / Cybersicherheit
FOLGE: zusätzlicher Sicherheits-, Compliance- und Meldeaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

797.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 04.09.2026
WAS: Der GDV warnt vor Verpflichtungen im EU Tech Sovereignty Package, für die noch keine marktfähigen Lösungen bestehen oder die weitere Bürokratie und Berichtspflichten auslösen.
BETRIFFT: EU Tech Sovereignty Package / Cloud / KI
FOLGE: zusätzliche Berichtspflichten und regulatorisch erzwungene Nutzung noch nicht verfügbarer Lösungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

798.

WER: Deutscher Textilreinigungs-Verband (DTV)
WANN: 13.07.2026
WAS: Der DTV fordert, Textilservice-Unternehmen und gewerblich genutzte Textilien von

der erweiterten Herstellerverantwortung für Textilien auszunehmen.
BETRIFFT: EPR Textilien / Abfallrahmenrichtlinie / Herstellerregistrierung
FOLGE: andernfalls zusätzliche Herstellerpflichten und Kosten für bestehende Leasing-, Pflege-, Reparatur- und Mehrwegsysteme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

799.

WER: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDLI kritisiert zu lange Bearbeitungszeiten und Mehrfachprüfungen bei Geheimschutzbetreuung und Sicherheitsüberprüfungen.
BETRIFFT: Sicherheitsüberprüfungsgesetz / Geheimschutz / Mehrfachprüfungen
FOLGE: wachsende Rückstände, verzögerte Verfahren und zusätzlicher Personalbedarf
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

800.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert beim europäischen Unternehmensrechtsrahmen „EU Inc." weniger nationale Sonderregeln und Rückgriffe auf unterschiedliche nationale Rechtsordnungen.
BETRIFFT: EU Inc. / Gesellschaftsrecht / grenzüberschreitender Marktzugang
FOLGE: andernfalls Bürokratie, Rechtsunsicherheit und Marktfragmentierung bei Unternehmensgründung und Expansion
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

801.

WER: Verband Internet Reisevertrieb (VIR)
WANN: 15.09.2026
WAS: Der VIR verlangt, bei neuen Vorschriften die kumulativen Belastungen und begrenzten Umsetzungskapazitäten der betroffenen Branchen systematisch zu berücksichtigen. Vorhandene Meldewege sollen nach dem Once-Only-Prinzip genutzt werden.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Meldewege / Umsetzungsplanung
FOLGE: Mehrfachmeldungen, überlastete Umsetzungskapazitäten und zusätzlicher administrativer Aufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

802.

WER: H&R GmbH & Co. KGaA
WANN: 17.07.2026
WAS: Das Unternehmen warnt bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie vor neuen Berichts- und Dokumentationspflichten für Schmierstoffraffinerien.
BETRIFFT: Industrieemissionsrichtlinie / Berichterstattung / Dokumentation
FOLGE: höhere Kosten und verzögerte Genehmigungsverfahren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

803.

WER: Procter & Gamble Service GmbH
WANN: 18.09.2026
WAS: P&G fordert für PTFE-Beschichtungen auf Rasierern mindestens zwölf Jahre Übergangsfrist, weil industriell verfügbare Alternativen mit vergleichbarer Leistung fehlten.
BETRIFFT: REACH / PFAS / PTFE / Produktregulierung
FOLGE: Eine kurze Übergangsfrist gefährde Investitionen, deutsche Produktionsstandorte und qualifizierte Arbeitsplätze.
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

804.

WER: DSLV Bundesverband Spedition und Logistik
WANN: 24.09.2026
WAS: Der DSLV kritisiert regulatorische Hürden, durch die Logistikstandorte bei der Weitergabe von Ladestrom als Energieversorger eingestuft werden können, und fordert schnellere Genehmigungen für Netzanschlüsse und Ladeinfrastruktur.
BETRIFFT: EnWG / Stromsteuer / Netzentgelte / Ladeinfrastruktur
FOLGE: verzögerte Elektrifizierung, zusätzliche energierechtliche Pflichten und höhere Standortkosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

805.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften
WANN: 25.09.2026
WAS: Der VAZ erklärt, die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle gehe zulasten der akkreditierten Stellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: höhere Kosten für Zertifizierungsstellen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

806.

WER: Basell Polyolefine GmbH
WANN: 18.09.2026
WAS: Basell fordert eine zügige und regulatorisch konsistente PPWR-Sekundärgesetzgebung sowie die Anerkennung eines einheitlichen Massenbilanzansatzes für chemisches und mechanisches Recycling.
BETRIFFT: PPWR / Recyclingnachweise / Sekundärgesetzgebung
FOLGE: Fehlende Konsistenz beeinträchtigt Planungs- und Investitionssicherheit für Kunststoffrecycling.
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

807.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 10.08.2026
WAS: Die Stiftung fordert eine systematische Entlastung der Wirtschaft von Berichts- und Dokumentationspflichten sowie eine Begründungspflicht für jede Ausnahme von der Entlastung.

BETRIFFT: Berichtsentlastungsgesetz / Dokumentationspflichten
FOLGE: Fortbestand unnötiger Berichte und hoher Begründungs- und Verwaltungsaufwand bei unklaren Ausnahmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

808.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert einen breit angelegten Bürokratieabbau, der die Belastung der Industrie durch Vorschriften aus den Bereichen Energie, Umwelt, Verkehr, Steuern, Recht und Digitalisierung spürbar reduziert.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Industrie
FOLGE: Belastung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

809.

WER: Industrieverband Schreiben, Zeichnen, Kreatives Gestalten
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband kritisiert, dass die Umsetzung der EmpCo-Richtlinie keine Übergangs- oder Abverkaufsfristen für bereits im Handel befindliche Produkte vorsieht.
BETRIFFT: EmpCo-Richtlinie / Produktkennzeichnung / Marktzugang
FOLGE: Vernichtung noch verkehrsfähiger Produkte wie Schreibgeräte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

810.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 12.08.2026
WAS: Der VDA fordert eine bessere Verzahnung der Vorgaben aus AFIR, RED, RFNBO-Regulierung und CO_2-Regulierung sowie beschleunigte Genehmigungs- und Planungsverfahren für Wasserstoffmobilität.
BETRIFFT: AFIR / RED / RFNBO / CO_2-Regulierung / Genehmigungen
FOLGE: kumulative regulatorische Hürden, verzögerter Infrastrukturaufbau und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

811.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure (BSI)
WANN: 22.09.2026
WAS: Der BSI warnt, dass unklare Erzeugerdefinitionen bei zusammengesetzten Verpackungen Kleinstunternehmen mit zusätzlichen Pflichten belasten und sie faktisch von der PPWR-Ausnahme ausschließen können.
BETRIFFT: PPWR / Erzeugerdefinition / Verpackungspflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und Verlust der Ausnahme für Kleinstunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

812.

WER: JUWI GmbH
WANN: 07.09.2026
WAS: JUWI kritisiert die geplante Pachtpreisbegrenzung, weil sie ein bereits marktlich behandeltes Problem mit erheblicher Bürokratie, Rechtsunsicherheit und Umgehungsanreizen angehe.
BETRIFFT: EEG-Novelle / Pachtpreisbegrenzung / erneuerbare Energien
FOLGE: erheblicher Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und neue Umgehungskonstruktionen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

813.

WER: Verband der Automobilindustrie (VDA)
WANN: 04.09.2026
WAS: Der VDA fordert, bewährte Genehmigungsverfahren für Einzelgenehmigungen, Fahrzeugumbauten, Sonderfahrzeuge und Kleinserien beizubehalten und zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.
BETRIFFT: Fahrzeug-Genehmigungs- und Betriebs-Verordnung / StVZO
FOLGE: andernfalls höherer Genehmigungsaufwand sowie Nachteile für technische Umsetzbarkeit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

814.

WER: BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 22.09.2026
WAS: Der BDEW verlangt Klarstellungen zur obligatorischen E-Rechnung, unter anderem für Abschlagspläne, Dauerschuldverhältnisse, Gebührenbescheide und das bestehende EDI@Energy-INVOIC-Format.
BETRIFFT: E-Rechnung / UStG / UStDV / digitale Nachweispflichten
FOLGE: ohne Anpassungen Rechtsunsicherheit und zusätzlicher Umstellungsaufwand für Energie- und Wasserunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

815.

WER: MIBRAG GmbH
WANN: 17.08.2026
WAS: MIBRAG fordert gleichzeitig den Abbau von Dokumentations- und Berichtspflichten beim LkSG, Lobbyregistergesetz, Soil Monitoring Law und bei der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie.
BETRIFFT: LkSG / Lobbyregistergesetz / Bodenüberwachung / Energieeffizienzrichtlinie
FOLGE: kumulative Dokumentations- und Berichtslasten aus vier unterschiedlichen Regelungsbereichen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

816.

WER: Deutscher Raiffeisenverband
WANN: 10.09.2026

WAS: Der Verband warnt vor unnötiger Komplexität, Doppelregulierungen und Informationsüberlastung im Verbraucherrecht und fordert eine abschließende EU-Harmonisierung ohne nationale Verschärfungen.
BETRIFFT: EU-Verbraucherrecht / Informationspflichten / nationale Zusatzregulierung
FOLGE: kumulativer Informations- und Umsetzungsaufwand sowie Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

817.

WER: Thomann GmbH
WANN: 19.08.2026
WAS: Thomann fordert für die erweiterten Herstellerverantwortungspflichten ein europäisches One-Stop-Shop-Verfahren.
BETRIFFT: EPR / Circular Economy Act / Registrierungs- und Meldepflichten
FOLGE: Verringerung paralleler nationaler Registrierungen und Verwaltungsverfahren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

818.

WER: BDE – Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft
WANN: 06.08.2026
WAS: Der BDE erklärt, eine nationale Plastiksteuer verursache erhebliche Bürokratiekosten für Unternehmen, staatlichen Vollzugsaufwand und Mehrkosten für Verbraucher.
BETRIFFT: Plastiksteuer / Verpackungen / Kreislaufwirtschaft
FOLGE: zusätzliche Unternehmens- und Vollzugskosten sowie steigende Verbraucherpreise
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

819.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert eine Abstimmung des deutschen LkSG mit der europäischen CSDDD, um Doppelregulierung und unverhältnismäßige Belastungen für Industrieunternehmen und deren Lieferketten zu vermeiden.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten und Sorgfaltspflichten
FOLGE: kumulative nationale und europäische Compliance-Belastungen entlang der Lieferkette
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

820.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Lufthansa Technik fordert eine praktikable CBAM-Ausgestaltung bei eingebetteten Emissionen, Melde-, Nachweis- und Zertifikatspflichten sowie bei IT- und Zollprozessen.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / Emissionsdaten / Nachweis- und Zertifikatspflichten
FOLGE: hoher kumulativer Daten-, Zertifizierungs-, IT- und Zollaufwand bei nicht praktikabler Umsetzung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

821.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung fordert beim Lobbyregistergesetz einen Abbau des Dokumentationsaufwands sowie rechtsklare und unbürokratische Vorgaben.
BETRIFFT: Lobbyregistergesetz / Dokumentationspflichten
FOLGE: laufender Dokumentations- und Prüfaufwand für betroffene Organisationen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

822.

WER: Verband Internet Reisevertrieb
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband verlangt, bei neuen Gesetzen die kumulativen Belastungen und Umsetzungskapazitäten der Branchen zu berücksichtigen und vorhandene Daten nach dem Once-Only-Prinzip zu verwenden.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Meldewege / Bundes- und EU-Recht
FOLGE: andernfalls mehrfache Datenmeldungen und Überlastung betrieblicher Umsetzungskapazitäten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

823.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 24.09.2026
WAS: Der HDE bezeichnet regionale Beschränkungen in Lieferbeziehungen als Hemmnis des freien Warenverkehrs und fordert ein schnelles, effizientes und bürokratiearmes Vorgehen.
BETRIFFT: EU-Binnenmarkt / Lieferbeziehungen / Marktzugang
FOLGE: erschwerter grenzüberschreitender Warenbezug und eingeschränkter Binnenmarktzugang
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

824.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung
WANN: 15.09.2026
WAS: Der bvse warnt davor, die neue EU-Abfallverbringungsverordnung durch zusätzliche nationale Anforderungen über das unionsrechtlich erforderliche Maß hinaus zu verschärfen.
BETRIFFT: Abfallverbringung / EU-Verordnung 2024/1157 / nationale Zusatzregulierung
FOLGE: zusätzliche Verfahrens- und Compliance-Belastungen bei grenzüberschreitenden Abfalltransporten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

825.

WER: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Die vbw fordert eine Entschärfung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie, insbesondere

bei den neuen Berichts- und Informationspflichten der Unternehmen.
BETRIFFT: Entgelttransparenzrichtlinie / Berichts- und Informationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Personal-, Daten- und Dokumentationsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

826.

WER: Johnson & Johnson Medical GmbH
WANN: 01.07.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine Überarbeitung der Medizinprodukteverordnung bei Zertifizierungsverfahren, Benannten Stellen und Übergangsfristen, um den Marktzugang zu sichern.
BETRIFFT: MDR / Zertifizierung / Benannte Stellen / Marktzugang
FOLGE: andernfalls verzögerter oder gefährdeter Marktzugang für Medizinprodukte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

827.

WER: Otto GmbH & Co. KGaA
WANN: 02.09.2026
WAS: Otto fordert, dass für jedes Produkt auf dem EU-Markt ein registrierter und greifbarer EU-Wirtschaftsakteur verantwortlich sein muss, insbesondere bei Lieferungen aus Drittstaaten.
BETRIFFT: European Product Act / Marktüberwachung / Registrierung / Drittstaatenanbieter
FOLGE: zusätzliche Registrierungs- und Verantwortlichkeitspflichten als Voraussetzung für den EU-Marktzugang
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

828.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert bei der geplanten PFAS-Beschränkung angemessene Übergangsfristen und die Berücksichtigung langlebiger Schienenfahrzeug- und Infrastrukturtechnologien.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Schienenfahrzeuge und Infrastruktur
FOLGE: ohne Übergangsregelungen vorzeitiger Anpassungs- und Ersatzstoffaufwand bei langlebigen Produkten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

829.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz fordert Anpassungen des AI Act, um die konzerninterne Nutzung künstlicher Intelligenz zu erleichtern und Doppelregulierungen bei KI im Typgenehmigungsbereich zu vermeiden.
BETRIFFT: AI Act / Fahrzeugtypgenehmigung / Automobilindustrie
FOLGE: parallele regulatorische Prüfungen und zusätzlicher Compliance-Aufwand bei KI-

Anwendungen in Fahrzeugen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

830.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz verlangt für die Revision des Cybersecurity Act transparente und klar umsetzbare Kriterien, um Unsicherheiten bei der Auslegung zu verhindern.
BETRIFFT: Cybersecurity Act / Zertifizierung / Automobilindustrie
FOLGE: andernfalls Rechtsunsicherheit und zusätzlicher Umsetzungsaufwand bei Cybersicherheitsanforderungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

831.

WER: Landvolk Niedersachsen – Kreisverband Grafschaft Diepholz
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine verhältnismäßige Anwendung der EUDR-Sorgfalts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten, um zusätzliche Belastungen landwirtschaftlicher Betriebe zu begrenzen.
BETRIFFT: EUDR / Sorgfaltspflichten / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzlicher betrieblicher Verwaltungs- und Kostenaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

832.

WER: Wirtschaftsjunioren Deutschland
WANN: 09.06.2026
WAS: Die Wirtschaftsjunioren fordern die Abschaffung paralleler Intrastat- und ZM-Meldungen, der SV-Vorausmeldung, der Papierrechnungspflicht gegenüber öffentlichen Einrichtungen, von UVV-Doppelprüfungen und bestimmter Arbeitsschutzdokumentation.
BETRIFFT: Außenhandelsmeldungen / Sozialversicherung / Rechnungen / Arbeitsschutz
FOLGE: kumulativer Aufwand durch parallele Melde-, Prüf- und Dokumentationspflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

833.

WER: BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 24.09.2026
WAS: Der BDEW warnt beim Cloud and AI Development Act vor zusätzlichen Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen mit NIS2 und Cybersecurity Act.
BETRIFFT: CADA / NIS2 / Cybersecurity Act / Cloud-Dienste
FOLGE: kumulative Prüf-, Nachweis- und Compliance-Belastungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

834.

WER: Verein Deutscher Zementwerke
WANN: 13.08.2026
WAS: Der Verband fordert, bereits nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigte Anlagen von unnötigen parallelen Anforderungen des UVPG zu entlasten.
BETRIFFT: BImSchG / UVPG / Umweltverträglichkeitsprüfung
FOLGE: doppelte Genehmigungs- und Prüfverfahren für Industrieanlagen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

835.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert für die Einführung des digitalen Batteriepasses bei industriellen Anwendungen praktikable Umsetzungsfristen.
BETRIFFT: EU-Batterieverordnung / Digital Battery Passport
FOLGE: zusätzlicher Daten-, IT- und Umsetzungsaufwand bei zu kurzen Fristen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

836.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM verlangt bei der Umsetzung des Cyber Resilience Act eine Berücksichtigung der langen Produktlebenszyklen sowie der fortlaufenden Erweiterung und Modernisierung von Schienenfahrzeugen und Bahnsystemen.
BETRIFFT: Cyber Resilience Act / Bahn- und Mobilitätstechnik
FOLGE: langfristige Compliance- und Aktualisierungspflichten für bereits eingesetzte Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

837.

WER: Deutsche Bahn
WANN: 23.09.2026
WAS: Die Deutsche Bahn fordert eine Konkretisierung des geplanten Verfahrens zur Zertifizierung der Tariftreue und die Berücksichtigung privatrechtlich organisierter Sektorenauftraggeber.
BETRIFFT: Bundestariftreuegesetz / Zertifizierungsverfahren / öffentliche Aufträge
FOLGE: zusätzlicher Zertifizierungs- und Vertragsprüfungsaufwand bei unklarer Ausgestaltung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

838.

WER: Deutscher Sparkassen- und Giroverband
WANN: 21.09.2026
WAS: Der Verband fordert, regulatorische Doppelbelastungen bei der Bargeldversorgung zu vermeiden und bestehende Infrastrukturbetreiber nicht einseitig mit zusätzlichen Anforderungen zu belasten.
BETRIFFT: Bargeldversorgung / kritische Infrastruktur / Finanzregulierung

FOLGE: zusätzliche Compliance-Kosten für Betreiber bestehender Bargeldinfrastruktur
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

839.

WER: Siemens AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Siemens fordert beim Data Act einen stärkeren Schutz von Geschäftsgeheimnissen und eine sachgerechte Ausgestaltung der Cloud-Wechselvorgaben für SaaS-Angebote.
BETRIFFT: Data Act / industrielle Produktdaten / Cloud-Wechselpflichten
FOLGE: Schutz- und Umstellungsaufwand sowie Risiken für industrielle Geschäftsgeheimnisse
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

840.

WER: Salesforce.com Germany GmbH
WANN: 30.07.2026
WAS: Salesforce fordert für den CADA einen vorhersehbaren, objektiven Zertifizierungspfad für Nicht-EU-Anbieter, der unterschiedliche Cloud-Dienstmodelle berücksichtigt und eine Fragmentierung des Binnenmarkts verhindert.
BETRIFFT: CADA / Cloud-Zertifizierung / Datenlokalisierung / Marktzugang
FOLGE: andernfalls fragmentierte Zertifizierungsanforderungen und erschwerter EU-Marktzugang
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

841.

WER: Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e. V. (SpiFa)
WANN: 28.09.2026
WAS: Digitale Anwendungen müssten Verwaltungsabläufe vereinfachen; bestehende Prozesse dürften nicht lediglich digitalisiert und dabei neue Dokumentations- und Nachweispflichten geschaffen werden.
BETRIFFT: Gesundheitsdigitalisierung / Dokumentationspflichten / Nachweispflichten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand statt Entlastung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

842.

WER: DSLV Bundesverband Spedition und Logistik e. V.
WANN: 24.09.2026
WAS: Der Verband verlangt längere Einreichungsfristen, eine auf den konkreten Auftrag beschränkte Prüfung, mindestens 36 Monate gültige Zertifikate und die Übernahme der Zertifizierungskosten durch den Bund.
BETRIFFT: Bundestariftreuegesetz / Unterlagen / Prüfungen / Zertifizierung
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und erschwerte Teilnahme an öffentlichen Vergaben
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

843.

WER: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
WANN: 05.08.2026
WAS: Die Zulassung von Bildungsträgern und Maßnahmen verursache sehr hohe bürokratische und finanzielle Aufwendungen; redundante Prüf- und Dokumentationspflichten sollten beseitigt werden.
BETRIFFT: AZAV / Zulassung / Prüfpflichten / Dokumentationspflichten
FOLGE: hohe Verwaltungs- und Zertifizierungskosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

844.

WER: Landvolk Niedersachsen – Kreisverband Grafschaft Diepholz e. V.
WANN: 11.09.2026
WAS: Zulassungs- und Genehmigungsverfahren für Pflanzenschutzmittel müssten beschleunigt und unnötige zeitliche sowie administrative Verzögerungen abgebaut werden.
BETRIFFT: Zulassungen / Genehmigungen / Marktzugang für Pflanzenschutzmittel
FOLGE: verzögerte Verfügbarkeit wirksamer Produkte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

845.

WER: Raan GmbH
WANN: 30.06.2026
WAS: Die nationale Umsetzung der europäischen Verpackungsverordnung müsse bürokratiearm, praxisgerecht, technologie- und systemoffen sowie materialneutral ausgestaltet werden.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungsrecht / EPR
FOLGE: andernfalls zusätzliche nationale Bürokratie und Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

846.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Bei der Luftsicherheit seien Doppelstrukturen zu vermeiden sowie Zulassungs-, Validierungs-, Dokumentations- und Materialanforderungen bürokratiearm und praxistauglich auszugestalten.
BETRIFFT: Luftsicherheitsrecht / kritische IKT-Systeme / Zulassung / Dokumentation
FOLGE: kumulativer Prüf-, Nachweis- und Ressourcenaufwand für Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

847.

WER: Deutscher Tee & Kräutertee Verband e. V.
WANN: 28.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine Klarstellung, dass zusätzliche Anforderungen der Bioabfallverordnung nicht auf klassische cellulosebasierte Teebeutel und Kaffeepads angewendet werden.
BETRIFFT: Bioabfallverordnung / Verpackungen / Produktanforderungen

FOLGE: zusätzliche Nachweis- und Produktanpassungspflichten für Hersteller
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

848.

WER: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)
WANN: 25.08.2026
WAS: Zusätzliche Zugangs- und Entgeltregulierung solle begrenzt werden; sensible Infrastruktur- und Geodaten müssten von zentralen Übermittlungs- und Speicherungspflichten im Gigabit-Grundbuch ausgenommen bleiben.
BETRIFFT: TKG / Gigabit-Grundbuch / Datenübermittlung / Zugangsregulierung
FOLGE: zusätzliche regulatorische Belastungen sowie Sicherheits- und Investitionsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

849.

WER: HiPP GmbH & Co. Produktion KG
WANN: 18.08.2026
WAS: Bei der nationalen Umsetzung der PPWR müssten zusätzlich die besonderen Anforderungen der Verordnung über Kunststoffmaterialien mit Lebensmittelkontakt für Babynahrungsverpackungen berücksichtigt werden.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungsrecht / Verordnung (EU) Nr. 10/2011 / Lebensmittelsicherheit
FOLGE: kumulative Produkt-, Material- und Konformitätsanforderungen an Babynahrungsverpackungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

850.

WER: Coca-Cola Europacific Partners Deutschland GmbH
WANN: 29.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine pragmatische Umsetzung der PPWR ohne nationale Übererfüllung oder Sonderwege und warnt vor nachteiligen Regelungen für bepfandete Einweg- und Mehrwegverpackungen.
BETRIFFT: PPWR / Verpackungsgesetz / Pfandsystem / Recyclinganforderungen
FOLGE: zusätzliche nationale Compliance-Vorgaben und Beeinträchtigung des bestehenden DPG-Pfandsystems
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

851.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung fordert Rechtsklarheit und einen Abbau des Dokumentationsaufwands bei der Befolgung des Lobbyregistergesetzes.
BETRIFFT: Lobbyregister / Dokumentationspflichten / Registrierung
FOLGE: unnötiger laufender Dokumentations- und Verwaltungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

852.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e. V. (BSI)
WANN: 22.09.2026
WAS: Bei zusammengesetzten Verpackungen sei unklar, welches Unternehmen nach der PPWR als Erzeuger gilt und die daraus folgenden Pflichten erfüllen muss.
BETRIFFT: PPWR / Erzeugerdefinition / Verpackungspflichten / EPR
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und faktischer Ausschluss von Kleinstunternehmen aus der PPWR-Ausnahme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

853.

WER: Thermo Fisher Scientific
WANN: 16.09.2026
WAS: Unterschiedliche Verfahrensstandards und nicht frühzeitig festgelegte Anforderungen an einzureichende Unterlagen führten bei industriellen Investitionsvorhaben zu zusätzlichen Nachforderungen.
BETRIFFT: Genehmigungsverfahren / Unterlagen / industrielle Investitionen
FOLGE: längere Verfahren sowie geringere Planungs- und Investitionssicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

854.

WER: Trianel GmbH
WANN: 25.09.2026
WAS: Das Unternehmen lehnt zusätzliche Bürokratie durch einen gesetzlichen Pachtendeckel im Rahmen der EEG-Novelle ab.
BETRIFFT: EEG 2027 / Pachtdeckel / erneuerbare Energien
FOLGE: zusätzlicher administrativer Aufwand und Behinderung des Ausbaus von Wind- und Solarenergie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

855.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Bei der geplanten europäischen Gesellschaftsform „EU Inc." müssten nationale Sonderregelungen und Rückgriffe auf nationales Recht reduziert werden.
BETRIFFT: EU-Marktzugang / Gesellschaftsrecht / grenzüberschreitende Tätigkeit
FOLGE: andernfalls Bürokratie, Rechtsunsicherheit und fragmentierte Märkte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

856.

WER: Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Der AI Act müsse mit klaren Aufsichtsstrukturen und ohne zusätzliche nationale Anforderungen umgesetzt werden.
BETRIFFT: AI Act / Marktüberwachung / nationale Durchführung
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Compliance-Strukturen und paralleler

Aufsichtszuständigkeiten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

857.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 22.09.2026
WAS: Die obligatorische E-Rechnung müsse Abschlagspläne, Dauerschuldverhältnisse, Gebührenbescheide und das bestehende EDI@Energy-INVOIC-Format rechtssicher berücksichtigen.
BETRIFFT: E-Rechnung / Umsatzsteuer / Datenformate / Dokumentationspflichten
FOLGE: Umstellungsaufwand, Rechtsunsicherheit und parallele Abrechnungsprozesse
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

858.

WER: Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e. V. (DGS)
WANN: 26.08.2026
WAS: Die DGS lehnt pauschale Einspeisebegrenzungen und zusätzliche technische Anforderungen für kleine Photovoltaikanlagen ab.
BETRIFFT: EEG 2027 / technische Anforderungen / Kleinanlagen
FOLGE: zusätzliche Investitions- und Umsetzungshürden für Betreiber kleiner Anlagen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

859.

WER: Qualitas Energy Service GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Das Unternehmen beklagt regulatorische Hemmnisse und lange Planungs- und Genehmigungsverfahren bei neuen Windenergieprojekten und beim Repowering.
BETRIFFT: Windenergie / Planung / Genehmigung / Flächenzugang
FOLGE: verzögerte Projekte und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

860.

WER: BASF SE
WANN: 08.09.2026
WAS: BASF warnt vor einer erneuten Verschiebung der bereits für 2027 vereinbarten TCA-Ursprungsregeln für Batterien, weil Investitionen und Lieferketten auf diesen Zeitplan ausgerichtet seien.
BETRIFFT: Batterien / Ursprungsregeln / Lieferketten / Marktzugang
FOLGE: gefährdete Anlagenauslastung, Investitionsunsicherheit und verzögerter Ausbau der europäischen Batterieindustrie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

861.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
WANN: 14.09.2026

WAS: Der CBAM verursache bereits erhebliche Berichts- und Meldepflichten; eine Ausweitung auf Fahrzeugkomponenten aus Stahl und Aluminium würde die Belastung entlang der Lieferketten weiter erhöhen.
BETRIFFT: CBAM / Fahrzeugkomponenten / Lieferkettendaten / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie, finanzielle Belastungen und verschlechterte Handelsbedingungen
QUELLE: VDA – Kommentierung zum CO_2-Grenzausgleich

862.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
WANN: 02.06.2026
WAS: Ein zusätzlicher EU-Regulierungsrahmen für Unternehmensflotten würde neben CO_2-Flottenzielen, Clean Vehicles Directive, ESG-, CSRD- und unternehmenseigenen Dekarbonisierungspflichten eine weitere Regulierungsebene schaffen.
BETRIFFT: Unternehmensflotten / CO_2-Flottenziele / CSRD / ESG
FOLGE: kumulative Regulierung und steigende administrative Belastung für Unternehmen und Flottenbetreiber
QUELLE: VDA – Clean Corporate Vehicles

863.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
WANN: 06.05.2026
WAS: Die zunehmende Dichte von Berichtspflichten aus PPWR, Industrieemissionsrecht und SCIP stelle Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen; mehrere Vereinfachungsvorschläge reichten nicht aus.
BETRIFFT: PPWR / IED / SCIP / Chemikalien- und Umweltrecht
FOLGE: kumulativer Berichts- und Verwaltungsaufwand in der Automobilindustrie
QUELLE: VDA – Administrative Belastungen im Umweltrecht

864.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
WANN: 23.06.2026
WAS: Überbordende Steuerbürokratie, Doppelregulierungen und fortlaufend neue Compliance-Pflichten belasteten international tätige Unternehmen; insbesondere Meldepflichten bei grenzüberschreitenden Vorgängen müssten reduziert werden.
BETRIFFT: Steuerrecht / grenzüberschreitende Zahlungen / Meldepflichten / Compliance
FOLGE: höhere Bürokratiekosten und weniger Mittel für Investitionen
QUELLE: VDA – Kommentierung zum EU-Steueromnibus

865.

WER: Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI)
WANN: 25.09.2026
WAS: Die PPWR erfasse gleichzeitig Herstellerregister, Rollenverteilungen, Registrierungs-, Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten sowie Transport-, Mehrweg- und B2B-Verpackungen.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Dokumentation / Nachweise / grenzüberschreitende

Lieferketten
FOLGE: kumulativer Umsetzungsaufwand für konzerninterne und internationale Warenströme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

866.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 27.08.2026
WAS: Unternehmen, die Verpackungen in mehrere EU-Staaten liefern, müssten sich in nationalen Herstellerregistern eintragen und in jedem Staat einen Verpackungsbevollmächtigten bestellen; Bagatellgrenzen fehlten.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerregister / Bevollmächtigte / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: Fixkosten von mehreren hundert Euro je Zielland und Behinderung des EU-Binnenmarkts
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

867.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 04.06.2026
WAS: Die parallelen Meldepflichten im bestehenden Transparenzregister und im neuen Stiftungsregister führten zu einer Doppelbelastung und sollten durch eine Registerverknüpfung ersetzt werden.
BETRIFFT: Stiftungsregister / Transparenzregister / Meldepflichten
FOLGE: doppelte Datenerfassung und zusätzlicher Verwaltungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

868.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 04.06.2026
WAS: Der geplante Quality Jobs Act drohe zusätzliche Berichtspflichten in Bereichen einzuführen, die bereits umfassend durch nationales Arbeits- und Sozialrecht geregelt seien.
BETRIFFT: Quality Jobs Act / Arbeitsrecht / Sozialrecht / Berichtspflichten
FOLGE: Doppelregulierung und weiterer kumulativer Berichtsaufwand für Arbeitgeber
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

869.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband wendet sich gegen pauschale Smart-Meter-Quoten, verpflichtende Effizienzvergleiche und zusätzliche Vorgaben zu Leistungsindikatoren, Netzanschlüssen und Datenpflichten.
BETRIFFT: EU-Strombinnenmarkt / Smart Meter / Datenpflichten / Netzregulierung
FOLGE: zusätzliche Datenbereitstellung, regulatorische Kosten und Eingriffe in bestehende nationale Verfahren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

870.

WER: Shell Deutschland GmbH
WANN: 25.09.2026
WAS: Bei der Reform des EU-Emissionshandels dürften kostenlose Zuteilungen und Benchmarks nicht mit unverhältnismäßigen zusätzlichen Konditionalitäten verbunden werden; zugleich müsse das Zusammenspiel mit CBAM Carbon Leakage verhindern.
BETRIFFT: EU ETS / CBAM / Benchmarks / Nachweiskonditionen
FOLGE: zusätzliche Compliance-Anforderungen und Wettbewerbsnachteile für industrielle Investitionen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

871.

WER: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Der Digitale Produktpass müsse KMU-tauglich, technologieneutral und auf offenen Standards basierend umgesetzt werden; parallele Datenstrukturen seien zu vermeiden.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Produktdaten
FOLGE: andernfalls Doppelstrukturen, zusätzlicher Datenpflegeaufwand und Verlust der Datensouveränität
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

872.

WER: Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
WANN: 18.06.2026
WAS: Das Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz verursache durch Prüfpflichten, Gutachten, Registrierungen, Zulassungen, Sicherheitsleistungen und neue Aufsichtsstrukturen zusätzliche Kosten von rund 90 Millionen Euro jährlich.
BETRIFFT: PPWR / VerpackDG / Registrierung / Prüfungen / Zulassungen
FOLGE: kumulative Compliance-Kosten und für KMU teilweise existenzgefährdende Mehrbelastungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

873.

WER: Gebr. Heinemann SE & Co. KG
WANN: 18.06.2026
WAS: Die PPWR müsse bei Pfand- und Einwegverpackungsregeln die Besonderheiten grenzüberschreitender Verkäufe sowie des Reise- und Duty-free-Handels berücksichtigen.
BETRIFFT: PPWR / Pfandsystem / Grenzhandel / Duty-free-Handel
FOLGE: Rechtsunsicherheit und zusätzliche logistische Anforderungen bei internationalen Warenströmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

874.

WER: APOGEPHA Arzneimittel GmbH
WANN: 12.06.2026

WAS: Die Kosten der vierten Reinigungsstufe nach der Kommunalabwasserrichtlinie dürften nicht einseitig auf die pharmazeutische Industrie und Arzneimittel umgelegt werden.
BETRIFFT: Kommunalabwasserrichtlinie / erweiterte Herstellerverantwortung / Arzneimittel
FOLGE: zusätzliche Kosten und gefährdete Versorgung mit niedrig- und mittelpreisigen Arzneimitteln
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

875.

WER: Unternehmensverband Hafen Hamburg e. V.
WANN: 03.06.2026
WAS: Die Binnenschifffahrtsuntersuchungsordnung sei zu detailliert und müsse verschlankt und gestrafft werden.
BETRIFFT: Binnenschifffahrt / technische Untersuchungen / Nachweisanforderungen
FOLGE: übermäßiger Prüf- und Verwaltungsaufwand für Schifffahrtsunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

876.

WER: Basell Polyolefine GmbH
WANN: 18.09.2026
WAS: Die PPWR-Sekundärgesetzgebung müsse mit bestehenden Vorgaben konsistent sein und chemisches sowie mechanisches Recycling technologieneutral berücksichtigen.
BETRIFFT: PPWR / SUPD / Recyclingnachweise / Sekundärgesetzgebung
FOLGE: andernfalls regulatorische Inkonsistenzen und geringere Investitionssicherheit für Recyclinganlagen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

877.

WER: Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) e. V.
WANN: 18.09.2026
WAS: Die Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts durch die verschiedenen Aufsichtsstellen sei derzeit nicht einheitlich und kohärent.
BETRIFFT: DSGVO / BDSG / Datenschutzaufsicht
FOLGE: unterschiedliche Compliance-Anforderungen und Rechtsunsicherheit für bundesweit tätige Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

878.

WER: Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
WANN: 17.09.2026
WAS: Im europäischen Verbraucherrecht müssten unnötige Komplexität, Doppelregulierungen, Informationsüberlastung und zusätzliche nationale Verschärfungen vermieden werden.
BETRIFFT: EU-Verbraucherrecht / Informationspflichten / B2B-Verträge
FOLGE: kumulative Informations- und Compliance-Pflichten sowie zusätzlicher Umstellungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

879.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Förder- und Beschaffungskriterien des Industrial Accelerator Act dürften nicht ausschließlich auf den Ort der Fahrzeug-Endmontage abstellen, sondern müssten integrierte europäische Lieferketten und Wertschöpfungsanteile berücksichtigen.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Automobilindustrie / Lieferketten / Marktzugang
FOLGE: Ausschluss bestehender europäischer Produktionsstrukturen von Förderung, Beschaffung und Flottenregelungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

880.

WER: Daimler Truck AG
WANN: 10.09.2026
WAS: Große Kapitalgesellschaften sollten aus der AGB-Inhaltskontrolle für den unternehmerischen Geschäftsverkehr herausgenommen werden.
BETRIFFT: AGB-Recht / B2B-Verträge / BGB / HGB
FOLGE: Einschränkungen der Vertragsgestaltung und zusätzlicher rechtlicher Prüfaufwand im unternehmerischen Geschäftsverkehr
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

881.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert eine Abstimmung des deutschen Lieferkettengesetzes mit der europäischen CSDDD, damit industrielle Lieferketten nicht parallel durch unterschiedliche Sorgfaltspflichten belastet werden.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten
FOLGE: doppelte Nachweis- und Compliance-Pflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

882.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Bei der geplanten PFAS-Beschränkung verlangt ALSTOM angemessene Übergangsfristen und die Berücksichtigung bereits eingesetzter Technologien in langlebigen Schienenfahrzeugen und Infrastrukturanlagen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Schienenfahrzeuge
FOLGE: vorzeitiger Austausch beziehungsweise aufwendige Anpassung bestehender Technologien
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

883.

WER: Industrieverband Schreiben, Zeichnen, Kreatives Gestalten e. V.
WANN: 22.09.2026

WAS: Der Verband kritisiert fehlende Übergangs- und Abverkaufsfristen bei der Umsetzung der EmpCo-Richtlinie. Besonders betroffen seien langlebige Schreibgeräte mit langen Vertriebs- und Umlaufzeiten.
BETRIFFT: EmpCo-Richtlinie / UWG / Kennzeichnung / Abverkauf
FOLGE: drohende Vernichtung oder Auslistung bereits hergestellter Produkte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

884.

WER: Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG
WANN: 14.07.2026
WAS: Porsche fordert bei möglichen „Made in Europe“-Vorgaben für Fahrzeuge eine einfache, einheitliche und praktikable Berechnung der europäischen Wertschöpfung.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Marktzugang / Herkunftsnachweise / Wertschöpfungsdaten
FOLGE: komplexe Berechnungs-, Daten- und Nachweispflichten entlang der Lieferkette
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

885.

WER: ZVEI e. V.
WANN: 10.09.2026
WAS: Der ZVEI fordert einen breiteren technologischen Zugang zu den Anhängen des europäischen Industrial-Accelerator-Act und eine KMU-taugliche Umsetzung, unter anderem durch einen Compliance-Rechner.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Marktzugang / Compliance / KMU
FOLGE: zusätzlicher Prüf- und Berechnungsaufwand insbesondere für kleinere Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

886.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie e. V.
WANN: 27.07.2026
WAS: Die Fachgesellschaft warnt beim European Biotech Act vor zusätzlichen bürokratischen Verfahren, übermäßigen Dokumentations- und Nachweispflichten sowie innovationshemmender Zertifizierung, insbesondere beim Einsatz von KI in klinischen Studien.
BETRIFFT: European Biotech Act / KI / Zertifizierung / Dokumentationspflichten
FOLGE: höherer Verwaltungsaufwand und Verzögerungen bei klinischen Studien
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

887.

WER: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 09.09.2026
WAS: Der BDEW befürwortet eine praktikable Plattform zur Transparenz von Wärmepreisen, lehnt aber parallele Preisaufsichtsstrukturen und zusätzliche sektorspezifische Verbraucherschlichtung ab.
BETRIFFT: Wärmenetze / Transparenzpflichten / Preisaufsicht / Verbraucherschlichtung
FOLGE: Doppelregulierung und zusätzliche Verwaltungs- und Verfahrenskosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

888.

WER: Wirtschaftsverband Fuels und Energie e. V. – en2x
WANN: 29.06.2026
WAS: en2x bezeichnet die Biomasse-Codelisten und deren Anwendung im Register Nabisy als komplex, uneinheitlich und intransparent. Dadurch entstünden Unsicherheiten bei Rohstoffklassifizierung, Nachhaltigkeitsnachweisen und der Anrechnung auf die Treibhausgasquote.
BETRIFFT: Nabisy / Nachhaltigkeitsnachweise / Registrierung / THG-Quote
FOLGE: bürokratischer Mehraufwand und wirtschaftliche Risiken durch unklare Einstufungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

889.

WER: Verband deutscher Pfandbriefbanken e. V.
WANN: 20.08.2026
WAS: Der Verband verlangt, den europäischen Cloud and AI Development Act mit bestehender Finanzmarktregulierung, insbesondere DORA, abzustimmen und zusätzliche parallele Pflichten für Banken zu vermeiden.
BETRIFFT: CADA / DORA / Cloud / Finanzmarktregulierung
FOLGE: überlappende Compliance-, Dokumentations- und Kontrollpflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

890.

WER: Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V.
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Verband fordert, traditionelle Regressionsmodelle ohne maschinelles Lernen oder Selbstoptimierung nicht als KI-Systeme einzustufen und den europäischen KI-Rechtsrahmen verhältnismäßig anzuwenden.
BETRIFFT: AI Act / Banken / Modellklassifizierung / Compliance
FOLGE: andernfalls unnötige Prüf-, Dokumentations- und Governance-Pflichten für herkömmliche Modelle
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

891.

WER: DATEV eG
WANN: 09.09.2026
WAS: In einer Befragung von Steuerberatern bezeichneten 83 Prozent Überregulierung und Bürokratie als größte Hürde für den Erfolg ihrer mittelständischen Mandanten.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Mittelstand / Bürokratie
FOLGE: zunehmende Belastung der betrieblichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: DATEV

892.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 08.09.2026

WAS: Mercedes-Benz erklärte, hohe Kosten, Abgaben, teure Energie und Überregulierung machten die Krise der deutschen Automobilindustrie zugleich zu einer Standortkrise.
BETRIFFT: Automobilindustrie / kumulative Regulierung / Standortbedingungen
FOLGE: Gefährdung von Investitionen und Beschäftigung
QUELLE: Deutsches Verkehrsforum

893.

WER: Industrieverband Papier- und Folienverpackung e. V.
WANN: 11.08.2026
WAS: Der IPV kritisiert, dass wesentliche PPWR-Detailregelungen weiterhin fehlen, während Unternehmen bereits Konformitätsverfahren, technische Dokumentationen und Nachweise auf Grundlage von Lieferantendaten erstellen müssen.
BETRIFFT: PPWR / PFAS / Konformitätsbewertung / Lieferkettendaten
FOLGE: Rechtsunsicherheit sowie zusätzlicher Daten- und Dokumentationsaufwand entlang der Lieferkette
QUELLE: Industrieverband Papier- und Folienverpackung

894.

WER: IHK Kassel-Marburg
WANN: 09.09.2026
WAS: Die IHK kritisiert, dass Unternehmen bei grenzüberschreitenden Lieferungen Bevollmächtigte bestellen sowie nationale Registrierungs-, Mengenmelde- und Rücknahmepflichten erfüllen müssen – ohne Bagatellgrenze für geringe Mengen.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: beträchtlicher Verwaltungsaufwand und zusätzliche Entsorgungs- und Bevollmächtigtenkosten
QUELLE: IHK Kassel-Marburg

895.

WER: IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
WANN: 23.09.2026
WAS: Die IHKs berichten, dass unterschiedliche nationale Registrierungs- und Meldeverfahren, Verpackungs- und Entsorgungsvorgaben, Entsendemeldungen, Nachweispflichten und Arbeitsschutzregelungen den europäischen Binnenmarkt gleichzeitig belasten.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Entsendemeldungen / Nachweispflichten / Binnenmarkt
FOLGE: kumulativer Zusatzaufwand bei Export-, Montage-, Wartungs- und Baustelleneinsätzen
QUELLE: IHK Pfalz

896.

WER: IHK Reutlingen
WANN: 17.09.2026
WAS: Die IHK berichtet von großer Unsicherheit in den regionalen Betrieben durch zusätzliche PPWR-Dokumentationspflichten und Anforderungen bei grenzüberschreitenden Geschäften. Seit Juni hätten bereits mehr als 70 Unternehmen individuelle Beratung benötigt.

BETRIFFT: PPWR / Dokumentationspflichten / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: zusätzliche Kosten und hoher Beratungsbedarf, besonders bei KMU
QUELLE: IHK Reutlingen

897.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert bei der Umsetzung europäischer Luftsicherheitsanforderungen die Vermeidung von Doppelstrukturen sowie eine bürokratiearme Ausgestaltung von Genehmigungs-, Validierungs- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Luftsicherheit / Genehmigungen / Validierung / Dokumentation
FOLGE: andernfalls parallele Prüfstrukturen und zusätzlicher Ressourcenbedarf
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

898.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften e. V.
WANN: 25.09.2026
WAS: Der VAZ kritisiert die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle, weil sie zulasten der akkreditierten Zertifizierungsstellen gehe.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: höhere Kosten für Zertifizierungsstellen und mittelbar für zertifizierungspflichtige Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

899.

WER: Thomas Rödding / IHK Nord Westfalen
WANN: 11.05.2026
WAS: Beim Digitalen Produktpass liege das zentrale Umsetzungsproblem häufig nicht beim QR-Code, sondern bei der Datenqualität und Datenorganisation innerhalb der Unternehmen.
BETRIFFT: ESPR / Digitaler Produktpass / Batterieverordnung / Produktdaten
FOLGE: Aufbau und Bereinigung umfangreicher interner Datenbestände und Lieferkettendaten
QUELLE: IHK Nord Westfalen

900.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V.
WANN: 19.08.2026
WAS: Der VDA warnt, eine geplante Änderung der Gefahrgut-Sondervorschrift 594 würde den Transport von Stoßdämpfern erheblich erschweren, obwohl sich die bestehende Regelung seit Jahrzehnten bewährt habe.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / Gefahrgutrecht / Fahrzeugteile / Transport
FOLGE: zusätzliche Handhabungs- und Compliance-Anforderungen beim Transport von Stoßdämpfern
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

901.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Mercedes-Benz fordert Erleichterungen für die konzerninterne Nutzung künstlicher Intelligenz und eine Abgrenzung des AI Acts von den bestehenden Vorschriften zur Fahrzeugtypgenehmigung.
BETRIFFT: AI Act / Automobilindustrie / Typgenehmigung
FOLGE: Vermeidung paralleler Prüf- und Compliance-Anforderungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

902.

WER: Mercedes-Benz Group AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Bei der Revision des Cybersecurity Acts verlangt Mercedes-Benz transparente und eindeutig umsetzbare Kriterien, damit Unternehmen die Anforderungen rechtssicher anwenden können.
BETRIFFT: Cybersecurity Act / Automobilindustrie / Zertifizierung
FOLGE: andernfalls Auslegungsunsicherheit und zusätzlicher Compliance-Aufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

903.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 21.08.2026
WAS: Die DIHK berichtet, dass deutsche Unternehmen trotz des Handelsabkommens weiterhin mit neuen US-Zolldrohungen, bürokratischen Hürden und anhaltender Rechtsunsicherheit konfrontiert seien.
BETRIFFT: Zoll / USA-Geschäft / Export / Marktzugang
FOLGE: Investitionen und langfristige Geschäftsentscheidungen werden ausgebremst
QUELLE: DIHK

904.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 22.09.2026
WAS: Die DIHK warnt, dass Exportbeschränkungen für metallische Abfälle und Schrotte deutsche Unternehmen sowohl beim Import kritischer Rohstoffe als auch beim Export von Sekundärrohstoffen treffen.
BETRIFFT: Exportbeschränkungen / Metallschrott / Batterierohstoffe / Kreislaufwirtschaft
FOLGE: eingeschränkter Rohstoffzugang und zusätzliche Handelshemmnisse für Recyclingunternehmen
QUELLE: DIHK

905.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 29.06.2026
WAS: Die DIHK kritisiert beim CBAM fehlende Exportregelungen, zusätzliche

Dokumentationspflichten, komplizierte Nachweisketten sowie unsichere Standardwerte und Zertifizierungsfristen.
BETRIFFT: CBAM / Export / Emissionsdaten / Zertifizierung
FOLGE: Wettbewerbsnachteile und erheblicher Umsetzungsaufwand auch für Händler und exportorientierte Mittelständler
QUELLE: DIHK

906.

WER: Deutsche Industrie- und Handelskammer
WANN: 14.07.2026
WAS: Die DIHK stellt fest, dass neue Belastungen schneller hinzukämen als bestehende Bürokratie abgebaut werde. Genannt werden gleichzeitig die PPWR, die EUDR und das Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur.
BETRIFFT: PPWR / EUDR / Umweltregulierung / Berichts- und Dokumentationspflichten
FOLGE: kumulativ wachsende Bürokratiebelastung in der Breite der Wirtschaft
QUELLE: DIHK

907.

WER: IHK Südthüringen
WANN: 04.09.2026
WAS: Die IHK berichtet, dass Unternehmen aufgrund der PPWR mit bis zu 27 unterschiedlichen Registrierungs- und Bevollmächtigungssystemen konfrontiert werden. Erste Betriebe hätten den Versand in andere EU-Mitgliedstaaten bereits eingestellt.
BETRIFFT: PPWR / EPR / Registrierung / EU-Binnenmarkt
FOLGE: zusätzliche Kosten, personeller Aufwand und Aufgabe grenzüberschreitender Lieferungen
QUELLE: IHK Südthüringen

908.

WER: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 25.08.2026
WAS: Der BDEW kritisiert zusätzliche Zugangs- und Entgeltregulierung im TKG-Änderungsgesetz und fordert, sicherheitssensible Infrastruktur- und Geodaten von zentralen Übermittlungs- und Speicherpflichten auszunehmen.
BETRIFFT: TKG / Gigabit-Grundbuch / Datenübermittlung / kritische Infrastruktur
FOLGE: zusätzliche Datenpflege- und Compliance-Kosten sowie Risiken für Glasfaserinvestitionen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

909.

WER: Handelsverband Deutschland e. V.
WANN: 13.05.2026
WAS: Der HDE kritisiert eine zusätzliche Plastiksteuer, weil Handelsunternehmen bereits Lizenzentgelte für duale Systeme und teilweise kommunale Verpackungssteuern tragen.
BETRIFFT: Plastiksteuer / EPR / Verpackungen / kumulative Abgaben
FOLGE: Mehrfachbelastung und weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Situation von

Handelsunternehmen
QUELLE: Handelsverband Deutschland

910.

WER: Der Mittelstand, BVMW e. V.
WANN: 24.07.2026
WAS: Der BVMW fordert eine Reduzierung bestehender Dokumentations-, Nachweis- und Verwaltungsanforderungen im Verkehrsrecht sowie einheitliche digitale Verwaltungsverfahren.
BETRIFFT: Verkehrsrecht / Dokumentationspflichten / Nachweise / Mittelstand
FOLGE: gegenwärtig lange Verfahren und kumulativer Verwaltungsaufwand für mittelständische Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

911.

WER: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 24.09.2026
WAS: Der BDEW fordert beim Cloud and AI Development Act, zusätzliche Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen mit NIS2 und Cybersecurity Act zu vermeiden.
BETRIFFT: CADA / NIS2 / Cybersecurity Act / Cloud-Dienste
FOLGE: kumulative Compliance-Pflichten und faktischer Zwang zum Betrieb mehrerer Cloud-Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

912.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
WANN: 04.09.2026
WAS: Der GDV warnt davor, Unternehmen im Rahmen des EU Tech Sovereignty Package zur Erfüllung von Anforderungen zu verpflichten, für die noch keine marktfähigen technischen Lösungen existieren.
BETRIFFT: EU Tech Sovereignty Package / KI / Cloud / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und nicht praktisch erfüllbare Compliance-Anforderungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

913.

WER: Deutscher Raiffeisenverband e. V.
WANN: 10.09.2026
WAS: Der Verband fordert im europäischen Verbraucherrecht die Vermeidung unnötiger Komplexität, paralleler Regulierungen, nationaler Verschärfungen und einer Ausweitung auf Verträge zwischen Unternehmen.
BETRIFFT: EU-Verbraucherrecht / B2B-Verträge / Informationspflichten
FOLGE: andernfalls Doppelregulierung, Informationsüberlastung und zusätzliche Bürokratie für Genossenschaften
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

914.

WER: Bundesverband der Freien Berufe e. V.
WANN: 11.09.2026
WAS: Der BFB verlangt bei der Reform des Fernunterrichtsrechts Rechtsklarheit, weniger Bürokratie und die Anerkennung bereits bestehender Qualitätssicherungssysteme der Freien Berufe.
BETRIFFT: Fernunterrichtsschutzgesetz / Zulassung / Qualitätssicherung
FOLGE: Vermeidung paralleler Zulassungs- und Qualitätssicherungsanforderungen bei digitalen Weiterbildungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

915.

WER: Siemens AG
WANN: 24.08.2026
WAS: Siemens fordert beim Digital Omnibus Änderungen am Data Act, um Geschäftsgeheimnisse industrieller Unternehmen besser zu schützen und die Vorgaben für den Wechsel von Cloud-Diensten bei SaaS-Angeboten sachgerecht auszugestalten.
BETRIFFT: Data Act / industrielle Produktdaten / Cloud-Wechsel / Geschäftsgeheimnisse
FOLGE: andernfalls Offenlegungsrisiken und zusätzlicher technischer sowie vertraglicher Umstellungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

916.

WER: MIBRAG GmbH
WANN: 17.08.2026
WAS: MIBRAG verlangt gleichzeitig Erleichterungen beim Lieferkettengesetz, Lobbyregistergesetz, Soil Monitoring Law und bei der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie.
BETRIFFT: LkSG / Lobbyregister / Bodenüberwachung / Energieeffizienz
FOLGE: kumulative Berichts- und Dokumentationspflichten aus vier unterschiedlichen Regelungsbereichen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

917.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 10.08.2026
WAS: Die Stiftung fordert eine systematische Entlastung der Wirtschaft von Berichts- und Dokumentationspflichten und eine Begründungspflicht für jede Ausnahme vom vorgesehenen Entlastungsmechanismus.
BETRIFFT: Berichtsentlastungsgesetz / Dokumentationspflichten / kumulative Bürokratie
FOLGE: bestehende Berichtspflichten bleiben ohne systematische Beweislastumkehr dauerhaft bestehen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

918.

WER: Verband zur Rücknahme und Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten e. V.
WANN: 06.08.2026
WAS: Der VERE fordert für die erweiterte Herstellerverantwortung bei Textilien eine unkomplizierte Ausgestaltung, effiziente Prozesse und eindeutig definierte Zuständigkeiten, insbesondere zur Entlastung von KMU.
BETRIFFT: Textilgesetz / EPR / Registrierung / Herstellerverantwortung
FOLGE: andernfalls zusätzliche Organisations-, Melde- und Kostenbelastungen für kleinere Unternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

919.

WER: Nike Retail B. V., Branch Office Germany
WANN: 22.09.2026
WAS: Nike weist beim geplanten Textilgesetz darauf hin, dass Schuhe wegen anderer Materialien, Recyclingtechnologien, Sammelstrukturen und Wiederverwendungswerte nicht regulatorisch wie Textilien behandelt werden können.
BETRIFFT: Textilgesetz / EPR / Produktklassifizierung / Recycling
FOLGE: bei undifferenzierter Regulierung entstehen sachlich unpassende Beitrags-, Sammel- und Verwertungspflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

920.

WER: TÜV-Verband e. V.
WANN: 18.09.2026
WAS: Der TÜV-Verband verlangt, bei neuen EU-Regelungen auch nachträgliche Änderungen im Trilog einer Folgenabschätzung zu unterziehen, die Umsetzungsfähigkeit der Behörden zu prüfen und nationales Gold-Plating zu vermeiden.
BETRIFFT: EU-Regulierung / Folgenabschätzung / Gold-Plating / Behördenvollzug
FOLGE: Vermeidung kumulativer, unverhältnismäßiger und praktisch nicht vollziehbarer Anforderungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

921.

WER: Verband Internet Reisevertrieb e. V.
WANN: 15.09.2026
WAS: Neue Regelungen sollen kumulative Branchenbelastungen und begrenzte Umsetzungskapazitäten berücksichtigen; bestehende Meldewege sollen nach dem Once-Only-Prinzip genutzt werden.
BETRIFFT: kumulativer regulatorischer Aufwand / Meldepflichten / Bürokratie
FOLGE: weniger Mehrfachmeldungen und Umsetzungsengpässe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

922.

WER: Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e. V.
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Zugang zu digitalen Sequenzinformationen aus genetischen Ressourcen müsse

rechtssicher, unbürokratisch und innovationsfreundlich bleiben.
BETRIFFT: Nachweispflichten / genetische Ressourcen / Forschungsdaten
FOLGE: bürokratische Zugangsvorgaben könnten offene Datenbanken und internationale Forschungskooperationen beeinträchtigen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

923.

WER: Landvolk Niedersachsen Kreisverband Grafschaft Diepholz e. V.
WANN: 11.09.2026
WAS: Der Verband verlangt eine verhältnismäßige und praxistaugliche Anwendung der Sorgfalts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten der EU-Entwaldungsverordnung.
BETRIFFT: EUDR / Sorgfaltspflichten / Nachweise / Dokumentation
FOLGE: zusätzliche bürokratische und wirtschaftliche Belastungen landwirtschaftlicher Betriebe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

924.

WER: Otto GmbH & Co. KGaA
WANN: 02.09.2026
WAS: Für jedes auf dem EU-Markt angebotene Produkt müsse ein registrierter, erreichbarer und finanziell ausgestatteter verantwortlicher Wirtschaftsakteur in der EU vorhanden sein.
BETRIFFT: European Product Act / Marktüberwachung / Registrierung / Drittstaatenanbieter
FOLGE: Wettbewerbsnachteile regelkonformer EU-Unternehmen durch schwer greifbare Drittstaatenanbieter sollen verhindert werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

925.

WER: Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e. V.
WANN: 03.06.2026
WAS: Der Verband fordert die Harmonisierung und Vereinfachung von Fischereikontrolle, digitaler Rückverfolgbarkeit, Importkontrollen, CATCH/TRACES, Lebensmittelrecht, Hygiene und Kennzeichnung.
BETRIFFT: Import / Zoll / digitale Rückverfolgbarkeit / CATCH / TRACES / Kennzeichnung
FOLGE: kumulative Daten- und Kontrollpflichten sowie zusätzliches nationales Goldplating sollen reduziert werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

926.

WER: Thomann GmbH
WANN: 19.08.2026
WAS: Das Unternehmen fordert ein zentrales One-Stop-Shop-Verfahren für Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung.
BETRIFFT: EPR / Circular Economy Act / Registrierungen
FOLGE: parallele Verfahren für Herstellerpflichten sollen gebündelt und vereinfacht werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

927.

WER: Deutsche Telekom AG
WANN: 19.08.2026
WAS: Gebrauchte Mobiltelefone sollen innerhalb qualifizierter Rücknahmesysteme per regulärer Post transportiert werden dürfen, bevor ihre weitere Verwendung oder Verwertung feststeht.
BETRIFFT: Abfallrecht / Rücknahmesysteme / Transport / Kreislaufwirtschaft
FOLGE: das derzeitige Abfallregime erschwert Rücksendungen und vermindert die Rückführungsquote
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

928.

WER: Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
WANN: 11.06.2026
WAS: Der HDE fordert einen verantwortlichen EU-Wirtschaftsakteur sowie strengere Registrierungsanforderungen für Bevollmächtigte von Drittstaatenanbietern, lehnt aber pauschale Verschärfungen für den gesamten Onlinehandel ab.
BETRIFFT: European Product Act / Produktsicherheit / Registrierung / Onlinehandel
FOLGE: undifferenzierte Vorgaben würden zusätzliche Pflichten auch für bereits regelkonforme Händler verursachen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

929.

WER: Aktionskreis gegen Produkt- und Markenpiraterie e. V.
WANN: 04.06.2026
WAS: Im Zuge der EU-Zollreform fordert der Verband einen haftenden „fiktiven Einführer“ und eine neue Kostenregelung für beschlagnahmte Produktfälschungen.
BETRIFFT: EU-Zollreform / Marktzugang / Produkthaftung / Produktpiraterie
FOLGE: Lagerungs- und Vernichtungskosten sollen nicht länger von den betroffenen Rechteinhabern getragen werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

930.

WER: RheinEnergie AG
WANN: 04.09.2026
WAS: Zusätzliche industriepolitische Vergabevorgaben sollen öffentliche Energieunternehmen nicht benachteiligen; Ziele sollten stärker über Förderprogramme und Investitionsanreize verfolgt werden.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Vergabepflichten / Energienetze
FOLGE: zusätzliche Bürokratie und Kosten könnten den Ausbau der Energie- und Netzinfrastruktur verteuern oder verzögern
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

931.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung fordert klarere und unbürokratischere Vorgaben des Lobbyregistergesetzes sowie einen Praxischeck der bestehenden Pflichten.
BETRIFFT: Dokumentationspflichten / Lobbyregister / kumulative Bürokratie
FOLGE: der nach bisheriger Rechtspraxis entstandene Dokumentationsaufwand soll reduziert werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

932.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften e. V.
WANN: 25.09.2026
WAS: Der Verband kritisiert die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle als Belastung der akkreditierten Stellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: zusätzliche finanzielle Belastungen für Zertifizierungsgesellschaften
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

933.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt praktikable Regeln für die Ermittlung eingebetteter Emissionen sowie für CBAM-Melde-, Nachweis-, Zertifikats-, IT- und Zollprozesse.
BETRIFFT: CBAM / Zoll / Emissionsdaten / Nachweise / Zertifikate
FOLGE: hoher kumulativer Umsetzungsaufwand durch miteinander verbundene Daten-, Zoll- und Zertifikatspflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

934.

WER: Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine unbürokratische Durchführung des AI Acts mit klaren Aufsichtsstrukturen und einer Umsetzung ohne nationale Zusatzregelungen.
BETRIFFT: AI Act / Marktüberwachung / nationale Umsetzung
FOLGE: unklare Zuständigkeiten und zusätzliche deutsche Anforderungen sollen vermieden werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

935.

WER: Deutscher Fleischer-Verband e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der Verband fordert die Abschaffung von Meldepflichten für Labore, die über das europäische Lebensmittelrecht hinausgehen.
BETRIFFT: Lebensmittelrecht / LFGB / Meldepflichten / Goldplating
FOLGE: weniger nationale Zusatzbürokratie für Labore und Fleischerhandwerk
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

936.

WER: Verband der Automobilindustrie e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der VDA verlangt klarere Kriterien für Hochrisiko-KI und die Berücksichtigung bestehender Typgenehmigungs-, Sicherheits- und Cybersecurity-Regelungen.
BETRIFFT: AI Act / Typgenehmigung / Cybersecurity / Konformitätsbewertung
FOLGE: Doppelregulierung und unklare Verantwortlichkeiten entlang der automobilen Wertschöpfungskette sollen vermieden werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

937.

WER: Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der ADAC fordert, Mess- und Berichtspflichten bei der Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie auf entscheidungsrelevante Daten zu beschränken.
BETRIFFT: EU-Luftqualitätsrichtlinie / Messpflichten / Berichtspflichten
FOLGE: zusätzliche Datenerhebungen und unverhältnismäßige Verkehrsmaßnahmen sollen vermieden werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

938.

WER: Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
WANN: 22.09.2026
WAS: Der HDE bezeichnet regionale Beschränkungen in Lieferbeziehungen als Hemmnis des freien europäischen Binnenmarkts.
BETRIFFT: Marktzugang / Lieferbeziehungen / EU-Binnenmarkt
FOLGE: eingeschränkter grenzüberschreitender Warenverkehr und schlechtere Beschaffungsmöglichkeiten für Händler
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

939.

WER: BDG – Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Bei Low-Carbon-, Herkunfts- und European-Content-Vorgaben sollen sämtliche Gusskomponenten berücksichtigt werden, ohne dem industriellen Mittelstand zusätzliche Nachweise aufzuerlegen.
BETRIFFT: Automobilzulieferer / Zertifizierung / Herkunftsnachweise / EU-Content-Vorgaben
FOLGE: zusätzliche Nachweispflichten würden Personal und Produktivkräfte mittelständischer Gießereien binden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

940.

WER: Mars GmbH
WANN: 30.06.2026

WAS: Die Entgelttransparenz-Richtlinie soll unter Nutzung bestehender Unternehmensstrukturen und ohne unnötige Verkomplizierung vorhandener Prozesse umgesetzt werden.
BETRIFFT: Entgelttransparenz / Informations- und Berichtspflichten
FOLGE: zusätzlicher bürokratischer Umsetzungsaufwand in den Unternehmensprozessen soll verhindert werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

941.

WER: DSLV Bundesverband Spedition und Logistik e. V.
WANN: 24.09.2026
WAS: Der DSLV fordert längere Einreichungsfristen, auftragsbezogene Prüfungen, mindestens 36 Monate gültige Zertifikate und die staatliche Übernahme der Zertifizierungskosten beim Bundestariftreuegesetz.
BETRIFFT: Zertifizierung / Nachweise / öffentliche Vergabe
FOLGE: kurze Fristen, wiederholte Prüfungen und Zertifizierungskosten könnten Logistikunternehmen von Vergabeverfahren abhalten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

942.

WER: Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e. V.
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine schnelle Klärung, wer bei zusammengesetzten Verpackungen als PPWR-Erzeuger gilt und die entsprechenden Pflichten übernehmen muss.
BETRIFFT: PPWR / Herstellerdefinition / Verpackungspflichten
FOLGE: Kleinstunternehmen könnten mit zusätzlicher Bürokratie belastet und faktisch von der PPWR-Ausnahme ausgeschlossen werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

943.

WER: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
WANN: 21.09.2026
WAS: Bei der Sicherung der Bargeldversorgung sollen regulatorische Doppelbelastungen und einseitige Zusatzanforderungen an bestehende Infrastrukturbetreiber vermieden werden.
BETRIFFT: Bargeldversorgung / Infrastrukturvorgaben / kumulative Regulierung
FOLGE: zusätzliche Kosten und parallele regulatorische Belastungen für Kreditinstitute und Bargeldinfrastruktur
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

944.

WER: Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
WANN: 24.09.2026
WAS: Der HDE kritisiert steigende Belastungen des Handels durch Firmenkreditkarten und kartenbasierte Prepaidprodukte sowie einseitig veränderte Akzeptanzbedingungen.
BETRIFFT: Zahlungsverkehr / Transparenzpflichten / Händlerkosten

FOLGE: höhere Transaktionskosten und fehlende Kostentransparenz für Händler
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

945.

WER: METRO AG
WANN: 08.09.2026
WAS: METRO lehnt die Abschaffung des steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus von Minijobs sowie höhere Arbeitgeberabgaben ab.
BETRIFFT: Beschäftigungsregulierung / Sozialversicherung / Steuern
FOLGE: Verteuerung geringfügiger Beschäftigung für Handelsunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

946.

WER: Der Mittelstand, BVMW e. V.
WANN: 24.07.2026
WAS: Neue und bestehende Digital-, Daten-, KI- und Cybersicherheitsregeln sollen auf ihre Umsetzbarkeit für mittelständische Unternehmen geprüft werden.
BETRIFFT: Digitalregulierung / KI / Cybersicherheit / kumulative Anforderungen
FOLGE: bürokratische Mehrfachanforderungen für mittelständische Unternehmen sollen vermieden werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

947.

WER: Schwarz Corporate Affairs GmbH & Co. KG
WANN: 21.09.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine bürokratiearme Ausgestaltung der Pflicht zur Erfassung von Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit.
BETRIFFT: Arbeitszeitgesetz / Arbeitszeiterfassung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Erfassungs- und Verwaltungsaufwand für die Unternehmen der Schwarz-Gruppe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

948.

WER: Verband Beratender Ingenieure VBI
WANN: 23.09.2026
WAS: Der geplante EU Public Procurement Act soll planungs- und mittelstandsgerecht ausgestaltet werden und Fach- sowie Teillosvergaben sichern.
BETRIFFT: öffentliche Vergabe / EU Public Procurement Act / Marktzugang
FOLGE: ungeeignete Vergabevorgaben könnten mittelständischen Planungsbüros den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erschweren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

949.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
WANN: 22.09.2026

WAS: Der BDEW wendet sich gegen pauschale Smart-Meter-Quoten und verpflichtende Effizienzvergleiche und fordert Änderungen bei Datenpflichten und Leistungsindikatoren.
BETRIFFT: EU-Strombinnenmarktverordnung / Smart Meter / Daten- und Berichtspflichten
FOLGE: zusätzlicher Daten-, Vergleichs- und Umsetzungsaufwand für Verteilnetzbetreiber
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

950.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: ALSTOM fordert eine abgestimmte und rechtssichere Ausgestaltung von LkSG und CSDDD für international tätige Industrieunternehmen und ihre Lieferketten.
BETRIFFT: LkSG / CSDDD / Lieferkettendaten / kumulative Sorgfaltspflichten
FOLGE: Doppelregulierung und unverhältnismäßige Belastungen entlang industrieller Lieferketten sollen vermieden werden
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

951.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband verlangt Klarstellungen zur obligatorischen E-Rechnung, damit Abschlagspläne und Dauerschuldverhältnisse der Energie- und Wasserwirtschaft rechtssicher abgebildet werden können.
BETRIFFT: E-Rechnung / Umsatzsteuerrecht / Dokumentationspflichten
FOLGE: Anpassungsaufwand für Abrechnungs- und IT-Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

952.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Bei der geplanten PFAS-Beschränkung müssten bestehende Technologien sowie die langen Lebenszyklen von Schienenfahrzeugen und Bahninfrastruktur berücksichtigt werden.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Zertifizierung
FOLGE: Bedarf an langen Übergangsfristen; Austausch-, Entwicklungs- und Verfügbarkeitsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

953.

WER: GROSSHANDELSVERBAND FOODSERVICE e. V.
WANN: 26.05.2026
WAS: Der Verband warnt vor einer Übertragung der Tierhaltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung, weil deren Beschaffungs- und Vertriebssystem grundlegend vom Lebensmitteleinzelhandel abweiche.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnung / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Kennzeichnungs-, Daten- und Umstellungsaufwand im Foodservice
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

954.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Der Cyber Resilience Act müsse die langen Produktlebenszyklen sowie die fortlaufende Erweiterung und Modernisierung von Zügen und Bahnsystemen berücksichtigen.
BETRIFFT: CRA / Cybersecurity / Produkt-Compliance
FOLGE: langfristige Nachweis-, Aktualisierungs- und Compliance-Pflichten für langlebige Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

955.

WER: Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Verband fordert beim neuen Abfallverbringungsrecht rechtssichere, effiziente und mittelstandstaugliche Verfahren für grenzüberschreitende Abfall- und Sekundärrohstofftransporte.
BETRIFFT: Abfallverbringung / Genehmigungen / Kontrollen / Zoll
FOLGE: Verfahrens- und Nachweisaufwand bei grenzüberschreitenden Lieferungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

956.

WER: ARGE AGDW – Die Waldeigentümer / Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 01.07.2026
WAS: Die Organisationen sprechen bei der EUDR von einem „immensen Bürokratiemehraufwand“ durch Berichtspflichten, obwohl in Deutschland kein unmittelbares Entwaldungsrisiko bestehe.
BETRIFFT: EUDR / Berichtspflichten / Lieferkettendaten
FOLGE: erheblicher zusätzlicher Dokumentationsaufwand für Forstbetriebe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

957.

WER: HiPP GmbH & Co. Produktion KG
WANN: 18.08.2026
WAS: Bei der nationalen Umsetzung der Verpackungsverordnung müssten die besonderen Anforderungen an Verpackungen für Säuglings- und Kleinkindernahrung nach dem Lebensmittelkontaktrecht berücksichtigt werden.
BETRIFFT: PPWR / Lebensmittelkontaktmaterialien / Verpackungsanforderungen
FOLGE: Abstimmungs- und Nachweisaufwand durch überlagernde Verpackungs- und Produktsicherheitsvorgaben
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

958.

WER: RENK Group AG
WANN: 04.05.2026
WAS: RENK fordert Bestandsschutz für laufende Projekte und eine verbindliche Höchstfrist

von 90 Tagen für Entscheidungen über Ausfuhranträge für sonstige Rüstungsgüter.
BETRIFFT: Exportkontrolle / Genehmigungen / Marktzugang
FOLGE: Verzögerungs- und Planungsrisiken durch langwierige Exportgenehmigungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

959.

WER: EWE TEL GmbH
WANN: 30.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert beim TKG-Änderungsgesetz Bürokratieabbau und einen regelbasierten, wettbewerbsneutralen Übergang von Kupfer- zu Glasfasernetzen.
BETRIFFT: TKG / Registrierungs- und Informationspflichten / Infrastrukturregulierung
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungs- und Planungsaufwand sowie Wettbewerbsrisiken beim Glasfaserausbau
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

960.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Lufthansa Technik verweist bei der EUDR auf offene Fragen zu Sorgfaltspflichten, Geolokalisierungsdaten, Nachweisen, Kontrollen und IT-Prozessen für hochverarbeitete Produkte in weltweit verzweigten Luftfahrtlieferketten.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Geolokalisierung / Nachweispflichten
FOLGE: kumulativer Daten-, Kontroll- und IT-Aufwand im Luftfahrt-MRO-Geschäft
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

951.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 22.09.2026
WAS: Der Verband verlangt Klarstellungen zur obligatorischen E-Rechnung, damit Abschlagspläne und Dauerschuldverhältnisse der Energie- und Wasserwirtschaft rechtssicher abgebildet werden können.
BETRIFFT: E-Rechnung / Umsatzsteuerrecht / Dokumentationspflichten
FOLGE: Anpassungsaufwand für Abrechnungs- und IT-Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

952.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Bei der geplanten PFAS-Beschränkung müssten bestehende Technologien sowie die langen Lebenszyklen von Schienenfahrzeugen und Bahninfrastruktur berücksichtigt werden.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Zertifizierung
FOLGE: Bedarf an langen Übergangsfristen; Austausch-, Entwicklungs- und Verfügbarkeitsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

953.

WER: GROSSHANDELSVERBAND FOODSERVICE e. V.
WANN: 26.05.2026
WAS: Der Verband warnt vor einer Übertragung der Tierhaltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung, weil deren Beschaffungs- und Vertriebssystem grundlegend vom Lebensmitteleinzelhandel abweiche.
BETRIFFT: Tierhaltungskennzeichnung / Lieferkettendaten / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Kennzeichnungs-, Daten- und Umstellungsaufwand im Foodservice
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

954.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Der Cyber Resilience Act müsse die langen Produktlebenszyklen sowie die fortlaufende Erweiterung und Modernisierung von Zügen und Bahnsystemen berücksichtigen.
BETRIFFT: CRA / Cybersecurity / Produkt-Compliance
FOLGE: langfristige Nachweis-, Aktualisierungs- und Compliance-Pflichten für langlebige Systeme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

955.

WER: Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Verband fordert beim neuen Abfallverbringungsrecht rechtssichere, effiziente und mittelstandstaugliche Verfahren für grenzüberschreitende Abfall- und Sekundärrohstofftransporte.
BETRIFFT: Abfallverbringung / Genehmigungen / Kontrollen / Zoll
FOLGE: Verfahrens- und Nachweisaufwand bei grenzüberschreitenden Lieferungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

956.

WER: ARGE AGDW – Die Waldeigentümer / Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 01.07.2026
WAS: Die Organisationen sprechen bei der EUDR von einem „immensen Bürokratiemehraufwand“ durch Berichtspflichten, obwohl in Deutschland kein unmittelbares Entwaldungsrisiko bestehe.
BETRIFFT: EUDR / Berichtspflichten / Lieferkettendaten
FOLGE: erheblicher zusätzlicher Dokumentationsaufwand für Forstbetriebe
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

957.

WER: HiPP GmbH & Co. Produktion KG
WANN: 18.08.2026
WAS: Bei der nationalen Umsetzung der Verpackungsverordnung müssten die besonderen Anforderungen an Verpackungen für Säuglings- und Kleinkindernahrung nach dem Lebensmittelkontaktrecht berücksichtigt werden.
BETRIFFT: PPWR / Lebensmittelkontaktmaterialien / Verpackungsanforderungen

FOLGE: Abstimmungs- und Nachweisaufwand durch überlagernde Verpackungs- und Produktsicherheitsvorgaben
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

958.

WER: RENK Group AG
WANN: 04.05.2026
WAS: RENK fordert Bestandsschutz für laufende Projekte und eine verbindliche Höchstfrist von 90 Tagen für Entscheidungen über Ausfuhranträge für sonstige Rüstungsgüter.
BETRIFFT: Exportkontrolle / Genehmigungen / Marktzugang
FOLGE: Verzögerungs- und Planungsrisiken durch langwierige Exportgenehmigungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

959.

WER: EWE TEL GmbH
WANN: 30.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert beim TKG-Änderungsgesetz Bürokratieabbau und einen regelbasierten, wettbewerbsneutralen Übergang von Kupfer- zu Glasfasernetzen.
BETRIFFT: TKG / Registrierungs- und Informationspflichten / Infrastrukturregulierung
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungs- und Planungsaufwand sowie Wettbewerbsrisiken beim Glasfaserausbau
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

960.

WER: Lufthansa Technik Aktiengesellschaft
WANN: 01.07.2026
WAS: Lufthansa Technik verweist bei der EUDR auf offene Fragen zu Sorgfaltspflichten, Geolokalisierungsdaten, Nachweisen, Kontrollen und IT-Prozessen für hochverarbeitete Produkte in weltweit verzweigten Luftfahrtlieferketten.
BETRIFFT: EUDR / Lieferkettendaten / Geolokalisierung / Nachweispflichten
FOLGE: kumulativer Daten-, Kontroll- und IT-Aufwand im Luftfahrt-MRO-Geschäft
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

961.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung fordert Rechtsklarheit und weniger Dokumentationsaufwand bei der Befolgung des Lobbyregistergesetzes.
BETRIFFT: Lobbyregister / Dokumentationspflichten / Registrierungen
FOLGE: laufender Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand für betroffene Organisationen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

962.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften e. V.
WANN: 25.09.2026

WAS: Der Verband kritisiert die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle als Belastung zulasten akkreditierter Stellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: höhere Zertifizierungs- und Betriebskosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

963.

WER: MIBRAG GmbH
WANN: 17.08.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine Reduzierung der Dokumentations- und Berichtspflichten aus LkSG, Lobbyregistergesetz, Soil Monitoring Law und Energieeffizienzrecht.
BETRIFFT: LkSG / Bodendaten / Energieeffizienz / kumulative Berichtspflichten
FOLGE: kumulativer Personal- und Verwaltungsaufwand durch mehrere parallele Regelwerke
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

964.

WER: BASF SE
WANN: 08.09.2026
WAS: BASF warnt vor einer erneuten Verschiebung der vereinbarten Ursprungsregeln für Batterien im Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Investitionen und Lieferketten seien bereits auf den Zeitplan ab 2027 ausgerichtet.
BETRIFFT: Batterien / Ursprungsregeln / Zoll / Marktzugang
FOLGE: Gefährdung von Anlagenauslastung, Investitionssicherheit und Ausbau der europäischen Batterieindustrie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

965.

WER: Wirtschaftsrat der CDU e. V.
WANN: 30.06.2026
WAS: Der Verband fordert neben schnelleren Rohstoffgenehmigungen einen Abbau bürokratischer Berichtspflichten aus CSDDD und EUDR.
BETRIFFT: CSDDD / EUDR / Critical Raw Materials Act / Genehmigungen
FOLGE: kumulativer Berichts- und Genehmigungsaufwand in industriellen Rohstofflieferketten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

966.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Ford fordert eine Anpassung und Flexibilisierung der europäischen CO_2-Flottenvorgaben für Pkw und Transporter und verweist zugleich auf fehlende Ladeinfrastruktur, langsamen Netzausbau und hohe Ladestrompreise.
BETRIFFT: CO_2-Flottenregulierung / Marktzugang / Automobilindustrie

FOLGE: erschwerter Hochlauf der Elektromobilität und zusätzliche Zielerfüllungsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

967.

WER: pro-K Industrieverband langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme e. V.
WANN: 14.08.2026
WAS: Der Verband warnt bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vor administrativer Überlastung seiner Mitgliedsunternehmen.
BETRIFFT: LkSG / Lieferkettendaten / Nachweispflichten
FOLGE: personelle und administrative Überlastung insbesondere in der Kunststoffindustrie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

968.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 15.06.2026
WAS: Der BDEW verlangt reduzierte Berichts- und Informationspflichten, keine zusätzlichen nationalen Anforderungen und konsistente Vorgaben zwischen EED und EPBD.
BETRIFFT: Energieeffizienzgesetz / EDL-G / EED / EPBD
FOLGE: Vermeidung kumulativer Informations-, Berichts- und Managementpflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

969.

WER: Stadtwerke Leipzig GmbH
WANN: 30.07.2026
WAS: Das Unternehmen meldet Berichtspflichten mit hoher Belastungswirkung aus zehn unterschiedlichen Rechtsgebieten, darunter EnWG, BImSchG, LkSG, KRITIS-Dachgesetz und Energieeffizienzrecht.
BETRIFFT: EnWG / LkSG / KRITIS / EnEfG / BImSchG / kumulative Bürokratie
FOLGE: hoher gebündelter Berichts-, Daten- und Personalaufwand bei einem kommunalen Versorger
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

970.

WER: E.ON SE
WANN: 18.06.2026
WAS: E.ON kritisiert die fehlende gesetzliche Definition des Unternehmensbegriffs im Energieeffizienzgesetz bei den Pflichten zur Einführung von Energie- oder Umweltmanagementsystemen.
BETRIFFT: EnEfG / Managementsysteme / Schwellenwerte / Nachweispflichten
FOLGE: Rechtsunsicherheit und uneinheitliche Anwendung regulatorischer Pflichten auf Konzerneinheiten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

971.

WER: BDKV Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft e. V.
WANN: 07.09.2026
WAS: Der Verband warnt, die europäische Verpackungsregulierung gefährde kleine Unternehmen und deren Zugang zum Binnenmarkt; gefordert werden ein Moratorium und verlässliche Übergangsregelungen.
BETRIFFT: PPWR / VerpackDG / Mittelstand / Marktzugang
FOLGE: Umstellungs- und Compliance-Risiken für kleine Veranstaltungsunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

972.

WER: Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
WANN: 06.08.2026
WAS: Das IDW fordert eine strategische Überprüfung und Vereinfachung der parallelen Nachhaltigkeitsberichtspflichten aus SFDR, EU-Taxonomie und ESEF.
BETRIFFT: Nachhaltigkeitsberichterstattung / SFDR / Taxonomie / ESEF
FOLGE: kumulativer Berichts- und Prüfungsaufwand sowie Rechtsunsicherheit, insbesondere für KMU
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

973.

WER: bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband erklärt, die vorgesehene Ausgestaltung der erweiterten Herstellerverantwortung für Textilien entziehe mittelständischen Textilrecyclern die Geschäftsgrundlage.
BETRIFFT: Textilgesetz / EPR / Kreislaufwirtschaft / Marktzugang
FOLGE: Verdrängung mittelständischer Entsorger und Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

974.

WER: Verband zur Rücknahme und Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten e. V.
WANN: 06.08.2026
WAS: Der Verband fordert für die Textil-EPR eine unkomplizierte Ausgestaltung, effiziente Prozesse und klar definierte Zuständigkeiten, um KMU zu entlasten.
BETRIFFT: Textilgesetz / EPR / Registrierung / Herstellerverantwortung
FOLGE: andernfalls zusätzliche Registrierungs-, Organisations- und Verwaltungslasten für KMU
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

975.

WER: Christ & Company GmbH & Co. KG
WANN: 30.06.2026
WAS: Gefordert wird eine praxistauglichere Ausgestaltung der Berichts-, Dokumentations-, Abwärmenutzungs- und Umsetzungspflichten des Energieeffizienzgesetzes für Rechenzentren.

BETRIFFT: EnEfG / Rechenzentren / Abwärmemeldungen / Berichtspflichten
FOLGE: kumulativer Mess-, Dokumentations- und Umsetzungsaufwand beim Betrieb von Rechenzentren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

976.

WER: Deutscher Raiffeisenverband e. V.
WANN: 10.09.2026
WAS: Der Verband fordert, unnötige Komplexität, Doppelregulierung und Informationsüberlastung im Verbraucherrecht zu vermeiden und auf zusätzliche deutsche Verschärfungen zu verzichten.
BETRIFFT: EU-Verbraucherrecht / Informationspflichten / B2B-Verträge
FOLGE: zusätzliche Informations-, Anpassungs- und Compliance-Kosten bei nationalem Gold-Plating
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

977.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie e. V.
WANN: 27.07.2026
WAS: Die Fachgesellschaft warnt beim European Biotech Act vor zusätzlichen bürokratischen Belastungen, übermäßigen Dokumentations- und Nachweispflichten sowie innovationshemmenden Zertifizierungsanforderungen für KI in klinischen Studien.
BETRIFFT: European Biotech Act / KI / klinische Studien / Zertifizierung
FOLGE: höhere Studienkosten und Behinderung biotechnologischer Innovationen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

978.

WER: Thomann GmbH
WANN: 19.08.2026
WAS: Das Unternehmen fordert ein zentrales One-Stop-Shop-Verfahren für die erweiterten Herstellerpflichten im europäischen Kreislaufwirtschaftsrecht.
BETRIFFT: EPR / Registrierungen / Circular Economy Act / grenzüberschreitender Handel
FOLGE: Verringerung mehrfacher nationaler Registrierungs- und Meldeverfahren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

979.

WER: Viacom Global Ltd
WANN: 18.08.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine einheitliche Umsetzung des europäischen Verbraucherrechts und lehnt zusätzliche deutsche Informations- und Zustimmungspflichten bei Vertragsanpassungen ab.
BETRIFFT: Verbraucherrecht / Informationspflichten / Zustimmungspflichten / Binnenmarkt
FOLGE: Bürokratieaufwand und Einschränkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

980.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 09.09.2026
WAS: Der BDEW lehnt eine Doppelregulierung der Fernwärmepreise und eine zusätzliche branchenspezifische Verbraucherschlichtung ab, deren Aufwand den Nutzen deutlich übersteige.
BETRIFFT: Wärmenetzgesetz / Preisaufsicht / Verbraucherschlichtung / Informationspflichten
FOLGE: parallele Aufsichts-, Transparenz- und Verfahrenskosten für Fernwärmeunternehmen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

981.

WER: Verband Internet Reisevertrieb e. V.
WANN: 15.09.2026
WAS: Der Verband fordert, bei neuen Vorschriften die kumulativen Belastungen und begrenzten Umsetzungskapazitäten der Tourismusbranche systematisch zu berücksichtigen und Daten nur einmal zu melden.
BETRIFFT: kumulative Regulierung / Meldepflichten / Once-Only-Prinzip
FOLGE: wiederholte Datenerhebung und Überlastung betrieblicher Umsetzungskapazitäten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

982.

WER: PlasticsEurope Deutschland e. V.
WANN: 22.06.2026
WAS: Der Verband warnt vor unverhältnismäßigen Auswirkungen einer pauschalen PFAS-Beschränkung auf Produktion sowie essenzielle Industrie- und Hightech-Anwendungen.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Produktionsregulierung
FOLGE: Produktionseinschränkungen und Wegfall industrieller Anwendungen ohne verfügbare Alternativen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

983.

WER: Otto GmbH & Co. KGaA
WANN: 02.09.2026
WAS: Otto fordert, dass auch für Produkte von Drittstaatenanbietern ein registrierter, erreichbarer und finanziell verantwortlicher Wirtschaftsakteur in der EU vorhanden sein muss.
BETRIFFT: European Product Act / Marktüberwachung / Produktsicherheit / Registrierung
FOLGE: Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für regulierte europäische Händler gegenüber Drittstaatenanbietern
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

984.

WER: Deutsches Aktieninstitut e. V.
WANN: 28.04.2026
WAS: Das Institut fordert eine De-minimis-Schwelle, die gebündelte Weitergabe von

Referenznummern und eine Harmonisierung der Sorgfaltspflichten aus EUDR, CSDDD und weiteren EU-Regelwerken.
BETRIFFT: EUDR / CSDDD / Lieferkettendaten / Due-Diligence-Nachweise
FOLGE: Vermeidung mehrfacher Datenerfassung und kumulativer Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

985.

WER: ExxonMobil Central Europe Holding
WANN: 24.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine vorübergehende Aussetzung und Anpassung der EU-Methanverordnung, weil Berichtsfristen nicht mit der Verfügbarkeit von Zertifizierungs- und Auditstrukturen abgestimmt seien.
BETRIFFT: EU-Methanverordnung / Berichte / Zertifizierung / Audits
FOLGE: nicht fristgerecht erfüllbare Nachweis- und Prüfpflichten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

986.

WER: AUMOVIO SE
WANN: 24.06.2026
WAS: Der Automobilzulieferer wendet sich gegen ein generelles PFAS-Verbot und verlangt eine stoffbezogene und risikobasierte Beschränkung.
BETRIFFT: REACH / PFAS / Automobilzulieferer
FOLGE: Risiko des Wegfalls benötigter Werkstoffe und Komponenten bei pauschaler Regulierung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

987.

WER: Infineon Technologies AG
WANN: 07.05.2026
WAS: Infineon bezeichnet die Anforderungen des Cyber Resilience Act an „Security by Design“ bei bestimmten Bestandsprodukten als äußerst herausfordernd und fordert klare Definitionen sowie realistische Übergangszeiten.
BETRIFFT: CRA / Bestandsprodukte / Produkt-Compliance
FOLGE: technischer Anpassungs- und Zertifizierungsaufwand für bereits entwickelte Produkte
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

988.

WER: ZVEI e. V.
WANN: 23.06.2026
WAS: Der Verband warnt vor neuen Zertifizierungs- und „Cyber-Posture“-Systemen, zusätzlichen Industriegebühren und zu breit angelegten Anforderungen an IKT-Lieferketten.
BETRIFFT: Cybersecurity Act 2 / NIS2 / Zertifizierung / Lieferketten
FOLGE: zusätzliche Zertifizierungs-, Austausch- und Compliance-Kosten für die Elektro-

und Digitalindustrie
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

989.

WER: ALSTOM Transport Deutschland GmbH
WANN: 26.08.2026
WAS: Das Unternehmen fordert praktikable Umsetzungsfristen für den Digitalen Batteriepass bei industriellen Anwendungen.
BETRIFFT: Batterieverordnung / Digitaler Batteriepass / Produktdaten
FOLGE: zusätzlicher Daten-, IT- und Umstellungsaufwand für industrielle Batteriesysteme
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

990.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 25.08.2026
WAS: Der BDEW verlangt eine Begrenzung zusätzlicher Zugangs- und Entgeltregulierung sowie Ausnahmen für sicherheitssensible Infrastruktur- und Geodaten von zentralen Übermittlungs- und Speicherpflichten.
BETRIFFT: TKG / Gigabit-Grundbuch / Datenübermittlung / Zugangsregulierung
FOLGE: zusätzliche Datenpflichten und Gefährdung der Wirtschaftlichkeit von Glasfaserinvestitionen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

991.

WER: Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL)
WANN: 13.07.2026
WAS: Neue Meldungen zu Fahrzeugen, kurzfristigen Anmietungen und Beschäftigtenzahlen verlagern zusätzliche Prüf- und Datenpflichten auf Transportunternehmen.
BETRIFFT: VUDat-DV / Unternehmensdaten / Meldepflichten
FOLGE: zusätzliche Fristen, Prüfaufwand und Sanktionsrisiken
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

992.

WER: Bundesverband Kooperierender Mittelstand (BKM)
WANN: 11.06.2026
WAS: Der Verband warnt bei der Entgelttransparenzrichtlinie vor umfangreichen Belastungen mittelständischer Unternehmen durch neue Berichts- und Auskunftspflichten.
BETRIFFT: EU-Entgelttransparenzrichtlinie / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungs- und Personalaufwand für KMU
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

993.

WER: Thüga Aktiengesellschaft
WANN: 23.06.2026
WAS: Europäische Beschaffungsvorgaben des Industrial Accelerator Act könnten

Ausschreibungen kommunaler Energieversorger komplexer machen und die Zahl geeigneter Anbieter verringern.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / öffentliche Beschaffung / Lieferketten
FOLGE: höhere Kosten, zusätzliche Rechtsrisiken und Verzögerungen beim Netzausbau
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

994.

WER: APOGEPHA Arzneimittel GmbH
WANN: 12.06.2026
WAS: Das Unternehmen warnt vor einer Umlage der Kosten für die vierte Reinigungsstufe auf die Pharmaindustrie und besonders auf Arzneimittel im niedrigen und mittleren Preissegment.
BETRIFFT: Kommunale Abwasserrichtlinie / Herstellerfinanzierung
FOLGE: wirtschaftlicher Druck und Gefährdung der künftigen Arzneimittelversorgung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

995.

WER: Aleph Alpha GmbH
WANN: 31.07.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine bürokratiearme und europaweit einheitliche Umsetzung des AI Act, welche die Wettbewerbsposition deutscher Anbieter berücksichtigt.
BETRIFFT: EU AI Act / Marktaufsicht / Compliance
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Compliance- und Standortnachteile
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

996.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 11.06.2026
WAS: Trotz Überarbeitung der ESRS verbleibt nach Angaben des HDE eine erhebliche Gesamtbelastung; Mitgliedsunternehmen meldeten lediglich 10 bis 20 Prozent weniger Aufwand.
BETRIFFT: CSRD / ESRS / Nachhaltigkeitsberichterstattung
FOLGE: weiterhin hoher kumulativer Berichts-, Daten- und Personalaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

997.

WER: Leibniz-Gemeinschaft
WANN: 21.07.2026
WAS: Die Organisation fordert eine weitere Reduktion vergaberechtlicher Berichtspflichten sowie höhere und einheitliche Schwellenwerte.
BETRIFFT: Vergaberecht / GWB / Berichtspflichten
FOLGE: Verringerung des administrativen Aufwands bei Beschaffungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

998.

WER: Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH
WANN: 23.06.2026
WAS: Das Unternehmen fordert im Digital Omnibus eine Präzisierung legitimer Auskunftsersuchen und eine Entschlackung der datenschutzrechtlichen Informationspflichten.
BETRIFFT: DSGVO / Digital Omnibus / Informationspflichten
FOLGE: geringerer Dokumentations- und Bearbeitungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

999.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 29.06.2026
WAS: Der Verband warnt davor, dass „Made in Europe“-, Vergabe-, Resilienz- und Fördervorgaben gleichzeitig unverhältnismäßige Bürokratie-, Kosten- und Wettbewerbsnachteile erzeugen.
BETRIFFT: Industrial Accelerator Act / Beschaffung / Lieferketten / CO_2-Anforderungen
FOLGE: kumulative Mehrkosten, Beschaffungsprobleme und Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1000.

WER: EMobG Services Germany GmbH / Europcar
WANN: 23.06.2026
WAS: Europcar und der Verband der Internationalen Autovermieter lehnen festgeschriebene Quoten für Unternehmensflotten ab und verlangen eine praktikable Umsetzung der Greening-Corporate-Fleets-Initiative.
BETRIFFT: Automobilwirtschaft / Unternehmensflotten / EU-Flottenregulierung
FOLGE: Vermeidung starrer Beschaffungszwänge und zusätzlicher Flottenkosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

Dauer: 1 Min. 16 Sek.

1001.

WER: Stiftung Familienunternehmen und Politik
WANN: 28.09.2026
WAS: Die Stiftung fordert angesichts der bisherigen Rechtspraxis einen Abbau des Dokumentationsaufwands für Organisationen im Lobbyregister.
BETRIFFT: Lobbyregistergesetz / Dokumentationspflichten
FOLGE: hoher Verwaltungsaufwand und Rechtsunsicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1002.

WER: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
WANN: 28.09.2026
WAS: Der BDI fordert bei den EU-Anforderungen an die Luftsicherheit die Vermeidung von Doppelstrukturen und eine bürokratiearme Gestaltung der Genehmigungs-, Validierungs- und Dokumentationspflichten.
BETRIFFT: Luftsicherheitsregulierung / Genehmigungen / Nachweise

FOLGE: Vermeidung mehrfacher Prüfungen und zusätzlicher Ressourcenbindung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1003.

WER: VAZ – Verband akkreditierter Zertifizierungsgesellschaften
WANN: 25.09.2026
WAS: Der Verband erklärt, die geplante Änderung der Gebührenordnung der Deutschen Akkreditierungsstelle gehe zulasten der akkreditierten Stellen.
BETRIFFT: Akkreditierung / Zertifizierung / Gebühren
FOLGE: zusätzliche Kosten für Zertifizierungsgesellschaften
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1004.

WER: Handelsverband Deutschland (HDE)
WANN: 24.09.2026
WAS: Der Verband bezeichnet regionale Beschränkungen in Lieferbeziehungen als Hemmnis des freien Warenverkehrs im europäischen Binnenmarkt.
BETRIFFT: Lieferbeziehungen / EU-Binnenmarkt / Marktzugang
FOLGE: höhere Beschaffungskosten und eingeschränkter grenzüberschreitender Warenbezug
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1005.

WER: Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)
WANN: 18.09.2026
WAS: Der Verband will zusätzliche verpflichtende Infrastruktur- und Berichtsvorgaben für Kreditinstitute bei Bargeldversorgung und Krisenvorsorge verhindern.
BETRIFFT: EU-Bargeldverordnung / Infrastruktur / Berichtspflichten
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Investitions-, Berichts- und Betriebskosten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1006.

WER: ARGE AGDW – Die Waldeigentümer/Familienbetriebe Land und Forst
WANN: 01.07.2026
WAS: Die Organisation bezeichnet die EUDR-Berichtspflichten in Deutschland wegen bereits bestehender Schutzgesetze als nicht zu rechtfertigenden Bürokratiemehraufwand.
BETRIFFT: EUDR / Berichtspflichten / Lieferkettendaten
FOLGE: erheblicher zusätzlicher Nachweis- und Verwaltungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1007.

WER: MiniMed Germany GmbH
WANN: 08.09.2026
WAS: Das Unternehmen berichtet, der papierbasierte Verordnungsprozess für Hilfsmittel verursache regelmäßig Rückfragen, Dokumentationsaufwand und Verzögerungen.
BETRIFFT: Medizinprodukte / Verordnungs- und Abrechnungsdaten

FOLGE: zusätzliche Bearbeitungsschritte und verzögerte Versorgung
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1008.

WER: Ford-Werke GmbH
WANN: 23.09.2026
WAS: Ford warnt davor, die Förderfähigkeit im Industrial Accelerator Act allein von der Endmontage innerhalb der EU abhängig zu machen, weil dadurch integrierte europäische Lieferketten und Betriebsstrukturen unberücksichtigt blieben.
BETRIFFT: Automobilindustrie / Industrial Accelerator Act / Marktzugang
FOLGE: Ausschluss förderfähiger Fahrzeuge und Gefährdung bestehender Lieferketten
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1009.

WER: Thermo Fisher Scientific
WANN: 16.09.2026
WAS: Das Unternehmen kritisiert uneinheitliche Genehmigungsverfahren, unklare Unterlagenanforderungen und zusätzliche Nachforderungen bei industriellen Investitionsvorhaben.
BETRIFFT: Planungs- und Genehmigungsverfahren / Dokumentation
FOLGE: längere Verfahren und geringere Investitionssicherheit
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1010.

WER: Waren-Verein der Hamburger Börse
WANN: 28.09.2026
WAS: Der Verband fordert eine zentrale Anlaufstelle für Importfragen und praktikable alternative Kontrollorte für amtliche Kontrollen pflanzlicher Lebensmittel.
BETRIFFT: Import / Lebensmittelkontrollen / Marktzugang
FOLGE: Vermeidung von Abfertigungsproblemen und Verzögerungen bei Einfuhren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1011.

WER: DSLV Bundesverband Spedition und Logistik
WANN: 24.09.2026
WAS: Der DSLV fordert längere Einreichungsfristen, auf einzelne Aufträge begrenzte Prüfungen, mindestens 36 Monate gültige Zertifikate und eine Übernahme der Zertifizierungskosten durch den Bund.
BETRIFFT: Bundestariftreuegesetz / Nachweise / Zertifizierung / öffentliche Vergabe
FOLGE: zusätzlicher Prüf-, Kosten- und Verwaltungsaufwand sowie erschwerte Teilnahme an Ausschreibungen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1012.

WER: Shell Deutschland GmbH
WANN: 25.09.2026
WAS: Shell fordert bei der Reform des EU-Emissionshandels kostenlose Zuteilungen und Benchmarks ohne unverhältnismäßige zusätzliche Konditionalitäten sowie wirksamen Carbon-Leakage-Schutz im Zusammenspiel mit CBAM.
BETRIFFT: EU ETS I / CBAM / Nachweisanforderungen
FOLGE: Vermeidung zusätzlicher Compliance-Kosten und internationaler Wettbewerbsnachteile
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1013.

WER: Trianel GmbH
WANN: 25.09.2026
WAS: Das Unternehmen lehnt einen Pachtendeckel beim Ausbau von Wind- und Solarenergie als zusätzliche Bürokratie ab.
BETRIFFT: EEG-Novelle / Flächennutzung / Regulierung
FOLGE: zusätzlicher Verwaltungsaufwand und gebremste Investitionen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1014.

WER: Biogen GmbH
WANN: 21.09.2026
WAS: Biogen fordert beim EU Biotech Act den Abbau regulatorischer und administrativer Hürden entlang der Wertschöpfungskette biotechnologischer Arzneimittel.
BETRIFFT: EU Biotech Act / Zulassung / Markteinführung
FOLGE: verzögerte Entwicklung, Produktion und Markteinführung innovativer Arzneimittel
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1015.

WER: Schwarz Digits Cloud GmbH & Co. KG
WANN: 21.09.2026
WAS: Das Unternehmen fordert eine bürokratiearme Umsetzung der Arbeitszeitreform und eine praxisgerechte Ausgestaltung der Pflicht, Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit zu erfassen.
BETRIFFT: Arbeitszeitgesetz / Zeiterfassung / Dokumentationspflichten
FOLGE: zusätzlicher Erfassungs- und Personalaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1016.

WER: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
WANN: 21.09.2026
WAS: Der Verband fordert digitale Alternativen zu verbliebenen Schriftformerfordernissen und eine spürbare Vereinfachung nationaler und europäischer Versicherungsprozesse.
BETRIFFT: Versicherungsvertragsrecht / Schriftform / Dokumentation
FOLGE: vermeidbarer Medienbruch und fortbestehender Bearbeitungsaufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1017.

WER: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
WANN: 24.09.2026
WAS: Der BDEW warnt beim Cloud and AI Development Act vor zusätzlichen Berichts-, Audit-, Beschaffungs- und Nachweispflichten sowie Überschneidungen mit NIS2 und Cybersecurity Act.
BETRIFFT: CADA / NIS2 / Cybersecurity Act / kumulative Regulierung
FOLGE: Doppelregulierung, zusätzliche Audits und kumulativer Compliance-Aufwand
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1018.

WER: Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
WANN: 24.09.2026
WAS: Das Unternehmen verlangt eine EU-Antidumpinguntersuchung gegen Einfuhren granulierter Hochofenschlacke aus China und weiteren Drittstaaten.
BETRIFFT: Import / Antidumping / Zölle / Marktzugang
FOLGE: Wettbewerbsdruck auf die europäische Produktion durch mutmaßlich gedumpte Einfuhren
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1019.

WER: Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie
WANN: 27.07.2026
WAS: Die Fachgesellschaft warnt beim EU Biotech Act vor zusätzlichen bürokratischen Belastungen, übermäßigen Dokumentations- und Nachweispflichten sowie innovationshemmenden Zertifizierungsanforderungen für KI in klinischen Studien.
BETRIFFT: EU Biotech Act / KI / Dokumentation / Zertifizierung
FOLGE: höhere Studienkosten und verzögerte medizinische Innovationen
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister

1020.

WER: Bundesärztekammer
WANN: 22.09.2026
WAS: Die Bundesärztekammer verlangt eine Reduzierung unnötigen Verwaltungsaufwands in Arztpraxen und Kliniken.
BETRIFFT: Gesundheitsregulierung / Dokumentation / Verwaltung
FOLGE: Bindung medizinischen Personals durch administrative Aufgaben
QUELLE: Deutscher Bundestag – Lobbyregister